

**ULRICH BÜCHSENSCHÜTZ**

**MINDERHEITENPOLITIK IN  
BULGARIEN**

**Die Politik  
der Bulgarischen Kommunistischen Partei (Bkp)  
gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken  
1944-1989**

Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades eines Magister  
Artium am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien  
Universität Berlin. Berlin 1997 (Gutachter: Prof. Dr. Holm Sundhaussen)

Letzte Änderung: 1.6.2004

Digitale Osteuropa-Bibliothek: Geschichte 8  
ISSN 1613-1061

## INHALT

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
1.1. Ziel und Aufbau der Arbeit	3
1.1.1. Anmerkungen zur Terminologie, Übersetzung und Transliteration	9
1.2. Überblick über die Quellen	11
1.2.1. Statistiken	11
1.2.2. Gesetze und Verordnungen	14
1.2.3. Quellen zu Beschlüssen der BKP	15
1.3. Der historische Hintergrund	16
1.3.1. Die Etablierung des kommunistischen Regimes	17
1.3.2. Die stalinistische Periode 1948-1953	19
1.3.3. Die Entstalinisierung 1953 bis 1962	21
1.3.4. Die Ära Živkov	25
<b>2. Die Politik gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken</b>	<b>29</b>
2.1. Die kurze Geschichte der Juden in der Volksrepublik Bulgarien	29
2.1.1. Die bulgarischen Juden und die „Endlösung“	29
2.1.2. Die Nachkriegszeit 1944-1952	33
2.1.2.1. Die politischen Strömungen in der jüdischen Bevölkerung	33
2.1.2.2. Soziale und wirtschaftliche Probleme der jüdischen Bevölkerung	34
2.1.2.3. Schulen und Glaubensorganisation	35
2.1.2.4. Exodus	37
2.2. Exkurs: Die BKP und die muslimische Glaubensgemeinschaft in Bulgarien	40
2.3. Die Roma	43
2.3.1. Politische Entwicklungen vor 1944	46
2.3.2. Allgemeine Entwicklungen in der Politik der BKP gegenüber den Roma	47
2.3.3. Organisationen und kulturelle Einrichtungen für die Roma	52
2.3.4. Bildungseinrichtungen für die Roma	54
2.3.4.1. Grundschulen (osnovni učilišta-OU)	54
2.3.4.2. Grundschulen mit verstärkter Arbeitsausbildung (osnovni učilišta sās zasileno trudovo obučenje-OUZTO)	57

2.3.4.3. Internate	58
2.3.4.4. Die speziellen Roma-Schulen: Ein Erfolg?	60
2.3.5. Maßnahmen zur Selbsthaftmachung	60
2.3.6. Namensänderungen bei den Roma	64
2.4. Die Pomaken	68
2.4.1. Die demographische und soziale Struktur der pomakischen Bevölkerung	73
2.4.2. Politische Entwicklungen vor 1944	78
2.4.3. Die Politik der BKP gegenüber den Pomaken nach 1944	80
2.4.4. Bildung für die Pomaken	89
2.4.5. Sicherheitspolitische Maßnahmen	94
2.4.6. Namensänderungen bei den Pomaken	95
2.4.6.1. Erster Anlauf: Anarchie	96
2.4.6.2. Die zweite Umbenennungskampagne unter den Pomaken	99
2.5. Die türkische Minderheit	103
2.5.1. Die demographische und soziale Struktur der türkischen Bevölkerung	106
2.5.2. Die staatliche Politik gegenüber der türkischen Minderheit vor 1944	114
2.5.3. Die Politik der BKP gegenüber der türkischen Minderheit nach 1944	118
2.5.4. Bildung für die türkische Minderheit	149
2.5.5. Die Emigration der bulgarischen Türken seit 1944	158
2.5.5.1. Die Emigration von 1950/51: Vertreibung oder Flucht?	158
2.5.5.2. Emigration von 1969-78: Familienzusammenführung	162
2.5.5.3. „Der große Ausflug“	165
2.5.6. Namensänderungen	171
<b>3. Zusammenfassung</b>	<b>179</b>
<b>4. Literatur</b>	<b>187</b>
<b>5. Anhang</b>	
5.1. Übersicht über die rechtlichen Regelungen und Parteibeschlüsse zur Minderheitenpolitik nach 1944	
5.2. Tabellen	
5.3. Abkürzungen	

## 1. Einleitung

„Es ist unsinnig, die Tatsache zu unterschlagen, daß in bulgarischen Landen Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher ethnischer Herkunft geboren sind und gelebt haben.“ Zu dieser Einsicht gelangte der langjährige bulgarische Staats- und Parteichef Todor Živkov 1993, vier Jahre nach seinem Sturz. Die Politik der von ihm über dreißig Jahre geführten Partei gegenüber den verschiedenen Minderheiten resümierend, fährt er fort: „Von der absolut unhaltbaren sowjetischen These, die Dimitrov und Červenkov übernommen hatten, daß Bulgarien multinational sei, gelangte man zu einer ebenso unwahren These – ein Ethnos, eine Kultur, eine Lebensweise, eine Religion, ein Brauchtum.“<sup>1</sup>

Unabhängig davon, was Živkov heute, da er die Macht abgegeben hat, darüber denkt: Die Politik der BKP gegenüber den ethnischen und religiösen Minderheiten fußte auch während seiner Amtszeit auf eben diesen beiden Thesen. Beide Ansätze hatten im Grunde dasselbe Ziel: die ethnische und religiöse Homogenisierung des bulgarischen Staatsvolkes. Während Vertreter der ersten von der Annahme ausgingen, daß sich die Vereinheitlichung nach einer Phase des „Aufblühens“ der nationalen und kulturellen Unterschiede vollziehen würde, klammerten die Anhänger der zweiten These die „Blütezeit“ aus und proklamierten die Abwesenheit jeglicher Unterscheidungsmerkmale.

### 1.1. Ziel und Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit will ich die Grundzüge der Politik gegenüber den ethnischen und religiösen Minderheiten in Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg herausarbeiten. Allerdings sollen nicht die von dem ehemaligen Staatsoberhaupt genannten Thesen selbst im Mittelpunkt stehen, sondern ihre praktischen Folgen. Dabei werde ich einen besonderen, aber nicht ausschließlichen, Wert darauf legen, die sozialen Vereinheitlichungsbemühungen anhand der in der Modernisierungsforschung üblichen Faktoren nachzuzeichnen. Dazu gehören Bildungsstand, demographische und soziale Struktur sowie die Urbanisierung der einzelnen hier behandelten Minderheiten. Darüber hinaus soll auf einige Besonderheiten der bulgarischen Minderheitenpolitik eingegangen werden, die nur unter dem Aspekt dieser Homogenisierungs- und letztendlich Assimilationstendenzen zu verstehen sind.

Diese Arbeit beschäftigt sich vor allem deshalb so ausführlich mit den Modernisierungsbemühungen als Mittel der Minderheitenpolitik, weil die bulgarische kommunistische Partei Zeit ihrer Herrschaft gerade diese Maßnahmen in den

---

<sup>1</sup> Živkov, T.: Sreštu njakoi laži [Gegen einige Lügen], Burgas 1993, S.88.

Mittelpunkt ihrer Nationalitätenpolitik gestellt hat. In vielen Arbeiten, die seit dem Ende der fünfziger Jahre in Bulgarien zu diesem Thema erschienen sind, wird gerade dieser Aspekt hervorgehoben. Auf einen einfachen Nenner gebracht, sollte das Rezept lauten: „Durch die Überwindung der sozialen Unterschiede verlieren auch die ethnischen bzw. nationalen Unterschiede ihre Bedeutung.“ Diese ursprünglich auf Marx zurückgehende Idee, wie die Utopie einer klassen- und nationslosen Gesellschaft zu erreichen sei, war jedoch – wie noch zu zeigen sein wird – in der Volksrepublik Bulgarien nicht zu allen Zeiten gültig.

Ausgehend von einem allgemeinen und sehr knapp gehaltenen Überblick über die Entwicklung der bulgarischen Minderheitenpolitik unter sozialistischen Vorzeichen vor dem Hintergrund der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, soll hier die Politik der BKP gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken in jeweils gesonderten Kapiteln dargestellt werden. Diese Minderheiten wurden deshalb ausgewählt, weil anhand ihrer unterschiedlichen Charakteristika die minderheitenpolitischen Ziele der BKP besser herausgearbeitet werden können. In diesen vergleichenden Ansatz wurde – sofern die statistischen Daten dies zuließen – auch die Gesamtbevölkerung mit einbezogen, um kontrastierend die Spezifika der jeweiligen Minorität aufzuzeigen. Die Auswahl der hier untersuchten Minderheiten war nicht zuletzt auch eine Frage der Quellen- und Literaturlage, jedoch war der Forschungsstand allein nicht ausschlaggebend; vielmehr habe ich bei der Auswahl mehrere Faktoren berücksichtigt:

Die jüdische Minderheit Bulgariens wurde in die Untersuchung aufgenommen, weil sie zum einen in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, den sie vergleichsweise unbeschadet überstanden hatte, für die bulgarische Regierung von großer außenpolitischer Bedeutung war. Die Tatsache, daß sie von dem nationalsozialistischen Vernichtungswahn größtenteils (aber eben nicht vollständig) verschont geblieben war, machte sie zu einem wichtigen Faktor bei den Friedensverhandlungen. Die Politik der ersten Nachkriegsregierungen den Juden gegenüber hängt zumindest teilweise mit diesem Umstand zusammen. Außerdem wurde der liberale Umgang mit den Juden im Nachhinein noch überhöht und sollte – zumindest offiziell – als Beispiel den generellen Umgang der BKP mit Minoritäten demonstrieren, und dies vor allem zu Zeiten, als ein Großteil der Juden längst das Land in Richtung Israel verlassen hatten. Das Kapitel über die Juden habe ich bewußt kürzer gehalten, weil die Geschichte der Juden in Bulgarien gerade dann „endet“, als die kommunistische Partei ihre Machtposition gefestigt hatte. Während die staatliche Politik gegenüber dieser Minderheit für die Zeit des Zweiten Weltkriegs schon seit langem relativ gut untersucht ist,<sup>2</sup> geriet die Nachkriegszeit erst in jüngster Zeit in das Interesse der Forschung.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Als Standardwerk behauptet sich zu diesem Thema nach wie vor Chary, F. B.: *The Bulgarian Jews and the „Final Solution“*, Pittsburgh, PA 1972. Daneben gibt es noch

Die Roma wurden in die Arbeit einbezogen, weil sie aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen und sozialen Eigenheiten ein besonders „schwieriges“ Objekt für die staatliche Minderheitenpolitik waren (und sind). Ihre Spezifik machte sie – zumindest ansatzweise – auch zum Zielobjekt einer von der Generallinie abweichenden Politik der BKP, etwa was die Beendung des nomadisierenden Lebensstils eines Teils dieser ethnischen Gruppe betraf. Andererseits lassen sich am Beispiel der Roma Tendenzen in der bulgarischen Minderheitenpolitik sehr früh und ausgeprägt beobachten, die bei den anderen Minderheiten erst später zum Tragen kamen. Hinzu kommt, daß die BKP eines ihrer wichtigsten Argumente bei der Rechtfertigung ihrer Politik gerade gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe nicht anwenden konnte – daß sie nämlich ursprünglich ethnisch bulgarischer Herkunft seien. Der Forschungsstand zur Geschichte der Roma in Bulgarien ist nach wie vor nicht zufriedenstellend; dies liegt aber zu einem Großteil an dem jahrelangen Publikationsverbot zu diesem Thema.<sup>4</sup>

Das Verhältnis der BKP zu den Pomaken ist für das Verständnis der Partei gegenüber den ethnischen Minderheiten besonders aufschlußreich. Ihr Status zwischen Mehrheitsgesellschaft und „nationalen“ Minderheiten ist unter anderem dadurch begründet, daß sich ihre Gemeinschaft in erster Linie über die Zugehörigkeit zur islamischen Religion definiert. Der Umstand, daß ein Großteil der Pomaken bulgarisch spricht, hat sie zu einem geeigneten Angriffsziel für die Assimilationsbemühungen aller Regierungen des modernen bulgarischen Staates gemacht, dessen Nationalideologie sich nie von seiner im 19. Jahrhundert zur Blüte gekommenen sprachnationalen Basis freimachen konnte – auch nicht, als

---

eine ganze Reihe von Arbeiten, von denen die wichtigsten sind: Hoppe, H.-J.: Bulgarien, in: Benz, W. (Hg.): Die Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S.275-310; Oren, N.: The Bulgarian Exception: A Reassessment of the Salvation of the Jewish Community, in: Yad Vashem Studies (1968) 7, S. 83-106.

<sup>3</sup> Zur Nachkriegsgeschichte ist nur eine einzige, aber gut dokumentierte Monographie erschienen: Vasileva, B.: Evreite v Bălgarija 1944-1952 [Die Juden in Bulgarien 1944-1952], Sofija 1992.

<sup>4</sup> Hier waren vor allem die Arbeiten Crowes hilfreich: Crowe, D. M. / Kolsti, J. (Hgg.): The Gypsies of Eastern Europe, Armonk, N.Y. 1991 und Crowe, D. M.: A History of the Gypsies of Eastern Europe and Russia, New York 1995. Die Arbeiten basieren jedoch über weite Strecken auf Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, New York 1991, einem Menschenrechtsbericht der Helsinki Watch. Hinzu kam in letzter Zeit noch eine Monographie, die zwar ethnographisch ausgerichtet ist, aber für die Nachkriegsgeschichte einige wertvolle Hinweise enthielten: Marušiakova, E. / Popov, V.: Ciganite v Bălgarija [Die Zigeuner in Bulgarien], Sofija 1993.

die BKP an die Macht gelangt war und sich die Überwindung des bürgerlichen Nationalismus auf die Fahnen geschrieben hatte. Anders als die bosnischen Muslime wurden die Pomaken von der kommunistischen Partei nie als nationale Minderheit oder Nationalität anerkannt; dennoch griff die staatliche Seite ihnen gegenüber zu Maßnahmen, die auch bei den anderen Minderheiten angewendet wurden – Die Pomaken gerieten in die paradoxe Situation, als Minderheit behandelt zu werden, obwohl sie offiziell keine waren. In einem gewissen Sinne wurden die Pomaken zu „Testobjekten“ einer Politik, die auf die teilweise Beseitigung der ethnischen Identität auch der anderen hier behandelten ethnischen Gruppen zielte: den äußerlichen Merkmalen ihrer Religion. Diese Politik sollte später in großem Umfang auch bei den Türken eingesetzt werden, allerdings mit einem ganz anderen Ergebnis.<sup>5</sup> Darüber hinaus wurde für die Pomaken zum ersten Mal eine „historische“ Begründung zur Rechtfertigung eben dieser Politik ausgearbeitet, die unter dem Namen „Wiedergeburtssprozeß“ bekannt wurde – wobei bemerkenswert ist, daß es sich dabei nicht um eine originäre Idee der KP handelte, sondern um eine Ideologie, die schon zu Zeiten der Balkankriege aufgekommen war. Eine Arbeit über die bulgarische Minderheitenpolitik, in der nicht auch die türkische Minderheit vorkäme, wäre indes unvollständig. Die Türken stellen nicht nur die quantitativ stärkste Minorität, sondern in einigen Regionen des Landes auch die Bevölkerungsmehrheit. Dies und der Umstand, daß die Türken Bulgariens mit der benachbarten türkischen Republik über einen Staat verfügen, der sich immer

---

<sup>5</sup> Zu den Pomaken in Bulgarien gibt es keine ausgewogene Monographie. Neben einer ganzen Reihe von Arbeiten aus den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren, die alleamt die Parteilinie wiedergeben, darunter Vrančev, N.: Bălgari mochamedani [Die bulgarischen Mohammedaner], Sofija 1948, gilt vor allem Vasilev, K.: Rodopskite bălgari mochamedani [Die bulgarischen Mohammedaner in den Rhodopen], Plovdiv 1961 als „Standardwerk“. Eine Auseinandersetzung auch mit diesem Werk stellt die apologetische Monographie des ehemaligen ZK-Sekretärs Stojan Michajlov dar, die allerdings einige wichtige Informationen zur KP-Politik birgt: Ders.: Văzroždenskij proces v Bălgarija [Der Wiedergeburtssprozeß in Bulgarien], Sofija 1992. In der westlichen Literatur wurden die Pomaken meist zusammen mit den Türken behandelt, z. B. Höpken, W.: Türken und Pomaken in Bulgarien, in: Brunner, G. / Lemberg, H. (Hgg.): Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa, Baden-Baden 1994 (Südosteuropa-Studien, Bd. 52), S.223-234 oder in Popovic, A.: L'Islam Balkanique. Les musulmans du sud-est européen dans la periode post-ottomane, Berlin 1986 (Balkanologische Veröffentlichungen, Bd.11), um nur zwei Beispiele zu nennen. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Hauptsiedlungsgebietes der Pomaken hat vor allem Cvetan Monov in verschiedenen Aufsätzen dargestellt, die trotz der notwendigen Abstriche eine wichtige Grundlage für meine Arbeit bildeten: Monov, C.: Prosvetno delo sred bălgarite s mochamedanska vjara v rodopskija kraj prez godinite na narodnata vlast (1944-1968) [Das Bildungswesen unter den Bulgaren muslimischen Glaubens im Rhodopengebiet in den Jahren der Volksmacht (1944-1968)], in: Rodopski sbornik, Bd. 3, Sofija 1972, S.9-48 und ders.: Ikonomičeski i socialni izmenenija v rodopskija kraj (1944-1977) [Wirtschaftliche und soziale Veränderungen im Rhodopengebiet (1944-1977)], in: Rodopski sbornik, Bd. 5, Sofija 1983, S.5-38.

wieder für die Rechte dieser Bevölkerungsgruppe stark machte, zwangen die bulgarischen Regierungen der Zwischenkriegszeit, ihnen eine rechtliche Sonderstellung zuzugestehen. Diese Sonderstellung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise abgebaut – nicht ohne auf entsprechenden Widerstand innerhalb und außerhalb Bulgariens zu treffen. Daher sah sich auch die BKP lange Zeit gezwungen, den türkischen Bulgaren gegenüber eine andere Politik zu verfolgen, als gegenüber den Minderheiten, die nicht über eine „Schutzmacht“ verfügten. Auch war die Politik der kommunistischen Partei gegenüber den Türken immer wieder Schwankungen unterworfen, die aus den wechselhaften Beziehungen zu dem NATO-Partner Türkei erwachsen. All dies führte aber auch zu einem regen Forschungsinteresse an dieser ethnischen Minderheit, dessen Ergebnisse kaum noch überschaubar sind.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Gerade in diesem Fall lassen sich die Trennlinien zwischen ausgewogener Forschung und politischer Meinungsmache am besten an dem Erscheinungsort bzw. -land festmachen. Von bulgarischer Seite ist eine ganze Reihe von Monographien und Broschüren erschienen, die die Errungenschaften der BKP für die türkische Minderheit in Gegensatz zu deren Situation unter den ancien régimes heraustreichen sollten und – besonders auffällig – immer nach Kurswechseln in der Minderheitenpolitik der KP. Stellvertretend hierfür: Genov, D.: Bratskata družba meždu bălgarskoto i turskoto naselenie v NR Bălgarija [Brüderliche Freundschaft zwischen der türkischen und der bulgarischen Bevölkerung in der VR Bulgariens], Sofija 1961; Bejtullof, M.: Životăt na naselenieto ot turski proizchod v NRB [Das Leben der Bevölkerung türkischer Herkunft in der VRB], Sofija 1975; Tachirov, Š.: Bălgarskite turci po pătja na socializma [Die bulgarischen Türken auf dem Weg des Sozialismus], Sofija 1978 und Memišev, Ju.: Zadružno v socialističeskoto stroitelstvo na rodinata (Priobštavane na bălgarskite turci kăm izgraždaneto na socializma) [Gemeinsam beim sozialistischen Bau der Heimat (Die Einbeziehung der bulgarischen Türken in den Aufbau des Sozialismus)] Sofija 1984. Zur Rettung der bulgarischen Geschichtswissenschaft nach 1989 soll hier nur ein Aufsatz von Stajko Trifonov genannt werden, der jedoch ebenfalls politisch unausgewogen ist. Gleichwohl ist er deshalb bemerkenswert, weil der Autor hier aus dem Archiv des ZK zitiert, wodurch einige Unklarheiten beseitigt werden konnten. Dennoch habe ich hier Vorsicht walten lassen, weil Trifonov einige bewußte Unterlassungen vornimmt. Trifonov, S.: Strogo poveritelno! [Streng vertraulich!], in: Pogled Nr.16 vom 22.4.1991; Nr.17 vom 29.4.1991; Nr.18 vom 6.5.1991; Nr.19 vom 13.5.1991, Nr.20 vom 20.5.1991, jeweils S.10.

Überzogen kritisch ist dagegen die meines Wissens einzige historische Monographie über die türkische Minderheit in einer westlichen Sprache: Şimşir, B.: The Turks of Bulgaria, London 1988. Bleiben nur eine ganze Reihe von Aufsätzen der beiden deutschen Autoren S. Troebst und W. Höpken, in denen sie sich ausgewogen mit der bulgarischen Politik gegenüber dieser Minorität befassen; dabei hat Troebst eher die ideologischen Hintergründe im Auge, z. B. Troebst, S.: Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien 1956-1986, in: Schönfeld, R. (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S.231-253, während sich Höpken mehr mit den sozialhistorischen Aspekten befaßt: Höpken, W.: Modernisierung, Tradition und sozialer Wandel in Bulgarien seit dem zweiten Weltkrieg, in: SOE 37 (1988) 11/12, S.617-633.

Zwei für eine Darstellung der bulgarischen Minderheitenpolitik wichtige ethnische Gruppen wurden dagegen nicht in diese Arbeit aufgenommen: die Armenier und die „Makedonier“. Die Armenier stellten bis in die vierziger Jahre die fünftgrößte ethnische Minderheit; nach der Emigration eines Großteils der bulgarischen Juden am Ende der vierziger Jahre wurden sie zur viertgrößten Minderheit. Daß ich hier darauf verzichtet habe, die Armenier zu behandeln, liegt vor allem an der schlechten Literaturlage,<sup>7</sup>

aber auch daran, daß die Armenier eine der „Vorzeigeminderheiten“ Bulgariens sind, das heißt, sie haben sich weitgehend assimiliert und waren – so weit man das beurteilen kann, nie der Ansatzpunkt einer speziellen Politik. Daß ich hier die „Makedonier“ in Anführungszeichen gesetzt habe, deutet schon das wichtigste Problem mit dieser Bevölkerungsgruppe an – es ist bis heute nicht klar, ob es in Bulgarien eine bedeutende Anzahl von Menschen gibt, die sich als „Makedonier“ fühlen, auch wenn in den Ergebnissen der Volkszählung von 1956 fast 200.000 „Makedonier“ aufgeführt werden (siehe Tabelle 5). Doch diese Ergebnisse sind grob verfälscht, weil auf die Bevölkerung des Piringebirges damals massiver Druck ausgeübt wurde, sich als „Makedonier“ zu bekennen.<sup>8</sup> Bei den nachfolgenden Zensus war diese Kategorie schon sehr viel geringer und tauchte seit den siebziger Jahren gar nicht mehr auf. Es handelt sich bei den „Makedoniern“ in Bulgarien um eine Bevölkerungsgruppe, die keine religiösen und nur wenige – zudem künstlich verstärkte – sprachliche Unterschiede zu der Bevölkerungsmehrheit in Bulgarien aufweist. Die Makedonier dienten zunächst als zwischenstaatliches Verbindungsglied für eine angestrebte Balkanföderation, das nach dem Bruch zwischen Jugoslawien und Bulgarien in ein Druckmittel zwischen zwei verfeindeten Staaten umfunktioniert wurde, und seit Ende der sechziger Jahre von bulgarischer Seite negiert wurde. Dies führte zu einer erneuten Verschlechterung des bulgarisch-jugoslawischen Verhältnisses.

Die Kapitel über die einzelnen Minderheiten sind weitgehend gleich strukturiert. Eingeleitet werden sie durch einen Abschnitt, in dem die grundsätzlichen Probleme der ethnischen Identität und die sozialen und demographischen Charakteristika diskutiert werden. Anschließend daran soll ein kurzgefaßter Überblick über ihren Status vor 1944 gegeben werden, worauf die Darstellung der grundlegenden Entwicklungen in der staatlichen Politik gegenüber der jeweiligen Minderheit folgt. Schließlich sollen das Schulwesen, die Siedlungspolitik, und die Namensänderungen auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin untersucht werden. Das Schulwesen der einzelnen Bevölkerungsgruppen wurde aus mehreren

---

<sup>7</sup> Meines Wissens existiert nur ein Sammelband zu der Geschichte der Armenier in Bulgarien – auf armenisch, mit einem russischen Resümee: Kasabjan, Z. M.: Aknarker bou-larahaj hamajnkhj patmouthjan (1894-1970) [Grundzüge der Geschichte der armenischen Volksgruppe in Bulgarien (1896-1970)], Erewan 1986.

<sup>8</sup> Troebst, S.: Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982, München 1983, S.12 f.

Gründen gesondert behandelt. Erstens war hier die Quellen- und Literaturlage relativ zufriedenstellend, und zweitens können anhand des Schulwesens die staatlichen Integrationsbemühungen und auch die Modernisierungserfolge (sowie Mißerfolge) gut dargestellt werden.

„Siedlungspolitik“ ist hier ganz allgemein zu verstehen: In den jeweiligen Abschnitten werden alle Maßnahmen behandelt, die den Wohnort der Mitglieder einzelner Minderheiten betroffen haben, sowohl Umsiedlung, Emigration, als auch die rechtlichen Verordnungen zur Sesshaftmachung der Roma. Die Namensänderungen stehen jeweils am Ende der Kapitel, weil sie nicht nur die – zumindest auf den ersten Blick – unverständlichsten Maßnahmen darstellten, sondern auch weil sie immer eine Art „krönender Abschluß“ der staatlichen Politik waren. Im Falle der Umbenennungen bei den Türken ist das ganz wörtlich zu nehmen, denn mit ihnen gab die BKP unter Führung ihres langjährigen Vorsitzenden Todor Živkov ihre minderheitenpolitische Bankrotterklärung ab. Alle nach 1984/85 erfolgten Maßnahmen der Regierung waren im Grunde nur noch Versuche, die von ihr mitverursachten ethnischen Spannungen im Lande wieder abzubauen. Die Hilflosigkeit der Behörden, in dieser verfahrenen Situation wieder „Ordnung“ herzustellen, fand ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Gewalt, die von den bulgarischen Behörden gegenüber Vertretern der ethnischen Minderheiten angewendet wurde – und schließlich in der Öffnung der Grenzen im Mai 1989. Die Grenzöffnung wiederum hatte Rückwirkungen auf das politische Schicksal Živkovs. Die Destabilisierung des Landes durch die Emigration von 300.000 Menschen, mehrheitlich im arbeitsfähigen Alter, war sicher einer der Faktoren, die eine Gruppe um den Außenminister Petăr Mladenov schließlich dazu brachten, Živkov mit einer Palastrevolution abzusetzen.

### *1.1.1. Anmerkungen zur Terminologie, Übersetzung und Transliteration*

Die Terminologie dieser Arbeit habe ich zunächst bewußt offen gehalten, besonders, was die Bezeichnungen für Minderheiten betrifft. Bekanntlich gibt es gerade auf diesem Gebiet eine Vielzahl von Definitionen, von denen einige recht offen gehalten sind, etwa die, die der Ethnologe G. Elwert vorgeschlagen hat, oder aber eng begrenzt, wie die des Soziologen F. Heckmann.<sup>9</sup> Es erschien mir je-

---

<sup>9</sup> Nach Elwert sind „*Ethnien* familienübergreifende und familienerfassende Gruppen, die sich selbst eine (u. U. auch exklusive) kollektive Identität zusprechen. Dabei sind die Zuschreibungskriterien, die die Außengrenze setzen, wandelbar. (...) Eine *Nation* ist eine (lockere oder festgefügte) soziale Organisation, welche überzeitlichen Charakter beansprucht, von der Mehrheit ihrer Glieder als (imaginierte) Gemeinschaft behandelt wird und sich auf einen gemeinsamen Staatsapparat bezieht.“ Elwert, G.: Nationalismus und Ethnizität: Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S.440-464, hier S.446 ff. Hier wird Elwerts deutliche Anlehnung an den von B. Anderson geprägten Begriff der Nation als

doch wenig sinnvoll, bei dieser Arbeit von vornherein auf festgelegte Definitionen zurückzugreifen, weil zum einen bei manchen der hier behandelten Bevölkerungsteile keine eindeutige Zuordnung zu dieser oder jener Kategorie möglich war, und weil zum anderen gerade eine solche Zuordnung die Beschreibung ihrer Identität und ihres Status (und vor allem deren Wandel) innerhalb der Mehrheitsgesellschaft erschwert hätte.

Die in dieser Arbeit verwendeten bulgarischen Quellen werden in deutscher Übersetzung zitiert; bei der Übersetzung einiger für diese Arbeit wichtiger bulgarischer Wörter gab es allerdings Schwierigkeiten. Das betrifft vor allem das Wort *narodnost* und die Ableitungen davon. Für dieses Wort gibt es eine ganze Palette von Übersetzungsmöglichkeiten, die von „Volkstümlichkeit“ bis hin zu „Nationalität“ reichen. Üblicherweise wird es mit der letzteren Möglichkeit wiedergegeben, doch erscheint mir gerade diese problematisch zu sein, weil es auch noch ein von „Nationalität“ abgeleitetes Wort im Bulgarischen gibt, nämlich *nacionalnost*. Darüber hinaus entstand während der Arbeit der Eindruck, daß es im Verlauf der Jahre zu einem – bisher noch nicht näher untersuchten – Wandel sowohl bei den Bezeichnungen, als auch bei den Bedeutungen gekommen ist. Um die Unterscheidung herauszustellen, habe ich *narodnost* durchgängig mit „Völkerschaft“ und das zugehörige Adjektiv mit „Völkerschafts-, völkerschaftlich“ wiedergegeben (auch wenn es manchmal nahe gelegen hätte, ein Wort wie „Volkstum“ zu verwenden, das inhaltlich wie sprachlich *narodnost* ebenfalls sehr nahe gekommen wäre). Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt darin, daß in der deutschsprachigen Forschungsliteratur über die sowjetische Nationalitätenpolitik ein Konsens

---

„vorgestellter Gemeinschaft“ deutlich. Anderson, B.: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/New York 1988. Heckmann dagegen stellt eine ganze Reihe von Definitionen auf, die sich teilweise mit denen Elwerts überschneiden, etwa beim Nationsbegriff. Den Begriff *Ethnie* verwendet Heckmann dagegen nicht, sondern stellt mehrere Kategorien zur Auswahl, die, zusammengenommen, die sehr weite Definition Elwerts ergeben. Voraussetzung für Gemeinschaftsbildungen nach ethnischen Gesichtspunkten ist nach Heckmann die *Ethnizität*, die die „für individuelles und kollektives Handeln bedeutsame Tatsache [bezeichnet], daß eine relativ große Gruppe von Menschen durch den Glauben an eine gemeinsame Herkunft, durch Gemeinsamkeiten von Kultur, Geschichte und aktuellen Erfahrungen verbunden sind und ein bestimmtes Identitäts- und Solidarbewußtsein besitzen.“ Davon ausgehend unterscheidet Heckmann die Kategorien ethnische Kollektiv, Volk, Nation, Nationalstaat, ethnische Gruppe, ethnische Minderheit und ethnische Mehrheit nach ihrem Organisationsgrad, sozialem Status und Größe. Heckmann, F.: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992, S.56 ff.

hierüber zu bestehen scheint.<sup>10</sup> Auch in deutschen Übersetzungen der Arbeiten Stalins zur „Nationalen Frage“ wird *narodnost* mit „Völkerschaft“ wiedergegeben.<sup>11</sup>

Die Transliteration der bulgarischen kyrillischen Schrift erfolgte gemäß DIN 1460 über die „Transliteration slawischer kyrillischer Buchstaben“ vom Oktober 1962. Die in dieser Arbeit auftauchenden türkischen Namen und Wörter wurden, wo keine anderen Quellen vorlagen, nach der bulgarischen Vorlage transliteriert. Dadurch kann es zu Formen gekommen sein, die der türkischen Schreibweise widersprechen.

## 1.2. Überblick über die Quellen

Wegen der Unterschiedlichkeit der in dieser Arbeit verwendeten Quellen erscheint es mir sinnvoll, zunächst eine Übersicht über das Material zu geben und eine Einschätzung seiner Relevanz vorzunehmen. Bei den Quellen (hier wurden nur veröffentlichte Quellen verwendet) muß man verschiedene Arten unterscheiden: amtliche bulgarische Statistiken, verschiedene Quellen zur Rechtslage der Minderheiten in Bulgarien und Quellen aus der bulgarischen KP.

### 1.2.1. Statistiken

Statistiken stellen immer eine wertvolle Quelle dar, wenn es darum geht, die Politik einer Regierung gegenüber den Minderheiten in einem Land darzustellen. Schließlich ist die schiere Feststellung der numerischen Größe einer Minderheit von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Minoritätenpolitik einer Regierung. Bevölkerungsstatistiken werden normalerweise durch die regelmäßige Durchführung von Volkszählungen oder die Auswertung von Melderegistern gewonnen: In Bulgarien beschritt man den Weg des Zensus; seit der Entstehung des modernen bulgarischen Staates wurden in regelmäßigen Abständen (üblich waren 10 Jahre) immer wieder Volkszählungen durchgeführt, deren Ergebnisse entweder in getrennten Publikationen oder in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlicht wurden. Die Statistischen Jahrbücher sind eine gute Quelle für die Darstellung der allgemeinen demographischen Charakteristika und der Sozialstruktur der bulgarischen Bevölkerung.

Hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung entstehen für die hier untersuchte Zeit allerdings eine Reihe von Problemen. Bei den fünf seit 1944 erfolgten Volkszählungen (1945, 1956, 1965, 1975 und 1985) wurde zwar immer nach einer

---

<sup>10</sup> So etwa bei Meissner, B.: Die „nationale Frage“ in marxistischer und leninistischer Sicht, in: Schönfeld, R. (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S.9-31.

<sup>11</sup> Z.B. in Stalin, J.: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, Berlin 1950.

Reihe von ethnischen und religiösen Merkmalen wie Muttersprache, ethnische Zugehörigkeit und Religion gefragt, diese Ergebnisse wurden aber seit 1975 aus Gründen politischer Opportunität nicht mehr oder nur an versteckten Stellen publiziert. Daß nicht immer die gleichen ethnischen Gruppen in den Fragenkatalog aufgenommen wurden, ist nicht weiter fatal für diese Arbeit, da die Abweichungen meist kleinere Ethnien betreffen, die hier nicht zur Debatte stehen. Wichtiger in diesem Zusammenhang scheint zu sein, nach welchen Kriterien gefragt wurde: ob es sich bei der Sprache um die Muttersprache oder – wie im Falle Bulgariens – die am meisten benutzte Sprache handelte, ob es sich bei der Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit um die Frage nach der Abstammung oder der Selbstzuschreibung handelte etc. So wurde nicht immer nach *narodnost* (Völkerschaft) oder *nacionalnost* (Nationalität) gefragt. „Nationalität“ ersetzte die sonst übliche Kategorie *narodnost* nur bei der Volkszählung von 1956. Die Auslegung dieser Fragen kann zu Verzerrungen bei der statistischen Darstellung führen.<sup>12</sup>

Ein gravierenderes Problem ergibt sich allerdings, wenn man die demographische Entwicklung der ethnischen Minderheiten auf regionaler Ebene untersuchen will: Da in Bulgarien seit 1944 mehrere Gebietsreformen durchgeführt wurden, entstanden im Lauf der Jahre immer wieder neue Verwaltungseinheiten, die in ihren Grenzen nur noch teilweise oder gar nicht mehr übereinstimmten:

1944 wurde die seit 1934 bestehende Verwaltungseinteilung Bulgariens in 7 *oblasti* (Gebiete) um zwei erweitert. In der sog. Dimitrov-Verfassung (Art.47) von 1947 wurden die *oblasti* in *okolii* (Kreise) und *obštini* (Gemeinden) unterteilt.

1949 wurden die *oblasti* zugunsten von 13 *okrāzi* (Bezirken) aufgelöst.

1959 wurde eine Neueinteilung vorgenommen, so daß nun 30 *okrāzi* entstanden (27 Bezirke und 3 Städte mit Bezirksstatus: Sofia, Plovdiv und Varna).

1964 wurden zwei der Städte mit Bezirksstatus (Plovdiv und Varna) den umliegenden Bezirken zugeschlagen, so daß nun noch 28 *okrāzi* übrigblieben.

Die letzte große Gebietsreform fand 1987 statt, als die *okrāzi* aufgelöst und wieder durch 9 größere *oblasti* (Gebiete) ersetzt wurden (siehe auch die Karten im Anhang).<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Nach welchen Kriterien gefragt wurde und welche ethnischen Gruppen in den Fragenkatalog der einzelnen Volkszählungen seit 1880 aufgenommen wurden, beschreibt genauer: Arkadie v, D.: Izučavane na etničeskija sāstav pri prebrojavanijata na nasele niето v Bālgarija [Die Erforschung der ethnischen Zusammensetzung bei den Volkszählungen in Bulgarien], in: Naselenie (N.S.) 1 (1992) 6, S.47-57 und ders.: Njako i problemi pri opredeljane na etničeskija sāstav pri prebrojavanijata na naselenieto v Bālgarija [Einige Probleme bei der Bestimmung der ethnischen Zusammensetzung bei den Volkszählungen in Bulgarien], in: Statistika 34 (1992) 4, S.37-48.

<sup>13</sup> Vgl. zu den Gebietsreformen bis 1964: Enciklopedija Bālgarija, T.4, Sofija 1984, S.641 und 701 f. Zur Gebietsreform von 1987 ausführlich: Geneški, M.: Teritorialnite obšt-nosti v NR Bālgarija [Die territorialen Gemeinschaften in der VR Bulgarien], Sofija 1989.

Aus diesem Grund sind die statistischen Angaben für diese verschiedenen Verwaltungseinheiten nur in solchen Fällen vergleichbar, bei denen die Grenzen kleinerer Einheiten mit denen neu entstandener größerer Einheiten zusammenfallen. Dies ist für die Ergebnisse der Volkszählungen aus den Jahren 1965 bis 1992 der Fall, da zum einen keine größeren Gebietsreformen durchgeführt wurden (1965-85) und zum anderen die Statistischen Ämter der Bezirke weiterbestanden und unter dem neuen Namen „Regionale Statistische Verwaltungen“ wie zuvor nach früheren Bezirken aufgeschlüsselte Daten liefern, die nun in den Statistischen Jahrbüchern unter der Rubrik „Regionen“ (*regioni*) laufen. Die regionalen Ergebnisse der ersten beiden Zensus der Nachkriegszeit (1945 und 1956) fallen somit aus dem direkten Vergleich heraus.

Was die statistischen Angaben zur Sozialstruktur angeht, steht man vor einem Problem anderer Art: Hier tritt vor allem bei der Berufsstruktur der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen Verwirrung auf. Das hängt mit der Veränderung ihres Status zusammen, denn in den sechziger Jahren wurden auf offiziellem Wege aus vielen Genossenschaftsbauern im Agrarsektor beschäftigte Arbeiter. Hier kann die Betrachtung der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen weiterhelfen. Ein anderes Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, daß für manche Jahre keine Daten für die Sozialstruktur nach ethnischen Gesichtspunkten zur Verfügung stehen.

Als letztes soll hier noch auf ein weiteres Problemfeld die Statistiken betreffend hingewiesen werden: den Angaben zu einem wichtigen Modernisierungsindikator, der Urbanisierungsrate. Sie wurde von bulgarischer Seite wiederholt als Indikator für Grad der Intergration von Bevölkerungsteilen herangezogen. Es erscheint mir zweifelhaft, ob die Angaben von bulgarischer Seite aussagekräftig sind oder gar mit denen aus westlichen Ländern verglichen werden können. Der Grund hierfür ist in den unterschiedlichen und nicht klar definierten Kriterien zu suchen, nach denen in Bulgarien eine Siedlung den Stadtstatus erlangen konnte.<sup>14</sup> Darüber hinaus gab es bis in die siebziger Jahre hinein einen dritten Typ der Siedlung, die „Siedlung städtischen Typs“ (*selište ot gradski tip*); diese Kategorie umfaßte zwar nur einen sehr geringen Bevölkerungsanteil – dennoch ist nicht klar, wie dessen Einwohner statistisch eingeordnet wurden.

---

<sup>14</sup> Nach Angaben der bulgarischen Autorin L. Ruskova sind die Kriterien eher funktionaler Art; ein Dorf bleibt solange ein Dorf, solange dessen Bewohner mehrheitlich in der Landwirtschaft beschäftigt sind und die Einwohnerzahl nicht 12.000 übersteigt. Außerdem müssen für die Erhebung in den Stadtstatus verschiedene infrastrukturelle Bedingungen erfüllt sein, z.B. müssen Bildungs-, Verwaltungs- und Gesundheitseinrichtungen vorhanden sein. Vgl. Ruskova, L.: *Ustrojstvo na bälgarskoto selo pri socialističeski način na život* [Der Aufbau des bulgarischen Dorfes bei der sozialistischen Lebensweise], Sofija 1982, S.13. Allein die Tatsache, daß etwa in Deutschland aus statistischer Sicht die Stadt ab etwa 2.000 Einwohnern beginnt, macht den Unterschied deutlich. Vgl. dazu das Stichwort „Stadt“, in: *Gabler-Wirtschafts-Lexikon*, 13. vollst. überarbeitete Auflage, Wiesbaden 1995, Bd.7, S.3081 ff.

### 1.2.2. Gesetze und Verordnungen

Bei den Quellen zur Rechtsstellung der nationalen Minderheiten müssen mehrere Kategorien unterschieden werden. Zum einen müssen die innerstaatlichen von den internationalen Rechtssetzungen getrennt werden, wobei die innerstaatlichen zweifellos die wichtigeren waren.<sup>15</sup> Zum anderen müssen bei der innerstaatlichen Gesetzgebung die verschiedenen Ebenen der Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen getrennt betrachtet werden.

Hinzu tritt noch ein Differenzierungsmerkmal: diejenigen rechtlichen Bestimmungen, die explizit auf die Minderheiten zielten und solche, die zwar für die Minoritäten von Bedeutung waren, aber nicht nur sie betrafen. Darüber hinaus muß für die bulgarischen Verhältnisse beachtet werden, daß

In the People's Republic the traditional hierarchy of legal rules (...) is no longer observed. There is no strict seniority of government agencies exercising the legislative and executive functions. In some instances, the law may be changed by administrative decree, and constitutional provisions do not necessarily bind the government. In fact, the latest act prevails regardless of which governmental agency issues it.<sup>16</sup>

Schließlich sei hier noch anzumerken, daß zu der Umsetzung der rechtlichen Vorgaben die entsprechenden Quellen meistens fehlen. In manchen Fällen lassen sich den Äußerungen verschiedener Politiker Hinweise dazu entnehmen. Aus neueren Publikationen, deren Autoren Zugang zu den bislang unveröffentlichten ZK-Akten hatten, wird deutlich, daß bisweilen die Gesetze und Verordnungen nicht oder nur ansatzweise erfüllt wurden. Aus diesem Grund sollen die gesetzlichen Vorgaben in erster Linie als Äußerungen des politischen Willens der bulgarischen Führung betrachtet werden.

Viele, aber nicht alle wichtigen rechtlichen Bestimmungen wurden im bulgarischen Gesetzblatt, dem *Dăržaven vestnik* (DV) veröffentlicht; von 1950 bis 1962 erschien das Gesetzblatt unter dem Namen *Izvestija na prezidiuma na narodnoto sãbranie* (Mitteilungen des Präsidiums der Volksversammlung, kurz IPNS). Bei den Rechtsverordnungen durch die Regierung konnte es sich um verschiedene Arten handeln: Gesetze (*zakoni*), Beschlüsse des Ministerrats bzw. des Staatsrates (*postanovlenija na ministerskija sãvet / na dăržavnija sãvet*), Erlasse (*ukazi*) oder die zugehörigen Ausführungsbestimmungen (*pravilnici* oder *naredbi*). Allerdings wurden zahlreiche dieser innerstaatlichen Regelungen im Gesetzblatt nur in Auszügen (*izvlečenija*) oder gekürzt veröffentlicht und bedürfen daher besonderer Überprüfung, etwa anhand von Gesetzessammlungen, etwa dem *Sbornik posta-*

---

<sup>15</sup> Brunner, G.: Die Rechtsstellung ethnischer Minderheiten in Südosteuropa, in: Schönfeld, Roland (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S.42.

<sup>16</sup> Sipkov, I.: Legal Sources and Bibliography of Bulgaria, New York 1956, S.10.

*novlenija*<sup>17</sup> (Sammlung der Beschlüsse) oder den *Normativni aktove*<sup>18</sup> (Normativakte). In dem Gesetzblatt sind auch die beiden Nachkriegsverfassungen von 1947 („Dimitrov-Verfassung“) und 1971 erschienen. Auch die wichtigsten internationalen Verträge wurden in DV bzw. IPNS publiziert.

Das bulgarische Gesetzblatt bietet sich noch in einer weiteren Hinsicht als Quelle an, wenn auch eher in sozial- denn in rechtsgeschichtlicher Hinsicht: In jeder Ausgabe werden Personen namentlich genannt und aufgefordert, in verschiedenen gerichtlichen oder Verwaltungsangelegenheiten bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung sind solche Fälle von besonderem Interesse, wo muslimische Bürger, die – zumindest bis in die achtziger Jahre – an ihren Namen erkennbar waren, zur Klärung von Eigentumsfragen vorgeladen wurden. Das kam besonders in den Jahren der großen Emigrationswellen häufig vor.

### 1.2.3. Quellen zu Beschlüssen der BKP

Abschließend soll noch eine weitere wichtige Quellenart genannt werden: Die veröffentlichten Beschlüsse und Programme der verschiedenen Gremien der BKP. In diese Kategorie fallen auch programmatische Reden von hohen Parteifunktionären, die teilweise auch in Übersetzung oder als Sonderdrucke<sup>19</sup> vorliegen; schließlich wurde mit der Verfassung von 1971 die vorher schon bestehende „führende Rolle der Kommunistischen Partei“ im Staat festgeschrieben, d.h. die Gewaltenteilung *de jure* aufgehoben.<sup>20</sup>

Die politischen Veränderungen von 1989/90 haben nur in beschränktem Maße dazu beigetragen, die Quellenlage zur Minderheitenpolitik der BKP zu verbessern. Zwar wurden 1991 im Verlauf der Diskussionen um die Anklageerhebung gegen den vormaligen Staats- und Parteivorsitzenden Todor Živkov wegen der Assimilierungskampagne gegen die türkische Minderheit in den achtziger Jahren einige bis dahin als „geheim“ klassifizierte Dokumente in der Presse publiziert,

<sup>17</sup> Sbornik Postanovlenija i razpoređdanija na Ministerskija sävet na Narodnata Republika Bălgarija [Sammlung von Beschlüssen und Verordnungen des Ministerrats der Volksrepublik Bulgarien], Sofija 1954-72.

<sup>18</sup> Normativni aktove. Priloženie i ukazatel [Normativakte. Anlage und Verzeichnis], Sofija 1974-.

<sup>19</sup> Z.B. Shiwkow, Todor: Die Einheit des bulgarischen Volkes ist Anliegen und Schicksal jeden Bürgers. Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Todor Shiwkow, im Bulgarischen Fernsehen und Bulgarischen Rundfunk, Sofia 1989. Außerdem: To Overcome the Distortions Among the Turkic-Speaking and Muslim Population in Bulgaria, Sofia 1990. Dort wurde ein wichtiger Bericht des ZK-Sekretärs Aleksandăr Lilov veröffentlicht.

<sup>20</sup> Art.1 (2-3) der bulgarischen Verfassung vom 16.5.1971. Dt. Übersetzung der Verfassung in Roggemann, H. (Hg.): Die Verfassungen der sozialistischen Staaten, Berlin 1980, S.53-88, hier S.56.

doch stammen diese Dokumente eben nur aus den achtziger Jahren.<sup>21</sup> Diese Dokumente tragen nur in sehr begrenztem Umfang zu neuen Erkenntnissen bei. Dies gilt auch für eine Serie von Artikeln im Organ des bulgarischen Journalistenverbandes; der Autor dieser Serie, der bulgarische Historiker Stajko Trifonov, hatte in der Kommission zur Auflösung des Parteiarchives mitgearbeitet und die Gelegenheit genutzt, aus den bis dahin unzugänglichen Dokumenten zur Minderheitenpolitik zu zitieren.<sup>22</sup> Diese Serie war offenkundig dafür gedacht, in die tagespolitischen Diskussionen um die Anklageerhebung einzugreifen. Trotz dieser Schwäche trug gerade diese Veröffentlichung dazu bei, die Politik der BKP gegenüber den nationalen Minderheiten in den fünfziger und sechziger Jahre genauer darzustellen, da diese Zeit bislang in der Forschungsliteratur wegen des Quellenmangels kaum thematisiert wurde. Außerdem ist Trifonovs Darstellung recht aufschlußreich, was die parteiinternen Diskussionen und Entscheidungen angeht.

Bleibt anzumerken, daß die Quellenlage zur Parteipolitik nach wie vor unzulänglich ist. Der immer noch laufende Strafprozeß gegen einige Mitglieder der früheren Parteispitze wegen der Politik gegenüber den Türken Bulgariens wird diese Situation wohl auch auf unabsehbare Zeit nicht verbessern. Auch dürfte eine Öffnung des Parteiarchives kaum im Interesse der derzeitigen Regierung sein, die von der Nachfolgepartei der BKP gestellt wird.

### 1.3. Der historische Hintergrund

Der amerikanische Bulgarien-Experte John D. Bell hat vorgeschlagen, die politische Geschichte der Nachkriegszeit in vier Phasen zu unterteilen: 1. Die Phase der Etablierung des kommunistischen Regimes von 1944-47, 2. die stalinistische Periode 1948-53, 3. die Entstalinisierung 1953-62 und 4. die Herrschaft Todor Živkovs ab 1962.<sup>23</sup> Auf der Grundlage dieser Periodisierung, soll im folgenden versucht werden, die Haltung der bulgarischen Staats- und Parteiführung gegenüber den Minderheiten in groben Zügen nachzuzeichnen. Dabei soll den konkreten minderheitenpolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen zunächst keine Be-

---

<sup>21</sup> Hier machte sich vor allem das Organ der Bewegung für Rechte und Freiheiten, *Prava i svobodi*, verdient, das 1991 einige wichtige Dokumente veröffentlichte.

<sup>22</sup> Trifonov, S.: Stogo poveritelno! [Streng geheim!], in: Pogled Nr.16 bis 20. Eine leicht abgeänderte Fassung dieses Aufsatzes ist unter dem Titel Mjusjulmanite v politika na bălgarskata dăržava [Die Muslime in der Politik des bulgarischen Staates] (1944-1989) erschienen in: Stranici ot bălgarskata istorija. Săbitija – razmisli – ličnosti [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Ereignisse – Überlegungen – Persönlichkeiten], T.2, Sofija 1993, S.210-223.

<sup>23</sup> Bell, J. D.: Domestic Politics, in: Grothusen, K.-D.(Hg.): Bulgarien, Göttingen 1990, (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6), S.56-83, hier S.56.

achtung geschenkt werden – sie werden ja im Hauptteil dieser Arbeit noch ausführlich debattiert.

### *1.3.1. Die Etablierung des kommunistischen Regimes*

Der Beginn der bulgarischen Nachkriegsgeschichte wird üblicherweise auf den 9. September 1944 datiert. Unter dem Eindruck des schnellen Vormarsches der Roten Armee im Osten des Landes, hatte die Vaterländische Front (VF) beschlossen, die Macht im Land zu übernehmen. In der Nacht vom 8. auf den 9. September inszenierte dieses Bündnis aus verschiedenen Oppositionsparteien einen Putsch, mit dem der Regentschaftsrat aus der Regierung verdrängt wurde. Die VF war während des Krieges gegründet worden und umfaßte die kommunistische Partei, Teile der Sozialdemokraten und der Agrarier, sowie den Zveno-Bund, der seine Machtbasis vor allem in Militärkreisen hatte. Aus dieser Konstellation erklärt sich auch, warum nach dem Umsturz nicht unmittelbar eine kommunistische Diktatur entstand, sondern eine Koalitionsregierung, in der die Kommunisten nur wenige, dafür aber wichtige Posten (Innen- und Justizministerium) besetzten. Innerhalb der VF hatte die KP neben dem Pladne-Flügel des Bauernbundes (BZNS) die weitaus meisten Mitglieder, aber nicht die Übermacht.<sup>24</sup>

In dieser ersten Phase, die mit dem Abschluß des Friedensvertrages 1947 endet, wurde die bulgarische Innenpolitik durch verschiedene Faktoren geprägt, die hier nur kurz umrissen werden können. Ein wichtiger Punkt war die Anwesenheit der Alliierten Kontrollkommission (AKK), deren Vorsitzender, der sowjetische General S. S. Birjuzov, bisweilen aktiv in das Politikgeschehen des Balkanlandes eingriff. Der zweite wichtige Faktor war die Tatsache, daß es den Kommunisten gelungen war, die Schlüsselposten im Kabinett der Koalitionsregierung zu übernehmen. Damit bot sich ihnen die Möglichkeit, den Kampf gegen die Opposition innerhalb wie außerhalb der Regierung effektiv zu führen. Dieser Kampf begann unmittelbar nach der Machtübernahme mit einer Säuberung der Verwaltung von „faschistischen Elementen“, dem Aufbau einer bewaffneten Miliz und der Einrichtung von Volksgerichten, die für die Bestrafung der Kollaborateure zuständig waren.<sup>25</sup>

Unter diesen Umständen gelang es der BKP, die unmittelbar nach 1944 einen immensen Mitgliederzuwachs erlebte, ihre Machtposition im Lande auszubauen, wobei die Teilnahme der bulgarischen Armee am Feldzug der Roten Armee gegen das Deutsche Reich ein wichtiges Druckmittel war, mit dem innenpolitische Gegner desavouiert werden konnten. Ein erstes Opfer dieser Taktik war der Führer des BZNS-Pladne, Dr. Georgi M. Dimitrov (nicht zu verwechseln mit Georgi Dimitrov, dem Führer der BKP), der nach der Anschuldigung Birjuzovs, ein

<sup>24</sup> Ebda., S.59.

<sup>25</sup> Bell: Domestic Politics, S.59 f.; Crampton, R. J.: A Short History of Modern Bulgaria, Cambridge 1987, S.148.

Defätist zu sein, Anfang 1945 das Land verlassen hatte und in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde.<sup>26</sup> Sein Nachfolger Nikola Petkov sollte zwar dem immensen Druck mit Unterstützung vor allem der USA länger standhalten, doch als die KP 1947 ihre Machtposition gefestigt hatte, wurde er nach einem Schauprozeß als Spion zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Für die kommunistische Partei hatte zunächst die Fraktion der sogenannten „Heimkommunisten“ um Trajčo Kostov die Stellung im Land gehalten, während die Führungsriege um den langjährigen Generalsekretär Georgi Dimitrov zusammen mit anderen hohen Funktionären der BKP im Moskauer Exil blieben. Erst kurz vor den ersten Wahlen der Nachkriegszeit im Herbst 1945 kehrten die „Moskowiter“ in ihre Heimat zurück. Die triumphale Rückkehr Georgi Dimitrovs trug sicher ebenso zu dem überwältigenden Sieg der zu diesem Zeitpunkt bereits kommunistisch dominierten VF bei, wie der Boykott der Wahlen durch die Opposition aus Agrariern und Sozialdemokraten – von den im sowjetischen Machtbereich üblichen Wahlmanipulationen ganz zu schweigen.<sup>27</sup> Nach der Abschaffung der Monarchie per Referendum (Anfang September 1946), wurden Wahlen zur verfassungsgebenden Großen Volksversammlung für den Oktober des gleichen Jahres anberaumt. Die Opposition unter Petkov (BZNS) und Lulčev (Sozialdemokraten) erreichte bei diesen Wahlen beachtliche 28 Prozent. Der geänderte Wahlmodus hatte zur Folge, daß die kleineren Parteien innerhalb der VF (Zveno, Sozialisten und Agrarier) benachteiligt wurden. Mit einer Kabinettsumbildung, die mit Georgi Dimitrov erstmals einen Kommunisten auf den Posten des Ministerpräsidenten brachte, wurden die Kabinettsposten für die kleineren Koalitionspartner eingeschränkt. Zudem wurden nach den Wahlen einige wichtige Positionen innerhalb der Koalitionsparteien mit KP-freundlichen Funktionären besetzt, so daß von diesem Zeitpunkt an die BKP weitestgehend die Politik bestimmen konnte.<sup>28</sup>

Die Phase der Etablierung der kommunistischen Partei an der Macht fand 1947 ihren Abschluß in der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrages im Februar und der Verabschiedung der sogenannten Dimitrov-Verfassung im Dezember. Durch die – reichlich ungeschickte – diplomatische Anerkennung Bulgariens durch die Vereinigten Staaten nur wenige Tage nach der Hinrichtung Petkovs wurde die nun kommunistisch dominierte Regierung auch international so weit aufgewertet, daß diese daran gehen konnte, den bulgarischen Staat und die Gesellschaft nach stalinistischem Muster umzubauen.

Hält man sich die Turbulenz und die Tragweite der politischen Veränderungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor Augen, so wird verständlich, daß erstens die BKP nicht umhin kam, sich die Unterstützung auch der Minderheiten zu si-

---

<sup>26</sup> Bell: Domestic Politics, S.62.

<sup>27</sup> Ebda., S.64.

<sup>28</sup> Ebda., S.65.

chern, indem sie diesen Zugeständnisse machte und während des Krieges bestehende Restriktionen ebenso wie Assimilationsmaßnahmen früherer Regierungen aufhob. Die Umkehrung der Einschränkungen ging soweit, daß die Regierung die Besonderheiten der Ethnizität einiger Minderheiten aktiv unterstützte, wie noch zu zeigen sein wird. Besonders deutlich wird diese Politik am Beispiel der – wenn auch nur kurze Zeit währenden – „Makedonisierung“ des Pirin-Gebietes.<sup>29</sup> Gerade diese Entwicklung, die nur vor dem Hintergrund der von Tito und Dimitrov angestrebten Föderation zwischen Jugoslawien und Bulgarien zu verstehen ist, wirft die Frage auf, ob die Verstärkung des ethnischen Bewußtseins bei den hier behandelten Minoritäten nicht aus den gleichen Gründen geschah.

### *1.3.2. Die stalinistische Periode 1948-1953*

Nachdem die BKP ihre innenpolitischen Gegner beseitigt hatte, konnte sie daran gehen, das Land nach dem Vorbild der Sowjetunion umzubauen. Die wenigen Jahre, die Bell als die „stalinistische Periode“ bezeichnet hat, waren geprägt vom gewaltigen Umwälzungen in der bulgarischen Gesellschaft, aber auch innerhalb der BKP selbst.

Der Wechsel an der Spitze der kommunistischen Partei nahm seinen Ausgang mit dem Tod ihres Generalsekretärs Georgi Dimitrov. Der bulgarische Parteichef, beim Ausbruch der Krise zwischen Tito und Stalin 1948 bereits gesundheitlich schwer angeschlagen, war schon nach der Gründung des Kominform im Herbst 1947 von seinem Schwager, Vălko Červenkov, scharf kritisiert worden. Die Kritik hatte sich vor allem auf die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Veränderungen bezogen;<sup>30</sup> Červenkov, der als bulgarischer Delegierter an der Gründungskonferenz des Komiform im polnischen Szklarska Poreba teilgenommen hatte, wußte sich dabei der Unterstützung seines großen Vorbildes, Stalin, sicher. Mit diesem Angriff auf den beinahe sakrosankten Dimitrov<sup>31</sup> wurde auch die Grundlage gelegt für eine umfassende Säuberung der BKP. Die Partei hatte seit 1944 einen immensen Mitgliederzuwachs erlebt, der, entsprechend der dama-

<sup>29</sup> Siehe hierzu Hatschikjan, M. A.: Tradition und Neuorientierung in der bulgarischen Außenpolitik 1944-1948. Die „nationale Außenpolitik“ der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), München 1988, S.292 ff. Die Makedonisierung betraf vor allem die Sprach- und Bildungspolitik des Pirin-Gebietes. Während dieser kurzen Phase wurde die neue jugoslawisch-makedonische Normsprache auch in dieser Region als offizielle Sprache eingeführt.

<sup>30</sup> Ognjanov, L.: Dăržavno-političeskata sistema na Bălgarija 1944-48 [Das staatlich-politische System Bulgariens 1944-1948], Sofija 1993, S.189 ff.; Hatschikjan: Tradition und Neuorientierung, S.321 ff.

<sup>31</sup> Der „Held von Leipzig“ war der populärste bulgarische Kommunist, seit er seine geschickte Verteidigungsrede im Prozeß um den Reichstagsbrand als Plattform genutzt hatte, die deutsche Reichsregierung unter Hitler anzugreifen. Im Exil war Dimitrov Generalsekretär der Komintern.

ligen Sozialstruktur des Landes, vor allem von Bauern getragen wurde; die Säuberung hatte unter anderem den Sinn, den Anteil der Arbeiter unter den KP-Mitgliedern zu heben, was aber nur bedingt gelang. Erfolgreicher waren die Bemühungen, die Parteispitze gefügig zu machen. Kurz vor Dimitrovs Tod im Juli 1949 wurde der Wirtschaftsexperte in der KP-Führung und frühere Generalsekretär (1945-48), Trajčo Kostov, verhaftet. Er wurde nach einem Schauprozeß – die Vorwürfe lauteten auf „nationalistische Abweichung, Konspiration und Titoismus“ – im Dezember 1949 hingerichtet.<sup>32</sup> Auch der Dritte des Triumvirats an der Parteispitze, der schon 72-jährige Vasil Kolarov, der die Nachfolge von Georgi Dimitrov als Ministerpräsident und Generalsekretär angetreten hatte, stand nur ein halbes Jahr an der Spitze von Partei und Staat, bevor er im Januar 1950 verschied. Damit war der Weg frei geworden für die „zweite Garde“ der BKP, zumal auch langjährige Mitglieder der Parteiführung wie Dobri Terpešev und vor allem der frühere Innenminister, Anton Jugov, von der Säuberungswelle nicht verschont geblieben waren.

An der Spitze dieser Aufsteiger stand Vălko Červenkov, der unter dem Beinamen „der kleine Stalin“ in die bulgarische Geschichtsschreibung eingehen sollte – und das nicht zu Unrecht. Červenkovs Alleinherrschaft als Ministerpräsident, Generalsekretär der BKP und Vorsitzender des Nationalrates der Vaterländischen Front 1950 bis 1954 war geprägt von einer Mischung aus *Ždanovščina* im kulturellen Bereich und Polizeiterror in der Gesellschaft. In dieser kurzen Zeit trieb der skrupellose Machtmensch nicht nur die 1948 in Angriff genommene Kollektivierung der Landwirtschaft weiter voran, sondern brachte auch ein Programm der forcierten Industrialisierung auf den Weg, das eindeutig nach sowjetischem Vorbild modelliert war.<sup>33</sup> Die Opfer dieser Wirtschaftspolitik waren vor allem die Bauern. Die bulgarische Ökonomie war zu dieser Zeit überwiegend agrarisch geprägt; der größte Teil der Investitionen floß gleichwohl in den ehrgeizigen Aufbau einer Schwerindustrie. Der erste Fünfjahresplan (1948 bis 1952) konnte zwar vorzeitig erfüllt werden und wies auch hohe Zuwachsraten in der Wirtschaft vor, doch dieser Erfolg wurde auch mit dem Einsatz von Polizeigewalt erzwungen, wodurch größere Streikbewegungen verhindert wurden.<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Siehe zum Prozeß gegen Kostov und dessen Hintergründe Oren, N.: *Revolution Administered: Agrarianism and Communism in Bulgaria*, Baltimore / London 1973, S.105 ff.; eher unkritisch dagegen Hodos, G.: *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54*, Berlin 1990, S.36 ff. Zu den umfassenden Säuberungen nach dem Kostov-Prozeß siehe Troebst, S.: *Der masochistische Musterknabe: „Säuberungen“ in der kommunistischen Partei Bulgariens 1936-1953*, in: SOE 40 (1991) 11-12, S.654 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Crampton: *A Short History*, S.178 ff. und Oren: *Revolution Administered*, S.111 f.

<sup>34</sup> Lampe, J. R.: *The Bulgarian Economy in the Twentieth Century*, London / Sydney 1986, S.141.

Die Politik der BKP gegenüber den Minderheiten war in dieser Zeit wie die gesamte Innenpolitik vielen Veränderungen unterworfen. Auf der einen Seite wurde die liberale Politik fortgesetzt und die inzwischen in der bulgarischen Verfassung verankerten Rechte der Nationalitäten weitgehend gewahrt. Zugleich aber brachten die rapiden sozialen Veränderungen in der Gesellschaft auch eine steigende Unruhe vor allem unter der überwiegend bäuerlichen türkischen Minderheit mit sich, die ihren Ausdruck in wachsendem Emigrationsdruck fand. Diese Unruhe unter den Minderheiten wurde auch dadurch verstärkt, daß die Regierung nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin mehr und mehr zu einer isolationistischen Außenpolitik überging, die sie im Inneren mit Umsiedlungen aus den Grenzregionen zu Jugoslawien und Griechenland durchsetzte. Hinzu kam, daß den bulgarischen Juden die Ausreise in den neugegründeten Staat Israel erlaubt wurde, der den Auswanderungswunsch auch unter der türkischen Bevölkerung verstärkte. Als dann die Grenzen zur Türkei im August 1950 geöffnet wurden, sah es so aus, als habe die Regierung unter Červenkov von ihrer Minderheitenpolitik Abschied genommen. Nach der Grenzschießung 1951 wurde jedoch erneut eine verstärkte Förderung der Minoritäten unternommen. Sieht man von den siedlungspolitischen Maßnahmen ab, so scheint es doch eine gewisse Kontinuität in der Politik gegenüber den ethnischen und religiösen Minderheiten gegeben zu haben.

### *1.3.3. Die Entstalinisierung 1953 bis 1962*

Währte die Alleinherrschaft des „kleinen Stalin“ Vălko Červenkov nur relativ kurz, so nahm die Entstalinisierung der bulgarischen Politik und Gesellschaft längere Zeit in Anspruch. Am Ende dieser historischen Periode konzentrierte erneut ein einzelner Mann die Macht über Partei und Staat in seinen Händen – Todor Živkov. Der Übergang zwischen den beiden bulgarischen Autokraten verlief schrittweise, ähnlich wie der Übergang von Stalins Allmacht zur Regierung N. S. Chruščevs. Der Machtwechsel innerhalb der BKP war vielmehr, wie im Falle der KPdSU, von einer Phase der kollektiven Führung begleitet, an deren Ende die neuen Herrscher die alleinige Verfügungsgewalt innehatten. Die Parallelen zwischen der politischen Entwicklung in der UdSSR und in Bulgarien sind gerade in dieser Übergangszeit besonders auffällig.

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 setzte in Bulgarien eine kaum merkliche Lockerung des bis dahin allumfassenden Terrors ein. Auch das zweite Kernstück der stalinistischen Politik, die forcierte Industrialisierung, wurde im 1953 verabschiedeten zweiten Fünfjahresplan etwas zurückgenommen. Daß Červenkov selbst über keine nennenswerte Machtbasis innerhalb der Partei verfügte, zeigte sich, als er zur Beendigung des Tabakarbeiterstreiks in Plovdiv einen von ihm „gesäuberten“ Mann heranziehen mußte – Anton Jugov, der früher selbst Tabak-

arbeiter gewesen war.<sup>35</sup> Vor diesem Hintergrund (und vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Sowjetunion) wird deutlich, warum Červenkov auf dem VI. Parteikongreß der BKP schließlich eine kollektive Führung vorschlug, woraufhin man einen bis dahin unbedeutenden Politiker den Posten des Ersten Sekretärs der BKP wählte.<sup>36</sup> Červenkov selbst blieb Ministerpräsident. Der neue „Erste“, Todor Živkov, hatte seine Karriere vor allem in der Sofioter Parteiorganisation gemacht und war erst 1950 in die höchsten Parteiorgane gewählt worden.<sup>37</sup> Mit dieser Veränderung an der Parteispitze fiel die Rückkehr einiger altgedienter Parteikader, darunter auch der schon erwähnte A. Jugov, zusammen. Damit hielten sich die verschiedenen Parteiflügel in den Leitungsgremien in etwa die Waage: Die Gruppe um Červenkov, die alten Kader um Jugov und die „Jungen“ um Živkov.

Diese (Patt-)Situation, in der die bulgarische Politik an ihren alten Standpunkten festhielt, dauerte etwa ein Jahr. Die nächsten Veränderungen in der Parteispitze hingen einmal mehr mit der sowjetischen Politik zusammen: Nicht nur hatte Nikita S. Chruščev seinen Mitstreiter Malenkov fallengelassen, er bemühte sich nun um eine Aussöhnung mit Tito, wozu er 1955 nach Jugoslawien reiste. Es war vor allem der XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) und die fulminante Geheimrede Chruščevs, die auch in Bulgarien wirkliche Veränderungen einleitete. Mit den Angriffen des sowjetischen Parteivorsitzenden auf den Personenkult und die Politik Stalins wurde auch in Bulgarien der Weg bereitet für die Abrechnung des Personenkultes um Červenkov. Der „kleine Stalin“ mußte bereits gewußt haben, was auf ihn in seiner Heimat zukommen würde, denn er, und nicht der erste Sekretär, leitete die bulgarische Delegation auf dem XX. Parteitag, begleitet wurde er von Jugov.<sup>38</sup>

Etwa zwei Monate nach der Rückkehr der bulgarischen Delegation fand schließlich auch in Bulgarien die große Abrechnung mit dem Stalinismus statt, nachdem schon zuvor in der Presse Pravda-Artikel in diesem Sinne veröffentlicht worden waren.<sup>39</sup> Das im Nachhinein zur entscheidenden Wende der bulgarischen Nachkriegspolitik hochstilisierte April-Plenum des ZK der BKP (2. - 6. April 1956) hatte tatsächlich gravierende Auswirkungen. Nachdem Červenkov von Živkov wegen des Personenkultes kritisiert worden war, wurde er am 18. April als Ministerpräsident durch Jugov ersetzt, behielt aber seinen Posten als Mitglied des Politbüros. Da keine der verschiedenen Fraktionen ein entscheidendes Übergewicht erreichen konnte, blieb es zunächst bei der kollektiven Führung der Par-

---

<sup>35</sup> Bell: Domestic Politics, S.72.

<sup>36</sup> Ebda., S.73.

<sup>37</sup> Oren: Revolution Administered, S.130 f.

<sup>38</sup> Bell: Domestic Politics, S.73.

<sup>39</sup> Oren: Revolution Administered, S.132.

tei.<sup>40</sup> Auch in anderer Hinsicht wurden auf diesem ZK-Plenum Veränderungen auf den Weg gebracht, die noch Jahre danach die bulgarische Politik bestimmen sollten. Diese Veränderungen betrafen in erster Linie die Wirtschaftspolitik, aber wahrscheinlich auch die Minderheitenfrage.<sup>41</sup> In der Kulturpolitik folgte dem Aprilplenum eine gewisse Liberalisierung. Das einsetzende „Taufwetter“ war gleichwohl nur von kurzer Dauer, denn schon im Februar 1957, nach der Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und Polen, wurde Červenkov zum Kultur- und Bildungsminister gemacht. Der Spezialist für Säuberungen des Parteiapparates sollte das Land von allzu liberalen Kulturschaffenden und Redakteuren reinigen.<sup>42</sup> Die Säuberung betraf auch die Parteispitze. Im Juli 1957, also nur wenige Tage nachdem in Moskau die „partei-feindliche Gruppe“ um Malenkov gestürzt worden war, fiel auch eine Reihe prominenter bulgarischer Funktionäre (Terpešev, Čankov und Panov) in Ungnade.<sup>43</sup>

Die Reihe der Parallelen zwischen der sowjetischen und der bulgarischen Politik war damit noch nicht beendet. Živkov, der seine Macht auf dem VII. Parteikongress der BKP (1958) mit Hilfe seines sowjetischen Vorbildes weiter festigen konnte (Červenkov trat als Bildungsminister zurück), sollte zu einem Epigonen der Politik Chruščevs par excellence werden. Kurz nach dem XXII. Parteitag der KPdSU (Oktober 1961) verlor Živkovs Widersacher Červenkov alle Parteiämter und wurde aus der Partei ausgestoßen; im Vorfeld des VIII. Parteikongresses der BKP (1962) sicherte sich der umtriebige Chruščev-Verehrer schließlich auch noch das Amt des Ministerpräsidenten und verdrängte so seinen letzten Rivalen, Jugov.<sup>44</sup> Nach einer weiteren Säuberung der Partei hatte mit Živkov nicht nur Moskaus treuester Anhänger die Macht in seinen Händen konzentriert, sondern auch ein vergleichsweise junger Politiker, der die Kraft hatte, alle (oder zumindest fast alle) Unbilden der nächsten 27 Jahre zu überstehen.

Diesem Wechsel an der Spitze von Partei und Staat vorausgegangen war jenes wirtschaftliche Experiment, das unter dem Namen „der Große Sprung“ in die bulgarische Geschichte eingegangen ist. Eine der Hauptforderungen des zweiten Fünfjahresplanes (1953 bis 1958) war die Vollendung der Kollektivierung der Landwirtschaft. 1956 waren erst etwa drei Viertel der bebaubaren Bodenfläche von der Kollektivierung erfaßt gewesen, aber bis zum Ende des Planes 1958 gingen auch die verbliebenen Flächen fast vollständig (92 %) in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein. In der Industrie konnte die Zahl

<sup>40</sup> Crampton: A Short History, S.179 ff.; Bell: Domestic Politics, S.74.

<sup>41</sup> So etwa Troebst, S.: Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien, S.236.

<sup>42</sup> Crampton: A Short History, S.181. Zu den Auswirkungen und Diskussionen während des Taufwetters ausführlicher Oren: Revolution Administered, S.134 ff.

<sup>43</sup> Oren: Revolution Administered, S.138.

<sup>44</sup> Bell: Domestic Politics, S.76; Oren: Revolution Administered, S.147 ff.

der Beschäftigten verdoppelt werden. Aber vor allem bei der Ausbildung der überwiegend aus der Landwirtschaft kommenden Arbeiterschaft gab es erhebliche Mängel und auch die Betriebsleitungen konnten sich nur schwer in dem neuen System der industriellen Großproduktion zurechtfinden.<sup>45</sup>

Die durch die beiden ersten Fünfjahrespläne entstandenen Schwierigkeiten sollten im dritten Fünfjahresplan behoben werden. Ende 1958 wurde der dritte Fünfjahresplan weit nach oben korrigiert, nachdem Červenkov an der Spitze einer bulgarischen Delegation China besucht hatte. Der Hintergrund dieser Korrektur der Planvorgaben waren die sozialen Probleme, die durch den Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft ergeben hatten. Die freigesetzten Arbeitskräfte konnten nicht schnell genug in der entstehenden Industrie eingesetzt werden, so daß die Arbeitslosigkeit in den Städten anstieg. Schon 1956 wurde dies offensichtlich, doch zwei Jahre später mußte die Regierung handeln, denn nun waren fast 350.000 Arbeiter in ganz Bulgarien ohne Beschäftigung. Der Plan sah deshalb vor, 1959 140.000, und bis zum Jahr 1962 400.000 Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen. Zusätzlich sollten etwa 10.000 bulgarische Vertragsarbeiter in die Sowjetunion entsandt werden.<sup>46</sup> Zwar wurde mit der vorangetriebenen Industrialisierung ein gewisser Erfolg erreicht, doch waren die Ergebnisse nicht so gut wie erwartet, so daß schon 1960 dieses Programm eingestellt wurde.<sup>47</sup> Der „Große Sprung“ hatte eine gewaltige Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte notwendig gemacht, und das ganze Land schien einem „Modernisierungswahn“ verfallen zu sein:

The new targets were as fantastic as was the energy required in order for the people to reach them. The nation was pushed into a unparalleled frenzy of activity. The press, the mass media, and, above all, the officials of the Agitation and Propaganda Department set out to stimulate mass enthusiasm for the cause. (...) The campaign demanded social mobilization of a magnitude and depth unprecedented in Communist Bulgaria. This was the antithesis of what the liberal writers had sought only a short time earlier. Instead of being relaxed, the social fabric was further tightened until it threatened to tear.<sup>48</sup>

Das Jahr 1958 stellte aber nicht nur für die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik einen Wendepunkt dar. Die Umwälzungen und die gesellschaftliche Mobilisierung machten auch vor der Minderheitenpolitik nicht halt. Der umfassende Kurswechsel der BKP hin zu einer Assimilationspolitik ist einer der zentralen Punkte der vorliegenden Arbeit. Hier soll es zunächst genügen, darauf hinzuweisen, daß es nicht die wirtschaftlichen Veränderungen allein gewesen sein, die für den minderheitenpolitischen Kurswechsel dieses Jahres verantwortlich waren. Hier tritt vielmehr erneut die enge Anlehnung der BKP an die KPdSU in Erscheinung: In der Sowjetunion selbst hatte Chruščev zum gleichen Zeitpunkt eine verstärkte

<sup>45</sup> Lampe: The Bulgarian Economy, S.146 ff.

<sup>46</sup> Ebda., S.150.

<sup>47</sup> Ebda., S.151 f.

<sup>48</sup> Oren: Revolution Administered, S.143.

Politik der Russifizierung begonnen, und damit seinen zuvor liberalen nationalitätenpolitischen Kurs aufgegeben.<sup>49</sup>

#### 1.3.4. Die Ära Živkov

Obwohl Živkov durch umfassende Säuberungen nach 1962 seine Machtposition halbwegs gesichert hatte, war seine Stellung an der Spitze in Partei und Staat nicht so fest, wie es den Anschein hatte. Vor allem seine Abhängigkeit von Chruščev machte ihn verwundbar. Dies trat besonders nach dessen Sturz zu Tage, als die bulgarische Presse erst nach längerem Schweigen über die Veränderungen in der Sowjetunion berichteten. Noch einmal wankte die Macht Živkovs, als er ein halbes Jahr nach Chruščevs Absetzung von einer Verschwörung in Militärkreisen bedroht wurde. Die Konspiration wurde jedoch rechtzeitig entdeckt.<sup>50</sup> Mit der Aufdeckung dieser Verschwörung hatte Živkov auch noch den letzten Machtfaktor in Bulgarien, die Armee, unter seine Kontrolle gebracht. Bis zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre gelang es dem bulgarischen KP-Vorsitzenden durch regelmäßige Personalveränderungen an der Parteispitze, die Erstarkung einzelner Fraktionen innerhalb der kommunistischen Partei weitgehend zu verhindern. Die einzige Person, die im Schatten „des großen Steuermanns“, wie sich Živkov gerne nennen ließ, groß werden konnte, war seine eigene Tochter Ljudmila.<sup>51</sup>

Živkovs Amtszeit war geprägt von politischer Stabilität (immer an der Seite der Sowjetunion) und der Durchführung einer umfassenden Reform der staatlichen Leitung sowie verschiedener Wirtschaftsexperimente.

Die Verwaltungs- und Staatsreform von 1971 war eine der Entscheidungen der Ära Živkov mit bleibenden Konsequenzen. Im Zentrum dieser Reform stand eine neue Verfassung (die sog. „Živkov-Verfassung“), deren grundlegende Änderungen gegenüber der „Dimitrov-Verfassung“ von 1947 vor allem zwei Bereiche

---

<sup>49</sup> Vgl. Simon, G.: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986, S.280 ff.

<sup>50</sup> Die Offiziere wurden relativ leicht bestraft; ihr Anführer beging Selbstmord. Eine Säuberung des Militärbezirks, in dem die Verschwörung vorbereitet worden sein soll, fand erst drei Jahre nach dem versuchten Putsch statt. Vgl. Bell: Domestic Politics, S.74 und Crampton: A Short History, S.185.

<sup>51</sup> Ljudmila Živkova, Jahrgang 1942, hatte u. a. in Moskau und Oxford Geschichte studiert, war 1971 zur stellvertretenden Vorsitzenden und 1975 schließlich zur Vorsitzenden des Komitees für Kultur gewählt worden. 1976 übernahm sie die Verantwortung für die Massenmedien, 1979 wurde sie Politbüromitglied. Ein Jahr später leitete sie die ZK-Kommission für Wissenschaft, Kultur und Kunst. Ihr Hang zu Buddhismus und der bulgarischen mystizistischen Sekte von Petăr Dănov, gepaart mit einem ausgeprägt bulgarisch-nationalem Bewußtsein, konnte ihren Aufstieg ebensowenig behindern, wie ihre wenig leninistischen Anschauungen zur Kultur- und Bildungspolitik. 1981 starb sie unerwartet, vermutlich an den Spätfolgen eines Autounfalles. Crampton: A Short History, S.189; vgl. auch Troebst: Verhältnis, S.245.

betrifft: Zum einen wurde die führende Rolle der kommunistischen Partei zusammen mit dem verbündeten Bauernbund festgeschrieben. Die zweite wesentliche Neuerung betraf den Staatsaufbau. Das bis dahin oberste Organ der Legislative, das Präsidium der Volksversammlung, wurde durch den Staatsrat ersetzt; dieses Gremium hatte sowohl legislative als auch exekutive Funktionen. Zum Vorsitzenden des Staatsrates wurde Todor Živkov gewählt, der dafür sein Amt als Ministerpräsident an Stanko Todorov abgab.<sup>52</sup>

Die fast dreißigjährige Amtszeit Živkovs sah eine Fülle von wirtschaftlichen „Reformen“, die in ihrer Mehrzahl die Struktur der Wirtschaftsleitung des Landes betrafen. Seit Anfang der sechziger Jahre sah sich die bulgarische Regierung dem grundsätzlichen Problem gegenüber, daß das Bevölkerungswachstum stagnierte (siehe Tabelle 1). Der erhöhte Arbeitskräftebedarf in der durch exzessive Kapitalinvestitionen geförderten Industrie, der anfangs durch die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft befriedigt wurde, konnte auf längere Sicht nicht gedeckt werden. Um aber das Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten, mußte eine Produktivitätssteigerung pro Kopf erreicht werden.<sup>53</sup> Der erste Schritt in diese Richtung war das „große soziale Experiment“, mit dem auch Bulgarien das von dem sowjetischen Theoretiker Liberman verfochtene Modell der größeren Selbständigkeit der Betriebe bei gleichzeitiger Gewinnbeteiligung und erhöhten Reinvestitionen des Gewinns erprobte. Obwohl es einige Erfolge zeitigte, wurde es 1968 wohl deshalb fallengelassen, weil die starre Übernahme des sowjetischen Modells der bulgarischen Parteispitze nicht unbedingt geeignet erschien. In der Landwirtschaft wurden parallel zu diesen Experimenten Veränderungen durchgeführt, die zu einer höheren Arbeitseffektivität führen sollten.<sup>54</sup> Hier wurden immer mehr Kollektivwirtschaften zu größeren Einheiten zusammengefaßt, wovon man sich vor allem eine Effektivitätssteigerung im Management erhoffte. Zu Beginn der siebziger Jahre führten diese Konzentrationstendenzen dann zur Entstehung gigantischer landwirtschaftlicher Betriebe, der sogenannten agro-industriellen Komplexe (APK)<sup>55</sup>. Derartige Entwicklungen waren auch in der Industrie zu beobachten, wobei die Ziele ähnlich gelagert waren wie bei den APKs.<sup>56</sup> All diese Reformen vermochten jedoch nicht, die permanente „Mangelwirtschaft“ in Bulgarien zu beheben. Wahrscheinlich aus diesem Grund wurde ab 1974 die Ausweitung des privat nutzbaren Bodens zugelassen, wovon in erster Linie die Landbevölkerung profitierte und ihr eine Sonderstellung innerhalb des sozialistischen Wirtschaftssystems, aber auch noch in der Folgezeit sicherte.<sup>57</sup> Aber auch dieses Zuge-

<sup>52</sup> Crampton: A Short History, S.186 f.

<sup>53</sup> Lampe: The Bulgarian Economy, S.161.

<sup>54</sup> Ebda., S.201 ff.

<sup>55</sup> Ebda., S.206 ff.

<sup>56</sup> Ebda., S.212 ff.

<sup>57</sup> Zu dieser Sonderstellung siehe Creed, G.: The Politics of Agriculture: Identity and Socialist Sentiment in Bulgaria, in: Slavic Review 54 (1995) 4, S.843-868. Creed

ständnis konnte den weiteren Rückgang des Wirtschaftswachstums gegen Ende der siebziger Jahre ebensowenig verhindern, wie die beiden nächsten Reformen, die wiederum die Verbesserung des betrieblichen Managements zum Ziel hatten.<sup>58</sup>

Wichtiger für die gesellschaftspolitische Entwicklung als die neue Verfassung und die Wirtschaftsreformen war jedoch das ebenfalls 1971 verabschiedete neue Programm der BKP. Hier wurde zum ersten Mal davon gesprochen, daß in Bulgarien eine „entwickelte (reife) sozialistische Gesellschaft“ entstehen werde, die die „höchste und letzte Etappe in der Entwicklung des Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Formation“ darstelle.<sup>59</sup> Auf der Basis der weiteren, von zunehmender Mechanisierung und Automatisierung getragenen wirtschaftlichen Entwicklung sollte eine weitestgehende Vereinheitlichung der Gesellschaft erzielt werden:

(...) Die Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Gruppen verringert sich so sehr, daß die sozialistische Gesellschaft ihrer sozialen Struktur nach die Schwelle der Homogenität erreicht.<sup>60</sup>

Diese Grundlage würde auch zu einer ethnischen Vereinheitlichung, zu einer homogenen sozialistischen Nation führen:

Der Prozeß der Entwicklung der sozialistischen Nation in Bulgarien wird sich immer mehr entfalten. Die Bürger unterschiedlicher nationaler Herkunft in Bulgarien werden sich immer mehr aneinander anschließen.<sup>61</sup>

Damit hatte die BKP eine Politik in ihr offizielles Programm aufgenommen, die in ihren Grundzügen schon seit 1958 bestand: Die Politik der allmählichen Überwindung der nationalen Unterschiede innerhalb des bulgarischen Volkes durch die schrittweise Angleichung der Lebensbedingungen. Bereits in den sechziger Jahren hatte die Partei sich mehr und mehr einer „nationalen Rückbesinnung“ zugewandt, die sich zunächst gegen die islamischen Minderheiten richtete, deren äußere Merkmale wie Kleidung und islamisches Brauchtum immer wieder im Zentrum der Kritik standen. Ab 1967 geriet dann die „Makedonische Frage“ zu einem Lieblingsthema der Politik – und auch der Historiographie. Grob gespro-

vertritt hier u. a. die These, daß die Sonderstellung der Landbevölkerung vor 1989 zu ihrem besonderen Wahlverhalten bei den demokratischen Wahlen beigetragen habe, als sie überwiegend für die Nachfolgepartei der BKP stimmte.

<sup>58</sup> Lampe: *The Bulgarian Economy*, S.215 ff.

<sup>59</sup> Programm der Bulgarischen Kommunistischen Partei, einmütig angenommen auf dem X. Parteitag der BKP am 24. April 1971, Sofia 1974, S.40.

<sup>60</sup> Programm der BKP, S.43.

<sup>61</sup> Ebd., S.63.

chen, wurde dabei von bulgarischer Seite die Existenz eines eigenständigen makedonischen Ethnos verneint. Dies führte zu einer heftigen und jahrelangen Kontroverse zwischen jugoslawischen und bulgarischen Wissenschaftlern und Politikern.<sup>62</sup> So gesehen, war auch das Parteiprogramm von 1971 nur die Festschreibung einer längst Praxis gewordenen Politik. Das gleiche gilt auch für die Verfassung von 1971, in der nationale Minderheiten nicht mehr anerkannt wurden, sondern nur noch von Bürgern „nichtbulgarischer Herkunft“ (Art.45(7)) die Rede war. Die Verabschiedung dieser beiden Dokumente – und das in der Folgezeit ausgearbeitete Konzept der einheitlichen sozialistischen Nation – brachte eine weitere Verschärfung der Assimilationspolitik mit sich, die nun eine neue Qualität und neue Formen annahm. Bis zu den Zwangsmaßnahmen gegen die türkische Bevölkerung in den achtziger Jahren stand die bulgarische Minderheitenpolitik immer in einem Spannungsfeld zwischen der Annäherung zwischen den „Bürgern unterschiedlicher nationaler Herkunft“ durch die Überwindung der sozialen Unterschiede und der Beseitigung der äußeren Unterscheidungsmerkmale. Daß es dabei nicht um die Beseitigung von Merkmalen der bulgarisch-christlichen Bevölkerungsmehrheit ging, muß hier wohl kaum betont werden. Die endgültige Absage an die Modernisierungsmaßnahmen als Assimilationsinstrument in den achtziger Jahren kam wenig überraschend, denn die seit 1958 gültigen Grundsätze der Partei, denen zufolge Bulgarien kein multinationaler Staat ist und demnach auch den Minderheiten nur beschränkte Rechte eingeräumt werden müssen, wurde 1985 abgewandelt: Bulgarien wurde damit – zumindest vorübergehend – zu einem „Ein-Nationen-Staat“.<sup>63</sup>

Diese letzte Verschärfung der Assimilationspolitik gegenüber den Minderheiten wurde zu einem wichtigen, möglicherweise dem wichtigsten Faktor für die gesamte bulgarische Politik in den späten achtziger Jahren. Die außenpolitische Isolation und die soziale Desintegration des Landes durch die verfehlte ethnische Politik spielte bei der Absetzung Todor Živkovs am 10. November 1989 sicher eine ebenso bedeutende Rolle wie die nur halbherzige Durchführung einer Politik im Stile Gorbačëvs.<sup>64</sup>

---

<sup>62</sup> Troebst, S.: Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982, München 1983.

<sup>63</sup> Troebst: Verhältnis, S.237.

<sup>64</sup> Zu den Ereignissen am 10. November siehe Höpken, W.: Das Ende der Ära Živkov - der Beginn einer neuen Politik?, in: SOE 39 (1990) 1, S.1-35 und die Dokumentation: Was geschah am 10. November? Hintergründe zum Živkov-Sturz 1989, in: SOE 39 (1990) 10, S.627-641.

## 2. Die Politik gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken

### 2.1. Die kurze Geschichte der Juden in der Volksrepublik Bulgarien

Als „Vorzeigeminderheit“ der Volksrepublik Bulgarien hat Troebst einmal die jüdische Gemeinde bezeichnet.<sup>65</sup> Seiner Meinung nach haben die Juden – und übrigens auch die Armenier – der BKP als Vorzeigeobjekt gegenüber der Weltöffentlichkeit gedient. Schließlich ließ die Partei diesen beiden kleinen ethnischen Gruppen besonderen Schutz angedeihen. Es drängt sich allerdings der Verdacht auf, daß die Führung der bulgarischen KP die Juden wie die Armenier wegen ihres linientreuen Verhaltens und ihrer starken Tendenz zur Assimilation auch gerne als Vorbild für die anderen, zahlenmäßig wesentlich stärkeren ethnischen und ethnisch-religiösen Minderheiten gesehen hätte. Die historischen Entwicklungen, die dazu geführt haben, daß die Juden im Nachkriegsbulgarien zu ihrem Status der „Vorzeigeminderheit“ gelangten, sollen hier skizziert werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Nachkriegszeit bis zum Ende der großen Aussiedlungswelle. Die Periode des Zweiten Weltkriegs wird nur insoweit berührt, wie ihre Auswirkungen für die jüdische Minderheit bis in die ersten Nachkriegsjahre hinein spürbar waren. Die Beschränkung auf die Periode 1944 bis Mitte der fünfziger Jahre ist auch deshalb sinnvoll, da nach dieser Zeit die Zahl der bulgarischen Juden soweit abgenommen hatte, so daß es beinahe gerechtfertigt scheint, weniger von einer „Vorzeigeminderheit“, als vielmehr von einer „aussterbenden Minderheit“ zu sprechen.

#### 2.1.1. Die bulgarischen Juden und die „Endlösung“

In den dreißiger Jahren geriet Bulgarien immer stärker in ökonomische Abhängigkeit vom Deutschen Reich, das bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges zum Haupthandelspartner wurde. Die wirtschaftliche Nähe zu Deutschland und die territorialen Ansprüche der bulgarischen Regierung gegenüber mit den Alliierten verbündeten Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) führten nach Ansicht des amerikanischen Historikers Chary fast zwangsläufig zu dem Beitritt Bulgariens zu den Achsenmächten im Jahr 1941.<sup>66</sup> Für die jüdische Minderheit Bulgariens, zu diesem Zeitpunkt etwa 51.500 Menschen oder 0,5 % der Gesamtbevölkerung<sup>67</sup>, hatte die politische Annäherung Bulgariens an Deutschland schwerwiegende Folgen.

Eine der ersten Maßnahmen war die Ausarbeitung und Verabschiedung eines antijüdischen „Gesetzes zum Schutz der Nation“ Ende 1940, dem die Nürnberger Rassegesetze zugrunde lagen. Durch das Gesetz wurden Juden zum Tragen von

<sup>65</sup> Troebst: Antisemitismus, S.198

<sup>66</sup> Chary, Frederick B.: The Bulgarian Jews and the “Final Solution”, Pittsburgh, PA 1991, S.11 ff.

<sup>67</sup> Chary: “Final Solution”, S.58.

gelben Davidssternen gezwungen und Quoten für bestimmte Berufssparten eingeführt. In erster Linie wirkte sich das Gesetz aber auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der jüdischen Bevölkerung aus. Es wurde eine einmalige Sondersteuer von allen Juden verlangt, wodurch viele dazu gezwungen wurden, ihr Eigentum zu veräußern, weil sie nicht in der Lage waren, diese Steuer aufzubringen. Von deutscher Seite wurde später bemängelt, daß dieses Gesetz zu viele Lücken aufweise und zu lasch gehandhabt worden sei. Tatsächlich scheint die bulgarische Regierung nur die Enteignungen konsequent durchgeführt zu haben.<sup>68</sup>

Nach dem Beschluß der „Endlösung“ auf der Wannsee-Konferenz wurde Ende August 1942 ein „Kommissariat für Judenfragen“ beim Innenministerium eingerichtet. Seine Aufgaben bestanden in der Registrierung aller in Bulgarien lebenden Juden und der Vorbereitung der Deportation der Juden aus Altbulgarien und den unter bulgarischer Verwaltung stehenden Gebieten Westthrakien, Vardar-Makedonien und Pirot.<sup>69</sup> Im Juli 1942 wurden zunächst alle jüdischen Männer zwischen 20 und 45 Jahren zum Arbeitsdienst eingezogen. Ab August wurden die Konten der Juden im bulgarischen Kernland gesperrt; das bewegliche Eigentum mußte dem Kommissariat zur freien Verfügung gestellt werden. Außerdem wurde die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, Radios und andere technische Geräte konfisziert. Die Juden in den bulgarisch besetzten Gebieten waren ungleich härter betroffen. Sie wurden vollständig enteignet.<sup>70</sup>

Die eigentliche Deportation wurde vom Kabinett am 2.3.1943 beschlossen, wobei wiederum nur die Juden der besetzten Gebiete betroffen sein sollten. Gleichwohl hatte das Kommissariat die Juden des Kernlands in seine Planung mit einbezogen und Deportationszentren in Vardar-Makedonien und Westbulgarien geschaffen. Hintergrund dieser Vorbereitungen war ein deutsch-bulgarisches Abkommen, das die Deportation von insgesamt 14.000 Menschen aus den besetzten Gebieten und 6.000 aus dem Kernland vorsah.<sup>71</sup>

Die Proteste im Kernland setzten ein, als die Polizei im März 1943 begann, Juden zusammenzutreiben. In Sofia drang die Nachricht der bevorstehenden Deportation zur jüdischen Gemeinde durch; über persönliche Kontakte gelang es einigen Juden, den Vizepräsidenten des Parlaments und andere hochgestellte Persönlichkeiten zu überreden, bei König Boris III. und beim Ministerpräsidenten zu intervenieren. Als Folge dieser Intervention wurde der Innenminister gezwungen, die Aktion im Kernland aufzuschieben. Die Regierung berief sich dabei auf die Diskrepanz zwischen den angelaufenen Aktionen und dem Kabi-

<sup>68</sup> Hoppe: Bulgarien, S.281 f., vgl. auch Troebst: Antisemitismus, S.195 und Vasileva: Evreite, S.6 f.

<sup>69</sup> Hoppe: Bulgarien, S.283.

<sup>70</sup> Ebda., S.284 f. Der Unterschied in der Behandlung läßt sich nach Hoppe mit der Unterscheidung zwischen bulgarischen Staatsbürgern und anderen Staatsangehörigen erklären, die in den entsprechenden Dekreten gemacht wurde.

<sup>71</sup> Ebda., S.287 f.

nettsbeschluß, der ausdrücklich nur die makedonischen und griechischen Juden betroffen hatte. Gegenüber den deutschen Behörden wurde darauf verwiesen, daß die Juden für den Straßen- und Eisenbahnbau gebraucht würden.<sup>72</sup> In den besetzten Gebieten dagegen verlief die Deportation ohne großes Aufsehen. Hier wurden ca. 11.500 Menschen<sup>73</sup> in nächtlichen Aktionen zusammengetrieben und über Zwischenstationen im bulgarischen Kernland in die Vernichtungslager gebracht.<sup>74</sup>

Von diesem Zeitpunkt an führte die bulgarische Regierung gegenüber dem Deutschen Reich eine Art Verzögerungstaktik durch. Scheinbar wurde nicht mehr ernsthaft erwogen, die Juden Altbulgariens den Nationalsozialisten auszuliefern. Der geänderte Kriegsverlauf und König Boris' Tod Anfang August 1943 führten dazu, daß keine weiteren Maßnahmen ergriffen wurden. Mit dem Austausch des Kabinetts und der Einsetzung eines neuen Judenkommissars wurde schließlich die Wende in der bulgarischen Politik gegenüber den Juden eingeleitet. Ab Sommer 1944 wurden dann die Gesetze, die die Juden betrafen, nach und nach aufgehoben.<sup>75</sup>

In einer ganzen Reihe von bulgarischen Publikationen wurde in der Folgezeit deutlich gemacht, daß nicht die Verkettung glücklicher Umstände, sondern vielmehr das Volk die bulgarischen Juden gerettet hätte, und daß Bulgarien das einzige Land gewesen sei, in dem die jüdische Bevölkerung vor der Vernichtung bewahrt wurde. Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist ein Zitat von Todor Živkov, das einer Dokumentensammlung zur „Rettung der bulgarischen Juden“<sup>76</sup> vorangestellt wurde und deutlich macht, wie die BKP die Zeit des Zweiten Weltkriegs interpretiert wissen wollte:

Dem bulgarischen Volk waren Rassenvorurteile immer fremd. In den schwersten Momenten hat es den Opfern des Rassismus und der nationalen Unterdrückung Hilfe erwiesen. Erlauben Sie mir, daß ich an eine Tatsache aus der jüngeren Geschichte unseres Landes erinnere. Während des Zweiten Weltkriegs hat das bulgarische Volk, begeistert von der kommunistischen Partei, den Plänen der monarchofaschistischen Clique widerstanden, in Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland die jüdische Bevölkerung in Bulgarien zu vernichten. Dank des Kampfes unseres Volkes hat sich Bulgarien als das einzige vom Hitlerfaschismus niedergewalzte europäische Land erwiesen, in dem das

---

<sup>72</sup> Ebda., S.289 f.

<sup>73</sup> Die Zahlen schwanken, je nach Quelle, zwischen 11.343 und 11.800. Vgl. Hoppe: Bulgarien, S.298.

<sup>74</sup> Hoppe: Bulgarien, S.298.

<sup>75</sup> Troebst: Antisemitismus, S.196, vgl. auch Hoppe: Bulgarien, S.300 ff.

<sup>76</sup> Z. B. Borbata na bălgarskija narod za zaštita i spasjavaneto na evreite v Bălgarija prez Vtorata svetovna vojna (Dokumenti i materialii) [Der Kampf des bulgarischen Volkes zur Verteidigung und Rettung der Juden in Bulgarien im Zweiten Weltkrieg (Dokumente und Materialien)], Sofija 1978.

Leben und die Sicherheit der Juden vollständig gerettet wurden. Das ist eine historische Tatsache.<sup>77</sup>

Die Beurteilung dieser Zeit durch westliche Historiker dagegen fällt sehr zwiespältig aus: die bulgarische Regierung sei durch ihr Bündnis mit dem deutschen Reich zu einem „politischen Antisemitismus“<sup>78</sup> gezwungen worden. Chary relativiert in der Schlußbemerkung seines Standardwerkes die Rolle der bulgarischen Kommunisten und der Regierung bei der „Rettung“ der Juden und streicht die Bedeutung der außenpolitischen Faktoren heraus, die auf die bulgarische Regierung gewirkt hätten.<sup>79</sup> Auch Troebst bewertet die Zeit von 1939 bis 1944 eher kritisch; die bulgarischen Juden seien der Deportation nur deshalb um Haaresbreite entgangen, weil verschiedene Faktoren wie Kriegsverlauf, Alarmierung der Juden und persönliche Kontakte zu einflußreichen Kreisen in der Regierung zusammentrafen. Schließlich sei die Bilanz des Holocausts zumindest ambivalent ausgefallen, da sie nicht die Rettung aller Juden in Bulgarien mit sich gebracht habe, sondern eben nur von vier Fünfteln, da die besetzten Gebiete *de facto* von Bulgarien annektiert worden seien.<sup>80</sup> In der neueren bulgarischen Literatur zur Rettung der Juden wird die westliche Sichtweise weitgehend übernommen. Hier werden eher Detailfragen kontrovers diskutiert, etwa die Rolle des Königs.<sup>81</sup>

---

<sup>77</sup> Zit. nach: Borbata na bălgarskija narod za zaštita i spasjavaneto na evreite v Bălgarija, S.13.

<sup>78</sup> Chary: „Final Solution“, S.198.

<sup>79</sup> Ebda., S.200.

<sup>80</sup> Troebst: Antisemitismus, S.196 f.

<sup>81</sup> Darunter: Baruch, N.: Otkupăt. Car Boris i sădbata na bălgarskite evrei [Freikauf. König Boris und das Schicksal der bulgarischen Juden], Sofija 1991. Baruch schreibt die Rettung der Juden allerdings der Initiative einiger jüdischer Persönlichkeiten zu. Vgl. auch Bojadžiev, Ch.: Spasjavaneto na bălgarskite evrei prez vtorata svetovna vojna [Die Rettung der bulgarischen Juden während des Zweiten Weltkriegs], Sofija 1991. Während Baruch der Ansicht ist, daß der König sich nicht für die Rettung der Juden in den besetzten Gebieten eingesetzt habe, streicht Bojadžiev dessen Rolle bei der Rettung der Juden des Kernlands heraus.

## 2.1.2. Die Nachkriegszeit 1944-1952

### 2.1.2.1. Die politischen Strömungen in der jüdischen Bevölkerung

Welche politische Richtung unter den Juden in der Vorkriegszeit vorherrschend war, läßt sich heute schwer beurteilen. Unter den verschiedenen jüdischen Institutionen und Organisationen der Nachkriegszeit war das *Zentralkonsistorium der Juden in Bulgarien* für geistliche und weltliche Angelegenheiten zuständig. Die politischen Vertretungen waren die *Zionistische Einheitsorganisation* (ECO) und die *Jüdische Vaterländische Front* (EOF); die Politik der EOF wurde von der *Zentralen jüdischen Kommission beim ZK der BRP (k)* kontrolliert. Hinzu kamen noch eine ganze Reihe kleinerer Vereinigungen, die jedoch eher den Charakter von Kultur- oder Hilfsorganisationen hatten. Die Hauptkontrahenten dieser Konstellation waren die Massenorganisationen ECO und EOF.<sup>82</sup> Während die Zionisten für die Emigration nach Palästina eintraten, lehnte die kommunistisch dominierte EOF die Emigration solange ab, bis Stalin der Gründung des unabhängigen Staates Israel 1947 zustimmte.<sup>83</sup> Auf der anderen Seite kam es immer wieder zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der EOF und der ECO, nicht zuletzt, als es darum ging, die internationale Meinung vor den Pariser Friedensverhandlungen positiv zu beeinflussen.<sup>84</sup> Die allmähliche Annäherung der unterschiedlichen Positionen führte schließlich dazu, daß Vertreter der EOF vorschlugen, daß die ECO geschlossen der EOF beitreten solle.<sup>85</sup> Dies geschah im Mai 1946, wobei auch die Stärkung des kommunistischen Einflusses eine wesentliche Rolle gespielt haben dürfte.<sup>86</sup> Später, nachdem die Vaterländische Front zu einer Gesellschaftlichen Massenorganisation umgewandelt worden war, sollten sich alle jüdischen Organisationen, einschließlich der EOF, zur EDF, der *Jüdischen Demokratischen Front* vereinigen; dieser Vorschlag wurde jedoch von Georgi Dimitrov abgelehnt. Schließlich wurde im Mai 1948 die EOF zugunsten des *Jüdischen Komitees beim Nationalrat der Vaterländischen Front* aufgelöst und dem *Zentralkonsistorium* der Alleinvertretungsanspruch der jüdischen Minderheit eingeräumt. Anders als zuvor die EOF und die ECO konnte das Konsistorium keine internationalen Kontakte mehr pflegen.<sup>87</sup>

<sup>82</sup> Vasileva, B.: *Evreite v Bălgarija 1944-1952* [Die Juden in Bulgarien 1944-1952], Sofia 1992, S.11 ff. und Troebst: *Antisemitismus*, S.197 f.

<sup>83</sup> Vasileva: *Evreite*, S.102 u. 104.

<sup>84</sup> Meyer, P.: *Bulgaria*, in: *The Jews in the Soviet Satellites*, Syracuse 1953, S.594 ff. und Vasileva: *Evreite*, S.52.

<sup>85</sup> Vasileva: *Evreite*, S.30.

<sup>86</sup> *Ebda.*, S.33.

<sup>87</sup> *Ebda.*, S.105 f.

### 2.1.2.2. Soziale und wirtschaftliche Probleme der jüdischen Bevölkerung

Die erste statistische Erhebung nach dem Krieg von 1945 ergab ein ungewöhnliches Bild: statt der nach den Statistiken des „Kommissariats für Judenfragen“ erwarteten rund 44.000 Juden meldeten sich 49.172, was nach Meyer darauf zurückzuführen sei, daß es während des Krieges einen Zustrom von Juden aus den Nachbarländern Bulgariens gegeben haben müsse. Etwa 27.700 Juden lebten in Sofia, 5.800 in Plovdiv, 1.927 in Ruse, 1.223 in Varna und 1.100 in Kjustendil, um nur die größten Gemeinden zu nennen (siehe Tabelle 8).<sup>88</sup>

Die drängendsten Probleme für die jüdische Bevölkerung waren die Rückgabe des durch die antijüdische Gesetzgebung enteigneten Vermögens und die hohe Arbeitslosigkeit. In der Restitutionsfrage unternahm die Regierung der Vaterländischen Front einen ersten Anlauf schon wenige Monate nach ihrer Machtübernahme. Wegen einer ganzen Reihe von Mängeln kam es bald nach der Veröffentlichung zu Protesten verschiedener jüdischer Gruppen. Zum einen waren für die Betroffenen die Bedingungen für die Rückgabe unannehmbar: sie sollten aufgelaufene Hypotheken und Steuern für enteigneten Besitz nachzahlen. Zudem war eine nur zweimonatige Frist dafür vorgesehen, die früheren Besitztümer ausfindig zu machen. Die Rückgabe des von den Steuerbehörden eingezogenen Besitzes war genauso wenig geplant wie die Entschädigung der Juden, die ihre Habe verkaufen mußten, um die Sondersteuer bezahlen zu können. Außerdem sollte weder die Sondersteuer mit Zinsen zurückgezahlt werden, noch wurde die Wertsteigerung bei gewissen Vermögen berücksichtigt.<sup>89</sup>

Im Herbst 1945 sagte deshalb der erste Sekretär der BKP, Trajčo Kostov, zu, Abhilfe bei den Mängeln zu schaffen. Im August 1946 wurde eine neue Verordnung erlassen, die die wichtigsten Kritikpunkte beseitigte. Der Grund für die relativ schnelle Lösung des Konflikts um die Entschädigungen dürfte laut Vasileva unter anderem die bevorstehende Friedenskonferenz in Paris gewesen sein, bei der die Regierung auf die internationalen Kontakte der jüdischen Organisationen zählte. Außerdem standen die Wahlen zur Großen Nationalversammlung bevor, bei denen die Kommunisten auf die Unterstützung der Juden hofften.<sup>90</sup> Andererseits ging ein im Juli 1946 angekündigtes Gesetz, das die Neugründung der jüdischen Bank *Geula* mittels eines zinsgünstigen Kredits vorsah, sang- und klanglos unter; vielmehr schien die Regierung der Hilfsorganisation *Joint* diese Investition überlassen zu wollen.<sup>91</sup>

Eine vom jüdischen Zentralkonsistorium in Auftrag gegebene Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der bulgarischen Juden ergab 1945, daß in der Provinz 70% der Handwerker und 80% der Händler ohne Arbeit waren, während in der Haupt-

<sup>88</sup> Meyer: *Bulgaria*, S.575.

<sup>89</sup> Vasileva: *Evreite*, S.22 f.

<sup>90</sup> Ebd., S.39.

<sup>91</sup> Meyer: *Bulgaria*, S.585.

stadt die Zahlen bei je 90% lagen. Von den Geschäfts- und Arbeitsräumen waren laut dieser Untersuchung etwa die Hälfte enteignet und ein Viertel verkauft worden.<sup>92</sup> Noch 1947 hätten ausländische Beobachter den Eindruck gehabt, daß unter der jüdischen Bevölkerung eine Massenarbeitslosigkeit herrschte, obwohl offizielle Statistiken für diesen Zeitpunkt nur 5% Arbeitslosigkeit auswiesen.<sup>93</sup>

Die Regierung selbst hat scheinbar in dieser Zeit wenig dazu beigetragen, diesen Zustand zu verbessern. Ihre Politik beschränkte sich in diesem Zusammenhang darauf, den ausländischen Hilfsorganisationen, allen voran der amerikanisch-jüdischen Organisation *Joint* keine unnötigen Beschränkungen aufzuerlegen. Gerade *Joint* war es zu verdanken, daß zwischen 1947 und 1949 eine ganze Reihe von jüdischen und gemischt jüdisch-bulgarischen Handwerks- und Produktionsgenossenschaften mit am Ende zusammen etwa 2.700 Mitarbeitern gegründet wurden.<sup>94</sup> Mit Mitteln anderer jüdischer humanitärer Gruppen wurden unter anderem Berufsschulen aufgebaut, die Versorgung der Schüler der wiedereröffneten jüdischen Schulen mit Lehrmitteln und Schulspeisung sichergestellt und die medizinische Betreuung der jüdischen Gemeinden aufgebaut.<sup>95</sup>

### 2.1.2.3. Schulen und Glaubensorganisation

Das Verbot der jüdischen Schulen während des Zweiten Weltkriegs stellte ein weiteres wichtiges Problem der Juden in der Nachkriegszeit dar. Nicht nur, daß die Schulen neu eröffnet werden mußten, damit die Schulbildung fortgesetzt werden konnte, für die Schüler stellte sich auch die Frage nach der Anerkennung der verlorengegangenen Schuljahre. Die Regierung der Vaterländischen Front verabschiedete kaum zwei Monate nach ihrer Machtübernahme ein entsprechendes Gesetz.<sup>96</sup> Mit diesem Gesetz sollten die Lehrinhalte der jüdischen Schulen dem bulgarischen Schulsystem angepaßt werden, das heißt es wurde – wie bei den

---

<sup>92</sup> Vasileva: Evreite, S.22.

<sup>93</sup> Die Statistiken seien überaus fehlerhaft gewesen. So seien unter der Rubrik „Ladenbesitzer“ auch solche Personen aufgeführt gewesen, die zum betreffenden Zeitpunkt gar keinen Laden gehabt hätten und höchstwahrscheinlich arbeitslos gewesen seien. Vgl. Meyer: Bulgaria, S.579 ff.

<sup>94</sup> Welche Genossenschaften wo und mit welchem Kapital gegründet wurden ist detailliert beschrieben in Vasileva: Evreite, S.70 ff.

<sup>95</sup> Ebd., S.81 ff.

<sup>96</sup> Die entsprechenden Verordnungen wurden veröffentlicht in: DV Nr. 217, 4.10.1944 und DV Nr. 254, 16.10.1944. Siehe auch: Vasileva: Evreite, S.40; Bedingung für die Gründung einer jüdischen Schule waren 36 Schüler, die auch ärztlich betreut wurden und Schulspeisung erhielten. Die Lehrinhalte umfaßten zunächst jüdische Literatur, Naturwissenschaften, Handwerkskurse und Thora-Unterricht. Vgl. hierzu auch den eher unkritischen Aufsatz von Peter Bachmaier: Assimilation oder Kulturautonomie. Das Schulwesen der nationalen Minderheiten in Bulgarien nach dem 9. September 1944, in: Österreichische Osthefte 26 (1984), S.391-404.

anderen Minderheitenschulen auch – ein Lehrplan festgelegt, der auch den Unterricht in Hebräisch vorsah, wenngleich das nicht die Muttersprache der meisten bulgarischen Juden war, die überwiegend Sephardim waren und zu Hause Džudezmo, d. h. „Judenspanisch“, sprachen. Mit der Einführung des Hebräischunterrichts auf Wunsch der Zionisten sollte den Kindern zum einen ein spezifisch jüdisches Identitätsgefühl vermittelt und sie zum anderen auf die angestrebte Emigration nach Palästina vorbereitet werden. Von der allgemeinen Ideologisierung des Schulwesens waren auch die jüdischen Schulen, die im Juni 1946 verstaatlicht wurden, nicht ausgenommen. Der Thora-Unterricht wurde gestrichen und auch die für Hebräisch vorgesehene Stundenzahl eingeschränkt. Auch sollten nur noch der kommunistische Kinderverband *Septemvrijče* an den Schulen zugelassen werden, nachdem sich Berichte gehäuft hatten, nach denen sich die Kinder, die Mitglieder im zionistischen Jugendverband *Echaluc* waren, angeblich mit ihren Kameraden aus dem *Septemvrijče* in den Schulen geprügelt hätten.<sup>97</sup> Die jüdischen Schulen wurden zunächst von den einzelnen jüdischen Volksgemeinden unterstützt, später erhielten sie ausländische Finanzhilfen, besonders von *Joint*; diese Hilfen wurden auch noch nach der Verstaatlichung der Schulen fortgesetzt. Im Mai 1948 wurde ein erneuter Versuch unternommen, die Lehrinhalte zu ändern, doch seien nach Vasileva keine Proteste dagegen mehr unternommen worden, da die Emigration der bulgarischen Juden nach Israel schon in der Planungsphase war.<sup>98</sup>

Die religiöse Neuorganisation der jüdischen Gemeinden Bulgariens stand im Gegensatz zu Entschädigung, Emigration oder Schulfrage weniger im Vordergrund. Zwar hatte der Oberrabbiner von London den bulgarischen Gemeinden eine größere Geldsumme für die Erhaltung der Synagogen angeboten, doch wurde dieses Angebot nicht wahrgenommen. Außerdem gab es einige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem obersten Rabbiner Bulgariens und dem Zentralkonsistorium, die darauf zurückgingen, daß der Oberrabbiner mehr Einfluß und mehr Unterstützung haben wollte. Der Einfluß der jüdischen Geistlichkeit ging mit der Emigration der Juden 1948/49 und der Verabschiedung des „Gesetzes über Glaubensgemeinschaften“<sup>99</sup> weiter zurück. Mit dem Gesetz beabsichtigte die inzwischen kommunistische Regierung nicht, wie es im Text heißt, die Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften, sondern das Gegenteil: verstärkte staatliche Kontrolle über die Glaubensgemeinschaften. In dem Gesetz werden die Glaubensgemeinschaften unter anderem dazu verpflichtet, ein Statut über ihre Organi-

<sup>97</sup> Vasileva: *Evreite*, S.42.

<sup>98</sup> *Ebda.*, S.43.

<sup>99</sup> DV Nr.48, 1.3.1949. Siehe zu den allgemeinen Auswirkungen des Gesetzes auch: Pundeff, M. V.: *Churches and Religious Communities*, in: Grothusen, K.-D. (Hg.): *Bulgarien*, (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6) Göttingen 1990, S.551 f.. Pundeff weist explizit darauf hin, daß das „Gesetz über Glaubensgemeinschaften“ an dem sowjetischen Pendant von 1929 ausgerichtet war.

sation auszuarbeiten; die jüdische Gemeinde kam dieser Verpflichtung 1951 nach. Jedoch hatte dieses Statut kaum noch Auswirkungen im geistlichen Leben der Juden, da die in Bulgarien verbliebenen ca. 6.000 Juden laut Pundeff nur wenig religiös gewesen seien.<sup>100</sup>

#### 2.1.2.4. Exodus

Wie bereits erwähnt, gab es innerhalb der bulgarischen Juden eine große Kontroverse darüber, ob sie nach ihren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg im Land bleiben oder die Emigration nach Palästina vorziehen sollten. Bereits ab 1944 gab es zunächst in Ruse und Plovdiv ein Komitee, das die – nötigenfalls illegale – Auswanderung vorbereiten sollte. Später wurde dieses Komitee nach Sofia verlegt. Die Aufgabe des Komitees war es, die Auswanderungswilligen mit Einreisevisa für Palästina zu versorgen. Unmittelbar nach dem 9. September 1944 organisierte das Emigrationskomitee die Ausreise von über 700 Menschen, vor allem Familien und unverheiratete Jugendliche.<sup>101</sup> Die „illegale“ Auswanderung war zwar prinzipiell möglich, wurde aber von verschiedenen Faktoren behindert. Zum einen hatte im Dezember 1944 die alliierte Kontrollkommission die Ein- und Ausreise von ausdrücklichen Genehmigungen abhängig gemacht, wobei die Herkunft der Personen unwichtig war; zudem stellte die türkische Regierung bald die Ausgabe von Transitvisa ein.

Vasileva nennt an dieser Stelle eine Zahl von 33.000 Ausreisegenehmigungen, die erteilt worden seien, doch ist nicht ersichtlich, wer diese *Ausreisegenehmigungen* erteilt haben soll. Im gleichen Satz ist die Rede davon, daß dennoch bis Ende 1944 nur 1.346 Menschen emigriert seien.<sup>102</sup> Zu diesem Zeitpunkt können nach der Entscheidung der AKK eigentlich nur die *Einreisegenehmigungen* für Palästina gemeint sein. Hält man sich vor Augen, daß schließlich von Oktober 1948 bis Mai 1949 ca. 32.000 Juden emigriert sind, würde das bedeuten, daß fast drei Viertel aller bulgarischen Juden vier Jahre darauf gewartet haben, endlich ausreisen zu dürfen.

Die Entscheidung in der Auswanderungsfrage fiel 1947, als Andreij Gromyko, der sowjetische UNO-Botschafter, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen der Bildung eines unabhängigen Staates Israel zustimmte. Die BKP zollte diesem Kurswechsel Stalins in der Palästina-Frage mit einem Beschluß des ZK-Sekretariats vom 9. März 1948 Respekt, in dem ausdrücklich darauf verwiesen wird, daß die Entscheidung für einen unabhängigen Staat Israel und die Haltung der Sowjetunion dazu ausschlaggebend dafür sei, daß „sich die Kommunisten öffentlich und unzweideutig für eine freie und unabhängige Republik Palä-

---

<sup>100</sup> Pundeff: Churches, S.557.

<sup>101</sup> Vasileva: Evreite, S.114.

<sup>102</sup> Ebda., S.119.

stina aussprechen und für deren Gründung arbeiten müßten.“<sup>103</sup> Mit der Entscheidung des ZK-Sekretariats erlaubten die Kommunisten die freiwillige Ausreise der Juden. Von diesem Beschluß wurden auch die jüdischen KP-Mitglieder nicht ausgeschlossen, nur, daß diese „als disziplinierte Parteimitglieder verpflichtet sind, die Erlaubnis des ZK der Partei einzuholen“. Darüber hinaus sollten die auswandernden Kommunisten den anglo-amerikanischen Imperialismus weiter bekämpfen und die jüdische Bevölkerung in diesem Sinne agitieren.

Der Beschluß berührte aber auch die Interessen der Juden, die in Bulgarien bleiben wollten. In Punkt 4 heißt es, daß die Juden zwar weiterhin finanzielle Hilfe von den internationalen Organisationen erhalten dürften, diese aber darauf hinweisen müßten, daß auch Teilen der bulgarischen Bevölkerung diese Finanzmittel zuständen: Schließlich hätten Juden und Bulgaren gemeinsam gegen den Faschismus gekämpft. In Punkt 7 wird die Auflösung der Jüdischen Vaterländischen Front und des Jüdischen Komitees bei der Vaterländischen Front beschlossen und darauf verwiesen, wie wichtig es ab diesem Zeitpunkt sei, „in wessen Hände sich die Führung des Konsistoriums“ befinde, das nun zusammen mit der Minderheitenkommission beim Nationalrat der Vaterländischen Front für die jüdische Minderheit zuständig sei. Die jüdische Gemeinde war von dem Beschluß insofern betroffen, daß sie „als selbständige Wirtschafts- und Verwaltungseinheit keinen Platz in unserem Land hat. In diesem Zusammenhang kann nur die Rede von jüdischer Kulturautonomie sein (Sprache, Schulen, Lesehallen usw.).“<sup>104</sup> Unterzeichnet wurde der Beschluß von Georgi Dimitrov, der auch eine Passage unkenntlich gemacht zu haben scheint.<sup>105</sup>

Die bulgarischen Juden reagierten auf diese Entwicklung, indem sie das Zentralkonsistorium damit beauftragten, die Auswanderung zu organisieren. Dazu wurde im September 1948 eine Emigrationskommission gegründet, die die Ausgabe von Pässen, technische Fragen, den Transport und Zollfragen klären sollte. Die Ausreise sollte in mehreren Wellen und ohne großes Aufheben stattfinden, womit man den Eindruck vermeiden wollte, die Juden würden vertrieben. Ab 1950 übernahm das Innenministerium die Organisation der Aussiedlung, weil die Hauptausreisewelle überstanden war. Wie in der Bemerkung oben bereits erwähnt, haben laut Vasileva in den Monaten von Oktober 1948 bis Mai 1949 32.106 Juden<sup>106</sup> Bulgarien verlassen, und in den folgenden drei Jahren bis 1952 seien weitere Emigranten gefolgt, mit dem Ergebnis, daß Ende 1951 noch 7.676 Juden

---

<sup>103</sup> Die Entscheidung ist abgedruckt in: Vasileva, Evreite, S.159 f. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Ernennung eines Juden, Dr. Nisim Mevorach, zum bulgarischen Botschafter in den USA. Vgl. Ognjanov: Dăržavno-političeskata sistema, S.191.

<sup>104</sup> Hervorhebung UB.

<sup>105</sup> Vasileva: Evreite, S.160, FN 1.

<sup>106</sup> Ebd., S.123.

in Bulgarien lebten<sup>107</sup>, und bei der Volkszählung von 1956 nur noch 6.027 Juden registriert wurden (Tabelle 5).

Über die Motive der Emigration wurde in der Literatur viel spekuliert. Hier kann nicht näher darauf eingegangen werden, aber es sind zwei verschiedene Argumentationslinien vorherrschend: Auf der einen Seite wird bei den möglichen Gründen der Regierung, die Aussiedlung zuzulassen, auf ihr Bestreben, den Restitutionsforderungen auszuweichen, die Briten zu brüskieren und Bulgarien ethnisch zu homogenisieren, hingewiesen;<sup>108</sup> auf der anderen Seite steht Vasilevas Beschreibung der Motive der Juden, wonach das von den Zionisten geförderte Nationalgefühl für den neuen israelischen Staat und ökonomische Gründe, aber auch teilweise Zwang seitens der Regierung ausschlaggebend für die Emigration gewesen seien.<sup>109</sup> Hält man sich allerdings vor Augen, daß die Regierung keine großen Anstrengungen unternommen hatte, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau zu helfen, sondern im Gegenteil die mit ausländischer Unterstützung erreichten Erfolge durch die Kollektivierung zunichte zu machen drohte, so dürfte für die Juden die Emigration allemal das kleinere Übel gewesen sein. Außerdem dürften besonders die erneuten Beschränkungen der Privatwirtschaft bei einem Teil der bulgarischen Juden ungute Erinnerungen an die Kriegsjahre wachgerufen haben.

In den Jahren nach der großen Emigrationswelle ging die Zahl der Juden in Bulgarien immer weiter zurück, was sich wahrscheinlich auf die Überalterung dieser Bevölkerungsgruppe zurückführen läßt – älteren Menschen wurde trotz der freien Ausreise bis auf wenige Ausnahmen die Emigration von den Behörden nicht erlaubt.<sup>110</sup> Bei der letzten Volkszählung von 1992 machte sie gerade noch 3.461 (Tabelle 5) Personen aus. Für die geistlichen Belange der Juden war nach der Verabschiedung des im Religionsgesetz von 1949 geforderten Statuts der „Zentrale Israelitische Geistliche Rat“ zuständig. 1955 wurde dem Zentralkonsistorium vom ZK-Sekretariat der Anspruch versagt, die jüdische Bevölkerung zu vertreten; als Begründung wurde angegeben, daß „die Volksmacht der Vertreter der Juden Bulgariens [sei] und nicht das Konsistorium“.<sup>111</sup> An Stelle des Zen-

---

<sup>107</sup> Vasileva: *Evreite*, S.142. Diese Zahlen entsprechen grob denen bei Meyer: *Bulgaria*, S.620, der unter Berufung auf Zahlen der JDC (Joint) allerdings davon ausgeht, daß von der jüdischen Nachkriegsbevölkerung (48.000) etwa 44.000 emigriert und nur 4.000 in Bulgarien geblieben seien. Der Unterschied läßt sich nur dadurch erklären, daß zum einen die Zahl der illegalen Emigranten bei Meyer höher veranschlagt werden (3.000), die Zahl der legalen aber niedriger (41.000). Leider gibt es bei Vasileva keine zeitliche Aufschlüsselung der gesamten jüdischen Emigration.

<sup>108</sup> Hoppe: *Bulgarien*, S.308 und Meyer: *Bulgaria*, S.621.

<sup>109</sup> Vasileva: *Evreite*, S.125.

<sup>110</sup> *Ebda.*, S.121.

<sup>111</sup> *Ebda.*, S.144.

tralkonsistoriums wurde 1957 die „Gesellschaftliche Kultur- und Bildungsorganisation der Juden“ (OKPOE) gegründet.<sup>112</sup>

Die faktische Auflösung spezieller jüdischer Institutionen beurteilt Vasileva dahingehend, daß damit der verbliebenen, zahlenmäßig stark geschwächten jüdischen Minderheit die Möglichkeiten genommen wurden, sich weiterhin als ethnische Gruppe zu profilieren und daß sie soweit assimiliert worden sei, daß sie kaum noch als nationale Minderheit wahrnehmbar sei.<sup>113</sup> Damit scheint mir die Charakterisierung der Juden als „Vorzeigeminderheit“ besser getroffen: Die vorzeigbar vor der Welt assimilierte und damit den anderen ethnischen Gruppen als Vorbild dienende, nicht mehr wahrnehmbare Minderheit.

## 2.2. Exkurs: Die BKP und die muslimische Glaubensgemeinschaft in Bulgarien

Bevor ich auf die Politik gegenüber den einzelnen islamischen Minderheiten in Bulgarien eingehe, scheint es mir sinnvoll, einen knappen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen des Verhältnisses zwischen der offiziell anerkannten Gemeinschaft aller Muslime und der Staats- und Parteileitung zu geben.

Das Verhältnis der muslimischen Religionsgemeinschaft zum bulgarischen Staat wurde 1919 in einem Statut geregelt. Sie unterstand der Leitung eines Obermufti in Sofia, der Aufsicht über die verschiedenen regionalen Muftis der muslimisch besiedelten Gebiete führte. Der Obermufti war zugleich Vermittler zwischen dem *seyhülislam*, dem obersten Mufti des osmanischen Reichs und den regionalen Muftis auf der einen und zwischen der bulgarischen Regierung und der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Bulgarien auf der anderen Seite. Er wurde zwar von der Gemeinschaft der Muslime in indirekter Wahl gewählt, unterstand aber gleichzeitig dem beim Außenministerium angesiedelten Direktorat für Glaubensfragen, das seine Wahl bestätigen mußte und ihn gegebenenfalls absetzen konnte.<sup>114</sup> Weitere wichtige Gremien für die muslimische Gemeinschaft waren die Gemeinderäte, die die Muslime gegenüber den staatlichen Behörden vertraten und denen die Verwaltung der geistlichen Stiftungen (*vakf*) oblag, mit denen die Schulen und Moscheen unterhalten wurden.<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Vgl. Troebst: Antisemitismus, S.198.

<sup>113</sup> Vasileva: Evreite, S.144.

<sup>114</sup> Şimşir, B.: The Turks of Bulgaria (1878-1985), London 1988, S.45 ff.

<sup>115</sup> Şimşir: The Turks, S.52 ff. Die Gemeinderäte sollten eigentlich alle Muslime vertreten, doch ab den späten zwanziger Jahren wurden sie – wohl unter dem Eindruck des erstarkten Nationalismus in der Türkei – mehr und mehr nationalisiert und als Vertretung der türkischen Minderheit angesehen. Darauf läßt auch die Entscheidung des 1. Türkischen Kongresses in Bulgarien schließen, daß keine muslimischen Roma mehr in die Gemeinderäte aufgenommen werden sollten.

In den ersten Jahren nach 1944 wurde zwar die atheistische Propaganda verstärkt, doch in den Schulen der anerkannten Minderheiten blieb der Religionsunterricht fakultativ, wenngleich die Schüler nun nicht mehr von Geistlichen, sondern von Laien unterrichtet wurden. In den ersten Nachkriegsjahren waren in dieser Hinsicht der bulgarischen Regierung die Hände gebunden, da Bulgarien als Verliererstaat des Zweiten Weltkriegs unter der Aufsicht einer alliierten Kontrollkommission (AKK) stand, die weitgehend von den sowjetischen Vertretern dominiert wurde.<sup>116</sup> Als die AKK ihre Arbeit nach der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrages 1947 beendete, hatte die bulgarische Regierung unter Georgi Dimitrov die Möglichkeit, in den Konfessionsangelegenheiten frei zu handeln. Ein erster Schritt war unter anderem in der im Dezember 1947 verabschiedeten, sogenannten Dimitrov-Verfassung angelegt. In Art. 78 heißt dort unter anderem:

Die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften, die Frage ihrer Unterhaltung sowie das Recht auf Regelung ihrer inneren Ordnung und Selbstverwaltung werden durch ein besonderes Gesetz geregelt.<sup>117</sup>

Besagtes Gesetz wurde am 1.9.1949 erlassen. Darin wurde nicht nur der Charakter des bulgarisch-orthodoxen Glaubens als dem traditionellen Glauben des bulgarischen Volkes festgeschrieben, sondern auch die besondere Rolle der bulgarisch-orthodoxen Kirche betont.<sup>118</sup> Die Anerkennung der anderen Glaubensgemeinschaften sollte von der Überprüfung ihrer Statuten durch einen staatlichen Beamten abhängig gemacht werden, dem Vorsitzenden des „Komitees für Fragen der Kirche und religiöser Kulte“.<sup>119</sup> Mit dem Gesetz wurde so dem Staat die Aufsicht über alle Religionsgemeinschaften in die Hand gegeben, der nun die Macht hatte, Geistliche zu benennen oder abzusetzen. Außerdem oblag diesem Komitee auch die finanzielle Kontrolle der Glaubensgemeinschaften. Für das tägliche religiöse Leben der muslimischen Gemeinschaft hatte das Gesetz erste Folgen: Es verbot den Imamen den Aufruf zum Gebet. 1950 wurden die geistlichen Gymnasien in Šumen und Plovdiv verstaatlicht und in weltliche Gymnasien umgewandelt.<sup>120</sup>

Aber auch andere, direkt mit dem Glauben der Muslime zusammenhängende Rituale und Handlungen wurden untersagt: 1959 wurde vom Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge angeordnet, daß die Beschneidung „aus humanitären Gründen“ nur noch von zugelassenen Ärzten durchgeführt werden durfte, was einem Verbot gleichkam, da es kaum muslimische Ärzte gab.<sup>121</sup> Auch

---

<sup>116</sup> Pundeff, M.: Churches, S.548.

<sup>117</sup> Zit. nach: Volksrepublik Bulgarien. Staat – Demokratie – Leitung. Dokumente. Ausgew. von W. Lungwitz. Berlin 1979, S.119.

<sup>118</sup> Pundeff: Churches, S.552.

<sup>119</sup> Ebda., S.552 f.

<sup>120</sup> Dăržaven vestnik Nr.138, 13.6.1950.

<sup>121</sup> Troebst: Partei, Staat, S.249, FN 65.

die traditionelle islamische Bestattung auf einer Holzbahre wurde aus hygienischen Gründen untersagt.<sup>122</sup> Reiter hat solche Verbote von Kulthandlungen einmal treffend so beschrieben:

Deutet eine doppelsinnige Handlung auf einen unerwünschten Kult und damit auf eine unerwünschte Religion, und hält man es für angezeigt, die Leute davon abzubringen, so muß man zugleich auch die Unterlassung der Handlung als einer profanen angestrebt werden, da man ja nicht sicher sein kann, was sich die Leute so alles dabei denken.<sup>123</sup>

Neben den Eingriffen in das Privatleben der Muslime wurde nach der Machtübernahme der Vaterländischen Front auch der schrittweise Abbau der Geistlichkeit und der Moscheen durchgeführt, besonders nach dem minderheitenpolitischen Kurswechsel der Partei Ende der fünfziger Jahre. Anfang 1960 wurde die zuständige Stelle, das „Komitee für Konfessionen“ beim Außenministerium, vom Politbüro angewiesen, eine Strukturreform bei der islamischen Glaubensgemeinschaft vorzunehmen. Als Folge dieser Reform wurden die islamische Gebiete nominell in 500 Zuständigkeitsbezirke für türkische und 80 für pomakische Geistliche unterteilt.<sup>124</sup> Tatsächlich ging die Zahl von ursprünglich zusammen 2.715 im Jahr 1956<sup>125</sup> in den siebziger Jahren auf 462 zurück – in der überwiegenden Mehrheit bezahlte Imame, sechs Muftis, zwei islamische Richter und ein Obermufti.<sup>126</sup> Auch die Schließung von Moscheen mußte der Partei besonders am Herzen liegen, waren sie doch der geistige – und als Versammlungsort der Männer auch der politische – Mittelpunkt der muslimischen Gemeinschaft.<sup>127</sup> Unter dem Vorwand, Platz für neue Häuser zu schaffen, wurden viele Moscheen abgerissen.<sup>128</sup>

Doch die Bemühungen der Partei, die Religiosität und den Einfluß der islamischen Geistlichkeit<sup>129</sup> zurückzudrängen, mißlangen. Trotz atheistischer Propaganda und staatlicher Einflußnahme auf das kulturelle Leben der Muslime erklär-

---

<sup>122</sup> Höpken: Modernisierung und Nationalismus: Sozialgeschichtliche Aspekte der bulgarischen Minderheitenpolitik gegenüber den Türken, in: Südosteuropa 35 (1986) 7/8, S.452.

<sup>123</sup> Reiter, N.: Gruppe, Sprache, Nation, Berlin 1984, S.181 f.

<sup>124</sup> Trifonov: Stogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 17, 29.4.1991, S.10

<sup>125</sup> Pundeff: Churches, S.563.

<sup>126</sup> Tachirov, Š.: Bălgarskite turci po pătja na socializma, Sofija 1978, S.70. Vgl. auch Troebst, S.: Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien, 1956-1986, in: Schönfeld, R. (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S.239, Anm.29.

<sup>127</sup> Blagoev, G.: Săvremennite religiozni izmerenija v žīvota na mjusjulmanskoto naselenie ot istočnite rodopi [Gegenwärtige religiöse Dimensionen der muslimischen Bevölkerung in den Ostrhodopen], in: Etničeskata kartina v Bălgarija, Sofija 1993, S.84 f.

<sup>128</sup> Pundeff: Churches, S.563.

<sup>129</sup> Höpken: Modernisierung und Nationalismus, S.454.

ten sich Mitte der achtziger Jahre noch 2-3 mal mehr Muslime<sup>130</sup> für religiös als christlich-orthodoxe Bulgaren (siehe hierzu die Tabellen 23 bis 25 im Anhang).<sup>131</sup>

### 2.3. Die Roma

Betrachtet man die Volkszählungsergebnisse der letzten fünfzig Jahre (Tabelle 5), so fällt auf, daß die Gesamtzahl der Menschen, die sich gegenüber den Volkszählern als Zigeuner bezeichneten, zwischen 170.011 (1946) und 313.396 (1992) schwankt. Nicht in der Tabelle verzeichnet sind die Ergebnisse von 1975, die in diesem Zusammenhang besonders auffällig sind: damals fielen nur 18.323 Personen unter die Rubrik „Zigeuner“. <sup>132</sup> Laut einer vom ZK der BKP in Auftrag gegebenen Studie von 1989<sup>133</sup> muß man heute von etwa 577.000 bis 600.000 in Bulgarien lebenden Roma ausgehen (vgl. auch Tabelle 6).<sup>134</sup> Diese Zahlen stehen im krassen Widerspruch zu den offiziellen Ergebnissen der letzten Volkszählung von 1992, die nur von halb so vielen Zigeunern sprechen, besonders wenn man bedenkt, daß es in den letzten Jahren einen Zustrom von Roma vor allem aus Rumänien gegeben hat.<sup>135</sup> Das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbewohnern war bei den Roma 1992 mit 52 zu 48 Prozent etwa ausgeglichen, im Unterschied zur bulgarischen Bevölkerungsgruppe, deren städtischer Anteil wesentlich höher war,

---

<sup>130</sup> In diesem Falle Türken, doch dürften die Zahlen für die Pomaken und Roma ähnlich ausfallen, waren sie doch von den antiislamischen Maßnahmen genauso betroffen.

<sup>131</sup> Höpken: Modernisierung und Nationalismus, S.455 f.

<sup>132</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto. T.2, Demografski charakteristiki [Ergebnisse der Volkszählung, Bd.2, Demographische Charakteristika], Sofija 1994, S.106, Tab.9.

<sup>133</sup> Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria. A Helsinki Watch Report, New York 1991, S.19.

<sup>134</sup> Der Unterschied zwischen den Volkszählungsergebnissen und den inoffiziellen Schätzungen erklärt sich aus den unterschiedlichen Erhebungsmethoden: Während bei den Volkszählungen auf die Selbsteinschätzung der Befragten zurückgegriffen wurde, beruhen die inoffiziellen Zahlen auf Fremdeinschätzung der ethnischen Zugehörigkeit. Vgl. Marušiakova / Popov: Ciganite v Bălgarija, S.93 f. Die Autoren hegen allerdings Zweifel an beiden Methoden und sprechen sogar von 800.000 Roma in Bulgarien. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der bulgarischen Polizei beschrieb den Unterschied bei den Klassifizierungsmethoden folgendermaßen: „Letztere [die ‚zivile‘ Zigeunerforschung, UB] klassifiziert sie nach ihrem Selbstbewußtsein, wir jedoch nach unserer Einschätzung. Hier ist der Behaviorismus ergiebiger als der Interaktionismus.“ Zit. nach: Dimitrov, R.: Sicherheitspolitik und ethnische Konflikte aus bulgarischer Sicht, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1995, S.179, Anm.3.

<sup>135</sup> Marušiakova, E.: Ethnic Identity Among Gypsy Groups in Bulgaria, in: Journal of the Gypsy Lore Society 5, Vol.2 (1992) No.2, S.112.

nämlich 72 Prozent.<sup>136</sup> Besonderheiten wies 1992 auch die Altersstruktur auf: 66% der Roma waren unter 30 Jahren, 28,9% zwischen 31 und 59 Jahren, aber nur 5,1% 60 Jahre und älter. Für die anderen beiden großen ethnischen Gruppen lauten die entsprechenden Zahlen folgendermaßen: Türken 51,4% / 37,0% / 11,6%; Bulgaren 37,3% / 40,5% / 22,2%. Die Altersstruktur der Roma ist damit deutlich verschieden von der der beiden Vergleichsgruppen; Tomova spricht in diesem Zusammenhang von einer „typisch vorindustriellen Altersstruktur“, die sich durch hohe Geburtenraten und geringe Lebenserwartung auszeichnet.<sup>137</sup>

Der Grund für die unterschiedlichen Gesamtzahlen der Roma bei den Volkszählungen ist in der internen Struktur dieser Bevölkerungsgruppe zu suchen. Die Roma Bulgariens sind nämlich nicht, wie auch der Titel dieses Kapitels vermuten lassen könnte, eine geschlossene Ethnie, sondern eine in sich zersplitterte, höchst komplexe Bevölkerungsgruppe. Marušiakova schreibt in diesem Zusammenhang:

The ethnic identity of Gypsies is extremely complex and multilayered. The only clear-cut distinction is that between ‚our people‘ and ‚strange people‘, where ‚our people‘ are solely the members of the same group, and all the rest are ‚strangers‘, both the surrounding population and other Gypsy groups.<sup>138</sup>

Deshalb könnte auch die gewissenhafteste Volkszählung keine genauen Zahlen der Roma in einem Land liefern. Die ethnische Identität der Roma ließe sich nach Marušiakova am besten mit einem dreistufigen Modell beschreiben: 1) durch das Zugehörigkeitsgefühl zu der eigenen Gruppe; 2) durch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft aller Zigeuner und 3) durch die angenommene ethnische Identität. In Bulgarien seien bei den Roma nur zwei Stufen dieses Modells des Zugehörigkeitsgefühls anzutreffen, nämlich die Gruppenzugehörigkeit und die angenommene ethnische Identität. Das Gefühl, zu einer Gemeinschaft aller Zigeuner zu gehören, sei dagegen nur bei der kleinen Schicht der Roma-Intelligenz ausgebildet.<sup>139</sup> Unter „Gruppen“ versteht Marušiakova die kleinsten, nach einem Katalog von Kriterien bestimmten Einheiten, die nur in den seltensten Fälle alle Kriterien erfüllen. Unter „angenommener Identität“ versteht sie zweierlei: zum einen die Tendenz, daß manche Roma sich gegenüber Fremden eine Identität aneignen, die ihnen ein höheres Prestige verleihen soll; zum anderen einen echten Wechsel in der ethnischen Identität, so zum Beispiel, wenn sich heute viele Roma

<sup>136</sup> Bei der türkischen Minderheit fiel das Verhältnis umgekehrt aus: hier lebten nur 32% der Bevölkerung in Städten, während die Landbevölkerung 68% ausmachte. Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto. T.2, Demografski karakteristiki, Sofija 1994, S.106, Tab.9.

<sup>137</sup> Tomova, Ilona: The Gypsies in the Transition Period, Sofia 1995, S.30.

<sup>138</sup> Marushiakova: Ethnic Identity, S.107.

<sup>139</sup> Ebda., S.109.

als *agupti* „Ägypter“ bezeichnen und auch von der umgebenden Bevölkerung nicht als Zigeuner gesehen werden.<sup>140</sup>

Einer neueren, groß angelegten empirischen Untersuchung zufolge bezeichneten sich 47,3% der Befragten als „bulgarische Zigeuner“, 46,2% als „türkische Zigeuner“, ca. 5% als Vlachen oder „rumänische Zigeuner“ und 1,5% als *kardaraši* oder *lovari* (früher nomadisierende, heute sesshafte Roma), wobei die beiden großen Roma-Gruppen zusammengenommen als *jerlii* (Sesshafte) bezeichnet werden.<sup>141</sup> Die religiöse Zugehörigkeit der hier angeführten Gruppen entspricht in groben Zügen der Unterteilung in „türkische“ und „bulgarische“ Roma: 44% orthodoxe Christen, 39% Muslime (Schiiten und Sunniten). Hinzu kommen etwa 15% Protestanten (vor allem Pfingstler, aber auch Adventisten und Baptisten) und 0,5% Juden. Als Muttersprache gaben 75% der „bulgarischen Zigeuner“ Romani<sup>142</sup> an, 20% Bulgarisch; bei den „türkischen Zigeunern“ gaben dagegen nur 34% Romani als erste Sprache an, aber 61% Türkisch; die *vlasii* („rumänische Zigeuner“) 14% Romani und 84% Vlachisch (eine balkanromanische Sprache, dem Rumänischen verwandt); die *kardaraši* und *lovari* hatten den höchsten Anteil mit Romani als Muttersprache: 84%, 10% gaben Bulgarisch als Muttersprache an. Um die Verwirrung komplett zu machen, bezeichneten sich 22% der Befragten selbst als Türken und 10% als Bulgaren.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß bei den verschiedenen Roma-Gruppen unterschiedliche Stufen der Assimilationsbereitschaft zu beobachten sind. Während sich die „türkischen Zigeuner“ eher – und das vor allem sprachlich – an die sie umgebende türkische Bevölkerung anpassen, wahren die *kardaraši* die Abgeschlossenheit ihrer Gruppe. Diese Unterschiede lassen sich auf zwei verschiedene Faktoren zurückführen, die miteinander zusammenhängen. Die *kardaraši* haben eine relativ intakte interne Sozialstruktur, die von den staatlichen Assimilationsbemühungen weitgehend unberührt blieb<sup>143</sup>, während gerade die

---

<sup>140</sup> Ebda., S.110.

<sup>141</sup> Die *jerlii* ließen sich wiederum in nach sozio-professionellen Gesichtspunkten untergliederte Subgruppen unterteilen, z. B. *kalajdžii* (Verzinner) oder *košničari* (Korbmacher), wobei allerdings bei den „türkischen Zigeunern“ nur zwei Drittel eine solche sozio-professionelle Unterscheidung angaben. Auch ist dabei zu beachten, daß die Bezeichnung nichts mehr mit deren heutigen Berufstätigkeit zu tun hat. Tomova: Gypsies, S.19 ff.

<sup>142</sup> Romani oder Romanes wird im allgemeinen die Sprache der Roma – und auch der Sinti – genannt; es ist eine indoeuropäische Sprache, die noch sehr viele indische Elemente, aber auch solche der umgebenden Sprache enthält. In Bulgarien existieren eine ganze Reihe von untereinander nur bedingt verständlichen Dialekten dieser Sprache. Eine kurze, aber präzise Übersicht über das Romani findet sich bei Reemtsma, K.: Sinti und Roma. Geschichte, Kultur, Gegenwart, München 1996, S.69 ff.

<sup>143</sup> Das hängt auch mit ihren Wertvorstellungen zusammen, die Zusammenarbeit mit den Behörden streng verbieten; es dürfte sich hierbei um ein Relikt aus der Zeit handeln, als die *kardaraši* noch nicht sesshaft gemacht worden waren und in erster Linie von Betteln,

„türkischen Zigeuner“ immer wieder administrativen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt waren und dadurch einen Teil ihres ursprünglichen Gruppenzusammenhalts verloren haben. Dabei muß allerdings zunächst offen bleiben, ob der staatliche Zwang gezielt gegen die „türkischen“ Roma gerichtet war, oder ob diese Maßnahmen nicht vielmehr dem Fraternisieren zwischen den verschiedenen ethnischen Minderheiten entgegenwirken sollten.

### 2.3.1. Politische Entwicklungen vor 1944

Die Roma waren – ebenso wie die Juden – im Zweiten Weltkrieg von der rassistischen Gesetzgebung der bulgarischen Regierung betroffen. Über diese Zeit ist relativ wenig bekannt, da die Zigeuner in den offiziellen Dokumenten, wie etwa dem „Gesetz zum Schutz der Nation“ nicht ausdrücklich erwähnt werden. Es scheint aber einige Lager gegeben zu haben<sup>144</sup>, in denen die Roma interniert wurden. Auch das Alltagsleben scheint strengen Einschränkungen unterworfen gewesen zu sein: Sie durften nicht in zentrale Stadtteile Sofias, nicht mit der Straßenbahn fahren und erhielten wesentlich kleinere Lebensmittel-Rationen selbst als die Juden.<sup>145</sup> Aus den oft zitierten persönlichen Erinnerungen des Roma-Aktivistin und Parlamentsabgeordneten Manuš Romanov geht hervor, daß 1942 im Sofioter Stadtteil *Fakulteta* Zwangstaufen von muslimischen Roma stattgefunden hätten.<sup>146</sup> Ob die Regierung der Vaterländischen Front nach 1944 den Roma Entschädigung für die erlittenen Ungerechtigkeiten zukommen ließ, ist fraglich. Jedenfalls werden sie in der verwendeten Literatur mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr setzte eine Politik ein, deren Grundzüge auch bei den anderen ethnischen und religiösen Minderheiten Bulgariens zu beobachten sind. Der allgemeine politische Umgestaltungsprozeß der ersten Nachkriegsjahre verlangte von den Regierenden, sich die Loyalität aller Staatsbürger zu sichern. Dies konnten sie am ehesten durch Zugeständnisse erreichen und dadurch, daß sie den zuvor unterdrückten Bürgern ein neues Selbstbewußtsein gaben.

---

Hausieren und Diebstählen lebten (ob es sich dabei um Stereotypen handelt, kann hier nicht nachgeprüft werden). Vgl. hierzu Tomova: *Gypsies*, S.24.

<sup>144</sup> Etwa in Dupnica, wo auch ein Durchgangslager für Juden existierte; ob es sich dabei um ein und dasselbe Lager handelte, ist nicht geklärt.

<sup>145</sup> Vgl. Kenrick, D. / Puxon, G.: *The Destiny of Europe's Gypsies*, London 1972, S.124, besonders S.130-131.

<sup>146</sup> Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bălgarija*, S.87 f.

### 2.3.2. Allgemeine Entwicklungen in der Politik der BKP gegenüber den Roma

Die Politik der BKP war hinsichtlich der Roma verschiedenen Wandlungen unterworfen; die wichtigsten Einschnitte sollen hier anhand der veröffentlichten Dokumente zusammengefaßt, auf die konkreten Auswirkungen der Generallinie in speziellen Abschnitten eingegangen werden.

In den ersten Nachkriegsjahren stand zunächst die deutliche Bemühung der kommunistisch dominierten Regierung der Vaterländischen Front im Vordergrund, bei den Roma eine Art sozialistisches *nation-building* durchzuführen. Wie die BKP sich diese Nationsbildung vorstellte, wird in einem Artikel in der Zeitung *Romano esi* deutlich, in dem 1948 die Roma aufgefordert werden,

who until now have been ashamed to call themselves Gypsies, and who have gone over to the Turkish Minority, or who have been baptized as Christians, to tear off the mask from their faces, to lift up their heads, and to show that they are Gypsies ...<sup>147</sup>

Den ethnischen Minderheiten wurden in dieser Phase der bulgarischen Geschichte im Allgemeinen mehr Rechte und Freiheiten als in späteren Phasen zugestanden, ihnen wurde sogar eine beschränkte kulturelle Autonomie zugebilligt. Für die Roma bedeutete das den Aufbau von kulturellen Organisationen, die Gründung spezieller Schulen und eigener Zeitungen. In dem Zitat wird deutlich, daß die Regierung mit dieser Politik die Nationsbildung unter den Roma dadurch fördern wollte, daß sie die Tendenz unter Teilen der Roma bekämpfte, sich eher an der türkischen Minderheit zu orientieren. Hierzu war es nötig, ein ethnisches Bewußtsein bei den Roma einzuführen, das losgetrennt war von der Religion. Gerade die – vermeintliche oder tatsächliche – „Gefahr“ der Assimilation an die türkische Minderheit, deren ethnische Identität sich aus Sprache und Religion ableitete, steht auch bei späteren Entscheidungen und Beschlüssen der Regierung immer wieder im Vordergrund.

Mit der Politik der forcierten Modernisierung der bulgarischen Gesellschaft durch Kollektivierung und Industrialisierung und dem Aufstieg Vălko Červenkovs an die Spitze in Partei und Staat änderte sich – zumindest vorübergehend – auch die Minderheitenpolitik. Einen ersten Niederschlag fand dieser Kurwechsel in der Aussiedlung eines Teils der türkischen Minderheit 1950/51, auf die weiter unten noch einzugehen sein wird. Ob die etwa 100 Roma, die sich unter den türkischen Aussiedlern befanden, und wegen derer die türkische Regierung die Grenze schloß, von der bulgarischen Regierung gezwungen wurden, das Land zu verlassen, kann nicht geklärt werden. Insgesamt sollen während dieser Zeit etwa 5.000 Roma Bulgariens in Richtung Türkei verlassen haben.<sup>148</sup>

<sup>147</sup> Zit. nach: Crowe: History, S.20.

<sup>148</sup> Zur Aussiedlung der Roma siehe Crowe: History, S.21.

Ab 1954 wurde der Lebensstil eines Teils der noch nomadisierenden Bevölkerung Bulgariens zur Zielscheibe der staatlichen Politik. Zunächst wurde ein Ansiedlungsprogramm für die Karakatschanen durchgeführt. Im Zuge dieses Programms sollen auch 20.000 Roma-Familien vor allem in der Donauebene Land und günstige Kredite erhalten haben, damit sie sich eigene Häuser bauen konnten. Nach Crowe sollen damals in 160 von 237 Städten und in 3.000 von 5.846 Dörfern Roma-Ghettos entstanden sein.<sup>149</sup> Das Ansiedlungsprogramm – das man im Zusammenhang mit den geänderten Zielsetzungen der BKP in der Minderheitenpolitik sehen muß, die sich ab Mitte 1958 abzeichneten<sup>150</sup> – wurde Ende 1958 durch einen Ministerratserlaß „zur Regelung der Fragen der Zigeunerbevölkerung in Bulgarien“ festgeschrieben.<sup>151</sup>

Dieser Erlaß ging jedoch über die reine Ansiedlungspolitik weit hinaus. Er ist vielmehr ein umfangreiches Dokument des politischen Willens der BKP: Die Roma sollten teilnehmen an dem „Großen Sprung nach vorn“, der ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm der bulgarischen Volkswirtschaft darstellte. In eine solche Volkswirtschaft paßte es nicht hinein, daß

immer noch ein großer Teil der Zigeuner-Bevölkerung hinter der allgemeinen Entwicklung des Landes zurückgeblieben ist, keine ständige Arbeit hat und sich nicht an einem Ort aufhält, sondern ein Landstreicherleben führt und sich mit Bettelei, Wahrsagerei, Diebstählen und anderen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung beschäftigt. In vielen Fällen verbreitet die Zigeuner-Bevölkerung ansteckende Krankheiten und tritt als Trägerin der größten Zurückgebliebenheit auf.<sup>152</sup>

Entsprechend wurden die örtlichen Gemeinde- und Betriebsleitungen angewiesen, nicht nur für die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in den Roma-Vierteln zu sorgen, sondern auch dafür, daß den Roma Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft und in den Handwerkskooperativen zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitig sollte für die Roma Wohnraum geschaffen werden, wofür

---

<sup>149</sup> Crowe: History, S.22. Die Karakatschanen – griechischsprachige transhumante Wanderhirten – sollten in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eintreten, wo sie vor allem als Schafhirten und -züchter angestellt wurden. Die Enteignung der letzten privaten Schafherden Ende der fünfziger Jahre beendete die traditionelle Beschäftigung dieser Wanderhirten nur partiell, da sie auf dem Gebiet der „informellen“ Wirtschaft weiterhin den Markt bedienen konnten. Der Ministerratsbeschluß zur Seßhaftmachung der Karakatschanen ist veröffentlicht in IPNS Nr.25, 26.3.1954, S.2 und sah unter anderem vor, den Karakatschanen leerstehende Häuser von emigrierten Türken zur Verfügung zu stellen. Vgl. zur Politik der BKP gegenüber den Karakatschanen Pimpireva, Ž.: Karakačanite v Bălgarija, Sofija 1995, S.94 ff.

<sup>150</sup> Besonders wichtig waren in diesem Zusammenhang die „Thesen des ZK der BKP zur Arbeit der Partei unter der türkischen Bevölkerung“, die kurz nach dem VII. Parteikongreß im Juni 1958 aufgestellt wurden. Siehe hierzu u. a. Troebst: Verhältnis, S.236.

<sup>151</sup> Ein Auszug aus der gesamten Verordnung ist veröffentlicht in: IPNS, Nr. 104, 30.12.1958, S.2-3. Die Punkte 9-11 fehlen in der Veröffentlichung.

<sup>152</sup> IPNS, Nr. 104, 30.12.1958, S.2.

auch Kredite an die Gemeinden und an einzelne Familien vorgesehen waren. Da es aber offensichtlich bei der Durchführung des Erlasses zu Verzögerungen kam, sah sich das ZK-Sekretariat der BKP im Juni 1959 gezwungen, die Maßnahmen in einem Brief an die örtlichen Parteikomitees<sup>153</sup> noch einmal zu erklären. Darin wird ausdrücklich den bestehenden Vorurteilen gegen die Roma mit dem Hinweis entgegengetreten, sie seien, wie die anderen nationalen Minderheiten auch, auf engste mit dem Schicksal des bulgarischen Volkes verbunden, dessen „untrennbarer Bestandteil“ sie seien. Die Annäherung eines Teils der Roma an die türkische Bevölkerung gelte es zu bekämpfen.<sup>154</sup> Der Ministerratsbeschuß müßte ebenso zügig durchgeführt wie die Parteiarbeit unter den Roma auf allen Ebenen verstärkt werden.

Drei Jahre später beschäftigte sich die Parteispitze erneut mit den Roma, wenngleich nicht ausschließlich. Der Anfang April 1962 gefaßte Beschluß des Politbüros A 101<sup>155</sup> betraf auch die Pomaken und die Tataren. Zwar heißt es am Anfang des Dokuments, die Regierung habe schon große Fortschritte bei der Überwindung der wirtschaftlichen und kulturellen Zurückgebliebenheit der Roma erzielt. Im nächsten Abschnitt werden jedoch die Gründe ausgemacht, die diese Stärkung der moralischen und politischen Einheit des Volkes behinderten und als Instrument der feindlichen Propaganda dienten:

A considerable part of the Gypsies, the Tatars, and the Bulgarian Muslims still tend to affiliate with the Turks under various forms, a tendency which is especially helped by the *Muslim religion* and the *Turkish and Arabic names*. Stimulated by the Turkish reactionary propaganda and religious fanaticism, and helped by the incorrect activities of a number of bodies of the people's government, more than 130,000 Gypsies and tens of thousands of Tatars and Bulgarian Muslims in many parts of the country have registered themselves as Turks.<sup>156</sup>

Die Annäherung der Zigeuner (und auch der anderen erwähnten Minderheiten) an die türkische Bevölkerung Bulgariens sei nach Meinung des Politbüros unter anderem auf den Kontakt zwischen Rekruten in der Armee und auf die Agitation der türkischen Geistlichkeit zurückzuführen. Um diesen Mißständen abzuhelfen und die patriotische Erziehung unter den Pomaken, Tataren und Roma zu verstärken, sei das Politbüro genötigt, verschiedene Maßnahmen in die Wege zu leiten. Dazu gehöre der systematische Kampf der verschiedenen Organisationen (BKP, Vaterländische Front, Gewerkschaften etc.) gegen die türkische religiöse und chauvinistische Propaganda mit ihren pantürkischen und panislamischen Zielen.

---

<sup>153</sup> Der Brief ist in englischer Übersetzung abgedruckt in: *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, Appendix A, S.61 ff.

<sup>154</sup> Ebd., S.64.

<sup>155</sup> Abgedruckt in: *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, Appendix B, S.69 ff.

<sup>156</sup> Hervorhebung UB. Zit. nach: *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.69 f.

Das Politbüro wies mit diesem Beschluß die zuständigen Behörden an, Zuzugsbeschränkungen für Zigeuner und Pomaken in Orten mit kompakter türkischer Bevölkerung einzuführen, Türkisch als Unterrichtssprache und die Ernennung türkischer Lehrer in den Schulen zu verbieten, in denen die Tataren, Roma und Pomaken überwogen; das Verteidigungsministerium sollte auf die Trennung der entsprechenden ethnischen Gruppen bei den Einheiten der Bausoldaten achten, und die zuständige Abteilung beim Außenministerium die islamischen Geistlichen überwachen, damit sie keine türkische Propaganda verbreiteten.

Aus wissenschaftshistorischer Sicht besonders interessant ist der Passus, der die bulgarische Akademie der Wissenschaften betraf: Sie wurde aufgefordert, Expeditionen in die entsprechenden Gebiete zu entsenden, die, zusammengesetzt aus Ethnographen, Historikern und Philologen, die wahre ethnische Herkunft und die nationalen Besonderheiten der von dem Beschluß betroffenen Minderheiten untersuchen sollten, wobei vor allem die Massenkonversionen der osmanischen Zeit im Mittelpunkt standen. Die Akademie der Wissenschaften folgte diesem Beschluß willig und lieferte die gewünschten Ergebnisse – zumindest für die pomakische und türkische Bevölkerung; für Zwangsislamisierungen unter den Roma oder gar deren „eigentliche ethnisch-bulgarische Herkunft“ mußte sie die Beweise schuldig bleiben.<sup>157</sup>

Den zentralen Punkt dieses Beschlusses stellten jedoch die Passagen dar, die die Registrierung der Pomaken, Tataren und Roma zum Inhalt hatten. Mit diesen Passagen wurde nicht nur die ideologische Basis für eine lange Reihe von Namensänderungen geschaffen, die unter dem euphemistischen Namen „Wiedergeburtssprozeß“ in die bulgarische Geschichte eingingen, sondern auch und vor allem praktische Schritte zur Durchführung dieser auf Assimilation ausgerichteten Ideologie angeordnet. Das Justizministerium wurde aufgefordert, die Ausführungsbestimmungen zum Personenstandsregister so zu ändern<sup>158</sup>, daß Personen nichtbulgarischer Herkunft nun die Möglichkeit haben sollten, ohne schriftlichen Antrag bei der Gemeindeverwaltung ihre Namen zu ändern. Außerdem sollten diejenigen Personen, die aufgrund eines Schreibens des Innenministeriums vom 11. Mai 1950 als Türken registriert wurden, die Möglichkeit erhalten, sich unter ihrer „eigentlichen“ Nationalität in das Personenstandsregister eintragen zu lassen.<sup>159</sup>

---

<sup>157</sup> Gleichwohl erschien wenige Jahre nach dem Politbürobeschluß eine Broschüre im Verlag der Vaterländischen Front, die die Erfolge der BKP in der Roma-Politik lobte: Genov, D. / Marinov, V. / Tairov, T.: Ciganskoto naselenie v Narodna Republika Bǎlgarija po pǎtja na socializma [Die Zigeuner-Bevölkerung in der VR Bulgariens auf dem Weg des Sozialismus], Sofija 1964.

<sup>158</sup> Die Ausführungsbestimmungen wurden zuvor schon mehrfach geändert. Die Änderungen wurden veröffentlicht in: IPNS Nr.2, 5.1.1960, S.1 und IPNS Nr.18, 1.3.1960, S.7.

<sup>159</sup> Vgl. zu diesem Schreiben auch Kertikow, K.: Die ethnonationale Frage in Bulgarien (1944-1991), in: Bulgarian Quarterly 1 (1991) 3, S.88.

Die örtlichen Behörden und Parteiorganisationen wurden in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß bei der Registrierung von Personen nichtbulgarischer Herkunft auf alle Fälle die bestehenden Gesetze beachtet und kein Druck auf die betroffenen Personen ausgeübt werden sollte (vgl. hierzu ausführlich das Kap. „Namensänderungen“).

In den sechziger Jahren wurden neben den ersten größeren offiziell begründeten Umbenennungskampagnen auch eine Reihe von Maßnahmen im Bildungssektor durchgeführt, von denen die Roma betroffen waren. Der weiterhin niedrige Bildungsstand unter den Roma dürfte die Regierung dazu bewogen haben, mehrere spezielle Schularten ins Leben zu rufen, die zwar nicht ausschließlich für diese Bevölkerungsgruppe gedacht waren, *de facto* aber zu „Zigeunerschulen“ wurden. Bei diesen neuen Schultypen handelt es sich um die „Grundschulen mit verstärkter Arbeitsausbildung“; zusätzlich wurden Internate für Roma-Kinder ins Leben gerufen. Die Entstehung und die Zielsetzung der einzelnen Schularten werden in dem entsprechenden Kapitel noch genauer beschrieben.

Die Parteispitze sah sich erneut zum Handeln gezwungen, nachdem das Sekretariat des ZK der BKP Ende September 1978 darauf hingewiesen hatte, daß nur 30% der Roma die Schule abschlossen, ein verschwindend geringer Teil einen höheren Schulabschluß hatte oder gar Hochschulbildung besaß und über die Hälfte der Erwachsenen Analphabeten seien.<sup>160</sup> Einen Anstoß „zur weiteren Verbesserung der Arbeit unter den bulgarischen Zigeunern und deren aktivere Einbeziehung in den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ sollte die gleichnamige Entscheidung Nr. 1360 des ZK-Sekretariats der BKP vom 9.10.1978 geben.<sup>161</sup> Wie schon in den vorangegangenen Entscheidungen dieser Art wurde auch hier in der Einleitung auf den Modernisierungswillen der KP verwiesen. Die Partei sollte ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die Roma in gesellschaftlich wertvolle Arbeit einzugliedern, ihre Bildung zu erhöhen, ihr Selbstvertrauen und ihr kommunistisches Bewußtsein zu stärken.

Neben den allgemein gehaltenen Aufforderungen an die Partei enthielt dieses Dokument eine Reihe konkreter Entscheidungen: Die berufliche Qualifikation der Arbeiter sollte erhöht werden; ein Netz von Kindergärten und -krippen sollte mit dem Ziel geschaffen werden, den Roma-Kindern möglichst früh die bulgarische Sprache beizubringen; spezielle Schulen und Internate sollten nicht mehr erlaubt sein; darüber hinaus sollten Roma in die Kollektive für Laienkunst aufgenommen werden. Auch die Wohnungsfrage stand erneut zur Diskussion. Obwohl der Ministerrat wenige Monate darauf die Umsetzung der ZK-Entscheidung anordnete, scheint in der Praxis eine widersprüchliche Politik die Regel gewesen zu sein. Nicht nur, daß die speziellen Roma-Schulen weitergeführt wurden – auch mit der

---

<sup>160</sup> Es handelt sich hierbei um die Note Nr. 850 des Sekretariats des ZK der BKP. Siehe *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.30 f.

<sup>161</sup> Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bălgarija*, S.90.

künstlerischen Freiheit scheint es nicht weit her gewesen zu sein. 1980 wurde eine Laienspielgruppe aufgelöst, weil deren Leiter es gewagt hatte, das Wort „Zigeuner“ auf einer Ankündigung für einen Konzertabend zu verwenden.<sup>162</sup> 1984 schließlich wurde die öffentliche Aufführung von Zigeunermusik ganz verboten.<sup>163</sup>

Mit diesem Verbot wird auch deutlich, in welche Richtung sich die Roma-Politik der BKP in den achtziger Jahren bewegte: weil keine Beweise für die ethnisch bulgarische Abstammung der Roma zu finden waren (und die wohl auch den Betroffenen selbst kaum zu vermitteln gewesen wären), ging man dazu über, diese Bevölkerungsgruppe totzuschweigen. Die offizielle Verheimlichung dieser Minderheit fand ihren sichtbaren Ausdruck auch im Bau massiver Betonwände um die Roma-Viertel mancher Städte (z. B. Kazanlāk).<sup>164</sup>

Als die Kampagne der erzwungenen Namensänderungen bei der türkischen Minderheit 1984/85 ihren Höhepunkt erreichte, waren auch diejenigen Roma mit türkisch-arabischen Namen betroffen, die von der Möglichkeit zur „freiwilligen“ Namensänderung in den zurückliegenden Jahren keinen Gebrauch gemacht hatten. Etwa 180.000 überwiegend muslimische Roma waren von dieser Aktion betroffen und erhielten nun christlich-bulgarische Namen.<sup>165</sup> In dieser durch die Assimilationskampagne vergifteten Stimmung sollen dann in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Bahnhöfen Schilder aufgetaucht sein, die die Reisenden vor Taschendieben warnten, und zwar vor Roma-Taschendieben. Manche Cafés und Restaurants sollen Roma den Eintritt verweigert haben.<sup>166</sup>

Da über die Ergebnisse der Parteipolitik nur wenig Material vorhanden ist, sollen im folgenden drei Schwerpunkte noch einmal herausgegriffen und näher dargestellt werden: die Organisationen und kulturellen Einrichtungen der Roma, die überwiegend von ihnen besuchten Schulen, die Siedlungsprogramme und die Namensänderungen.

### *2.3.3. Organisationen und kulturelle Einrichtungen für die Roma*

Inwieweit der erste Versuch, die Roma-Minderheit mit Hilfe eines Kulturvereins zu erreichen, von der Regierung gesteuert wurde oder von einzelnen Roma-Aktivisten ausging, kann anhand der wenigen Angaben nicht überprüft werden. Laut Marušiakova und Popov wurde am 6. März 1945 die *Obštociganska organizacija za borba protiv fašizma i rasizma i kulturnoto izdigane na*

<sup>162</sup> Verordnung Nr. 7 vom 26.1.1979. Zur praktischen Durchführung der Regierungspläne siehe Marušiakova / Popov: Ciganite v Bālgarija, S.91.

<sup>163</sup> Crowe: History, S.26.

<sup>164</sup> Marušiakova / Popov: Ciganite v Bālgarija, S.92.

<sup>165</sup> Crowe: History, S.27; Marušiakova / Popov: Ciganite v Bālgarija, S.91.

<sup>166</sup> Crowe: History, S.27.

*ciganskoto malcinstvo v Bǎlgarija*<sup>167</sup> unter Vorsitz von Šakir Pašov ins Leben gerufen. Der Name läßt zumindest auf kommunistischen Einfluß schließen. Deutlicher wird dieser Einfluß bei der von Crowe angeführten, 1946 gegründeten *Kulturno-prosvetna organizacija na ciganskoto malcinstvo v Bǎlgarija*<sup>168</sup>, deren Name dem einer entsprechenden jüdischen Organisation glich, die allerdings erst zehn Jahre später gegründet wurde. Die beiden Organisationen könnten auch identisch sein, da sowohl Crowe als auch Marušiakova und Popov schreiben, daß diese Vereine über Ortsgruppen verfügten und später auch von der Regierung aktiv gefördert wurden, nachdem man sie im Rang von Sektionen in die örtlichen Untergruppierungen der Vaterländischen Front aufgenommen hatte.<sup>169</sup>

Neben den für die Kultur zuständigen Gesellschaften gründete man 1947 das einzige Roma-Theater Bulgariens, dem aber nur ein kurzes Leben beschieden war – es wurde schon nach wenigen Jahren wieder aufgelöst.<sup>170</sup> Der schon erwähnte Šakir Pašov<sup>171</sup> war ab 1946 auch der Herausgeber der ersten Zeitung der Nachkriegszeit für die Roma, *Romano esi* (Roma-Stimme).

Mit der Aufnahme der Kulturvereine in die Vaterländische Front Ende der vierziger Jahre wurde auch deren Autonomie eingeschränkt. Endgültig aufgelöst wurden sie zu Beginn der fünfziger Jahre, als die bulgarische Regierung schon ihren ersten Kurswechsel in der Minderheitenpolitik vollzogen hatte, der auch *Romano esi* betraf: 1949 wurde sie in *Nevo drom* (Neuer Weg) umbenannt, nach einem weiteren Jahr eingestellt.<sup>172</sup> 1957 begann Sul’o Metkov im Zuge des bulgarischen „Tauwetters“ nach dem Aprilplenium, eine neue Monatsschrift für Roma herauszugeben, *Neve roma* (Neue Roma). Nach eigenen Angaben hat er die Publikation zunächst selbst finanziert und ist später, als seine Mittel nicht mehr ausreichten, von befreundeten Roma unterstützt worden.<sup>173</sup> 1959, als die KP-Führung

<sup>167</sup> „Allgemein-zigeunerische Organisation für den Kampf gegen Faschismus und Rassismus und für die kulturelle Förderung der Zigeuner-Minderheit in Bulgarien“. Vgl. Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bǎlgarija*, S.88.

<sup>168</sup> „Kultur- und Bildungsorganisation der Zigeuner-Minderheit in Bulgarien“. Siehe Crowe: *History*, S.20.

<sup>169</sup> Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bǎlgarija*, S.88.

<sup>170</sup> Vorbild für das Theater war das Moskauer Zigeunertheater. Die Stücke wurde in Romani von Laien und professionellen Schauspielern aufgeführt. Siehe Bachmaier: *Assimilation oder Kulturautonomie*, S.400.

<sup>171</sup> Pašov fiel 1949 nach seiner Wiederwahl in das Parlament in Ungnade und wurde im Konzentrationslager Belene eingesperrt. Vgl. Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bǎlgarija*, S.89 und *Istorija na romskite vestnici* [Geschichte der Roma-Zeitungen], in: *Romano ilo – cigansko sǎrce*, Nr.1, Januar 1995, S.5.

<sup>172</sup> Crowe: *History*, S.20; Marušiakova / Popov: *Ciganite v Bǎlgarija*, S.88.

<sup>173</sup> *Istorija na romskite vestnici*. In der Bibliografie *Bǎlgarski periodičen pečat. Anotiran bibliografski ukazatel* [Bulgarische Periodika. Kommentierte Bibliografie], Sofija 1969 wird die Zeitschrift als Organ der Roma-Volksgemeinde und der Lesehalle „9. September“ geführt.

das kurze „Tauwetter“ wieder einschränkte, wurde *Neve roma* dem Nationalrat der VF unterstellt und erschien ab diesem Zeitpunkt unter dem Namen *Nov păt* (Neuer Weg) nur noch in bulgarischer Sprache bis 1988.<sup>174</sup>

Die bulgarische Regierung unterdrückte später alle weiteren Versuche von Seiten der Roma, sich zu organisieren, und sei es nur in einem Fußballverein. Als sich Anfang der sechziger Jahre in Lom die Mitglieder eines nach serbischen Vorbildern organisierten Diskussionskreises entschlossen, einen Fußballklub zu gründen und den Mannschaften Roma-Namen gaben, wurden sie vorgeladen und gezwungen, auch Nichtzigeuner in die Mannschaften aufzunehmen, worauf der Verein sich wieder auflöste.<sup>175</sup>

#### 2.3.4. *Bildungseinrichtungen für die Roma*

Die Analphabetenrate der Roma lag 1946 bei der ersten Volkszählung in Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg bei 81 Prozent.<sup>176</sup> Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Machthaber mußte also die Alphabetisierung dieser Minderheit sein. Ob die Regierung spezielle Alphabetisierungskurse wie bei den Pomaken oder den Türken auch für die Roma durchgeführt hat, konnte nicht festgestellt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß an den jeweiligen Kursen immer auch Roma teilgenommen haben.

Trotz der überaus lückenhafte Literaturlage zu den Bildungseinrichtungen für die Roma erscheint es mir sinnvoll, auf die verschiedenen Schularten, die entweder ausschließlich oder hauptsächlich von Roma besucht wurden, getrennt einzugehen.

##### 2.3.4.1. Grundschulen (osnovni učilišta-OU)

Die Gründung der ersten Schule für Roma in Sofia begrüßte der schon erwähnte Abgeordnete Šakir Pašov vor der Volksversammlung mit großen Worten:

Wir müssen der Regierung der Volksrepublik Bulgarien unseren Dank aussprechen, die uns als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt. Wir wurden vor dem 9. September nicht als Menschen betrachtet. (...) Aber nach dem 9. September 1944 gab uns die Regierung der Vaterländischen Front volle Freiheit und stellte uns den anderen Staatsbürgern gleich. Sie gab uns volle Freiheit für unseren kulturellen Aufschwung. Im Jahre 1947 wurde die erste Schule der Zigeunerminderheit in Sofija im Viertel ‚Unter der Fakultät‘ errichtet, für die 3.150.000 Leva aufgewendet wurden. In diesem Jahr wird unsere Zigeunerschule ihr erstes Schuljahr beginnen, in der unsere Kinder lernen werden.

<sup>174</sup> Marušiakova / Popov: *Ciganite*, S.89.

<sup>175</sup> *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.14 f. Zu den serbischen Vorbildern siehe auch Pekelský, V.: *Die Zigeunerfrage in den ost- und südosteuropäischen Ländern*, in: *Osteuropa* 20 (1970) 9, S.617.

<sup>176</sup> Tomova: *The Gypsies*, S.58.

Aus der ersten Zigeunerschule werden gute Bürger der Volksrepublik Bulgarien hervorgehen.<sup>177</sup>

Diese Schule hatte zunächst nur sehr geringen Zulauf. Im ersten Jahr besuchten ganze 40 Schüler die neue Schule in *Fakulteta*, doch schon vier Jahre später wurden 500 Schützlinge verzeichnet.<sup>178</sup> Im Zuge eines ab 1954 durchgeführten Ansiedlungsprogrammes der Regierung gab es verschiedene Neugründungen von speziellen Roma-Schulen auch in anderen Landesteilen, vor allem in der Donau-ebene, um den Kindern der sesshaft gemachten Zigeuner eine elementare Bildung zu vermitteln.<sup>179</sup> Der schon erwähnte Ministerratsbeschuß Nr. 258 vom Dezember 1958 forderte – neben den Bestimmungen über das Siedlungsprogramm und die Landstreicherei – das Volksbildungsministerium und die entsprechenden örtlichen Behörden auf, für die „vollständige Aufnahme der schulpflichtigen Kinder zigeunerischer Herkunft in bulgarische Schulen“<sup>180</sup> zu sorgen, um sicherzustellen, daß sie wenigstens elementare Bildung erhielten. Bei den in den Roma-Vierteln gelegenen Schulen waren spezielle Räume vorgesehen, in denen die Kinder nach Schulschluß ihre Hausarbeiten unter Aufsicht machen sollten. Auch Kindergärten sollten in den Roma-Vierteln eingerichtet werden. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Zusicherung einer jährlichen Quote für die Aufnahme von Roma an Berufsschulen und technische Fachschulen.<sup>181</sup>

Wie viele spezielle Grundschulen für Roma vorgesehen waren, ist unbekannt. Jedoch scheint es bei der Durchführung des Ministerratsbeschlusses zu erheblichen Schwierigkeiten bzw. Verzögerungen gekommen zu sein, denn ein halbes Jahr nach seiner Veröffentlichung im Juni 1959 sah sich das ZK der BKP gezwungen, den Regional-, Stadt- und Bezirkskomitees der Partei den Beschluß noch einmal zu erklären und ihnen mitzuteilen, daß ihre Mithilfe bei dessen Durchsetzung dringend gebraucht werde. Es wurde darauf hingewiesen, daß Teile der Roma dazu neigten, ihre Kinder auf türkische Schulen zu schicken; das aber sollte auf jeden Fall verhindert werden. Vielmehr wurde die Partei, die Vaterländische Front und der Komsomol aufgefordert, darauf zu achten, daß alle Kinder eine richtige Ausbildung und kommunistische Erziehung erhalten und deshalb bulgarische Schulen besuchen.<sup>182</sup>

---

<sup>177</sup> Zit. nach: Bachmaier: Assimilation oder Kulturautonomie, S.400.

<sup>178</sup> Crowe: History, S.20.

<sup>179</sup> Crowe: History, S.22.

<sup>180</sup> Die eigenständigen Schulen für Roma-Kinder scheinen bis 1959 existiert zu haben. Vgl. Genov / Marinov / Tairov: Ciganskoto naselenie, S.45.

<sup>181</sup> Izvlečenie ot postanovlenie No.258 na ministerskija sävet ot 17 dekemvri 1958 g. za ureždane na väprosite za ciganskoto naselenie v Bälgarija [Auszug aus Ministerratsbeschuß vom 17.12.1958 zur Regelung der Fragen der Zigeuner-Bevölkerung in Bulgarien], in: IPNS Nr.104, 30.12.1958, S.3.

<sup>182</sup> Das Rundschreiben ist abgedruckt in: Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.61-67; hier: S.66.

Ab dem Schuljahr 1958/59 wurde Bulgarisch schrittweise zur ersten Unterrichtssprache in allen Schulen, also auch in den entsprechenden Schulen der türkischen Minderheit, in denen bislang das Türkische als erste Unterrichtssprache in den Grundschulen dominierte. Einschränkend muß hier angefügt werden, daß Romani nie Unterrichtssprache war, zumindest nicht offiziell, was an der bis heute fehlenden Standardisierung dieser Sprache liegt. Daß diese Umstellung nicht ohne Probleme vor sich ging, beschrieb ein Direktor einer gemischten Schule im Organ des bulgarischen Lehrerverbandes *Narodna prosveta*. Er beklagte aufgrund seiner Unterrichtserfahrungen mit gemischten Klassen die zusätzlichen Schwierigkeiten und den größeren Zeitaufwand für das Lehrpersonal, das Schüler in einer anderen Sprache als deren Muttersprache unterrichten muß.<sup>183</sup>

1965 machte das Ministerium für Volksbildung eine „Wichtige Mitteilung“ in seinem Organ *Bjuletin na ministerstvoto na narodna prosveta* (kurz: *Bjuletin*), in der deutlich wird, daß die Regierung die Durchsetzung des gemeinsamen Unterrichts nicht weiter verfolgen wollte. Die Mitteilung soll deshalb vollständig zitiert werden:

Das Volksbildungsministerium teilt mit, daß, in Übereinstimmung mit dem Brief No.III-1304 vom 14.5.1965 des Finanzministeriums, in den Orten mit kompakter Zigeunerbevölkerung der Unterricht der Zigeunerkinder differenziert und individuell durchgeführt werden soll. Dort, wo es möglich ist, sollen nach der Beurteilung durch den Kreisvolksrat bzw. der Abteilung ‚Volksbildung‘ eigenständige Klassen mit nicht mehr als 30 Kindern gebildet werden; in gemischten Klassen, in denen mehr als 10 Zigeunerkinder unterrichtet werden, soll die Gesamtzahl der Schüler 35 nicht übersteigen.

Die Transformation der Klassen soll im Rahmen der im Plan vorgesehenen Zahl durchgeführt werden, die im Budget des Kreisvolksrates festgelegt ist.

Die vollständige Einbeziehung der Zigeunerkinder, die der Schulpflicht unterliegen, muß auf verschiedene Arten verwirklicht werden, zum Beispiel in Hausaufgabenräumen, Halbinternaten, Wohnheimen usw.

Außer den Haushaltsmitteln der Kreisvolksräte sollen zur Absicherung der freien Speisen auch die Möglichkeiten der Elternkomitees, der außerplanmäßigen Mittel der Schulen, der Hilfe der Volksgemeinderäte, der LPGs, der Betriebe u. a. gesucht werden.“<sup>184</sup>

Damit wurde klar, daß es den Behörden bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen war, die Schulpflicht unter den Roma durchzusetzen. Auch der schon 1958 gefaßte Plan, bei den Roma-Schulen Hausaufgabenräume einzurichten, schien noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt zu haben. Außerdem gibt die Mit-

<sup>183</sup> Milanov, B.: Za rabotata s učenicite-turčeta i ciganceta v smesenite učilišta [Über die Arbeit mit Türken und Zigeunern in gemischten Schulen], in: *Narodna prosveta* 16 (1960) 6, S.74-76.

<sup>184</sup> *Bjuletin MNP* 2 (1965) 6, S.32. In der gleichen Ausgabe war übrigens auch die Regelung des muttersprachlichen Unterrichts für türkische Schüler erschienen, auf die weiter unten noch eingegangen wird.

teilung darüber Aufschluß, in welche Einrichtungen die Roma-Kinder aufgenommen werden sollen. Ob diese Mitteilung auch die Grundlage für die im folgenden beschriebene Schulart bildete, muß dagegen unbeantwortet bleiben. Allerdings scheint es – vielleicht im Gefolge des Beschlusses von 1962 und der mangelnden Erfolge der bisherigen Schulpolitik – innerhalb der BKP-Spitze eine geänderte Einstellung hinsichtlich der Roma-Schulen gegeben zu haben, die die erneute Trennung der Schulen und die Durchführung von Experimenten begünstigte.

#### 2.3.4.2. Grundschulen mit verstärkter Arbeitsausbildung (osnovni učilišta sās zasileno trudovo obučenje-OUZTO)

Diese Schulen<sup>185</sup> entstanden ab Mitte der sechziger Jahre. 1966 hatte der örtliche Volksrat von Plovdiv beschlossen, in der Grundschule „P. Slavejkov“ im überwiegend von Roma bewohnten Stadtteil *Stolipinovo* einen Versuch durchzuführen. Der Lehrplan der Schule wurde um das Fach „Arbeitsausbildung“ erweitert, in dem den Kindern eine höhere Arbeitsmoral und erste Grundkenntnisse in verschiedenen Berufen beigebracht werden sollte. Außerdem sollte dadurch die Attraktivität des Schulbesuchs für die Kinder gesteigert werden; die hohen Abwesenheitsraten von bis dahin 60-70% sollten gesenkt und die geringen schulischen Leistungen von Schülern „mit niedriger Lebensweise (*bit*) und Kultur“ verbessert werden. Da das Experiment von Plovdiv ermutigend verlief – die Abwesenheitsrate sank auf 20-30%, wurde das Modell unter dem Kürzel OUZTO für das ganze Land übernommen. Über die Entwicklung der Anzahl der Schulen und der Schülerzahlen während des untersuchten Zeitraums lassen sich leider keine Angaben machen. Für das Schuljahr 1990/91 hingegen liegen Zahlen vor: insgesamt bestanden zu diesem Zeitpunkt 31 Schulen dieses Typs, mit knapp 18.000 Schülern und etwas mehr als 1.400 Lehrern.<sup>186</sup>

<sup>185</sup> Die genauesten Informationen zu dieser Schulart stammen aus dem bulgarischen Bildungsministerium. Es handelt sich hierbei um eine von D. Dimitrov unterzeichnete Mitteilung, datiert vom 26.2.1991, über die Entwicklung und Probleme der OUZTO, der eine Liste der bestehenden OUZTO und eine Empfehlung über die Umstrukturierung der Aufsicht über diese Schulen beigelegt sind. Eine Kopie dieses Schriftstückes, das auch an die Organisation „Roma“ gerichtet war, überließ mir freundlicherweise E. Marušiakova. Der Inhalt ergänzt die bruchstückhaften Informationen bei Tomova: *The Gypsies*, S.58, Crowe: *History*, S.25f. und *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.30. Bezeichnenderweise taucht diese Schulart in keinem der mir bekannten veröffentlichten Schulgesetze oder entsprechenden Verordnungen auf.

<sup>186</sup> In der Literatur werden auch andere Grundschulen ohne „verstärkte Arbeitsausbildung“ für solche Kinder erwähnt. Es ist leider nicht klar, ob es sich dabei auch um „Zigeunerschulen“ handelt oder nicht. Siehe Marušiakova / Popov: *Ciganite*, S.91, wo es heißt: „Obwohl die Entscheidung (gemeint ist die ZK-Entscheidung von 1978, UB) ausdrücklich unterstreicht, daß ‚spezielle Schulen nicht zugelassen werden‘, erhielten sie in der Praxis doch eine eigene Rechtsform unter dem Euphemismus ‚Schulen für

Neben den Grundlagen verschiedener Berufe erhielten die Schüler in diesem neuen Schultyp auch die entsprechende Berufspraxis in Metallbearbeitung (Schlosser, Dreher), Holzbearbeitung, Schuh- und Kleidungsfertigung, aber auch in landwirtschaftlichen Berufen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die praxisorientierte Ausbildung ging zu Lasten der Fächer Russisch, Mathematik, Kunst und Musik. Das Rohmaterial und die Maschinen wurden vom Staat gestellt, der auch die produzierten Güter abnahm. Man darf bei all dem aber nicht vergessen, daß es sich bei den Schülern um Kinder von höchstens 13 bis 14 Jahren handelte! Die Schulabgänger sollten die Möglichkeit erhalten, entweder eine Arbeit in dem von ihnen erlernten Bereich anzunehmen oder aber weiterführende Schulen zu besuchen. Da die bulgarische Grundschule acht, später sogar nur noch sieben Schuljahre umfaßte, ergab sich eine Reihe von Problemen, denn die Schulabgänger, die arbeiten wollten, erhielten keine Arbeitserlaubnis, da das bulgarische Arbeitsschutzgesetz (*Kodeks na truda*) Kinderarbeit unter 16 Jahren verbot. Viele Absolventen dieser Verbindung aus Arbeit und Schule wurden entmutigt, suchten sich anderweitig zu beschäftigen oder wurden straffällig.

Um dem Problem des zu niedrigen Abgangsalters zu entfliehen, beschloß die Schulbehörde – zehn Jahre nach der Einführung der Grundschulen mit verstärkter Arbeitsausbildung – bei einigen dieser Schulen, so die Eltern und Schüler das wünschten, weiterführende Klassen einzurichten, um den interessierten Schülern höhere Abschlüsse zu ermöglichen, aber auch um der „Kinderarbeitslosigkeit“ etwas entgegenzusetzen. Besonders groß scheint der Erfolg dieser Maßnahme aber nicht gewesen zu sein.

#### 2.3.4.3. Internate

In der verwendeten Literatur findet sich immer wieder der Hinweis, daß viele Roma-Kinder im schulpflichtigen Alter seit den sechziger Jahren verstärkt in Internate aufgenommen worden seien. Nach Troebst soll es 1975 „145 Internate gegeben haben, in denen etwa 10.000 Roma-Kinder aus halbnomadischen Famili-

---

Schüler mit niedriger Lebensweise und Kultur“. Ihr Hauptziel war die „Elementarbildung und die Beherrschung von Arbeitsgewohnheiten und -fähigkeiten, d. h. alle diese Schulen, 131 an der Zahl, sind Grundschulen und 31 von ihnen sind „mit verstärkter Arbeitsausbildung.““

en zwangsweise lebten.<sup>187</sup> Diese Internate für die Roma wurden angeblich auf persönliche Initiative Todor Živkovs 1961 gegründet. Der Zweck dieser Internate sei die Assimilierung der Roma-Kinder gewesen, wie 1964 unverblümt festgestellt wurde:

Getrennt von den Familien und dem gewohnten Umfeld [kvartalnata sreda], unter guten Bedingungen untergebracht, verändern sich die Kinder innerhalb weniger Monate. (...) Damit ist eine solide Basis geschaffen, daß die jüngsten Zigeuner als ausgebildete und vollwertige Bürger, als überzeugte und aufgeklärte Erbauer des Sozialismus und Kommunismus heranwachsen werden.<sup>188</sup>

In seinem Bericht auf dem V. Kongreß der VF im März 1963 äußerte der Vorsitzende des Nationalrats der Vaterländischen Front, Enčo Stajkov, daß auf Beschluß des ZK der BKP 1962 Jahr 3.000 Roma-Kinder in *internati* untergebracht worden seien. 1963 soll Stajkov zufolge die Zahl schon bei über 5.000 gelegen haben<sup>189</sup>, und 1967 sollen es bereits 9.000 gewesen sein.<sup>190</sup>

Neben diesen Internaten waren auch die Kinder- und Jugendheime von Bedeutung. In einem neueren Bericht des bulgarischen Nationalinstituts für Jugendforschung (NIIM)<sup>191</sup> wird darauf hingewiesen, daß in den Kinder- und Jugendheimen (*domove za deca i junuši*) Kinder aus kinderreichen Familien, „vorzugsweise Zigeuner“, unter den Heiminsassen den höchsten Anteil noch vor den Waisen stellten.

So scheint die Unterbringung von Kindern aus Roma-Familien auf verschiedene Institutionen verteilt gewesen zu sein, wobei unklar bleiben muß, wie hoch der absolute und relative Anteil der Roma in den jeweiligen Einrichtungen gewesen sein mag. In einer 1995 erschienen Untersuchung zu den Lebensbedingungen der Roma erklärte jeder zehnte Befragte, daß er ein Internat besucht hat.<sup>192</sup>

<sup>187</sup> Z. B. bei Troebst, S.: Nationale Minderheiten, in: Grothusen, K.-D. (Hg.): Bulgarien. (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6), Göttingen 1990, S.482; Crowe: History, S.26; Bei den Internaten als Schulform muß man im Falle Bulgariens allerdings verschiedene Arten unterscheiden – Schülerwohnheime (*učeničeski obštežitija*), Internate, Halbinternate (*internati / poluinternati*) und Kinder- und Jugendheime (*domove za deca i junuši*). Ob auch die oben bereits erwähnten *zanimalni* (eigentlich: „Beschäftigungsräume“) noch unter die Kategorie Internat fallen, ist hingegen fraglich, da es sich bei ihnen zwar um schulische Einrichtungen handelt, in denen die Kinder nach dem Unterricht betreut werden, aber nicht über Nacht dort bleiben und nicht in den *zanimalni* wohnen.

<sup>188</sup> Genov / Marinov / Tairov: Ciganskoto naselenie, S.47/48.

<sup>189</sup> Otečestven front vom 15.3.1963, S.4. Die Grundlage für die Öffnung der Roma-Internate dürfte nach einer Liste von E. Marušiakova die – unveröffentlichte – Verordnung 2071 / 2.XI.61 des Ministerrats gewesen sein.

<sup>190</sup> Aussage von Jula Kamenova aus Vidin auf dem VI. Kongreß der VF im Mai 1967. VI-Kongres na Otečestvenija front, 15-17 maj 1967 g, Sofija 1967, S.195.

<sup>191</sup> Nacionalen institut za izsledvanija za mladežta: Deca v izvānredno uslovija [Kinder in außergewöhnlichen Umständen].o.o.J., S.11 f.

<sup>192</sup> Tomova: The Gypsies, S.57.

#### 2.3.4.4. Die speziellen Roma-Schulen: Ein Erfolg?

Die Alphabetisierungserfolge bei den Roma scheinen dieser Politik der besonderen Schulausbildung auf den ersten Blick recht zu geben. Von 1946 bis 1992 verringerte sich die Analphabetenrate von 81 auf knapp über 11 Prozent.<sup>193</sup> Dieser scheinbare Erfolg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz der verschiedenen Bemühungen der BKP – seien es die speziellen Schulen, seien es die Disziplinarmaßnahmen gegen die Eltern bei Abwesenheit der Kinder vom Unterricht – nicht erreicht wurde, daß die Roma „Bildung“ als solche in ihren Wertekatalog aufnahmen.<sup>194</sup> Dieser Umstand dürfte auch dafür verantwortlich sein, daß laut einer Untersuchung, die Ende der siebziger Jahre durchgeführt wurde, nur 0,6% der Befragten einen höheren Bildungsabschluß hatten, 41% einen Grundschulabschluß vorweisen konnten, 31,4% die Hauptschule zwar besucht, aber nur 8,8 abgeschlossen hatten; die Analphabetenrate lag schon damals bei etwa 11 Prozent. Diese Zahlen hatten sich bei der Untersuchung Mitte der neunziger Jahre nicht grundlegend geändert. In den kompakten Roma-Siedlungen lag die Analphabetenrate sogar noch höher, nämlich bei 16%.

Tomova, von der diese Angaben stammen, sieht einen der Hauptgründe für diese stagnierende Entwicklung in den von der bulgarischen Gesamtgesellschaft grundverschiedenen Vorstellungen der Roma, was das schulfähige Alter von Kindern betrifft. Während die bulgarische Gesetzgebung die Schulpflicht für Kinder zwischen 6 und 16 Jahren vorsehe, beginne dieses Alter nach den Vorstellungen vieler Roma erst bei 8 oder 9 Jahren und ende mit dem Eintritt der Kinder in die Pubertät, mithin das heiratsfähige Alter, das besonders bei den Mädchen 13 oder 14 Jahre betrug.<sup>195</sup> Somit kann man davon ausgehen, daß die Modernisierungserfolge der BKP bei den Roma – zumindest was den Bildungssektor angeht – nur oberflächlichen Charakter haben.

#### 2.3.5 Maßnahmen zur Selbsthaftmachung

Zwei Monate, nachdem 1958 in der ČSSR ein Gesetz verabschiedet wurde, das neben den etwa 6.000 nomadisierenden Vlachen auch die nichtseßhaften Roma in der ČSSR<sup>196</sup> betraf, erschien im bulgarischen Gesetzblatt, den *Izvestija na prezidiuma na nardnoto säbranie*, ein Auszug aus einem Ministerratsbeschluß

---

<sup>193</sup> Für 1992: Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto. T.2, Demografski charakteristiki, Sofija 1994, S.303 ff., Tab.36; für 1946: Tomova: The Gypsies, S.57.

<sup>194</sup> Tomova: The Gypsies, S.58.

<sup>195</sup> Ebda., S.60.

<sup>196</sup> Kalvoda, J.: The Gypsies of Czechoslovakia, in: Crowe, D. / Kolsti, J. (Hgg.): The Gypsies of Eastern Europe, Armonk, NY 1991, S.97.

„zur Ordnung der Fragen der Zigeuner-Bevölkerung in Bulgarien.“<sup>197</sup> Das frappierende zeitliche Zusammenspiel und die sachliche Übereinstimmung der Gesetzgebung deutet auf eine staatenübergreifende Maßnahme hin, ein Verdacht, der auch dadurch erhärtet wird, daß in den fünfziger und sechziger Jahren in weiteren ost- und südosteuropäischen Staaten, die zum Warschauer Pakt gehörten, ähnliche Maßnahmen ergriffen wurden.<sup>198</sup>

Mit dem Beschluß vom 17.12.1958 wurde das Landwirtschaftsministerium verpflichtet zu überprüfen, in welchen staatlichen LPGs Arbeitskräfte fehlten. Außerdem sollte es bis Anfang 1960 „nicht weniger als 1.000 Zigeunerfamilien“ in den entsprechenden Wirtschaften Arbeit verschaffen. Dazu sollte das Ministerium unter anderem herausfinden, welche Möglichkeiten bestanden, vorhandene oder neue Betriebe in den Gebirgs- oder Erosionszonen zu erweitern bzw. einzurichten. Die Familien sollten als Einwohner der Orte aufgenommen werden, in denen sich die Wirtschaften befanden. Zu diesem Zweck sollten dem Landwirtschaftsministerium auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um in den entsprechenden Ortschaften „billige und hygienische“ Wohnungen bauen zu können. Auch die Verwaltungen der LPGs und die Exekutivkomitees der Volksräte auf allen Ebenen sollten in diese Richtung tätig werden.<sup>199</sup> Der Zentralverband der Produktionsgenossenschaften sollte für die Gründung von Handwerksgenossenschaften für Roma sorgen, in die vor allem Korbflechter, Weber und Schlosser aufgenommen werden sollten. Hierzu sollten neue Werkstätten zur Verfügung gestellt werden.

Was die eigentliche Siedlungspolitik betraf, so sollten die Gemeindeverwaltungen vor allem die hygienischen Verhältnisse in den bestehenden Roma-Vierteln

---

<sup>197</sup> IPNS Nr.104, 30.12.1958, S.2-3. Der Beschluß nimmt laut Marušiakova / Popov: Ciganite, S.89, Bezug auf den unveröffentlichten Beschluß Nr. 1216 des Ministerrats „Za rešavane vāprosa s ciganskoto malcinstvo v Bālgarija [Zur Lösung der Frage der Zigeuner-Minderheit in Bulgarien]“ vom 8.10.1957. Unter der veröffentlichten Fassung steht jedoch die Anmerkung: „Na No. 1216 / 8.X.1958 g.“ Laut Crowe: History, S.22 hat das Ansiedlungsprogramm schon etwa 1954 begonnen; damals seien die Roma vor allem in der Donauebene angesiedelt worden. Siehe hierzu auch Poulton, Hugh: The Balkans. Minorities and States in Conflict, London 1993, S.116.

<sup>198</sup> In Ungarn wurde ein ähnliches Programm 1965 beschlossen, das aber weniger die Selbsthaftmachung als die Beseitigung der schlimmsten Zustände in den Roma-Siedlungen zum Ziel hatte. Vgl. hierzu Crowe, D.: The Gypsies in Hungary, in: Crowe, D. / Kolsti, J. (Hgg.): The Gypsies of Eastern Europe, Armonk, NY 1991, S.121 ff. In Polen wurde der Prozeß zur Selbsthaftmachung 1964 gesetzlich eingeleitet. Vgl. Pekelský: Die Zigeunerfrage, S.618.

<sup>199</sup> Im Gefolge des Beschlusses sollen 1.000 Familien aus den Kreisen Sofia, Vraca, Stara Zagoro und Dimitrovo in der Dobrudscha (Tolbuchin / Dobrič) in LPGs und staatliche Kooperativen aufgenommen worden sein, weitere 1.500 bis 1.600 in den Kreisen Plovdiv, Sliven, Ruse und Varna. Gleichwohl sei es noch nicht gelungen, alle ehemaligen Nomaden an die neuen Bedingungen zu gewöhnen. Siehe Genov / Marinov / Tairov: Ciganskoto naselenie, S.33 f.

verbessern und darauf achten, daß bei Neubauten die sanitären Erfordernisse eingehalten würden. Bei Neubauten oder Umsiedlungen sollten die Gemeinden die Roma „zersiedeln“, das heißt sie sollten in verschiedenen Teilen der Gemeindegebiete untergebracht werden, damit sich umgeben von bulgarischen Nachbarn ihre „Lebensweise und Kultur“ verbessere. Für den Wohnungsneubau für ehemalige nomadisierende und umgesiedelte Roma sollten kostenlose Bauplätze von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, in denen die Roma feste Arbeit übernommen haben. Für Roma, die es wünschten, sollten auch Kredite mit Laufzeiten von 20 Jahren für die Neubauten ausgegeben werden (wobei allerdings das Geld nicht etwa den Roma ausgezahlt wurde, sondern den Gemeindeverwaltungen).

Besonderes Augenmerk fanden in dem Beschluß die Bewohner der verschiedenen Roma-Viertel in der Hauptstadt (namentlich *Kon'ovica* und das Viertel am Stambolijski-Boulevard), die in den nächsten Jahren in andere Gegenden Groß-Sofias umgesiedelt werden sollten. Für die Neubauten der Umsiedler sollte das Baumaterial aus den zerstörten Gebäuden Sofias dienen. Um den Roma eine verbesserte Gesundheitsvorsorge und -aufklärung zu bieten, wurden auch die zuständigen Gesundheitsbehörden aufgerufen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten – hier stand vor allem der Kampf gegen die bestehenden hygienischen Verhältnisse und ansteckende Krankheiten im Mittelpunkt. Interessanterweise wurde in dem Ministerratsbeschluß auch die Müllabfuhr umstrukturiert; eine Erklärung für den Zusammenhang wird allerdings nicht geliefert. Am Ende des Beschlusses heißt es optimistisch:

Die sozialistische Arbeit und die Fürsorge der Volksmacht sind in der Lage, innerhalb kurzer Zeit die zurückgebliebenen Schichten der Zigeuner-Bevölkerung in bewußte Erbauer des Sozialismus in unserer Heimat zu verwandeln.<sup>200</sup>

Der offizielle Optimismus scheint aber nicht von allen Beteiligten geteilt worden zu sein. In dem schon erwähnten Rundschreiben an die regionalen und örtlichen Komitees der BKP<sup>201</sup> mußte die Dringlichkeit der Maßnahmen noch einmal erklärt werden. Im Mittelpunkt standen hier nicht nur die Vorurteile mancher Betriebsmanager, die die Roma für faul und nicht lernfähig hielten, sich weigerten sie einzustellen oder sie bei der geringsten Verfehlung sofort entließen. Dies würde – genauso wie die Vernachlässigung der Umerziehung der Roma<sup>202</sup> – der

---

<sup>200</sup> IPNS Nr.104, 30.12.1958, S.3.

<sup>201</sup> Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.61 ff.

<sup>202</sup> Ob unter der Umerziehung auch die Deportation in Arbeits- und Konzentrationslager verstanden wurde, kann nicht nachvollzogen werden. Es scheint jedoch in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren solche Fälle gegeben haben, bei denen man Roma (aus Ruse) in das berüchtigte Arbeitslager von Loveč brachte, wo einige ermordet wurden. Siehe hierzu die Aussagen in *Bălgarskijat gulag – svideteli. Sbornik ot dokumentalni razkazi za konclagerite v Bălgarija* [Das bulgarische Gulag – Zeugen. Samm-

marxistisch-leninistischen Theorie widersprechen, wonach die konkreten materiellen und sozialen Bedingungen die Situation und Eigenschaft einer gegebenen Person oder ethnischen Gruppe bestimmten.<sup>203</sup>

Bezüglich der An- und Umsiedlung der Roma wurde noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Konzentration vieler Roma an einem Ort zu vermeiden sei; dies sei auch bei der Anstellung von Roma zu beachten. 1962 wurde diese Bestimmung noch einmal präzisiert: Nun sollten die Roma auch nicht mehr in Siedlungen mit kompakter türkischer Bevölkerung ziehen dürfen.<sup>204</sup>

Von dem Beschluß sollen etwa 14.000 nomadisierende Roma<sup>205</sup> betroffen gewesen sein sowie eine nicht genau zu beziffernde Anzahl von Einwohnern der Roma-Viertel, die aufgelöst oder umgebaut wurden. Obwohl es vielen Roma schwerfiel, diesen Angriff auf ihre Lebensweise zu verkraften, haben sie nach und nach die Chance auf eine moderne Wohnung ergriffen – viele scheinen auch einen positiven Effekt für ihre Kinder erkannt zu haben, nämlich das Angebot einer besseren Schulbildung.<sup>206</sup> Bei der Vergabe von Wohnungen wurde darauf geachtet, daß nicht zu viele Roma in die neuen Wohnblöcke einzogen, meistens ein bis zwei Roma-Familien pro Treppenaufgang. Das sollte den Effekt der Akkulturation mit der umgebenden bulgarischen Bevölkerung verstärken. Diese Politik führte manchmal zu Spannungen zwischen Bulgaren und Roma, besonders dann, wenn immer mehr Familienmitglieder in die Wohnungen nachzogen.<sup>207</sup>

Neben der Ansiedlung in gemischten Wohnblöcken wurden in den sechziger Jahren in allen größeren Orten und Dörfern Siedlungshäuser für die Roma gebaut – meist am Ortsrand. Durch die Urbanisierung wuchsen diese Siedlungen später in die Orte hinein. Die Häuser, die ursprünglich für je eine Familie geplant waren, hatten jeweils zwei Schlafzimmer. Die vorhandene Wohnfläche reichte jedoch bald nicht mehr aus; die Roma fügten daher für jeden verheirateten Sohn neue

lung von dokumentarischen Erzählungen über die Konzentrationslager in Bulgarien], Sofija 1991, S.372 ff.

<sup>203</sup> Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.64. Scheinbar reichte die Bezugnahme auf Marx und Lenin in diesem Punkt nicht aus, die bestehenden Vorurteile zu überwinden. Es wurde auch auf nationaler Ebene argumentiert, daß die Roma „untrennbarer Teil“ des bulgarischen Volkes seien.

<sup>204</sup> Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.72.

<sup>205</sup> Marušiakova / Popov: Ciganite, S.89; Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.63.

<sup>206</sup> Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.20 ff.

<sup>207</sup> Dimitrov, A.: Ciganite v Bälgarija – idei i stojnosti [Die Zigeuner in Bulgarien – Ideen und Werte], in: Aspekti na etnokulturnata situacija v Bälgarija, S.114.

Räume an das Gebäude an. Allerdings fühlten sich die Behörden bald nicht mehr für diese Siedlungen zuständig. Die nötige Kanalisation und Trinkwasserversorgung wurde vernachlässigt, die Müllabfuhr reinigte die Siedlungen nur noch sporadisch, der Straßenbau wurde eingestellt. So entstanden nach und nach aus diesen gutgemeinten Siedlungen übervölkerte, trostlose Ghettos.<sup>208</sup>

Die Parteispitze scheint diese Probleme lange Zeit nicht gesehen oder zumindest unterbewertet zu haben. Erst 1978 reagierte sie mit der Entscheidung Nr. 1360 des ZK-Sekretariats „Für die weitere Verbesserung der Arbeit unter den bulgarischen Zigeunern, für ihre aktivere Einbindung in den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, die unter anderem die Beseitigung der Roma-Viertel in den nächsten 10-12 Jahren forderte. Zwar erließ daraufhin der Ministerrat eine entsprechende Verordnung, doch die Umsetzung dieses Wunsches läßt bis heute auf sich warten. Von den bestehenden 547 Roma-Vierteln sind nach einer Information der Abteilung „Ideologie“ des ZK-Sekretariats von 1984 nur 36 geräumt worden, wobei einige davon kurz darauf von neuem entstanden sein sollen.<sup>209</sup>

Bedenkt man zudem noch, daß die Selbsthaftmachung der Roma nur teilweise erfolgreich war – manche Gruppen lebten bis in die achtziger Jahre von Saisonarbeit, Pferdehandel, als Bärenführer etc. und waren oft monatelang unterwegs<sup>210</sup> –, so kann man diesen Teil der offiziellen Politik als gescheitert bezeichnen. Als Monumente dieses Scheiterns stehen denn auch die Betonmauern und hohen Zäune um zahlreiche Roma-Ghettos in ganz Bulgarien.<sup>211</sup>

### 2.3.6. Namensänderungen bei den Roma

Erfolgreicher dagegen war die BKP bei ihrem Bemühen, die arabisch-türkischen Namen der muslimischen Roma zu ändern. Wie bereits angedeutet, wurde diese Politik keineswegs von der BKP erfunden. Tatsächlich haben die Zwangstufen

<sup>208</sup> Tomova: Gypsies, S.65 ff. Vgl. auch Kalvoda: The Gypsies of Czechoslovakia, 99f., wo ähnliche Probleme für die ČSSR beschrieben werden.

<sup>209</sup> Marušiakova / Popov: Ciganite, S.90 f. Siehe auch Tomova: Gypsies, S.66 f. E. Marušiakova überließ mir dankenswerter Weise ein Exzerpt dieser Information, datiert 5.XII.1984 g., aus dem Parteiarchiv. Unterzeichnet ist die Information mit „stellvertretender Leiter der Abteilung ‚ideologische Politik des ZK der BKP‘ G. Gančev“. Diese Information mußte für die Parteispitze höchst frustrierend sein, da sie fast nur Mißerfolge der Parteipolitik hinsichtlich der Roma melden konnte, wobei die Schuld auch auf unwillige Kader geschoben wird. Nach dieser Information seien etwa 8.000 Apartments und ca. 6.400 Bauplätze an Roma vergeben worden. In verschiedenen Orten seien durch die Fehler der Behörden in Wohnblocks 3-4 Roma-Familien pro Aufgang zugelassen worden oder gar reine Roma-Blocks entstanden.

<sup>210</sup> Troebst: Nationale Minderheiten, S.482.

<sup>211</sup> Eine Beschreibung der größten dieser Ghettos findet sich bei Tomova: Gypsies, S.93 ff.

vor dem Krieg und später die Namensänderungen (ohne Glaubenskonversion) im bulgarischen Nationalstaat eine lange Geschichte – darauf wird im Zusammenhang mit den Namensänderungen bei den Pomaken näher eingegangen. Überhaupt sind die von der Partei verordneten Namensänderungen bei den muslimischen Roma nur im Zusammenhang mit den Namensänderungen bei den Pomaken und Tataren zu verstehen: Diese drei Minderheiten standen im Verdacht, durch ihren muslimischen Glauben besonders anfällig für die – tatsächliche oder vermeintliche – türkisch-nationalistische Propaganda zu sein, und sich mehr an der türkischen Minderheit als an der bulgarischen Bevölkerungsmehrheit zu orientieren. Das aber hätte für die bulgarische Regierung bedeutet, daß die türkische Minderheit noch größer geworden wäre, als sie ohnehin schon war.

Diese Bemühungen um Absonderung der Roma von den Türken wurde schon Ende der vierziger Jahre deutlich (siehe das Zitat aus *Romano esi* von 1948 auf S.43) und gewann im Lauf der sechziger Jahre immer größere Bedeutung. Wurde in den vierziger Jahren Wert darauf gelegt, den Roma ein spezifisches ethnisches Bewußtsein zu geben, änderte sich das spätestens mit dem hier schon mehrfach zitierten ZK-Beschluß von 1962. Hier wurde zum ersten Mal explizit auf die türkisch-arabischen Namen eingegangen; damit wurden die Bemühungen der BKP sichtbar, den Roma ein bulgarisches Nationalbewußtsein zu geben. Das bulgarische Bewußtsein sollte über die Namensänderungen und die Registrierung der Roma in den Personenstandsregistern als Bulgaren erreicht werden.

Das heißt jedoch nicht, daß nicht schon vorher versucht wurde, die Roma unter „falscher“ Nationalität zu registrieren. Der wohl obskurste Versuch dazu fand im Jahr 1950 statt, als die Abteilung Meldewesen im Innenministerium einen Brief an die Meldebehörden schickte, in dem diese aufgefordert wurden, Roma und Tataren als Türken zu registrieren, wovon 130.000 Menschen betroffen gewesen sein sollen.<sup>212</sup> Dieser Brief und die Registrierung als Türken hat meines Erachtens aber nichts mit den Namensänderungen zu tun. Der Zeitpunkt deutet vielmehr darauf hin, daß bestimmte Kreise in der Regierung danach trachteten, die bevorstehende Aussiedlungswelle unter der türkischen Minderheit dazu zu nützen, diese frisch „getürkten“ Personen mit in die Türkei zu schicken.

Noch bevor die Politik der Namensänderungen mit dem Politbüro-Beschluß von 1962 zu einer offiziellen Doktrin wurde, scheint es im Zuge des Ansiedlungsprogramms ab 1958 schon verschiedentlich zu Aufforderungen an die muslimischen Roma gekommen zu sein, ihre Namen zu ändern.<sup>213</sup> Die rechtliche Grundlage für die Namensänderungen wurden mit zwei Änderungen der Dienstvorschrift zur Führung der Personenstandsregister Anfang 1960 geschaffen. Die

---

<sup>212</sup> Kertikow: Die ethnonationale Frage, S.88. Damals wurde in den Personenstandsregistern neben den allgemeinen Daten zur Person wie Geburtsdatum, Ehestand und Geburtsort auch die Rubrik „narodnost“ geführt.

<sup>213</sup> Crowe: History, S.22.

Änderungen sahen vor, Kinder als Bulgaren zu registrieren, auch wenn die Eltern nichtbulgarischer Herkunft waren. Sie führten außerdem die Möglichkeit ein, daß Personen nichtbulgarischer Herkunft sich mit einem schriftlichen Antrag als Bulgaren eintragen lassen und ihre Vor-, Vaters- und Familiennamen ändern konnten.<sup>214</sup>

Die rechtliche Grundlage war einer der Punkte, an dem der Beschluß A 101 des Politbüros vom 5. April 1962 ansetzte: In Punkt 2 wurde das Justizministerium aufgefordert, eine Ausführungsbestimmung für die bestehende Dienstvorschrift zu erarbeiten, aus der hervorgehen sollte, daß Religion und Namen keine Kriterien für die Nationalität der betroffenen Personen seien und daß Mischehen nicht die Nationalität der Ehepartner berührten. Kinder aus Mischehen sollten als Bulgaren registriert werden können, wenn die Eltern das wünschten. Außerdem forderte der Beschluß, daß die Prozedur zur Änderung der Namen und der Nationalität erleichtert werden sollte – durch Wegfall der gerichtlichen Erlaubnis. Nunmehr sollte es genügen, einen schriftlichen Antrag bei der zuständigen Behörde zu stellen. Gerade dieser letzte Punkt scheint um so unverständlicher, als eben diese Regulation mit der Änderung der Dienstvorschrift schon 1960 eingeführt worden war. Diese Änderungen sollte eine groß angelegte Aufklärungskampagne begleiten. Und sie sollten vor allem ohne Zwang oder „Persionen“ ablaufen.<sup>215</sup> Mit dem Beschluß des Politbüros wurde auch die Entgleisung von 1950 zurückgenommen: Man wollte die „fälschlicherweise“ als Türken registrierten Pomaken, Roma und Tataren überzeugen, sich wieder unter ihrer „wahren“ Nationalität registrieren zu lassen – ausgenommen waren solche Personen, die sich schon als Bulgaren hatten eintragen lassen.<sup>216</sup>

Es ist kaum zu beurteilen, wie viele Roma nach 1962 während der verschiedenen Wellen der Kampagne ihre türkisch-arabischen Namen abgelegt haben. Der größte Teil der muslimischen Roma scheint bereits bis Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre neue bulgarische Namen erhalten zu haben.<sup>217</sup> In einem Be-

---

<sup>214</sup> IPNS Nr. 2, 5.1.1960, S.1 und IPNS Nr. 18, 1.3.1960, S.7; die Änderungen schlossen die Möglichkeit aus, daß Personen nichtbulgarischer Herkunft sich als Türken registrieren lassen konnten.

<sup>215</sup> *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.71.

<sup>216</sup> *Ebda.*, S.72.

<sup>217</sup> Darauf deutet auch eine Bemerkung in einem Band hin, der 1983 anlässlich der 1300-Jahrfeier von 1981 erschienen ist, wo es heißt: „Die Namen dieser Bevölkerung [der Roma] unterscheiden sich nicht von den bulgarischen, mit geringen Ausnahmen derer, die sich selbst für türkische Zigeuner halten. (...) Die sogenannten türkischen Zigeuner, die im südlichen Teil der Stadt [Sliven, UB] leben, tragen zum großen Teil schon bulgarische Namen und die Neugeborenen, tragen in den letzten Jahren Namen, die, ähnlich wie bei den Erwachsenen, ins bulgarische verändert wurden: statt Hasan Christo, statt Selim Slav, statt Ajše Anka usw.“ Dečeva, Todorka: *Vlijanie na socialističeskata dăržava vărču bălgarskite cigani* [Der Einfluß des sozialistischen Staates auf die bulga-

richt, den der spätere Ministerpräsident Georgi Atanasov im Januar 1985 im Zusammenhang mit den Namensänderungen unter der türkischen Minderheit dem Politbüro vorlegte, heißt es über die Umbenennung bei den Roma:

Während der letzten paar Jahre haben, in Übereinstimmung mit den objektiven Tendenzen der bulgarischen Zigeuner zur bulgarischen sozialistischen Nation, diktiert vom gesamten Verlauf unserer gesellschaftlichen Entwicklung und im Zusammenhang mit dem Austausch der Pässe, ungefähr 250.000 Zigeuner bulgarische Namen angenommen. Auf diese Weise wurde die Tendenz zur Turkisierung unter einem Teil dieser Gruppe durchkreuzt und die Voraussetzungen für ihre Konsolidierung in der bulgarischen sozialistischen Nation geschaffen.<sup>218</sup>

Der Austausch der Pässe hatte 1981 begonnen und sollte, nach Jahrgängen gestaffelt, bis Ende 1985 beendet werden, wobei die älteren Jahrgänge als letztes betroffen sein sollten. In den neuen Pässen war die bis dahin bestehende Rubrik *narodnost* ersatzlos gestrichen. Die gesamte Umtauschaktion war mit der Einführung des ESGRAON (*Edinna sistema za graždanska registracija i administrativno obslužvane na naselenieto* „Einheitliches System zur bürgerlichen Registrierung und der administrativen Dienstleistung für die Bevölkerung“) und der Vereinheitlichung des Paßwesens in allen sozialistischen Ländern begründet worden.<sup>219</sup> Die letzten Personen, die an ihren türkisch-arabischen Namen festgehalten hatten, wurden im Zuge der Umbenennung der Türken 1984/85 erfaßt.<sup>220</sup>

Die Namensänderungen bei den Roma scheinen, anders als bei der pomakischen oder gar der türkischen Minderheit, unspektakulär und weitgehend un bemerkt von der Öffentlichkeit verlaufen zu sein. Das dürfte zum großen Teil auf die eingangs dieses Kapitels beschriebene und von verschiedenen Autoren immer wieder betonte Bereitschaft der Roma zurückzuführen sein, sich zumindest vor dergründig den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen. Zu diesen von der Gesellschaft festgelegten Normen gehört neben der offiziellen Religion auch die Form der Namen. Inwieweit die neuen Namen dann auch im privaten

rischen Zigeuner], in: Bălgarija 1300, T.3, Institucii i dăržavna tradicija, Sofija 1983, S.573.

<sup>218</sup> Doklad na Georgi Atanasov za srešta s părvite sekretari na OK na BKP - 18 januari 1985 g. [Bericht G. Atanasovs über ein Treffen mit den ersten Sekretären der Bezirkskomitees der BKP, 18.1.1985], in: Prava i svobodi Nr. 4 vom 11.3.1991, S.9.

<sup>219</sup> Die Pässe sollten jahrgangsweise ausgetauscht werden: Jahrgänge 1958-64 im Jahr 1981 (d.h. die 17-23jährigen); 1949-57 im Jahr 1982 (die 24-33jährigen); 1940-48 im Jahr 1983 (die 35-43jährigen); 1930-39 im Jahr 1984 (die 45-54jährigen); Vor 1930 (die über 55jährigen) im Jahr 1985. Siehe Tönnnes, B.: Bulgarien/Bevölkerung: Umtausch der Personalausweise, in: WDSOE 12 (1980), S.283.

<sup>220</sup> Popov: Bălgari i cigani, S.22.

Bereich verwendet wurden, ist eine ganz andere Frage. Bei C. Silverman, einer der besten Kennerinnen der Roma Bulgariens, findet sich folgender Witz, der den Umgang der Roma mit der Assimilationspolitik der BKP beschreibt:

A Gypsy was standing in the road striking his donkey with a stick and shouting, „Be a horse! Be a horse!“ A policeman ran over and said, „how can you be so stupid as to think you change a donkey into a horse?“ The Gypsy answered, „Well, if you turn a Gypsy into a Bulgarian then you can certainly make a horse out of a donkey.“<sup>221</sup>

Will man die hier beschriebene Entwicklung der Roma-Politik der BKP von 1944 bis 1989 nach ihren wesentlichen Strömungen unterteilen, so ergeben sich die beiden folgenden Ansätze:

Der als rückständig und der sozialistischen Gesellschaft unangemessen angesehene Lebensstil der Roma sollte modernisiert werden, indem die nomadisierenden Gruppen zur Niederlassung gezwungen, der Bildungsstand der Roma erhöht und die Eingliederung in das Arbeitsleben gefördert wurden. Damit sollte die soziale Barriere zwischen der Mehrheitsbevölkerung überwunden werden und die Assimilation erleichtert werden.

Der Annäherung eines Teils der Roma an die türkische Minderheit sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Zu diesem Zweck wurde in den vierziger Jahren zunächst versucht, ein eigenes ethnisches Bewußtsein bei den Roma zu wecken (wobei nicht klar ist, auf welchen Grundlagen dies basieren sollte); seit den sechziger Jahren wurden dann die Namensänderungen durchgeführt, mit denen ein äußerliches Merkmal muslimischer Identität beseitigt werden sollte. Die Namensänderungen wurden von einer Art Apartheidpolitik zwischen den Türken auf der einen und den restlichen muslimischen Minderheiten (Pomaken, Tataren und Teile der Roma) auf der anderen Seite flankiert.

## 2.4. Die Pomaken

Die Pomaken sind eine der Bevölkerungsgruppen in Südosteuropa, die einen Teil des historischen Erbes des Osmanischen Reiches darstellen. Sie sind – aller Wahrscheinlichkeit nach – die Nachfahren derjenigen Bevölkerung der südlichen Balkanhalbinsel, die im Verlauf der jahrhundertelangen osmanischen Herrschaft aus verschiedenen Gründen zum islamischen Glauben übergetreten ist, aber heute einen bulgarischen Dialekt spricht und Teile ihrer ursprünglichen Kultur beibehalten hat. Die Diskussion um ihre ethnische Herkunft ist hochgradig politisiert. Und das aus zweierlei Gründen, nämlich einmal, weil es Pomaken nicht nur in Bulgarien gibt, sondern auch in Griechenland, der Republik Makedonien und der Türkei. Gleichzeitig spielte auch die Frage ihrer Herkunft innerhalb Bulgariens eine

---

<sup>221</sup> Zit. nach Silverman, C.: Bulgarian Gypsies: Adaptation in a Socialist State, in: Nomadic Peoples 21-22 (1986), S.59.

Rolle, als es darum ging, die offizielle Politik gegenüber dieser Minderheit zu bestimmen.

Die Bezeichnung für die Pomaken in den einzelnen Ländern variiert. Während sich in Makedonien die Bezeichnungen *torbeši* und *apovci* finden, werden sie in Griechenland *pomakoi* genannt.<sup>222</sup> In Bulgarien kommen noch die Bezeichnungen *achrjani*, *portunaci*, *eruli*, *čaraklii*<sup>223</sup> und *bălgari-mochamedani* bzw. *bălgaromochamedani* hinzu, wobei es sich bei dem Ausdruck „Bulgaromohamedaner“ um eine Fremdbezeichnung handelt, die die Zugehörigkeit der Pomaken zur bulgarischen Nation hervorheben soll. Im Verlauf dieser Arbeit sollen die Begriffe „Pomaken“ und „bulgarische Muslime“ identisch verwendet werden, ohne daß damit eine Wertung vorgenommen wird.

Die etymologische Herkunft der in Bulgarien gebräuchlichen Bezeichnungen ist nur in einem Fall geklärt. Das Wort *achrjani* hat nach Ménage seinen Eingang in den osmanischen und neugriechischen Wortschatz erst über einen bulgarischen Dialekt gefunden, obwohl es altgriechisch-byzantinischer Herkunft ist. Die griechische Form lautete *agarenós* und bedeutete „Türke, Muslim, Nachfolger des biblischen Hagar“.<sup>224</sup> Es sei von der einheimischen Bevölkerung wohl zunächst für die osmanischen Eroberer verwendet worden, später von den Christen für die Konvertiten. In den osmanischen Quellen sei das Wort im 15. Jahrhundert erschienen und habe dort ebenfalls zunächst die Konvertiten bezeichnet; in manchen Quellen habe es allerdings eine Übereinstimmung zwischen Christen, *kafir*, und *ahiryan* gegeben. Anderswo sei zwischen Muslimen und *ahiryan* unterschieden worden. Dies dränge nach Ménage den Vergleich mit den bosnischen Muslimen auf, für die es ebenfalls eine offizielle Bezeichnung gegeben habe, *potur*, die, anders als *ahiryan*, beibehalten wurde; letzteres sei aber im Laufe der Zeit fallengelassen worden.<sup>225</sup>

Im Gegensatz dazu muß man bei den verschiedenen Etymologien, die für das Wort *pomak* angegeben werden, eine Trennung vornehmen zwischen solchen, die wissenschaftlich einigermaßen haltbar erscheinen und solchen, die in den Bereich der Volksetymologien fallen, deshalb aber nicht weniger interessant sind. B. Panajotova hat in einem Aufsatz die wichtigsten dieser Volksetymologien zu-

<sup>222</sup> Kalionski, A.: The Pomak Dilemma, in: La transmission du savoir dans le monde musulman périphérique. Lettre d'information 13 (mars 1993), S.123. Es erscheint mir allerdings problematisch, die *torbeši* und *apovci* in Makedonien heute noch mit den Pomaken in Griechenland und Bulgarien gleichzusetzen. Dieser Punkt bedarf noch eingehender Untersuchungen.

<sup>223</sup> Vakarelski, Ch.: Altertümliche Elemente in Kultur und Lebensweise der bulgarischen Mohammedaner, in: Zeitschrift für Balkanologie 5 (1966) 4, S.152.

<sup>224</sup> Ménage, V.L.: On the Ottoman Word „Ahriyan / Ahiryan“, in: Archivum Ottomanicum 1 (1969), S.197-212. Vgl. auch das Stichwort *achrjanin* in: Rečnik na bălgarskija ezik. Tom I, A-B, Sofija 1977, S.354.

<sup>225</sup> Ménage: Ottoman Word, S.207 f.

sammengestellt. Diese reichen von der Ableitung von *pomagač* „Helfer“, über *pomamvam* und *pometnal se* (eigentlich: „betrügen“ bzw. „abortieren“) im Sinne von „die den Glauben gewechselt haben“ und *pomākna se* „eine Last schleppen“, bis hin zu kraß pejorativen Ableitungen wie etwa von *pomija* „Spülicht“. <sup>226</sup> Wissenschaftlich geklärt scheint die Etymologie des Wortes *pomak* hingegen nicht. Hinzu kommt, daß es sich bei *pomak* um ein relativ junges Wort handelt, das erst im 19. Jahrhundert in den osmanischen Quellen auftaucht und zuerst in der Gegend um Loveč verwendet worden sein soll. <sup>227</sup>

Die ethnische Herkunft der bulgarischen Muslime ist ebenso umstritten wie die Genesis der Bezeichnung „Pomaken“. Die Theorien über die Herkunft differieren stark und sind unter anderem von der jeweiligen Nationalität der Forscher abhängig. Während griechische und türkische Wissenschaftler sich darum bemühten, den nicht-bulgarischen Ursprung dieser Bevölkerungsgruppe nachzuweisen <sup>228</sup>, wurde von bulgarischer Seite darauf hingewiesen, daß es sich bei den Pomaken um zwangsislamierte Bulgaren handeln muß. <sup>229</sup> Die Idee der Zwangsislamisierung wurde zuletzt noch einmal von dem ehemaligen ZK-Sekretär für Propaganda und Agitation, Stojan Michajlov, aufgenommen, wenngleich das Ausmaß der Zwangsislamisierungen heute als widerlegt gilt. <sup>230</sup>

---

<sup>226</sup> Panajotova, B.: Bălgari – mochamedani i christiani – v Centralnite Rodopi – pogled vărču technite vsaimootnošenija [Bulgaren – Mohammedaner und Christen – in den Zentralrhodopen – Überblick über deren Beziehungen, in: Aspekti na etnokulturnata situacija v Bălgarija i na Balkanite, Sofija 1992, S.33-46, hier S.35.

<sup>227</sup> Kalionski: Pomak Dilemma, S.122 f.

<sup>228</sup> So z. B. der griechische Anthropologe Xyrotiris, der die Pomaken auf die autochthone Bevölkerung Westthakiens zurückführen möchte. Vgl. zu den griechischen Theorien Seyppel, Tatjana: Das Interesse an der muslimischen Minderheit in Westthrakien (Griechenland) 1945-1990, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa, München 1992, S.377-392. Von türkischer Seite werden die Abstammung der Pomaken entweder von alttürkischen Stämmen wie den Petschenegen, Kumanen und Jürüken oder von türkischen Kolonisten favorisiert. Vgl. hierzu Sarides, E.: Ethnische Minderheit und zwischenstaatliches Streitobjekt. Die Pomaken Nordgriechenlands, Berlin 1987, S.31 f.

<sup>229</sup> Die These wurde besonders im Vorfeld der Veränderungen in der Pomakenpolitik der BKP in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren vertreten von Vasilev, K.: Rodopskite bălgari mochamedani [Die rhodopischen Bulgaro-Mohammedaner], Sofija 1961 und in dem von der bulgarischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Band Iz minaloto na bălgarite mochamedani v Rodopite [Aus der Vergangenheit der Bulgaro-Mohammedaner in den Rhodopen], Sofija 1958.

<sup>230</sup> Michajlov, S.: Văzroždenskijat proces v Bălgarija, Sofija 1992, S.37 ff. (Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß dieses Buch streng genommen eine Propagandaschrift ist. Dennoch enthielt es einige Informationen über die Politik gegenüber den Pomaken, die ich so weit wie möglich von ihrem ideologischen Ballast befreit in dieser Arbeit verwendet habe.)

Die bulgarische Turkologin Antonina Željazkova leistete zur Untersuchung der Islamisierung in den Rhodopen einen wesentlichen Beitrag schon 1985, also zu einem Zeitpunkt, als die „Zwangsislamisierung“ als Begründung für die Assimilationskampagne gegen die bulgarischen Türken wieder einmal politische Hochkonjunktur hatte. Damals veröffentlichte sie in der Zeitschrift *Études Balkaniques* einen Aufsatz über die sozialen Hintergründe der Islamisierung von Teilen der christlichen Bevölkerung während der osmanischen Herrschaft. Dabei legte sie Wert auf die Feststellung, daß zwar Zwangsislamisierungen stattgefunden hätten, diese aber bei weitem nicht das Ausmaß gehabt hätten, wie manche Quellen glauben machen wollten.<sup>231</sup> Kurz nach dem Sturz Živkovs schließlich publizierte Željazkova in der gleichen Zeitschrift einen Aufsatz, in dem sie die Quellen, auf die sich die These der Zwangsislamisierung hauptsächlich beruft – die Chronik eines Priesters Metodi Draginov, die Dorfchronik von Goljamo Belovo und die Batkunino-Chronik – noch einmal aufgreift. Diese drei Chroniken seien allesamt Werke des 19. Jahrhunderts, wobei die Dorfchronik für die beiden anderen als Vorlage gedient habe. Schon damals seien diese Chroniken zum Zweck der politischen Mobilisierung gegen die Osmanische Herrschaft verfaßt worden, die These einer umfassenden, gewaltsamen Zwangsislamisierung nicht haltbar. Vielmehr seien steuerliche und soziale Vorteile für die Bevölkerung ausschlaggebend für die Bevölkerung gewesen, zum Islam zu konvertieren.<sup>232</sup>

Ob die Pomaken selbst eine eigene Theorie über ihre Herkunft entwickelt haben, kann hier leider nicht dargestellt werden. Ihr Selbstverständnis ist in einem Spannungsfeld entstanden. Konstantinov, Alhaug und Igla schreiben dazu in ihrer umfangreichen Untersuchung:

A basic factor related to the Pomak identity problem stems from the different cultural approach that the Pomak minority and the Bulgarian majority employ in respect of the concept of identity. While for the majority the basic factor here is ethnic denomination, for the minority the relevant factor is religion. (...) This fact became evident in the field-study. The first part of it contained the question ‚What is your religion?‘ The standard answer to that was ‚We are Pomaks‘ which rather bewildered us at first until we realized that Pomak and Mohammedan are equivalent terms in the consciousness of these people.<sup>233</sup>

Aufgrund dieser Erkenntnis haben Konstantinov, Alhaug und Igla für die Beschreibung der Identität der Pomaken das folgende zweistufige Modell vorge-

---

<sup>231</sup> Željazkova, A.: Social Aspects of the Process of Islamization in the Balkan Possessions of the Ottoman Empire, in: *Études Balkaniques* 21 (1985) 3, S.107-122.

<sup>232</sup> Željazkova, A.: The Problem of the Authenticity of some domestic sources on the Islamization of the Rhodopes, deeply rooted in Bulgarian History, in: *Études Balkaniques* 26 (1990) 4, S.105-111.

<sup>233</sup> Konstantinov, Yu. / Alhaug, G. / Igla, B.: Names of the Bulgarian Pomaks, in: *Nordlyd* 17 (1991), S. 26. Unterstreichung im Original.

schlagen, in dem die erste Stufe die religiös geprägte, die zweite die ethnisch geprägte Sichtweise von Zugehörigkeit wiedergibt.<sup>234</sup>

	<b>Pomaken</b>	<b>Türken</b>	<b>Bulgaren</b>
<b>1. Stufe (islamisch)</b>	Pomake = Muslim	Türke = Muslim	Bulgare = Nicht-Muslim
<b>2. Stufe (ethnisch)</b>	Pomake = „unreiner“ Türke	Türke	Bulgare

Diese zweistufige Identität sei durch den Kontakt mit der bulgarischen Bevölkerungsmehrheit entstanden, die nicht mehr in den aus osmanischer Zeit stammenden religiösen, vornationalen Kategorien dachte und handelte, sondern in nationalen. Die Gleichsetzung „Pomake“ mit „Bulgare“ bringe insofern Probleme für die Pomaken mit sich, weil sie sich dann als Nicht-Muslime identifizieren müßten.

Gleichwohl kann man diese Erkenntnisse von Konstantinov, Alhaug und Iglja nicht verallgemeinern. Wie Konstantinov selbst in einem anderen Aufsatz betont, scheint die Identität der Pomaken auch von anderen Faktoren beeinflußt zu sein, etwa ob sie in räumlicher Nähe zur türkischen Minderheit leben, oder eher zur bulgarischen Bevölkerungsmehrheit. In beiden Fällen scheint es Abgrenzungstendenzen zu geben.<sup>235</sup> Diese Abgrenzungstendenz findet sich auch in den Ergebnissen einer Untersuchung Georgievas, wonach die Pomaken in den Ostrhodopen dazu neigten, sich eher mit den Bulgaren als mit den Türken zu identifizieren, in deren unmittelbaren Umgebung sie dort wohnten<sup>236</sup>; diese Tendenz der Abgrenzung könnte aber sehr gut auch das Resultat einer gerade auf die Trennung zwischen Muslimen und Türken gerichteten Politik der BKP sein. Diese Politik und die in diesem Zusammenhang von offizieller Seite verwendeten Argumente sollen weiter unten noch beschrieben werden.

<sup>234</sup> Konstantinov / Alhaug / Iglja: Bulgarian Pomaks, S.27.

<sup>235</sup> Konstantinov, Yu.: An Account of Pomak Conversions in Bulgaria (1912-1990), in: Seewann, G. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa, München 1992, S.352 ff.

<sup>236</sup> Georgieva, C.: Tendencii v etničeskite i konfesionalni otnošenija v malkite gradove na istočnite Rodopi [Tendenzen in den ethnischen und konfessionellen Beziehungen in den Kleinstädten der Ostrhodopen], in: Aspekti na etnokulturnata situacija v Bălgarija i na Balkanite, Sofija 1992, S.57-64. Hier muß jedoch einschränkend hinzugefügt werden, daß die Untersuchungen in den ehemaligen Kreisen Zlatograd und Ardino stattgefunden haben, wo die BKP seit den fünfziger Jahren besonders aktiv war und die seit 1990 von einer Christianisierungskampagne betroffen sind.

### 2.4.1. Die demographische und soziale Struktur der pomakischen Bevölkerung

Die bulgarische Geographin Maleewa wies schon 1928 auf die grundsätzlichen Probleme hin, die bei der Erforschung und Beschreibung dieser Bevölkerungsgruppe auch heute noch entstehen:

Eine genaue Zahl der pomakischen Bevölkerung anzugeben, ist unmöglich, weil erstens jede Volkszählung fehlt und ein grosser Teil dieser Bevölkerung bis 1912 aus Untertanen des türkischen Reiches bestand. Ihre Zahl auf bulgarischem Boden übersteigt 30.000.(...) Ihr Prozentsatz in den bis heute türkischen Rhodopengebieten dürfte dagegen bedeutend grösser sein.(...)<sup>237</sup>

Wie in den zwanziger Jahren existieren bis heute kaum – offizielle – statistische Angaben über die Pomaken. Deren geschätzte Bevölkerungszahl schwankt für den untersuchten Zeitraum stark: 1948 nannte Vrančev etwa 80.000<sup>238</sup>; 1989 sollen es nach einer inoffiziellen Schätzung des Innenministeriums etwa 270.000 gewesen sein.<sup>239</sup> Dazwischen liegen die Angaben bei Troebst: 130.000 (1956) bzw. 170.000 (1970), die auf offiziellen Angaben aus den entsprechenden Jahren beruhen.<sup>240</sup> Interessanterweise entspricht die offizielle Zahl von 1970 in etwa einer Angabe aus den jüngsten Volkszählungsergebnissen von 1992: Laut einer Tabelle, in der die Bevölkerung nach Muttersprache und Religionszugehörigkeit aufgliedert wird, hatten knapp 171.000 Personen mit bulgarischer Muttersprache angegeben, muslimischen Glaubens der sunnitischen Richtung zu sein. Hinzu kommen noch etwa 5.800 Schiiten, die ebenfalls Bulgarisch als Muttersprache angaben.<sup>241</sup> Da aber in den Volkszählungsergebnissen keine eigene Kategorie „Bulgaromohammedaner“ oder gar „Pomaken“ auftaucht<sup>242</sup> – was nicht ausschließt, daß sich vielleicht doch eine nicht genau zu beziffernde Zahl als „Pomaken“ oder „Bulgaromohammedaner“ bezeichnet haben könnte –, müssen diese

<sup>237</sup> Maleewa, S. T.: Beitrag zur Anthropogeographie des mittleren Rhodopengebirges. Auszug aus der Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde, vorgelegt 1924, Zürich 1928, S.7.

<sup>238</sup> Vrančev, N.: Bălgari mochamedani (pomaci) [Bulgaromohammedaner (Pomaken)], Sofija 1948, S.17.

<sup>239</sup> Konstantinov: Pomak Conversions, S.344. Bei der von Konstantinov zitierten Schätzung handelt es sich um die gleiche, die auch Marušiakova und Popov vorstellen. Bei den inoffiziellen Schätzungen muß jedoch beachtet werden, daß es sich dabei nicht um Selbstzuschreibungen handelt, sondern um Fremdzuschreibungen durch Beamte. Vgl. auch Tabelle 6 im Anhang.

<sup>240</sup> Troebst: Nationale Minderheiten, S.477.

<sup>241</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto, T.1, Demografski charakteristiki, S.222.

<sup>242</sup> Im Gegensatz dazu erscheint eine Ethnie, deren Identität ebenfalls zwischen der türkischen und bulgarischen liegt, nämlich die turksprachigen, christlich-orthodoxen Gagausen, sehr wohl in den Ergebnissen des letzten Zensus. Zur Ethnizität der Gagausen siehe Gradešliev, I.: Gagauzite [Die Gagausen], 2. Aufl., Dobrič 1994.

Angaben unbedingt mit Vorsicht behandelt werden. Der bulgarische Soziologe R. Dimitrov brachte das Problem dabei folgendermaßen auf den Punkt:

Wieviel Pomaken gibt es? Auf jeden Fall mehr, als nach dem Kriterium der ‚ethnischen Zugehörigkeit‘ ausgewiesen werden. Für viele der Betroffenen ist das Wort ‚Pomake‘ eindeutig negativ besetzt. Das wirft die Frage auf: Werden die bulgarischen Muslime überhaupt adäquat befragt? Spielen beispielsweise intersubjektive Faktoren während ihrer Befragung nicht öfters eine ausschlaggebende Rolle? Hat sich die ethnische Bewußtseinskomponente dieser Minderheitengruppe noch nicht herausgebildet? Oder verfügt sie über eine eigene Selbstausslegung, die sich den anderen, den im Fragebogen artikulierten Deutungen der Mehrheit entzieht?<sup>243</sup>

Die von Dimitrov aufgeführten Faktoren dürften dazu beigetragen haben, daß es nach der letzten Volkszählung zu einem politischen „Skandal“ kam, als sich ganze pomakische Dörfer als Türken registrieren ließen, woraufhin verschiedene Seiten forderten, den Zensus in diesen Ortschaften erneut durchzuführen.<sup>244</sup> Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß empfahl dann auch Anfang 1993, die Ergebnisse zu annullieren.<sup>245</sup> Im übrigen sollen neueren griechischen Angaben zufolge in Bulgarien nur knapp 66.000 Pomaken leben, wobei allerdings keine Quellen angegeben werden.<sup>246</sup>

Die inoffizielle Schätzung des Innenministeriums ist, wenngleich sich über die genauen Zahlen und den Erhebungsmodus streiten läßt, auch für die räumliche Verteilung der pomakischen Bevölkerung innerhalb Bulgariens aufschlußreich. Aus Tabelle 6 geht hervor, daß der größte Teil der Pomaken in den Rhodopen<sup>247</sup> lebt, und zwar vor allem in den ehemaligen Kreisen (*okrăzi*) Smoljan und Kărdžali, im östlichen Teil des Kreises Blagoevgrad (vor allem im Mesta-Tal) und in den südlichen Gebirgsregionen des Kreises Pazardžik. Nur im ehemaligen Kreis Smoljan stellten sie 1989 die Bevölkerungsmehrheit mit über 70 Prozent. Im Kreis Blagoevgrad lag der Bevölkerungsanteil bei etwa 16%, in allen anderen

---

243 Dimitrov, R.: Sicherheitspolitik und ethnische Konflikte aus bulgarischer Sicht, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1995, S.179. Was die „ethnische Zugehörigkeit“ betrifft, so verfügte Dimitrov möglicherweise interne Informationen, die in den offiziellen Volkszählungsergebnissen aber nicht erscheinen.

244 Dimitrov, R.: Sicherheitspolitik, S.181 ff.

245 Gjuzelev, B.: Die Minderheiten in Bulgarien unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung vom Dezember 1992, in: SOE 43 (1994) 6-7, S.362 f.

246 Dodos, D.: Eklogike geographia ton meionoteton [Elektorale Geographie der Minderheiten], Athena 1994, S.96.

247 Vgl. zur Eingrenzung des Rhodopengebiets auch Mičev, N. / Mladenov, Č.: Geografski osobnosti i tendencii v razvitiето na naselenieto na Rodopite [Geographische Besonderheiten und Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den Rhodopen], in: Rodopski sbornik Bd.6, Sofija 1987, S.5-42, hier S.5 und Dončev, D.: Fizičeska i socialno-ikonomičeska geografija na Bălgarija. Sbornik materiali za srednoškolei i kandidat-studenti [Physikalische und sozialökonomische Geographie Bulgariens. Materialsammlung für Mittelschüler und Studienanwärter], Veliko Tărnovo 1994, S.143 ff.

bei unter 10%. Diese Kreise werden in der Literatur zusammen mit dem ehemaligen Kreis Loveč (zwischen Sofia und Veliko Tŕrnovo gelegen), wo sie etwa 4% der Bevölkerung stellen, als „traditionelle“ Siedlungsgebiete der Pomaken bezeichnet. Daneben gibt es noch einige kleinere Enklaven, die jedoch nur grob lokalisiert werden können. Sie liegen in den ehemaligen Kreisen Burgas, Őumen, Razgrad, TŕrgoviŐte und Stara Zagora. Die Enklaven sind teilweise erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden; wie es dazu kam, soll weiter unten beschrieben werden.

Will man die Sozialstruktur oder die demographische Charakteristik dieser Bevölkerungsgruppe untersuchen, bleibt einem wegen der fehlenden, nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit aufbereiteten statistischen Daten nur die Möglichkeit, die statistischen Angaben für die jeweiligen Kreise heranzuziehen, in denen die Pomaken einen hohen Bevölkerungsanteil stellen. Dies ist aber nur im Kreis Smoljan der Fall; es ist jedoch anzunehmen, daß die Sozialstruktur und die demographische Charakteristik der Pomaken – zumindest in den Rhodopen – ursprünglich keine allzu großen Unterschiede von der der anderen ethnischen Gruppen, vor allem Türken in dieser Gebirgslandschaft aufwies.

Die Rhodopen waren lange Zeit eine der am wenigstens entwickelten und ruckstandigsten Regionen Bulgariens. Die Bevölkerung war bis zum Zweiten Weltkrieg hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig: Tabak, Kartoffeln, Mais und Roggen waren diejenigen Kulturen, die auf den kargen Böden mit ihren ungünstigen Anbaubedingungen den Lebensunterhalt der Kleinbauern sicherten. Die transhumante Viehzucht war bereits nach den Balkankriegen starken Einschränkungen unterworfen, da die Winterweiden an den klimatisch günstigeren Südhängen der Rhodopen und der Agaiskuste durch die neu entstandenen Grenzen für die Bauern unerreichbar geworden waren. Daneben boten einige holzverarbeitende Betriebe – vor allem Sägemühlen an den Flußläufen – Arbeit, aber auch kleinere private Zink- und Bleiminen, die zum Teil mit deutschem Kapital betrieben wurden.<sup>248</sup>

Die ambitionierte Modernisierungspolitik der Vaterländischen Front und später der BKP führte zu grundlegenden Strukturveränderungen in den Rhodopen. Die vorrangigen Ziele dabei waren zunächst die Verbesserung der Infrastruktur und der Ausbau eines Systems von Staueisen, das sowohl der Energieversorgung der Region, als auch der Bewässerung der Marica-Ebene dienen sollte. Mit den Stauseeprojekten wurde nicht nur die verdeckte Arbeitslosigkeit der ländlichen Bevölkerung gemindert, sondern auch die Voraussetzungen für die umfassende Erweiterung der bestehenden Buntmetallforderung und -verarbeitung geschaffen, die ab Mitte der fünfziger Jahre in den Kreisen Smoljan und Kardzali zu den zweitgro-

---

248 Monov, C.: Ikonomieski i socialni izmenenija v rodopskija kraj [Wirtschaftliche und soziale Veränderungen im Rhodopengebiet (1944-1977)], in: Rodopski sbornik Bd. 5, Sofija 1983, S.6 ff. Monovs Arbeit ist – bei allen notwendigen Abstrichen – eine fundierte Zusammenfassung der Modernisierungsbemühungen der BKP in den Rhodopen.

ten Arbeitgebern neben der Landwirtschaft wurde.<sup>249</sup> Die Kollektivierung der Landwirtschaft selbst fand in diesen Kreisen aus verschiedenen Gründen erst Ende der fünfziger Jahre ihren Abschluß: Erstens dürfte die geringe landwirtschaftliche Nutzfläche und die angebauten Kulturen (Tabak war zu dieser Zeit ein wichtiger Devisenlieferant) dafür ausschlaggebend gewesen sein, daß die Regierung hier relativ spät eingriff. Zweitens dürfte der Widerstand gegen die Kollektivierung unter der islamischen Bevölkerung besonders groß gewesen sein. Der Kollektivierungsdruck war auch einer der Gründe für die Aussiedlungswelle der Türken zu Beginn der fünfziger Jahre, wie noch zu zeigen sein wird. Die offizielle Begründung, die Monov liefert, wonach der geringe anfängliche Erfolg der Kollektivierung zurückzuführen sei auf die fehlenden Beispiele in den Rhodopen, die den freiwilligen Beitritt der Bauern in die Kooperativen beschleunigt hätten, scheint eher eine hilflose Ausrede zu sein.<sup>250</sup>

Die Modernisierungsbemühungen der bulgarischen Regierung hatten verschiedene Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur der Rhodopen. Zwar veränderte sich das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung zwischen 1946 (8,3% städtische zu 91,7% ländliche Bevölkerung) und 1979 (38% zu 62%)<sup>251</sup> eindeutig zugunsten der Stadtbevölkerung, doch blieben die Urbanisierungsansätze in den Rhodopen hinter dem Landesdurchschnitt (58% städtische Bevölkerung) zurück (siehe Tabelle 1 im Anhang). Gleichzeitig war wahrscheinlich das Ansteigen des städtischen Bevölkerungsanteils vor allem auf die Erhebung kleinerer Siedlungen (bis 20.000 Einwohner) in den Rang von Städten zurückzuführen.<sup>252</sup> Leider liegen keine statistischen Angaben über den Wandel der in den einzelnen Wirtschaftssektoren beschäftigten Personen für die vierziger und fünfziger Jahre vor, als die größten Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Seit den sechziger Jahren hat sich das Verhältnis der in der Industrieproduktion (inklusive Erzförderung) zu den in der Landwirtschaft Beschäftigten leicht zugunsten der Industrie geändert. Im Bezirk Smoljan betrug 1960 die Relation zwischen Industrie und Landwirtschaft 27,8 zu 54,3% (7,5% entfielen auf das Baugewerbe). 1970 war das

---

249 Monov: *Ikonomičeski i socialni izmenenija*, S.15 ff. Zur Ausbeutung der Erzvorkommen wurde 1950 die gemischte sowjetisch-bulgarische Gesellschaft „GORUBSO“ gegründet, die 1956 als Staatliches Bergbaukombinat „GORUBSO“ ganz in bulgarische Hände überging. Der überwiegende Teil der Minen befand sich im Kreis Smoljan.

250 Monov: *Ikonomičeski i socialni izmenenija*, S.22. Mizov, N.: *Isljamät v Bälgarija (säštност, modernizacija i preodoljavane)* [Der Islam in Bulgarien (Wesen, Modernisierung und Überwindung)], Sofija 1965, S.172 f. weist noch darauf hin, daß vor allem die Gebirgsregionen bei der Kollektivierung zurückgeblieben waren und, was schwerer wiegt, daß die Einkommen in den bestehenden Kooperativen zu gering waren, als daß sie einen Anreiz zum Beitritt für die weiter privat wirtschaftenden Bauern geboten hätten.

251 Mičev / Mladenov: *Geografski osobenosti*, S.28, Tab.6.

252 Mičev und Mladenov schreiben in diesem Zusammenhang von *văzdigane*, was sowohl Errichtung, als auch Erhebung bedeuten kann.

Verhältnis in etwa ausgeglichen mit 35,4 zu 37,8%, wobei der Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten auf 12,5% gestiegen war. Insgesamt bestand hier also zwar ein Trend weg von Landwirtschaft, aber nicht unbedingt hin zur industriellen Beschäftigung.<sup>253</sup> Bei den Veränderungen im Kreis Kărdžali, wo die absolute Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft zwischen 1970 und 1977 stark zurückging (um immerhin 46.000 Personen)<sup>254</sup>, dürfte es sich aber nicht um die Folgen von Strukturveränderungen handeln; der Rückgang ist wohl vielmehr der Aussiedlungswelle unter den Türken zwischen 1969 und 1978 zuzuschreiben.

In der Nachkriegszeit veränderte sich das generative Verhalten der Bevölkerung in den Rhodopen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es die bulgarische Regierung gewünscht hätte. Traditionell auf die Mitarbeit der Familienmitglieder in der Landwirtschaft angewiesen, hatte sich bis in die Nachkriegszeit ein „vorindustrielles“ generatives Verhalten der Bevölkerung gehalten. Dieses war durch hohe Geburtenraten, hohe Kindersterblichkeit und geringe Lebenserwartung der älteren Generation geprägt. Die verbesserte Gesundheitsfürsorge führte zu Beginn der fünfziger Jahre zu einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit bei gleichzeitiger erhöhter Lebenserwartung. Zusammen mit den weiterhin hohen Geburtenzahlen hatte dies ein weit über dem Landesdurchschnitt (5,2 ‰) liegendes Bevölkerungswachstum zur Folge, das in den Rhodopen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei etwa 13 ‰ lag – sowohl für die städtische als auch für die ländliche Bevölkerung.<sup>255</sup> Da die hohen Geburtenraten besonders bei der muslimischen Bevölkerung der Rhodopen – Türken und Pomaken – auftraten<sup>256</sup>, suchte die BKP den Einfluß des Islam zurückzudrängen, da „der Koran die Ehelosigkeit und empfängnisverhütende Mittel verbietet und zum Kinderreichtum“ aufrufe.<sup>257</sup>

Auch die ethnische Struktur der Rhodopen dürfte durch die Modernisierungsmaßnahmen verändert worden sein. Allerdings kann der Umfang der Zuwanderung von Spezialisten und höherqualifizierten Arbeitern (in den meisten Fällen Bulgaren) in die von der Industrialisierung betroffenen Gebiete aufgrund der vorhandenen Statistiken nicht genau bestimmt werden. Auch kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie weit die Abwanderung der christlich-bulgarischen Bevölkerung aus bestimmten Kreisen der Ostrhodopen (vor allem Ivajlovgrad) und einzelner Gebiete mit kompakter bulgarischer Bevölkerung den Zuzug von Arbeitern aus dem Landesinneren ausgeglichen hat. Viele der Migrationsprozesse aus und in die Rhodopen waren jedoch zeitlich beschränkt: Qualifizierte Arbeitskräfte sollten durch Einheimische ersetzt werden, Auszubildende wieder in ihre Heimatregion zurückkehren. Eine große Rolle bei der Arbeitsmigration spielte auch die Saisonarbeit, zu der vor allem Bauleute auf Zeit in die Ballungsräume

---

253 Monov: *Ikonomičeski i socialni izmenenija*, S.29 f.

254 Ebda., S.30.

255 Mičev / Mladenov: *Geografski osobnosti*, S.14.

256 Ebda., S.11 ff.

257 Ebda., S.11.

Sofia und Plovdiv gingen, wie auch die Erntehelfer, die bei der Tabakernte außerhalb der Rhodopen mitarbeiteten.<sup>258</sup>

#### 2.4.2. Politische Entwicklungen vor 1944

Über eine spezielle Politik der bulgarischen Regierungen gegenüber den Pomaken vor 1944 liegen keine Anhaltspunkte vor. Aus der allgemeinen Gleichstellung mit den anderen muslimischen Minderheiten ragen jedoch zwei Entwicklungen heraus, bei denen die Beteiligung staatlicher Organe zumindest umstritten ist. Diese Entwicklungen sind auch für das Verständnis für die Politik der BKP gegenüber den bulgarischsprachigen Muslimen wichtig. Im folgenden soll deshalb auf die Taufen unter der muslimischen Bevölkerung in den Rhodopen im Herbst 1912 und im Frühling 1913 und auf die Politik der Kulturorganisation *Rodina* („Heimat“) von 1937 bis 1944 eingegangen werden.

Von der Massenkonzersion unter den Pomaken, die während des ersten Balkankrieges vor allem in der Gegend von Nevrokop (heute: Goce Delčev), aber auch in den neu eroberten thrakischen Gebieten um Xanthi und Drama stattfand, waren etwa 150.000 bis 200.000 Menschen betroffen. Der freiwillige Charakter der Konversionen, die auch mit Namensänderungen und Änderungen der traditionellen Kleidung verbunden waren, wurde in einem vertraulichen Bericht der „Taufkommission“ von 1912 unterstrichen.<sup>259</sup> Ob diese Kommission eine staatliche Einrichtung war, ist genauso unklar wie die Rolle der Kirche.<sup>260</sup> Ein „Komitee zur Unterstützung der Taufe“ faßte die Gründe zusammen: Diese seien das schlechte Gewissen eines Teils der bulgarischen Muslime wegen der Verbrechen von 1876 und der Hilfe, die den Türken während der Balkankriege geleistet wurde, die gegenseitige Abneigung zwischen Türken und Pomaken, die fehlende Möglichkeit zur Aussiedlung nach Kleinasien; schließlich die Versprechen, daß die Pomaken im Falle der Taufe moralische, materielle und wirtschaftliche Hilfe erhalten.<sup>261</sup> Die Massenkonzersionen wurden durch den Zweiten Balkankrieg unterbrochen

---

258 Ebda., S.19 ff.

259 Konstantinov: Pomak Conversions, S.345.

260 Nach Trifonov, S.: Stogo poveritelno!, in: Pogled Nr.18 vom 6.5.1991, S.10 waren an den Taufen Missionen der orthodoxen Kirche, der gesellschaftlichen und politischen genauso wie Einheiten der IMRO beteiligt.

261 Michajlov: Vázroždenskijat proces, S.80. Von türkischer Seite wird die Freiwilligkeit unter Hinweis auf begangene Grausamkeiten verneint, so etwa Memişoglu, H.: Bulgarian Oppression in Historical Perspective, Ankara 1989, S.14, wo er schreibt: „The Muslim Pomaks who resisted being converted into Christianity and to adopt Slavic names were crucified to death.“ In der bulgarischen Literatur wurde auch lange Zeit an der Theorie der gewaltsamen Taufen festgehalten, wahrscheinlich um die Politik der BKP besser zu rechtfertigen. Eine – wenn auch ebenso unausgewogene – Auswahl an früheren Bewertungen der Vorgänge findet sich bei Michajlov: Vázroždenskijat proces, S.76 ff.

und 1914 von der Regierung Radoslavov rückgängig gemacht, um die Unterstützung der bulgarischen Muslime bei den bevorstehenden Wahlen zu erhalten. Die Tatsache, daß dieser Schachzug auf fruchtbaren Boden fiel (Radoslavov wurde wiedergewählt) ist ein Indiz dafür, daß die Konversionen vielleicht doch nicht ganz freiwillig waren.

Während die Massenkonzersionen in den Balkankriegen in erster Linie gegen den muslimischen Glauben der Pomaken gerichtet waren und in erst in zweiter Linie die Namensänderungen und die Ablehnung der Trachten zur Folge hatten, war die Tätigkeit der Kulturorganisation *Rodina* in den dreißiger und vierziger Jahren von Anfang an gegen die Namen und die Trachten gerichtet, nicht aber gegen den muslimischen Glauben.<sup>262</sup> Als *Rodina* 1937 in Smoljan von einigen Intellektuellen gegründet wurde, richteten sich deren Bemühungen zunächst gegen die kulturelle Rückständigkeit und das mangelnde Selbstvertrauen der Pomaken.<sup>263</sup> Vor allem aber sollte der – als reaktionär angesehene – türkische Einfluß auf diese Bevölkerungsgruppe zurückgedrängt und die Annäherung der Pomaken an die bulgarische Bevölkerungsmehrheit erreicht werden, da man von der ethnisch bulgarischen Abkunft der Pomaken überzeugt war. Erste Schritte in diese Richtung waren der Kampf gegen die Bezeichnung „Pomake“, die als pejorativ angesehen wurde und durch „Bulgaromohammedaner“ oder „islamisierte Bulgaren“ ersetzt werden sollte. Zur Zurückdrängung des türkischen Einflusses sollten die Gottesdienste in den Moscheen nicht mehr wie bisher auf arabisch, sondern bulgarisch abgehalten werden.<sup>264</sup>

Um die Annäherung der Pomaken an die bulgarische Bevölkerungsmehrheit zu erreichen wurde ein ideologischer Kampf gegen die traditionelle Kleidung der Pomaken unternommen: Die Männer sollten keinen Fez mehr tragen und die Frauen ihren Schleier, das *feredže*, ablegen. Die Kampagne trug den bezeichnenden Namen *razferedževane* („Entschleierung“) und fand ihren Ausdruck im öffentlichen Abwerfen der betreffenden Kleidungsstücke durch die Aktivisten und

---

262 Die Tatsache, daß „Rodina“ sich nicht gegen den Islam an sich wandte, verleitete A. Kalionski dazu, in dieser Organisation eine religiöse Organisation zu sehen: Kalionski: Pomak Dilemma, S.125.

263 Die Öffentlichkeitsarbeit von „Rodina“ beschränkte sich in der Anfangsphase auf die Durchführung von Kulturabenden und Kochkursen. Siehe hierzu Michajlov: Vázroždenskij proces, S.135 ff. Über die Mitgliederzahl der Vereinigung liegen keine Informationen vor.

264 Im Verlauf der Zeit richtete sich die Aktivität der Vereinigung auf die Heraustrennung der pomakischen Siedlungsgebiete aus dem Einflußbereich des Obermuftis in Plovdiv, dem nachgesagt wurde, er sei eindeutig pro-türkisch. Stojanov sieht die Aufteilung des Muftiamtes – ein Mufti für die Pomaken wurde 1942 eingesetzt – im Zusammenhang mit den Namensänderungen bei den Pomaken und auch den Roma Sofias und meint, es müsse sich „um eine konzertierte Aktion“ gehandelt haben. Stojanov, V.: Die türkische Minderheit Bulgariens bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Österreichische Osthefte 36 (1994) 7, S.279-294, hier S.291, FN 44.

deren Familienangehörige.<sup>265</sup> Immer mehr rückten auch die türkisch-arabischen Namen in das Interesse der Organisation. Zu Beginn der vierziger Jahre wurde empfohlen, die neugeborenen Kinder auf bulgarische Namen taufen zu lassen. 1942, als *Rodina* von der Regierung die rechtliche Erleichterung der Namensänderung erreicht hatte, gingen zunächst wieder die Aktivisten der Bewegung mit gutem Beispiel voraus und änderten ihre Namen.<sup>266</sup> Ob diese Aktion gewaltfrei verlief, ob sich die örtlichen Behörden beteiligten und wieviele Menschen damals ihre Namen änderten, läßt sich nicht einwandfrei feststellen.

*Rodina* hatte offensichtlich gute Verbindungen zu Regierungskreisen. Vor allem bei den Namensänderungen dürfte sie auf offene Ohren gestoßen sein, wenn man sich vor Augen hält, daß in den Jahren 1934 und 1942 Ortsnamensänderungen in großem Maßstab durchgeführt wurden. Auch in diesen Fällen wurden vor allem türkische oder islamische Namen gegen bulgarische ausgetauscht. Besonders auffällig ist hier die zeitliche Koinzidenz der Namensänderungen bei den Pomaken mit der Welle von 1942, als über 300 türkische Ortsnamen vor allem in der kurz zuvor an Bulgarien übergegangenen Süddobrudscha geändert wurden.<sup>267</sup> Ein zusätzlicher „Anreiz“ für die Namensänderungen dürfte das „Gesetz zum Schutz der Nation“ gewesen sein, nach dem alle Bürger nichtbulgarischer Herkunft Einschränkungen unterlagen.

#### 2.4.3. Die Politik der BKP gegenüber den Pomaken nach 1944

Bereits kurz nach ihrer Machtübernahme begann die von der KP dominierte Regierung der Vaterländischen Front, die von *Rodina* verfolgte Politik wieder rückgängig zu machen. Bereits am 29. Dezember 1944 wurde *Rodina* auf einer vom ZK der BRP (k) organisierten Beratung, die der „bulgaromohammedanischen Frage“ gewidmet war, als „faschistische Bewegung“ gebrandmarkt. Der Organisation wurde daraufhin in Zeitungsartikeln vorgeworfen, sie habe den Faschisten und großbulgarischen Chauvinisten in die Hände gearbeitet, indem sie die These der ethnisch-bulgarischen Herkunft der Pomaken in Umlauf gebracht hat. Außer-

---

265 Der Kampf gegen die Schleier war angeblich von ähnlichen Vorgängen in der kemalistischen Türkei beeinflusst. Vgl. Michajlov: *Väzroždenskijat proces*, S.148.

266 Michajlov: *Väzroždenskijat proces*, S.148 f. Das Personenstandsgesetz wurde geändert und in DV Nr. 147, 5.7.1942 veröffentlicht. Die Namensänderungen wurden offensichtlich auch vom Mufti in Smoljan unterstützt, der in einem Rundschreiben vom 30.4.1942 an die Imame seiner Gemeinden schrieb, daß ab sofort die Neugeborenen auf bulgarische Namen getauft werden sollten. Dazu wurde auch eine Liste mit Namen herausgegeben.

267 Vgl. zu den Ortsnamensänderungen Krause, S.: *Ortsumbenennungen in Bulgarien 1878-1987. Betrachtung des ideologischen Hintergrundes von Ortsnamensänderungen am Beispiel Bulgariens*. Magisterarbeit, Berlin 1991 (unveröffentlicht), hier besonders S.47 ff.

dem sei bei den Namensänderungen Zwang angewendet worden.<sup>268</sup> Folgerichtig wurde 1945 den Pomaken erlaubt, wieder ihre alten, türkisch-arabischen Namen anzunehmen.<sup>269</sup> Ob in Regierungskreisen dabei an die Taktik Radoslavovs gedacht wurde, sei dahingestellt.

Die Bildungspolitik gegenüber den Pomaken war in der Zeit bis zum V. Parteitag widersprüchlich; einerseits fand eine umfassende Säuberung der Lehrerschaft von „faschistischen Elementen“ besonders in den Rhodopen statt, die zu einem Lehrermangel führte. Dennoch wurde ein Teil der als „faschistisch“ gebrandmarkten Lehrer weiter beschäftigt. Damit die muslimischen Pomaken ihre Kinder nicht vom ohnehin mangelhaften Schulbesuch abhielten, wurde der Koranunterricht zunächst beibehalten<sup>270</sup>, wobei unklar ist, wie lange. Zu dieser eher toleranten Politik gegenüber dem Islam gehörte auch die Existenz einer geistlichen Mittelschule für Pomaken in Plovdiv, zu der jedoch außer dem Erlaß von 1950, mit dem sie in ein Pensionat für Schüler aus den Rhodopen umgewandelt wurde, keine Angaben zu finden waren.<sup>271</sup>

Es kann leider nicht beurteilt werden, ob die BKP bis zu ihrem V. Parteitag im Dezember 1948 eine spezielle Politik für die Pomaken verfolgte, die – ähnlich wie bei den Juden, Roma und Makedoniern – darauf gerichtet war, bei den Pomaken ein eigenes Selbstverständnis zu fördern. Daß die Pomaken bei den Volkszählungen nie als eigene Kategorie geführt wurden, läßt darauf schließen, daß sie nicht als nationale Minderheit (und zwar im Sinne sowohl von *nacionalnost* als auch *narodnost*) anerkannt waren.<sup>272</sup> Die Festigung der pomakischen Ethnizität hätte sich durchaus in das Konzept der geplanten Föderation zwischen Jugoslawien und Bulgarien eingefügt. In der verwendeten Literatur findet sich kein Hinweis darauf,

268 Michajlov: *Väzroždenskijat proces*, S.176.

269 Konstantinov / Alhaug / Iгла: *Bulgarian Pomaks*, S.24. Die Rückgabe der Namen wurde in einem Bericht an das ZK von Radenko Vidinski, einem der Vertreter der BRP (k), nach einer Konferenz der Pomaken in Plovdiv im März 1945, gefordert. Siehe Michajlov: *Väzroždenskijat proces*, S.177.

270 Zur Entwicklung des Bildungswesen in den Rhodopen bis Ende der sechziger Jahre vgl. mit Einschränkungen Monov, C.: *Prosvetното delo sred bälgarite s mochamedanska vjara v rodopskija kraj prez godinite na narodnata vlast (1944-1968)* [Das Bildungswesen unter den Bulgaren muslimischen Glaubens im Rhodopengebiet in den Jahren der Volksmacht (1944-1968)], in: *Rodopski sbornik*, Bd. 3, Sofija 1972, S.17 ff.

271 Ukaz za preobrazuvane Bälgaro-mochamedansko (pomaško) sredno duchovno učilište v gr. Plovdiv v pansion za učenci ot Rodopskija kraj [Ukaz zur Umwandlung der bulgaro-mohammedanischen (pomakischen) Mittelschule in Plovdiv in ein Pensionat für Schüler aus den Rhodopen], veröffentlicht in: DV Nr.138, 13.6.1950, S.1.

272 Spätestens Äußerungen aus den sechziger Jahren wie „die bulgarischen Muslime und die nationalen Minderheiten“ machen das deutlich. So etwa bei Čičovska, V.: *Borbata na narodnata vlast za ogramotjavane na naselenieto sled 9.IX.1944 g.* [Der Kampf der Volksmacht um die Alphabetisierung der Bevölkerung nach dem 9.9.1944], in: *Izvestija na dăržavnite archivi*, Bd.9, Sofija 1965, S.134-139; die Autorin verwendet darin mehrmals diese Formulierung.

daß es in dieser ersten Phase der Nachkriegsgeschichte eine eigene Kulturorganisation oder eine spezielle Abteilung bei der Vaterländischen Front für die bulgarischen Muslime gegeben hat. Allerdings läßt die Rückgabe der türkisch-arabischen Namen erkennen, daß zumindest nicht beabsichtigt war, die auf der Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft basierende Identität der Pomaken zu untergraben. Wenn es denn jemals die Absicht der BKP gewesen sein sollte, ein pomakisches Selbstbewußtsein zu fördern, so wurde diese spätestens auf dem ZK-Plenum vom 4. Januar 1948 zu den Akten gelegt. Auf diesem Plenum, das eigentlich im Zeichen der parteiinternen Diskussion um die Beschlüsse der Kominform-Gründungskonferenz stand<sup>273</sup>, wurde die Umsiedlung von Türken – und wahrscheinlich auch Pomaken aus dem griechisch-bulgarischen Grenzgebiet beschlossen. Als im Jahr darauf das Politbüro schließlich die Aussiedlung der Türken einleitete, wurde darauf verwiesen, daß „die Bulgaromohammedaner ein Teil der bulgarischen Bevölkerung [sind], der gewaltsam turkisiert wurde.“<sup>274</sup> Damit hatte sich die BKP weitgehend an den Standpunkt der von ihr heftig bekämpften *Rodina* angenähert, deren Führer und Organisatoren in der Folgezeit zum Teil zu schweren bis schwersten Strafen verurteilt wurden. Der Mitbegründer der Vereinigung, Kamen Boljarov (Arif Bejski), wurde zunächst Mitarbeiter der Staatssicherheit in Smoljan, bevor er unter dem Vorwurf, griechischer Spion zu sein, 1949 verhaftet und am 10. April 1951 hingerichtet wurde.<sup>275</sup> Zu 20 Jahren Freiheitsstrafe wurde sein Mitstreiter Kamen Kamenov verurteilt.<sup>276</sup> Andere wurden zu Zwangsarbeit an den Stauseen in den Rhodopen verurteilt oder in das berüchtigte Lager auf der Donauinsel bei Belene gebracht. Bei den Fällen, die vor 1949 verurteilt wurden, handelte es sich scheinbar um Menschen, die sich weigerten, die Politik der erneuten Umbenennung mitzutragen.<sup>277</sup>

Die „Säuberung“ von *Rodina*-Mitarbeitern 1949 bis 1951 fiel in die Zeit der verstärkten Einflußnahme des Staates auf die muslimische Glaubensgemeinschaft durch die Verabschiedung des Religionsgesetzes von 1949 und der großen Umsiedlungsmaßnahmen unter den islamischen Minderheiten. Einem Teil der türkischen Minderheit wurde die Emigration in die Türkei „erlaubt“ (siehe Kap. 2.5.5.1) – an der Aussiedlung nahmen aber auch Pomaken teil; jedoch kann über deren Zahl keine Aussage getroffen werden.<sup>278</sup> Mit der Behauptung, die Pomaken

---

273 Hatschikjan: Tradition und Neuorientierung, S.335 ff. und 412.

274 Zit. nach Trifonov, S.: Stogo poveritelno!, in Pogled Nr. 16 vom 22.4.1991, S.10.

275 Michajlov: Vázroždenskijat proces, S.174.

276 Ebda., S.171.

277 Z. B. Asen Zerov, ein Lehrer, der vor 1944 inhaftiert wurde, weil er angeblich Kommunisten gedeckt habe; nach 1944, weil er sich weigerte, seinen alten Namen wieder anzunehmen. Siehe Michajlov: Vázroždenskijat proces, S.173.

278 Die bulgarische Forschung flüchtete sich in diesem Punkt in Ausreden, so auch Mičev / Mladenov: Geografski osobenosti, S.19, wo es heißt: „Die Bevölkerung der Rhodopen zeichnet sich wie in der Vergangenheit, so auch in letzter Zeit durch hohe territoriale Mobilität aus. Aber während in der kapitalistischen Periode die zwischen-

seien ein Teil der bulgarischen Bevölkerung, sollte wohl eine größere Beteiligung dieser Minderheit an der Emigrationswelle der Türken verhindert werden. Wie in diesem Zusammenhang die schon erwähnte Registrierung von mehreren Tausend Pomaken (aber auch Roma und Tataren) als Türken zu sehen ist, die vom Innenministerium ausging, kann leider nicht beurteilt werden. In den Jahren 1948/49 haben auch Umsiedlungen aus den Grenzgebieten stattgefunden, die weiter unten noch näher beschrieben werden. Diese Umsiedlungen dürften in erster Linie aus sicherheitspolitischen Gründen stattgefunden haben.

Mitte August 1951, als sich bereits ein Ende der Emigrationserlaubnis für die türkische Minderheit abzeichnete, fällt das Politbüro eine Entscheidung, die die Änderung der politischen Linie hinsichtlich der Pomaken deutlich markierte. Nach der Säuberung und den Umsiedlungen wurde nun die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungsgebieten der Pomaken propagiert. Wichtiger jedoch war die Anweisung, daß die Abteilung „Propaganda und Agitation“ beim ZK zusammen mit der Akademie der Wissenschaften Materialien über die ethnisch bulgarische Herkunft der Pomaken sammeln sollten. Dieses sollte den örtlichen Parteiorganisationen für die Aufklärungsarbeit unter den Pomaken und den Kampf gegen den Pantürkismus zur Verfügung gestellt werden. Gleichwohl schien zu diesem Zeitpunkt die Führung der BKP noch vor allzu groben Maßnahmen zurückzuschrecken, denn gleichzeitig wurden die KP-Komitees in Zlatograd und Ardino aufgefordert, gegen jede Form von großbulgarischem Chauvinismus vorzugehen. Die Entscheidung hatte wohl keine konkreten Folgen.<sup>279</sup> Dennoch trat hier eine Tendenz in der BKP-Politik in Erscheinung, die in den sechziger Jahren zur Leitlinie der BKP hinsichtlich der nicht-türkischen islamischen Minderheiten wurde: der Versuch, den türkischen Einfluß auf die pomakische Minderheit unter Berufung auf ihre ethnisch-bulgarische Herkunft zurückzudrängen. Damit griff die Partei auf genau die Ideologie zurück, die sie wenige Jahre zuvor noch als faschistisch verworfen hatte.

Im weiteren Verlauf der fünfziger Jahre wurden vereinzelte Anläufe unternommen, die Politik der BKP gegenüber den Pomaken auf diese neue Linie einzuschwören. Dazu gehörten unter anderem zwei Treffen einiger Funktionäre im Juni

---

staatliche Migration überwog, ist für die Jahre der Volksmacht die innere Migration typisch, wenn wir die Perioden 1949 – 1951 und 1976 – 1978 ausschließen, als ein bedeutender Anteil der muslimischen Bulgaren emigrierte. Die zwischenstaatliche [vănšna] Migration hat politische Voraussetzungen. Sie ist verbunden mit Veränderungen der Staatsgrenzen, konfessionellen und nationalistischen Beweggründen und internationalen Abkommen. Normalerweise fehlen über sie statistische Informationen.“

<sup>279</sup> Trifonov, S.: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 18 vom 6.5.1991, S.10.

1953, auf denen über die Vorbereitung einer Politbüro-Entscheidung zur Verbesserung der ideologischen Arbeit unter den Pomaken nachgedacht wurde; der Plan wurde aber nicht umgesetzt. Einen weiteren Anlauf unternahm der erste Sekretär der BKP, Todor Živkov, persönlich. In seinem Bericht vom 2.2.1955 wies er darauf hin, daß es Pomaken gäbe, die keine neuen Personalausweise beantragen wollten, weil sie es ablehnten, als Bulgaren registriert zu werden; andere unterhielten enge Kontakte zur türkischen Bevölkerung oder wollten sogar in die Türkei ausreisen.<sup>280</sup> Živkovs Forderungen wurden aber allem Anschein nach in den Machtkämpfen innerhalb der Parteispitze zwischen ihm und Vălko Červenkov zunächst zurückgestellt, denn die ersten konkreten Entscheidungen, die zugleich auch die einschneidendsten Änderungen für die Pomaken darstellten, wurden erst nach dem „April-Plenum“ von 1956 und besonders nach dem VII. Parteikongreß 1958 gefällt.

Die Zeit nach dem April-Plenum brachte in mehrerer Hinsicht für die Pomaken Veränderungen. Zum einen war die Partei mit den konkreten Modernisierungsmaßnahmen unzufrieden – so waren etwa zum Zeitpunkt des Plenums nur rund 3,5% der pomakischen Bevölkerung von der Kollektivierung der Landwirtschaft erfaßt worden. Dazu hatten nach Ansicht der Parteiführung die bereits aufgeführten Gründe beigetragen: Die bestehenden Kooperativen seien schlechte Vorbilder gewesen und hätten zu geringe Einkommen geboten. Außerdem habe die reaktionäre islamische Geisteshaltung gestört, der man mit Hilfe der Kollektivierung den wirtschaftlichen und sozialen Nährboden entziehen wollte.<sup>281</sup> Hierzu wollte man die „wissenschaftliche“ antireligiöse Propaganda verstärken, die unter Červenkov zu sehr vernachlässigt worden sei.<sup>282</sup> Zu diesem Zweck beschloß das Politbüro am 26.12.1957 ein umfassendes Maßnahmenpaket.<sup>283</sup>

Schon im Herbst 1956 hatten mehrere Sitzungen des Politbüros stattgefunden, die sich mit den islamischen Minderheiten befaßten. Während das Gremium am 15. September die weitere Politik gegenüber den Türken behandelte<sup>284</sup>, stand die künftige Politik gegenüber den Pomaken am 17. November 1956 auf der Tagesordnung. Auf dieser Sitzung wurde der Beschluß Nr. 303 gefaßt, der vor allem die Bildungspolitik in den Siedlungsgebieten der Pomaken betraf. Der Beschluß sah den Ausbau des Schulwesens, und was noch wichtiger ist, die Gründung von

---

280 Ebda.

281 Mizov: *Isljamät*, S.172 ff.

282 Ebda., S.175.

<sup>283</sup> Das Paket sah unter anderem die Einrichtung spezieller Kurse für Parteikader, die Verstärkung der natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern in Schulen und die Ausbildung spezieller Lektoren für Atheismus vor. An der Parteihochschule in Sofia gab es verschiedene Kurse für Atheismus-Lektoren unter den Pomaken und den Türken. Siehe Mizov: *Isljamät*, S.180 und 183.

<sup>284</sup> Bejtullof, M.: *Kulturnijat vāzchod na bālgarskite turci pri uslovijata na socializma* [Der kulturelle Aufschwung der bulgarischen Türken unter den Bedingungen des Sozialismus], in: *Izvestija na instituta po istorija pri CK na BKP* 40, Sofija 1979, S.208.

Schülerwohnheimen und Pensionaten für Schüler aus pomakischen Familien vor (vgl. Kap. „Bildung für die Pomaken“).<sup>285</sup> Am 13. Dezember 1958 stellte dann der Ministerrat mit dem Beschluß Nr. 251 die entsprechenden Mittel für weitere Wohnheime und Tagesstätten (*zanimalni*) zur Verfügung<sup>286</sup> – also etwa zwei Wochen vor dem „Beschluß zur Lösung der Frage der Zigeunerbevölkerung“. Der Herbst 1958 scheint überhaupt den Minderheiten gewidmet gewesen zu sein, denn im Oktober stellte dann das Politbüro seine „Thesen zur weiteren Arbeit unter der türkischen Bevölkerung“ vor, auf die noch einzugehen sein wird.

Der Politbüro-Beschluß A 101 vom 5.4.1962<sup>287</sup>, der schon im Zusammenhang mit den Roma behandelt wurde, stellte auch für die Politik gegenüber den Pomaken die entscheidende Wende dar. Die vorangegangenen Beschlüsse der Parteiführung hatten eher die Modernisierung des Lebensstils der betroffenen Minderheiten zum Inhalt, indem der Analphabetismus bekämpft, die Bildung gefördert (oder, im Falle der Roma, die Wohnungs- und Arbeitssituation verbessert) werden sollten. Mit dem Beschluß A 101 von 1962 wurde jedoch eine Politik gegenüber den Roma und den Pomaken eingeleitet, deren Ziel nicht die Modernisierung, sondern die Segregation der betreffenden Bevölkerungsteile von der türkischen Minderheit war. Mit diesem Politbürobeschuß wurde die Kampagne zur Namensänderung eingeleitet, eine Kampagne, die für das folgende Jahrzehnt bestimmend wurde für die Pomaken-Politik der BKP.

In der Vorrede des Beschlusses wird auf den Umstand hingewiesen, daß es pomakische Familien gebe, die in Orte mit kompakter türkischer Bevölkerung ziehen und dort turkisiert würden. Auch die Mischehen zwischen bulgarisch-muslimischen Frauen und türkischen Männern werden als Mittel der Assimilation der Pomaken durch die Türken angeprangert, weil die Kinder und die Ehefrauen angeblich die türkische Nationalität annehmen. Hinzu kämen die Einflüsse des türkischen Klerus, der gemeinsame Schulunterricht von pomakischen und türkischen Kindern, die Zusammenlegung von Rekruten türkischer und pomakischer Herkunft in der Armee. Daher sollte die ideologische Arbeit unter den Tataren, Roma und Pomaken verstärkt werden, um den Einfluß der türkischen Propaganda zurückzudrängen. Auffällig bei dem Beschluß von 1962 sind die Parallelen zu der oben erwähnten Entscheidung von 1951. Nicht nur, daß auch schon in dem früheren Politbürobeschuß auf die Tendenzen der Annäherung zwischen Türken und Pomaken hingewiesen wurde, auch die bulgarische Akademie der Wissenschaften wird noch einmal ausdrücklich aufgefordert, ihre Untersuchungen in den Rho-

<sup>285</sup> Monov: Prosvetnoto delo, S.26.

<sup>286</sup> Monov: Prosvetnoto delo, S.27. Im Juni 1958 hatte sich das Polibüro schon mit der türkischen Minderheit befaßt und die „Thesen des ZK der BKP zur Arbeit der Partei unter der türkischen Bevölkerung“ zusammengestellt. Vgl. Bejtullova: Kulturnijat vāzchod, S.211.

<sup>287</sup> In englischer Übersetzung abgedruckt in: Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria, S.69 ff.

dopen fortzuführen und die „eigentlich bulgarische“ Herkunft der Pomaken nachzuweisen:

(...) The study of the historic past of the Bulgarian Muslims in the Rhodopes, the Lovech region and other parts of the country must continue in order to make further discoveries about the historical truth about the results of the assimilation policies of the Turkish oppressors, about the mass and individual conversions to Islam.<sup>288</sup>

Der Kernpunkt des Dokuments sind jedoch die Namensänderungen, die den Pomaken, Roma und Tataren mit einer Überzeugungskampagne näher gebracht werden sollten. Mit diesen Namensänderungen sollte, so W. Höpken, ein äußerliches Merkmal der eher islamisch geprägten pomakischen Identität beseitigt werden. Mit den „Beweisen“ für die auf der Sprache basierenden ethnisch bulgarischen Herkunft sollte diese religiöse Identität durch eine sprachnationale ersetzt werden.<sup>289</sup> Wie diese „Überzeugungsarbeit“ aussah und wie die Umbenennung eines Großteils der Pomaken letztendlich verlief, soll in Kapitel 2.4.6. beschrieben werden. Hier mag zunächst der Hinweis genügen, daß die Umbenennungsaktion in zwei Phasen verlief: Die erste, weitgehend fehlgeschlagene Welle dauerte bis etwa 1964, als die stattgefundenen Änderungen nach massiven Protesten wieder rückgängig gemacht wurden. Die zweite, umfassendere Welle, der sogenannte „Wiedergeburtprozess“, fiel in die Jahre 1971 bis 1974. Auch hier kam es zu Protesten seitens der betroffenen Bevölkerung, die jedoch brutal unterdrückt wurden. Die zweite Welle war ideologisch und organisatorisch besser vorbereitet<sup>290</sup> – die Namensänderungen konnten erst nach 1990 rückgängig gemacht werden.<sup>291</sup>

In der Zeit zwischen den beiden Kampagnen war die Parteispitze zunächst darum bemüht, die pomakische Bevölkerung wieder zu beruhigen. Der Beschluß des Politbüros vom 12. Mai 1964 verurteilte das Vorgehen der verantwortlichen Par-

<sup>288</sup> Zit. nach: *Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria*, S.73.

<sup>289</sup> Höpken: *Türken und Pomaken*, S.224.

<sup>290</sup> Einer der Ideologen der Namensänderungen war N. Mizov, der sich neben seinen Arbeiten zu den verschiedenen Glaubensgemeinschaften auch wiederholt der Bedeutung von Namen widmete – und zwar immer dann, wenn die Pomaken ihre Namen ändern mußten: Mizov, N.: *Ličnite imena i tjachnoto značenie* [Die Vornamen und ihre Bedeutung], Sofija 1964; ders.: *Misli za imena* [Gedanken über Namen], o.O.1971; ders.: *Tajnata na ličnoto ime (razmisli i trevogi)* [Das Geheimnis des Vornamens (Überlegungen und Ängste)], Sofija 1975; die Arbeiten sind leider in Deutschland nicht zugänglich, doch geht aus Rezension des letzten Buches hervor, was Mizov über die Pomaken schrieb, deren „wahre Tragödie sich an ihrer Benennung mit ‚muslimischen‘ Namen“ zeige, die er als „wichtiges Element ihrer De-Bulgarisierung“ bezeichnete. Zit. nach: Subaški, V.: *Tajnata na ličnoto ime*, in: *Filosofska misal* 32 (1976) 9, S.123.

<sup>291</sup> Konstantinov: *Pomak Conversions*, S.349 f.; Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr. 18 vom 6.5.1991, S.10 und ders.: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10. Amnesty International: *Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks*, London 1986, S.5.

teifunktionäre denn auch scharf, wenngleich diese nicht persönlich zur Verantwortung gezogen wurden, im Lauf der nächsten Jahre in der Parteihierarchie sogar aufstiegen.<sup>292</sup> Gleichzeitig übte auch die Parteispitze Selbstkritik, indem sie zugab, daß auf einer den Umbenennungen vorangegangenen ZK-Sitzung von Anfang März die Namensänderung als „unmittelbare und wichtige Aufgabe“ bezeichnet wurden, was zu den folgenschweren Mißverständnissen im Kreiskomitee von Blagoevgrad geführt habe. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit kündigte das Politbüro Maßnahmen zum weiteren Ausbau des Schulwesens in den von Pomaken besiedelten Gebieten an.

Die ab 1969 im Zusammenhang mit dem Abkommen über Familienzusammenführung einsetzende Aussiedlungswelle unter der türkischen Bevölkerung Bulgariens dürfte der Anlaß für den erneuten Aktionismus der Parteiführung gegenüber den bulgarischsprachigen Muslimen gewesen sein. Im Sommer 1970 hielt das ZK eine Sitzung ab, auf der das Problem des islamischen Fanatismus angesprochen wurde, der sich durch die zunehmende Turzisierung unter den Pomaken bemerkbar mache, die sich wiederum in den Bemühungen mancher Kreise unter den Pomaken ausdrücke, die türkische Nationalität durch Mischehen zu erlangen. Das Ziel sei hier eindeutig die Auswanderung in die Türkei. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, empfahl das ZK im großen und ganzen die gleichen Mittel wie schon 1962: Der Wechsel der Nationalität sollte auf alle Fälle unterbunden, in der Armee die Trennung zwischen Pomaken und Türken beachtet werden. Im Anschluß an diese ZK-Sitzung beschloß der Ministerrat eine Reihe von Modernisierungsmaßnahmen in den von Pomaken besiedelten Gebieten, wo neue kleinere Produktionsstätten für Elektrotechnik, Maschinenbau und Chemie gegründet werden sollten.<sup>293</sup> Der wesentliche Bestandteil des ZK-Beschlusses war jedoch das weitere Festhalten an der Politik der Namensänderung. Außerdem wurden eine ganze Reihe von Moscheen geschlossen und sozialistische Rituale für Hochzeiten und Beerdigungen eingeführt, um den islamischen Einfluß zurückzudrängen. Diese neuen Rituale wurden 1974, also *nach* den vollzogenen Namensände-

---

<sup>292</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10. Bei den Funktionären handelte es sich um Krăstju Tričkov, der später zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates und Kandidaten des Politbüros aufstieg, und um Petăr Djulgerov, der ZK-Sekretär wurde. Über die Karriere eines weiteren Beteiligten, Săbotin Genov, konnte ich keine Informationen finden. Živkov machte laut Trifonov später auch noch Penčo Kubadinski und die ehemalige ZK-Abteilung „Zur Arbeit unter den nationalen Minderheiten“ für die gescheiterte Aktion verantwortlich.

<sup>293</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10. Die Modernisierungsmaßnahmen im industriellen Sektor wurden bereits in den späten sechziger Jahren eingeleitet. Siehe Monov: *Ikonomičeski i socialni izmenenija*, S.24 ff. Monov schreibt, daß die Diversifizierung der Industrie notwendig geworden sei, um das Übergewicht der Rohstoffgewinnung abzubauen. Es ist unklar, ob nach der ZK-Sitzung tatsächlich neue Maßnahmen eingeleitet wurden, oder ob hier ein Irrtum Trifonovs vorliegt.

rungen, von dem damaligen Chefideologen der BKP, Aleksandăr Lillov in seinem Bericht über ein ZK-Plenum zu Ideologiefragen noch einmal propagiert. Gleichzeitig stellte er fest, daß die „Bulgaren mohammedanischen Glaubens“ trotz ihrer historisch eindeutig bewiesenen bulgarischen Herkunft immer noch ein getrübt Nationalbewußtsein hätten, das weder durch administrative Maßnahmen noch durch Passivität aufgeklärt werden könne. Vielmehr sei die weitere forcierte wirtschaftliche Entwicklung der entsprechenden Gebiete ebenso vonnöten wie die Hebung des Bildungsstandes und des kulturellen und politischen Niveaus, die aktivere Parteiarbeit unter dieser Bevölkerung und die Bekämpfung der reaktionär-religiösen Propaganda, die Lillov als Hauptursache für dieses getrübt Nationalbewußtsein ausmachte.<sup>294</sup>

Mit dem Beschluß des ZK-Sekretariats Nr. 980 vom 7. Juli 1978 „für die Verbesserung der Arbeit unter den Nachkommen der islamisierten Bulgaren“ wurde erneut die 1974 eingeschlagene Richtung befolgt und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Pomaken gefordert. Gleichzeitig wurden die Kreiskomitees von Smoljan, Blagoevgrad, Pazardžik, Loveč und Plovdiv ermahnt, eine neuere Tendenz, die sich unter den Pomaken bemerkbar gemacht habe und die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Emigration von Türken aus Bulgarien zusammenhänge, zu unterbinden: Viele Pomaken kauften sich zu günstigen Preisen Häuser in den Dörfern, aus denen die Türken ausgesiedelt waren.<sup>295</sup> Es steht zu vermuten, daß hinter diesem Zuzugsverbot die Angst der Parteispitze stand, die so mühsam bulgarisierten und deislamisierten Pomaken könnten wieder von der umliegenden türkischen Bevölkerung turkisiert werden. In jedem Fall ist es auffällig, daß etwa drei Monate danach das ZK-Sekretariat einen fast gleichnamigen Beschluß faßte, der konkrete Verbesserungsvorschläge für die Roma-Politik vorsah. Leider liegen über die Umsetzung des auf die Pomaken abzielenden Beschlusses keine Angaben vor, wie dies bei der die Roma betreffenden Entscheidung der Fall ist.

Immerhin ist soviel bekannt, daß in dieser Zeit die Parteispitze sehr wohl die Reaktion der Pomaken auf diese Assimilationspolitik im Auge hatte. Es wurde bemerkt, daß den Neugeborenen nunmehr zwei Namen gegeben wurden – ein christlich-bulgarischer für den offiziellen Gebrauch und ein türkisch-arabischer für den Gebrauch in der Familie. Außerdem sei von einigen Hodschas die Hoff-

---

<sup>294</sup> Lillov, A.: Da izdignem ideologičeskata rabota na visotata na zadačite, postaveni ot Desetija kongres i novata programa na partijata za izgraždane na razvito socialističesko obštestvo [Bringen wir die ideologische Arbeit auf die Höhe der Aufgaben, die vom neunten Kongreß und dem neuen Parteiprogramm für den Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft gestellt wurden], in: Rabotničesko delo vom 14.2.1974, S.1-7, hier S.5.

<sup>295</sup> Konstantinov: Pomak Conversions, S.350 f.

nung genährt worden, daß die alten Namen bald wieder zurückgegeben werden könnten – letztlich sei das auch bei früheren Umbenennungen so gewesen.<sup>296</sup>

#### 2.4.4. *Bildung für die Pomaken*

Als die Vaterländische Front im Herbst 1944 die Macht übernahm, hatte sie im Bildungssektor eine schwierige Aufgabe vor sich, besonders in den Rhodopen. Dort galt es, den endemischen Analphabetismus zu überwinden, der nach Angaben von 1938 bei der christlichen Bevölkerung in der *okolija* Smoljan über 40% betrug, bei der muslimischen über 80%; in den *okolii* Devin, Zlatograd und Ardino sollen die Zahlen noch entmutigender gewesen sein.<sup>297</sup> Die Gründe für diesen hohen Grad an Bildungsmangel sah der bulgarische Historiker Monov 1972 in der Tatsache, daß

die Begrenzung der Bildung der Werktätigen eine der Grundlinien der faschistischen Bildungspolitik in den Rhodopen [war]. Die andere Linie war, wie im ganzen Land, so auch hier, die Faschisierung und Verdummung der Jugend durch die Inhalte des Lehrmaterials und die Unterrichtsmethoden. (...) Die Schule war ein Instrument zur Erziehung der heranwachsenden Generation im faschistischen und großbulgarischen Geist.<sup>298</sup>

Deshalb habe die pomakische Bevölkerung Widerstand gegen die Schulpolitik geleistet und ihre Kinder nicht zur Schule geschickt. Ein weiterer Punkt sei nach Monov die außerordentlich schwierige ökonomische Situation der Bevölkerung in den Rhodopen gewesen.<sup>299</sup>

Hält man sich dieses Verständnis der Bildungssituation in den Rhodopen in der Nachkriegszeit vor Augen, so wird deutlich, warum sich die bulgarische Regierung zunächst weniger dem Ausbau eines funktionstüchtigen Bildungssystems in diesem Gebiet widmete, als vielmehr einer Säuberung des Lehrkörpers von „faschistischen Elementen“, was dazu führte, daß das ohnehin knappe Lehrpersonal weiter dezimiert wurde. Die betroffenen Lehrer wurden entweder sofort entlassen und vor sogenannte Volksgerichte gestellt, oder in weniger schweren Fällen ins Landesinnere versetzt, wo sie sich unter die besondere Aufsicht der örtlichen Volksräte und Organisationen der VF begeben mußten. Weil die vollständige Entlassung aller als „faschistisch“ geltenden Lehrer nicht möglich war, wurde die zunächst radikale Linie ab 1946 etwas abgemildert. So kam es auch, daß noch 1948 in Zlatograd 10% aller Lehrer ehemalige Mitglieder faschistischer Organisationen gewesen sein sollen.<sup>300</sup> Aber nicht nur die Säuberung des Lehrkörpers stellte die VF-Regierung in der ersten Nachkriegszeit vor Probleme. Daß viele Schulen unzureichend ausgestattet waren, der Unterricht teilweise in Moscheen

<sup>296</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.19 vom 13.5.1991.

<sup>297</sup> Monov: *Prosvetno delo*, S.15.

<sup>298</sup> Ebda., S.14.

<sup>299</sup> Ebda., S.15.

<sup>300</sup> Ebda., S.20 f.

abgehalten werden mußte und viele Siedlungen in den Rhodopen sehr schlecht zugänglich waren, stellte zusätzliche Behinderungen dar.<sup>301</sup>

Während die BKP in der Zeit vor dem V. Parteitag den anderen Minderheiten spezielle Schulen erlaubte bzw. die bestehenden Minderheitenschulen verstaatlichte und förderte, kann man diese Politik hinsichtlich der pomakischen Minderheit in den Rhodopen nicht feststellen – was aber sicher auch damit zusammenhängt, daß die Pomaken in ihrer überwiegenden Mehrheit bulgarisch sprechen. Die einzige Spezialschule für die Pomaken war die geistliche Mittelschule in Plovdiv, die nach der ihrer Verstaatlichung im Jahr 1950 in eine weltliche Schule ohne besonderen Bezug zu den Pomaken umgewandelt wurde.<sup>302</sup> Ein Beispiel für die Schulpolitik gegenüber den Pomaken in dieser Zeit ist der Koranunterricht. Zwar wurde der Religionsunterricht per Gesetz vom 26.12.1944 verboten, aber nach Protesten der muslimischen Bevölkerung teilte die Verwaltung der *okolija* Smoljan schon wenige Tage später mit, daß der örtliche Hodscha den Koranunterricht weiterhin fakultativ jeweils nach dem eigentlichen Schulunterricht erteilen dürfe; es ist allerdings nicht nachzuvollziehen, wie lange diese Sonderregelung bestand, doch ist es gut möglich, daß sie auch nach dem V. Parteitag weiterbestand.<sup>303</sup>

Die Grundlage für die Modernisierung der Rhodopen, des Piringebirges und des im Südosten Bulgariens gelegenen Strandža-Gebietes schuf bereits im Vorfeld des Parteitags der – angeblich von Georgi Dimitrov selbst initiierte – 38. Ministerratsbeschuß vom Mai 1948, mit dem alle Ministerien verpflichtet wurden, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung dieser Regionen zu ergreifen, wozu auch der Ausbau des vorhandenen Schulwesens gehörte.<sup>304</sup> Im Oktober des gleichen Jahres folgte dann die Verabschiedung eines neuen Bildungsgesetzes, und im Dezember 1948 stimmte der V. Parteitag dafür, daß fortan die „Erziehung und Ausbildung in den Schulen im sozialistischen Geist geführt werden sollen.“<sup>305</sup> Nachdem die gesetzlichen und ideologischen Grundlagen geschaffen waren, begann der umfassende Ausbau des Schulwesens in den Rhodopen. Die vorhandenen Schulen sollten renoviert werden und auch Neubauten von Schulgebäuden entstehen. Dabei war es das Hauptanliegen der Regierung, die Schulpflicht durchzusetzen und den weiterhin endemischen Analphabetismus unter den Pomaken und den Türken zu beseitigen.

---

<sup>301</sup> Ebd., S.18.

<sup>302</sup> Dăržaven vestnik Nr.138, 13.6.1950.

<sup>303</sup> Darauf läßt die Kritik schließen, die der Regierung Červenkov im Nachhinein entgegengebracht wurde. Vgl. Mizov: *Isljamät*, S. 170 ff. und Monov: *Prosevnoto delo*, S.22.

<sup>304</sup> Monov: *Prosvetnoto delo*, S.23. Vgl. auch: Monov: *Ikonomičeski i socialni izmenenija*, S.13.

<sup>305</sup> Zit. nach: Monov: *Prosvetnoto delo*, S.24.

Der Kampf gegen den Analphabetismus hatte zwar schon kurz nach Krieg begonnen, aber systematisch geplant und durchgeführt wurde er erst ab 1948. Dabei lag der Hauptschwerpunkt auf der Erwachsenenbildung, wozu zwei Arten von Kursen durchgeführt wurden – einer für Analphabeten und einer für sogenannte *malo-* oder *polugramotni* („wenig oder halb Gebildete“). Die Schwierigkeit für die mit der Alphabetisierung beauftragten Organisationen (vor allem VF, Jugendverband und Gewerkschaften) bestand darin, zunächst die Analphabeten ausfindig zu machen und dann Informationsveranstaltungen durchzuführen, mit denen diese von der Notwendigkeit, lesen und schreiben zu können, überzeugt werden sollten. 1949 beschloß das ZK, daß im Lauf des Fünfjahresplanes, also bis 1953, der Analphabetismus unter den Erwachsenen zu beseitigen sei. Leider liegen keine Zahlen über die Alphabetisierungsraten für spätere Jahre vor, doch mitten in der Kampagne (1951) soll es noch 70.000 Menschen mit fehlenden oder mangelhaften Lese- und Schreibkenntnissen in den Rhodopen gegeben haben, wovon der höchste Anteil in der (überwiegend türkisch bewohnten) *okolija* Krumovgrad zu verzeichnen war. Der vom Kreisvolksrat Plovdiv ausgearbeitete Plan für das Schuljahr 1952/ 53 sah jedoch nur die Ausbildung von etwa 20.000 Analphabeten in den zentralrhodopischen *okolii* vor.<sup>306</sup>

Ein weiteres Problem, das ebenfalls Ende der vierziger Jahre verstärkt in das Blickfeld der bulgarischen Staatsführung geriet, war der – zumindest teilweise durch die Säuberung mitverursachte – Lehrermangel, der den ehrgeizigen Bildungsbestrebungen entgegenstand. Hinzu kam, daß 1947 nur die Hälfte aller in den Rhodopen beschäftigten Lehrer Staatsbeamte waren und Planstellen innehatten.<sup>307</sup> Ein Anlauf, diesen Mißstand zu beseitigen, war die Gründung von Lehrerbildungsanstalten in Kărdžali und Smoljan.<sup>308</sup> Von der Regierung wurden in erster Linie die geringen materiellen Anreize, die der Lehrerstand bot, für die Mißstände verantwortlich gemacht. Deshalb wurden mit verschiedenen Ministerratsbeschlüssen in den Jahren 1948 und 1949 zusätzliche Bezahlung und nach 1952 besondere Privilegien wie die Zuteilung von bebaubarem Land, freie Unterkunft und Heizmaterial für die Lehrer zur Verfügung gestellt, die weiterhin größtenteils aus dem Landesinnern kamen.<sup>309</sup> Das Problem der Planstellen war jedoch auch Ende der sechziger Jahre noch nicht beseitigt, besonders im damaligen Kreis

---

<sup>306</sup> Monov: Prosvetnoto delo, S.36 ff. Tab. 13 und 14; Čičovska, V.: Borbata na narodnata vlast za ogramotjavane na naselenieto sled 9.IX.1944 g. [Der Kampf der Volksmacht für die Alphabetisierung der Bevölkerung nach dem 9.9.1944], in: Izvestija na dăržavnite archivi, Bd.9, Sofija 1965, S.134-139.

<sup>307</sup> Monov: Prosvetnoto delo, S.42.

<sup>308</sup> Die Lehrerbildungsanstalt in Kărdžali wurde aber erst 1951, also nach der Emigrationswelle der Türken gegründet. Siehe Şimşir: The Turks, S.190. Unklar ist, wann die Schule in Smoljan geöffnet wurde.

<sup>309</sup> Monov: Prosvetnoto delo, S.43.

Kärdžali, wo 1968 noch über 30% der Lehrer keine Planstellen gehabt haben sollen.<sup>310</sup>

Zu Beginn der siebziger Jahre wurde der Lehrermangel noch einmal so akut, daß das Volksbildungsministerium mehrere Weisungen erteilte, mit denen die Abkommandierung von Lehrern in die betreffenden Gemeinden geregelt wurden. Auch hier mußten wieder Anreize geschaffen werden, die sich unter anderem in Lohnzuschlägen bis zu 20% ausdrückten. Interessanterweise konnten nun auch Studenten zu Lehrern ernannt werden, wenn sie sich verpflichteten, per Fernstudium ihre Ausbildung fortzusetzen. Der Lehrermangel selbst dürfte mit der erneuten Aussiedlungswelle unter der türkischen Bevölkerung zusammenhängen, die nach dem Abschluß des Abkommens über Familienzusammenführung von 1969 eingesetzt hatte. Das geht auch deutlich aus den Weisungen hervor, in denen neben dem Kreis Smoljan, der überwiegend von pomakischer Bevölkerung besiedelt ist, vor allem Kreise mit kompakter türkischer Bevölkerung genannt werden (Burgas, Kärdžali, Šumen, Razgrad etc.).<sup>311</sup>

Bei der Durchsetzung der Schulpflicht vermeldete schon 1949 die Gemeinde Madan, in der es die größten Probleme damit gegeben hatte, große Erfolge, doch gab es bis weit in die fünfziger Jahre hinein Schwierigkeiten, vor allem die Mädchen in den Schulbetrieb zu integrieren; dafür wurden in erster Linie die verstreute Siedlungsweise und die bestehenden religiösen Vorurteile unter der Bevölkerung verantwortlich gemacht.<sup>312</sup> Der geringe Schulbesuch dürfte zur Gründung von Schülerwohnheimen auch für die pomakischen Kinder geführt haben, auch wenn das Politbüro in dem Beschluß Nr. 303 vom 17. November 1956 die ideologischen Aspekte in den Vordergrund rückt und die Hebung des politischen Bewußtseins unter der pomakischen Bevölkerung betont; dies sollte mit dem forcieren Ausbau des Schulsystems erreicht werden. Hier machte sich bereits deutlich die veränderte politische Linie nach dem April-Plenum bemerkbar. Der Ministerrat setzte den Beschluß im Dezember 1958 mit dem Erlaß Nr. 251 um. Dieser Erlaß verfügte die Bereitstellung von umfangreichen Geldmitteln für den Bau von Schulen in den Rhodopen – und von Wohnheimen und *zanimalni* für die pomakischen Schüler.<sup>313</sup> Bis zum Schuljahr 1968 / 69 wuchs die Zahl der Schülerwohnheime und Pensionate in den Kreisen Blagoevgrad, Kärdžali, Pazardžik und Smoljan nach offiziellen Angaben auf 181, in denen etwa 7.200 Schüler untergebracht gewesen sein sollen.<sup>314</sup> Leider fehlen die Angaben zur ethnischen Zusammensetzung der in diesen Wohnheimen untergebrachten Schüler, so daß nicht

<sup>310</sup> Ebda., S.44.

<sup>311</sup> Z. B. Zapoved No. 5278 v. 9.10.1969 (Bjuletin MNP 7 (1970) 1-2, S.63-64); Zapoved No. 7829 v. 1.12.1970 (Bjuletin MNP 8 (1971) 2, S.20-25); Razporeždane No. 445 v. 27.8.1971 (Bjuletin MNP 8 (1971) 9, S.21-23).

<sup>312</sup> Monov: Prosvetno delo, S.32.

<sup>313</sup> Ebda., S.26 f.

<sup>314</sup> Ebda., S.34, Tab.10.

sicher davon ausgegangen werden kann, daß die Wohnheime ausschließlich für Pomaken bestimmt waren, oder ob in diesen Zahlen auch Roma-Kinder oder türkische Schüler mit enthalten sind. Vor diesem Hintergrund erscheint es zunächst unverständlich, warum das Komitee für Wirtschaftskoordination die Entscheidung Nr. 253 „Zur Gründung von Halbinternaten, Internaten und Wohnheimen für Schüler allgemeinbildender Schulen“ im Gefolge eines ZK-Plenums zu Bildungsfragen vom 14. August 1970 faßte. Darin wird erklärt, daß Halbinternate und Internate in den Gebieten gegründet werden sollen, die „von Bulgaren mit mohammedanischem Glauben bewohnt“ sind; außerdem in solchen Gegenden, in denen „beschleunigt große Produktionskapazitäten aufgebaut werden.“<sup>315</sup> Bei dieser Entscheidung besteht aber ein deutlicher Zusammenhang zu der ZK-Sitzung vom 17. Juli 1970, während der die Grundlagen für die zweite Namensänderungskampagne geschaffen wurden und auf der auch der weitere Ausbau des Bildungswesens gefordert wurde, um die Turkisierung unter den Pomaken zu verhindern.<sup>316</sup>

Der Kurswechsel in der Bildungspolitik für die bulgarischsprachigen Muslime Ende der fünfziger Jahre, der seinen Ausdruck schon in der Entscheidung für die Schülerwohnheime fand, läßt sich noch an einer weiteren Entwicklung festmachen, nämlich der Einführung von Quotierungen für Studienplätze in bestimmten Studienfächern und die Aufnahme von pomakischen Schülern an bestimmten berufsbildenden Schulen und technischen Fachschulen. In der entsprechenden Verordnung des Bildungsministeriums zur Quotierung von Studienplätzen heißt es unter Punkt 4:

Es wird eine bestimmte Zahl von Plätzen festgelegt (...) für die Fächer am Höheren Forsttechnischen Institut, für das Fach Tierpflege (*zootechnika*) am Höheren Landwirtschaftlichen Institut ‚G. Dimitrov‘, für die Fächer an den höheren medizinischen Instituten, sowie den Fächern bulgarische Sprache und Literatur, Geschichte und Mathematik an der staatlichen Universität Sofia; um die Studienplätze findet ein Wettbewerb unter den bulgaro-mohammedanischen Kandidaten statt.<sup>317</sup>

Aus der Verteilung der Studienfächer wird deutlich, in welche Richtung sich nach Ansicht der Regierung die Wirtschaft in den von Pomaken besiedelten Gebieten entwickeln sollte. Zwar bestimmt der nächste Punkt der Verordnung auch noch die Vergabe von Studienplätzen im Fach Bergbau an Kandidaten aus den Rhodopen, doch ist hier die ethnische Trennung nicht mehr so genau festzulegen, weil auch Bezirke angegeben werden, die in Pirin-Makedonien liegen, und solche in den Ostrhodopen, die nicht von Pomaken bewohnt werden. Die Quotierung der Studienplätze wurde lange Zeit aufrechterhalten; in späteren Jahren wurden jedoch

<sup>315</sup> Bjuletin MNP 7 (1970) 12, S.1-2.

<sup>316</sup> Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10.

<sup>317</sup> Naredba za priemane na novi studenti vāv visšite učebni savedenija za učebnata 1957/58 godina [Anordnung über die Aufnahme von neuen Studenten an den höheren Bildungseinrichtungen im Schuljahr 1957/58], in: IPNS Nr.37 vom 7.5.1957, S.1.

immer nur die Kreise angegeben, so daß der ethnopolitische Charakter dieser Maßnahme nicht mehr hervortrat. Die Vergabe von Plätzen an Technika und berufsbildenden Schulen verlief ähnlich: Für das Jahr 1959 gibt Monov an, daß 375 Plätze an 43 solchen Schulen im ganzen Land an pomakische Schüler vergeben wurden – weitere Daten waren leider nicht zugänglich.<sup>318</sup> Besonders auffällig in diesem Zusammenhang ist der Umstand, daß die Parteiführung die Quotierungen als „Zuckerbrot“ für die pomakische Bevölkerung benutzte. Als sie 1964 mit der „Peitsche“ – der ersten Welle der Umbenennungen – scheiterte, wurden nach einem Politbürobeschuß die Zulassungsquoten für Pomaken an den Hochschulen und Technika erhöht.<sup>319</sup>

Nach einer offiziellen soziologischen Untersuchung von 1986 hatte sich die Bildungsstruktur der Pomaken zwar dem Landesdurchschnitt angenähert, jedoch bestanden im Bereich der Mittel- und Hochschulbildung weiterhin deutliche Unterschiede. Während im Landesdurchschnitt etwa ein Viertel der Bevölkerung einen Mittelschulabschluß hatte, waren es bei den bulgarischen Muslimen nur knapp über 10 Prozent. Bei den höheren Bildungswegen war das Bild ähnlich: Der Landesdurchschnitt betrug hier etwa 10 Prozent, aber nur etwa drei Prozent bei der pomakischen Bevölkerungsgruppe. Die Analphabetenrate unter den Pomaken war doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung und betrug etwa 6 Prozent.<sup>320</sup> Damit konnte die Parteispitze auf gewisse Erfolge ihrer Bildungspolitik zurückblicken. Doch darf nicht vergessen werden, daß sie bei den Pomaken nicht die Probleme hatte, die sich bei anderen Minderheiten einstellten: Schließlich mußte der überwiegende Teil der Pomaken Bulgarisch nicht erst in der Schule lernen.

#### 2.4.5. Sicherheitspolitische Maßnahmen

Über die Zahlen derjenigen bulgarischen Muslime, die ab 1948 aus dem griechisch-bulgarischen Grenzgebiet in das Landesinnere umgesiedelt wurden, finden sich keine gesicherten Angaben. Auch über die Gründe dieser Umsiedlungsmaßnahmen kann nur spekuliert werden, aber sie dürften wohl mit den massiven sicherheitspolitischen Bedenken der BKP-Führung zusammenhängen, die Georgi Dimitrov auf dem ZK-Plenum am 4. Januar 1948 formulierte.<sup>321</sup> Aus Dimitrovs weiteren Ausführungen geht zwar hervor, daß er zwar in erster Linie die türkische Bevölkerung im Auge hatte, aber betroffen waren auch eine Reihe von pomakischen Dörfern an der griechischen Grenze.

Im Sommer 1948 wurden – wie neuere Feldstudien ergaben – etwa 1.000 Personen, die als unloyal galten, zur Zwangsarbeit in die Minen von Pernik gebracht.

<sup>318</sup> Monov: Prosvetno delo, S.35.

<sup>319</sup> Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 16 vom 22.4.1991, S.10.

<sup>320</sup> Michajlov: Vázroždenskijat proces, S.215.

<sup>321</sup> Zit. nach: Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 16 vom 22.4.1991, S.10.

Andere, deren Zahl nicht einmal annäherungsweise angegeben werden kann, wurden zur Umsiedlung in das Landesinnere gezwungen, wodurch neben den „traditionellen“ Siedlungsgebieten neue Enklaven in der Nähe von Veliko Tärnovo (in den Ortschaften Zlatarica und Stevrek) und Kazanlāk (Pavel Banja) entstanden.<sup>322</sup> Ende 1949 fand eine zweite Welle von Umsiedlungen statt, durch die ganze Dörfer entvölkert worden sein sollen.<sup>323</sup>

Die Zwangsmaßnahmen wurden 1954 aufgehoben. Danach kehrte ein Teil der umgesiedelten Personen in die Rhodopen zurück, ein anderer Teil kaufte sich zu günstigen Preisen Immobilien von türkischen Familien, die während der Emigrationswelle von 1950/51 das Land verlassen hatten. Eine Gruppe von Pomaken zog nach der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen weiter nach Norden und ließ sich in dem Dorf Slivo Pole in der Nähe von Ruse nieder.<sup>324</sup>

Der verstärkte Ausbau der Grenzsicherung ab Mitte der fünfziger Jahre und die Einführung von Sicherheitszonen entlang der Grenzen brachte weitere Einschränkungen für die im Grenzgebiet siedelnde pomakische Bevölkerung mit sich. Mit dem Ministerratsbeschuß vom 9.7.1956<sup>325</sup> wurden die verschiedenen Arten der Grenzstreifen in ihrer Tiefe festgelegt; dabei gab es verbotene Grenzstreifen mit einer Tiefe von 10 bis 300 Metern, Grenzstreifen (2 km tief) und eine Grenzzone mit einer Tiefe von 15 km Tiefe. Die Zutrittsbefugnisse zu diesen verschiedenen Streifen wurden strikt geregelt und spezielle Vermerke in den Personalausweisen verlangt; außerdem konnten in bestimmten Gebieten der Grenzstreifen Sperrstunden verhängt werden. Von der Errichtung einer 20 bis 30 km tiefen Zone entlang der Grenze, die Konstantinov erwähnt, war in dem Beschluß keine Rede. Genauso wenig Erwähnung fanden die Grenzzäune, die den Zweikilometerstreifen abtrennten. Gerade diese Zäune aber behinderten das Wirtschaftsleben einiger pomakischer Dörfer empfindlich, wenn die Felder auf der falschen Seite des Zaunes lagen. Dieses Grenzregime war nicht unbedingt ein Anreiz für die Umgesiedelten, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Vielmehr scheint es zu einer verstärkten Abwanderung aus den Grenzgebieten geführt zu haben.<sup>326</sup>

#### 2.4.6. Namensänderungen bei den Pomaken

Wie bereits erwähnt, gerieten die Pomaken im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer wieder unter administrativen und gesellschaftlichem Druck, der darauf zielte, ihre türkisch-arabischen Namen in bulgarische zu ändern. Hatte die Regierung der

---

<sup>322</sup> Konstantinov: Pomak Conversions, S.346.

<sup>323</sup> Ebda., S.347.

<sup>324</sup> Konstantinov / Alhaug / Igla: Bulgarian Pomaks, S.2.

<sup>325</sup> Postanovlenie na ministerskija sävet ot 9 juli 1956 g. za utvärđdavane na granični ivici i zona po dăržavnata granica na NRB [Beschuß des Ministerrats zur Festigung der Grenzstreifen und -zone an den Staatsgrenzen der VRB], IPNS Nr.60, 27.7.1956, S.1 f.

<sup>326</sup> Konstantinov: Pomak Conversions, S.347.

Vaterländischen Front in den ersten Nachkriegsjahren noch die Namensänderungen rückgängig gemacht, die während des Krieges unter dem Einfluß der Vereinigung *Rodina* durchgeführt wurden, schuf das Politbüro der BKP mit jenem Beschluß A 101 vom 5. April 1962 die Grundlagen für die erneuten Namensänderungen. Zwar hatte es schon zuvor innerhalb der Parteispitze Überlegungen zu einem solchen Schritt gegeben (s.o.), doch erst von diesem Beschluß ging die erneute Umbenennungswelle aus, die zwar durch Überzeugungsarbeit erreicht werden sollte, aber teilweise auf erbitterten Widerstand stieß.

Nach dem Beschluß A 101 vollzogen sich die Namensänderungen in zwei Phasen, die hier getrennt behandelt werden sollen, weil sie, neben den zeitlichen, auch einige qualitative Unterschiede aufweisen und ihre Resultate vollständig voneinander abweichen. Wenn hier von zwei „Phasen“ die Rede ist, bedeutet das aber nicht, daß in der Zeit zwischen ihnen keine Namensänderungen stattgefunden hätten. Sie verliefen nur weniger spektakulär.

Es muß allerdings betont werden, daß über die erste Phase nur wenig bekannt geworden ist, so daß das folgende Beispiel einer „Entgleisung“ nur das Extrem eines umfassenderen Prozesses darstellt. Wie viele Menschen von dieser ersten Namensänderungskampagne betroffen waren, läßt sich nicht nachvollziehen.<sup>327</sup>

#### 2.4.6.1. Erster Anlauf: Anarchie

Nach dem Politbürobeschuß von 1962 schienen die Namensänderungen zunächst völlig unspektakulär zu verlaufen. Die Roma haben allem Anschein nach diesen Schritt der Parteispitze ohne großen Widerspruch akzeptiert. Auch unter Teilen der Pomaken wurden die erneuten Namensänderungen hingenommen. Welchen Umfang die Namensänderungen zu diesem Zeitpunkt angenommen hatten, läßt sich genausowenig sagen, wie die räumliche Verteilung, da bislang eine ausführliche historische Untersuchung dazu noch nicht vorliegt.

Etwa zwei Jahre nach dem Beschluß des Politbüros verschärfte sich die Lage. Im Kreis Blagoevgrad leisteten einige Dörfer erbitterten Widerstand, und die Situation stand kurz davor, in Anarchie umzuschlagen. Diese Ereignisse, die 1964 einige Tage lang die öffentliche Ordnung in einigen Teilen des Bezirkes Blagoevgrad schwer erschütterten, wurden nach Trifonovs Darstellung<sup>328</sup> durch ein

<sup>327</sup> Durch die Literatur geistert hier eine Angabe von 130.000. Bei Konstantinov: *Pomak Conversions*, S.348 wird sie als fiktiv bezeichnet; 130.000 sei auch die Anzahl der Roma, Tataren und Pomaken gewesen, die zu Beginn der 50er Jahre aufgrund des Briefes des Innenministeriums als Türken registriert worden seien.

<sup>328</sup> Da es über die erste Welle der Umbenennungen keine anderen Angaben gibt, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf S. Trifonovs Schilderung der Vorgänge in *Pogled* Nr. 18, 6.5.1991 und Nr. 19, 13.5.1991, jeweils S.10. Aufgrund des verwendeten Archivmaterials scheint Trifonov die Vorgänge trotz der bereits erwähnten Vorbehalte glaubwürdig darzulegen. Konstantinov: *Pomak Conversions*, S. 348 f. stellt fest, daß die erste Welle vor allem gegen die Kleidung gerichtet war.

Treffen am 22. März 1964 in Goce Delčev ausgelöst, bei dem sich BKP-Aktivisten dieser Gegend versammelten. Auf dieser Versammlung, die vom Parteikomitee in Blagoevgrad veranlaßt wurde, hatten sich Krāstju Tričkov und Säbotin Genov vom Bezirkskomitee über die Namensänderungen unter den Pomaken geäußert, die nach ihren Aussagen bereits in den Orten Jakoruda und Belica stattgefunden hätten. (Wobei nicht klar ist, ob diese freiwillig erfolgt waren.) Die Partei sei verpflichtet, diese Bewegung unter den Pomaken zu unterstützen und zu weiteren Namensänderungen aufzurufen. Genov und Tričkov beriefen sich auf eine ZK-Sitzung, die Anfang März stattgefunden hatte – eine Tatsache, die später zu weiteren Verwirrungen führte.

Nach der Versammlung in Goce Delčev übernahm das dortige Stadtkomitee das weitere Vorgehen, allen voran S. Genov, P. Djulgerov und K. Malinov. Zunächst wurden die pomakischen Parteiaktivisten unter Druck gesetzt und gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen: Sie sollten mit gutem Beispiel bei den geplanten Umbenennungen vorangehen. Obwohl die muslimischen Aktivisten sich gegen diese Vorgehensweise wehrten und auch jede weitere Unterstützung der Partei in dieser Frage ablehnten, mußten sie sich schließlich doch dem Druck beugen. Nach diesen „Überzeugungsmaßnahmen“ gegenüber den pomakischen Parteimitgliedern beschloß das Komitee in Goce Delčev, auf Gemeindeebene spezielle Kommissionen zur Umbenennung zu gründen. Diesen Kommissionen wurden – wohl wegen des zu erwartenden Widerstandes – Mitarbeiter der Miliz zur Seite gestellt. Außerdem wurden Blockaden von Dörfern vorgesehen, wozu auch Einheiten der Armee unter dem Vorwand, Übungen durchzuführen, herangezogen wurden. Die Umbenennungen selbst sollten zwar nötigenfalls unter Druck, „aber ohne Gewaltanwendung (Prügel)“ durchgeführt werden.

Aus einem später von einer Untersuchungskommission abgefaßten Bericht, den Trifonov ausgiebig zitiert, geht hervor, daß es besonders im Dorf Ribnovo<sup>329</sup> zu erbittertem Widerstand gekommen sein, als die Umbenennungskommission unter Begleitung von Miliz und Armee in das Dorf einzog. Die aufgebrachte Menge habe sich der Abordnung entgegengestellt und es strikt abgelehnt, sie ins Dorf zu lassen. Daraufhin hätten die Soldaten über die Menge geschossen, die sich ihrerseits auf die Delegation stürzte und diese verprügelte. Nachdem sich die Situation etwas beruhigt habe, habe sich die Abordnung aus dem Dorf zurückgezogen. Die Dorfbewohner hätten nun Forderungen gestellt und bei Tag und Nacht Wache gehalten, um auf die zu erwartende Reaktion des Staates vorbereitet zu sein. Die Forderungen der Dorfbewohner bezogen sich unter anderem auf die Lehrer – sie vertrieben die bulgarischen und drohten damit, sich türkische Lehrer ins Dorf zu

---

<sup>329</sup> Es könnte sich um einen Druckfehler in Trifonovs Artikel handeln. Das Dorf Ribnovo konnte ich auf keiner Karte finden, wohl aber Ribnovo, etwa 20 km nördlich von Goce Delčev gelegen. Das liegt auch deshalb nahe, da die anderen Dörfer, die Trifonov in diesem Zusammenhang nennt – Kornica und Breznica, nur wenige Kilometer von Ribnovo entfernt sind.

rufen. Außerdem benachrichtigten sie die Bewohner der benachbarten Siedlungen über die Vorfälle. Die Staatsmacht ihrerseits reagierte mit einer Blockade des Dorfes. Lebensmitteltransporte wurden gestoppt, die Wasserleitungen gesperrt.<sup>330</sup>

In der Parteispitze kam es daraufhin zu Diskussionen, wie auf den erbitterten Widerstand zu reagieren sei. Während Tričkov für eine gewaltsame Lösung des Problems eintrat, sprach sich T. Živkov dafür aus, die Namensänderungen, die unter Gewaltanwendung zustande gekommen waren, rückgängig zu machen und den Betroffenen die alten Pässe zurückzugeben.<sup>331</sup> Außerdem sollten Tričkov und Genov den Betroffenen erklären, daß es keinen entsprechenden ZK-Beschluß gegeben habe, wie sie behauptet hatten. Die beiden wehrten sich zwar zunächst gegen dieses Eingeständnis, mußten dann aber einlenken. Die Aufgabe, den widerspenstigen Dorfbewohnern die Entscheidung der Parteispitze zu überbringen, wurde dem Abgeordneten Băčvarov übertragen; dieser erklärte, daß er auch mit „Panzern hätte kommen können“ und daß die Dörfler die Rücknahme der Maßnahmen dem Genossen Živkov zu verdanken hätten, woraufhin die Aufständischen eingelenkt und den Parlamentarier mit Hochrufen wie „Lang lebe der Genosse Todor Živkov!“ verabschiedet hätten.

Wenige Wochen nach den Vorfällen im Piringebirge, am 12. Mai 1964, verurteilte das Politbüro in einem Beschluß zwar die Verantwortlichen scharf, fügte aber gleichzeitig hinzu, daß diese den ZK-Beschluß von Anfang März falsch ausgelegt hätten; darin war betont worden, daß die Namensänderungen eine „wichtige und unabdingbare Pflicht“ seien. Darüber hinaus sei auf der entsprechenden Sitzung des ZK der Kreis Blagoevgrad dafür kritisiert worden, eben diese Pflicht nicht erfüllt zu haben. Es kam auch nicht zu personellen Konsequenzen – vielmehr erlebten zwei der Verantwortlichen, Tričkov und Djulge-rov, steile Karrieren in der Parteihierarchie.

Das Politbüro kam in dem Beschluß zu dem Ergebnis, daß die Zwangsmaßnahmen nicht den angestrebten Zweck erfüllt hatten, sondern das genaue Gegenteil. Die Turkisierung sei durch den angewendeten Druck noch weiter verschlimmert worden. Das höchste Parteigremium ließ sich durch diese Einsicht jedoch nicht davon abhalten, als Mittel gegen diese verstärkte Annäherung der Pomaken an die Türken „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ gleichzeitig zu verordnen. Während auf der einen Seite die wirtschaftliche und soziale Situation der Gebiete mit kompakter pomakischer Bevölkerung verbessert, das Schulwesen weiter ausgebaut (vor

---

<sup>330</sup> Hier ergeben sich zeitliche Ungereimtheiten aus Trifonovs Darstellung: einerseits klingt sie so, als ob die Parteispitze hier eine Aushungerungsaktion von langer Dauer betrieb, andererseits soll der Widerstand schon zwei Tage später gebrochen worden sein. Lee, M.: Die Verfolgung der Türken, in: Gegenstimmen 6 (1985) 21, S.25, erwähnt diese Vorfälle, jedoch ohne genaue Orts- und Zeitangabe.

<sup>331</sup> Vgl. auch Konstantinov: Pomak Conversions, S.348, wo es allerdings heißt, daß *alle* Namensänderung rückgängig gemacht worden seien. Dies erscheint jedoch gegenüber Trifonovs Darstellung unglaubwürdig.

allem im Bereich der Wohnheime und Pensionate) und die Quotierungen für den Hochschulzugang für Pomaken erhöht werden sollten, wurde in dem Beschluß gleichzeitig die „strenge Anwendung der Gesetze“ auf die Aufständischen angeordnet.

Ob es in der Zeit zwischen 1964 und der zweiten umfassenden Welle zu weiteren Namensänderungen gekommen ist, läßt sich leider aufgrund der verwendeten Literatur ebensowenig beurteilen wie die Frage, ob die „strenge Anwendung der Gesetze“ zu einer Verhaftungswelle oder ähnlichen Maßnahmen geführt hat.

#### 2.4.6.2. Die zweite Umbenennungskampagne unter den Pomaken

Den Ausgangspunkt für die zweite Welle der Namensänderungen bei den Pomaken bildete erneut eine Entscheidung der Parteispitze. Am 17. Juli 1970 faßte das Sekretariat des Zentralkomitees den Beschluß „Zur Reinigung des Klassen- und Parteibewußtseins und zur patriotischen Erziehung der Bulgaro-Mohammedaner“.<sup>332</sup> In der Begründung heißt es unter anderem:

Auf der Basis dieses Fanatismus entwickeln sich verschiedene Formen der Vertürkung [turčeene]; Personennamen werden turkisiert, die Bemühungen verstärken sich, die türkische Nationalität durch Mischehen von Bulgarinnen, die den muslimischen Glauben ausüben, mit Türken, zu erhalten; die Bemühungen verstärken sich, daß Bulgaren in die Türkei aussiedeln wollen.<sup>333</sup>

Damit wird klar, was die Partei veranlaßte, erneut die Assimilierungsschraube bei den Pomaken anzuziehen. Es war das Abkommen über Familienzusammenführung, das etwa ein halbes Jahr zuvor mit der Türkei geschlossen worden war. Die Partei wollte demnach mit dieser erneuten Welle verhindern, daß auch Pomaken das Land verlassen konnten. Wieder waren es die äußerlichen Merkmale der pomakischen Identität, die geändert werden sollten, und wieder sollte dabei auf Gewalt verzichtet werden:

Die Ersetzung der türkisch-arabischen Namen durch bulgarische und der Wechsel der Kleidung dieser Bevölkerung soll ohne Verwaltungsaufwand [administrirane] und bei voller Freiwilligkeit und Überzeugung geschehen.<sup>334</sup>

Wie schon in dem Politbürobeschuß von 1962 wurden die Kreiskomitees in den Siedlungsgebieten der Pomaken aufgerufen, alle notwendigen Maßnahmen zur Verstärkung des bulgarisch-nationalen Bewußtseins unter dieser Bevölkerung zu ergreifen und deren Turkisierung zu verhindern; es wurde darauf hingewiesen, daß pomakische Rekruten nicht mit türkischen zusammengelegt werden sollen; daß unter keinen Umständen die einmal angenommene bulgarische Nationalität wieder zugunsten einer anderen aufgegeben werden kann; daß Kinder aus Misch-

<sup>332</sup> So der Titel des Beschlusses nach Konstantinov: Pomak Conversions, S.348.

<sup>333</sup> Zit. nach Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10.

<sup>334</sup> Zit. nach: Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10.

ehen automatisch die bulgarische Nationalität erhalten; daß Beschneidungen von Kindern außerhalb der staatlichen Gesundheitseinrichtungen aufs Schärfste verfolgt werden.<sup>335</sup>

Etwa zwei Wochen nach dem ZK-Beschluß erschienen in der Regionalzeitung von Smoljan, *Rodopski ustrem*, eine Reihe von Artikeln, welche die bevorstehenden Namensänderungen ideologisch vorbereiten sollten. Nachdem in den ersten Ausgaben im August 1970 die reaktionäre Natur des Islam und dessen negative Folgen herausgestrichen wurden, wobei besonders auf die Schädlichkeit des niedrigen Heiratsalters, der Beschneidungen, des Fastens und der Begräbnisrituale hingewiesen wurde, erschien in der Ausgabe vom 6. August der Bericht des für Agitation und Propaganda zuständigen Smoljaner Funktionärs, Vasil Zangov, den er vor dem Plenum des Kreiskomitees gehalten hatte. Zangov geißelte darin das „verschwommene“ Bewußtsein mancher Pomaken; um diesem Umstand abzuhelfen sei in den Medien eine Aufklärungskampagne durchzuführen, wobei besonderer Wert auf die wirtschaftliche und soziale Misere in der Türkei zu legen sei. Im Zusammenhang mit den Assimilierungsbestrebungen der Partei machte Zangov eine interessante Andeutung: Er wies entsprechende Bestrebungen, die von der orthodoxen Kirche ausgingen, als reaktionäre Auswüchse zurück, die es zu bekämpfen gelte.<sup>336</sup>

So vorbereitet, durchlief dann ab 1971 die Welle der Namensänderungen die Rhodopen planmäßig von Westen nach Osten, um dann – wie Konstantinov schreibt – nach Norden auf die kleineren Siedlungsgebiete um Loveč und Veliko Tärnovo überzuspringen. 1972 soll die Kampagne im großen und ganzen abgeschlossen gewesen sein.<sup>337</sup> Während bei den ersten Umbenennungen nach 1962 der Widerstand einiger Dörfer genügte, um das Vorhaben zunächst aufzuschieben, wurde bei dieser Kampagne jegliches Aufbegehren gegen die aufgezwungenen neuen Namen brutal unterdrückt.

Anders als die ersten Versuche in den sechziger Jahren blieb die zweite, umfassende Welle von Namensänderungen der Weltöffentlichkeit jedoch nicht verborgen. Es waren vor allem die Menschenrechtsorganisationen, die auf die Situation der pomakischen Bevölkerung aufmerksam machten. In dem Bulgarien-Report von *Amnesty International*, der 1986 nach den Namensänderungen bei der türkischen Minderheit erschien, wurde auch die Vorgehensweise bei den Namensänderungen unter den Pomaken nach einem Augenzeugenbericht beschrieben:

One eye-witness account (...), relating to a town in the Southern Rhodope in this period states that in the town square, in front of the House of Culture, a long red table was set out with all the local state and Communist officials in attendance. Armed detachments with loaded weapons at the ready were also there to ensure order. The Bulgarian Mohammedans were obliged to approach the table one by one over a long red carpet and

---

<sup>335</sup> Ebda.

<sup>336</sup> RFE Bulgarian Situation Report 31, 29. August 1970, S.2 ff.

<sup>337</sup> Konstantinov: Pomak Conversions, S.349.

hand in their old identity papers and receive new ones made out in new Bulgarian names and thank the officials publicly.<sup>338</sup>

Es handelt sich zwar hier nur um ein Beispiel, und es ist nicht sicher, ob das Verfahren in anderen Fällen ähnlich verlaufen ist; dennoch wird hier das Bemühen der Partei deutlich, ein Ritual durchzuführen. Die Verweigerung der Teilnahme an diesem Ritual hatte in harmloseren Fällen in erster Linie bürokratische Folgen, da die Behörden sich ab einem gewissen Zeitpunkt weigerten, die alten Personalausweise anzuerkennen. Dies drückte sich darin aus, daß Renten und Löhne nicht mehr ausgezahlt wurden und Bankkonten solange gesperrt wurden, bis die betreffenden Personen neue Personalausweise, und auch neue Geburtsurkunden mit bulgarischen Namen vorlegen konnten. Ebenso wichtig war das polizeiliche Führungszeugnis (*udostoverenie za sädimost*), ohne das in Bulgarien keine Arbeitsplätze vergeben wurden.<sup>339</sup>

In schwerwiegenderen Fällen des Widerstands reagierte die Staatsmacht mit harten und härtesten Strafen. So sollen 1971 zwei bulgarische Muslime zum Tode und zwei weitere zu 15 Jahren Haft verurteilt worden sein, nachdem in Pazardžik zwei Parteifunktionäre bei Ausschreitungen ums Leben gekommen waren. Als daraufhin eine Gruppe von Pomaken nach Sofia gefahren sei, um gegen diese Strafen zu protestieren, wurde sie bei Samokov (südlich von Sofia) gestoppt. Es soll zu einer Schießerei gekommen sein, bei der zwei Pomaken getötet und 50 weitere verletzt wurden.<sup>340</sup> Gewalttätiger Widerstand scheint sich, wie schon 1964, in den Dörfern Kornica und Ribново im Bezirk Blagoevgrad geregt zu haben, wobei es in Kornica zu Todesopfern unter den Pomaken gekommen sein soll. Interessanterweise wurde in diesen Dörfern auch kein „Ritual“ durchgeführt, sondern eine Haus-zu-Haus-Aktion, wobei die Bewohner unter vorgehaltenen Waffen einen neuen Namen aus einer vorbereiteten Liste „auswählen“ mußten. Insgesamt sollen mehrere Hundert Pomaken aus diesem Gebiet verhaftet oder

---

<sup>338</sup> Amnesty International: Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks. Human rights abuses during the forced assimilation of the ethnic Turkish minority, London 1986, S.27; bei Konstantinov / Alhaug / Igla: Bulgarian Pomaks, S.23 findet sich der Hinweis, daß manche Orte mit schwerem Geschütz umstellt wurden, bevor die Namensänderungen stattfanden. Siehe auch Poulton: The Balkans, S.112 ff.

<sup>339</sup> Konstantinov / Alhaug / Igla: Bulgarian Pomaks, S.25 f.; Amnesty International: Bulgaria, S.27.

<sup>340</sup> Weitere Beispiele bei Amnesty International: Bulgaria, S.27 f.; RFE Bulgarian Situation Report 5, 21.2.1973, S.4; RFE Bulgarian Situation Report 13, 28.4.1976, S.7 f.; mit Vorbehalt dagegen die Schilderungen bei Memişoglu, H.: Bulgarian Oppression in Historical Perspective, Ankara 1989, S.25 f. Diese gewalttätigen Reaktionen der Staatsmacht werden auffälligerweise in manchen neueren bulgarischen Publikationen dezent verschwiegen, womit der Eindruck erweckt werden soll, die Namensänderungen der siebziger Jahre unter den Pomaken seien freiwillig verlaufen. Als Beispiele seien hier Trifonov: Strogo poveritelno! und besonders apologetisch Michajlov: Vázroždenskijat proces... genannt.

deportiert worden sein, wovon etwa 500 in das berüchtigte Straflager auf der Donauinsel Belene gebracht wurden.<sup>341</sup>

Nachdem die BKP mit diesen Namensänderungen eine Tradition wiederbelebt hatte, die sie noch einige Jahre zuvor als faschistisch abgetan hatte, ging sie dazu über, noch eine andere Tradition der Vereinigung *Rodina* zu übernehmen: das *razferedžavane*, also das – wiederum öffentlich als Ritual zelebrierte – Abwerfen bzw. Zerreißen des *feredže*, dem Schleier der pomakischen Frauen.<sup>342</sup> Nach diesen verstärkten Assimilationsbemühungen in den siebziger Jahren sollte der Kampf der BKP gegen die äußerlichen Merkmale der islamischen Identität der pomakischen Bevölkerung, also die türkisch-arabischen Namen, die Kleidung, die Beschneidung, den Besuch der Moschee usw., zunächst abgeschlossen gewesen sein. Zwar bemerkte das ZK-Sekretariat 1978, daß immer noch einige Tausend bulgarischsprachige Muslime ihre türkisch-arabischen Namen beibehalten hätten (und das vor allem in Sofia und in anderen größeren Städten), aber diese wurden scheinbar als die „konservativsten Nachkommen der in Vergangenheit mohammedanisierten Bulgaren“<sup>343</sup> dem Einfluß der KP verschlossen angesehen. Diese Gruppe dürfte aber aller Wahrscheinlichkeit der Umbenennungskampagne unter der türkischen Minderheit Mitte der achtziger Jahre zum Opfer gefallen sein.

Rekapituliert man die Pomaken-Politik der BKP, so ergeben sich Elemente, die in ähnlicher Form auch der Roma-Politik zugrunde lagen:

Obwohl die Pomaken nicht als Minderheit anerkannt waren, führte die BKP immer eine eigenständige Politik gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe durch.

Der Lebensstandard, das Bildungsniveau und die Sozialstruktur der pomakischen Bevölkerung sollte dem Landesdurchschnitt angeglichen werden. Die Maßnahmen, die zu diesem Zweck durchgeführt wurden, hatten immer auch den Charakter von Wiedergutmachungen für den Druck, der auf diese Minderheit ausgeübt wurde.

Die BKP wollte um jeden Preis die Annäherung der Pomaken an die türkische Minderheit verhindern. Dazu griff sie auf eine Politik zurück, die schon vor 1944 praktiziert wurde. Die Namensänderungen wurden mit der „wissenschaftlich erwiesenen“ bulgarischen Herkunft der Pomaken begründet. Durch die Umbenennung wollte man den bulgarischsprachigen Muslimen das letzte Attribut islami-

---

<sup>341</sup> Poulton: The Balkans, S.112.

<sup>342</sup> Im RFE Bulgarian Situation Report 13 vom 28.4.1976, S.9 wird auf ein solches Ritual in Nedelino (zwischen Smoljan und Momčilgrad) im Herbst 1974 hingewiesen. Vgl. auch die Aussage von Fatma Spachieva aus dem Dorf Kočan im Kreis Blagoevgrad auf dem VI. Kongreß der Vaterländischen Front im Mai 1967. Bereits damals scheint die VF darauf gedrängt zu haben, daß die pomakischen Frauen ihre Schleier ablegten. Das *razferedžavane* wurde scheinbar als eine Art Übergangsritual betrachtet. VI-i Kongres na Otečestvenija front, 15-17 maj 1967 g., Sofija 1967, S.170.

<sup>343</sup> Zit. nach: Trifonov: Strogopoveritelno!, in: Pogled Nr. 19 vom 13.5.1991, S.10.

scher Identität nehmen und ihnen ermöglichen, gleichsam in den Schoß ihrer bulgarischen Herkunft zurückzukehren.

## 2.5. Die türkische Minderheit

In der Literatur zu den türkischen Minderheiten in den südosteuropäischen Staaten wird die Frage nach der Ethnizität dieser Bevölkerungsgruppen in den meisten Fällen kurzerhand übergangen. Es scheint, als gehe man stillschweigend davon aus, daß sich nur solche Personen selbst als Türken bezeichnen, die die beiden als Hauptelemente der türkischen Ethnizität angesehenen Kategorien – türkische Muttersprache und islamische Religion – für sich reklamieren. Hieraus ergibt sich zunächst die Frage, ob die Selbstidentifikation „Türke“ auch mit einer Fremdschreibung „Türke“ korrespondiert. Aus den Darstellungen über die Politik der BKP gegenüber den Roma und den Pomaken geht hervor, daß gerade diese Übereinstimmung von Eigen- und Fremdbezeichnung bei einem Teil der Roma und der Pomaken nicht bestand. Wie bereits in den entsprechenden Abschnitten erwähnt, treten zu den positiven Kriterien Sprache und Religion auch negative Kriterien hinzu: „Türke“ ist eben *nicht*, zumindest aus der Außensicht, wer „eigentlich“ Roma, Tatare oder Pomake ist. Andererseits wurden die beiden positiven Kriterien Sprache und Religion lange Zeit als Elemente der türkischen Ethnizität bereitwillig akzeptiert, weil sie mit den Kriterien für die bulgarische Ethnizität – bulgarische Muttersprache und christlich-orthodoxe Konfession – übereinstimmten.

Seit den sechziger Jahren wurde zwar versucht, durch den verstärkten Kampf gegen den Islam einen Teil dieser Identität zurückzudrängen, indem man darauf hinwies, daß die Religionszugehörigkeit auf keinen Fall mit der nationalen Zugehörigkeit verwechselt werden dürfe.<sup>344</sup> Dies war ein Teil der Argumentation, mit der ein Keil zwischen die verschiedenen muslimischen Minderheiten getrieben und die Annäherung untereinander beendet werden sollte. In prinzipieller Übereinstimmung mit der westlichen Meinung wurde aber die Identität der Türken – sie seien türkischsprachige Muslime – auch in Bulgarien lange Zeit nicht angezweifelt. Erst in den achtziger Jahren änderte sich das Bild allmählich. Aus „bulgarischen Türken“ wurden – zunächst auf theoretischer Ebene – muslimische, türkischsprachige Bulgaren.<sup>345</sup> Mit dieser Konstruktion wurde die Assimi-

<sup>344</sup> Z. B. Genov, D.: Bratskata družba meždu bälgarskoto i turskoto naselenie v Bälgarija [Brüderliche Freundschaft zwischen der bulgarischen und türkischen Bevölkerung in Bulgarien], Sofija 1961, S.54 ff. und Mizov: Isljamät, S.117 ff.

<sup>345</sup> Wie abrupt dieser Wechsel in der offiziellen Anschauung kam, zeigt auch die Tatsache, daß noch im Mai 1984 ein Buch erschien, in dem der – später in die Türkei ausgewanderte – Verfasser noch durchgehend von „bulgarischen Türken“ sprach: Memišev, Ju.: Zadružno v socailističeskoto stroitelstvo na rodinata (Priobštavane na bälgarskite turci kām izgraždaneto na socializma) [Gemeinsam beim sozialistischen Aufbau der Heimat

lationskampagne von 1984/85 ideologisch nachträglich begründet. Auf diese Assimilationskampagne selbst soll im Kapitel „Namensänderungen“ noch näher eingegangen werden. Zunächst wurde die Behauptung, die hinter diesem Konstrukt steht, nur in eilig verfaßten offiziellen Broschüren und in der bulgarischen Presse<sup>346</sup> vertreten – die These nämlich, daß es sich bei den Türken „eigentlich“ um die Nachfahren von zwangsweise islamisierten und turkisierten ethnischen Bulgaren handelte. Die wissenschaftliche Begründung dazu wurde bereitwillig von Historikern der bulgarischen Akademie der Wissenschaften nachgereicht. Dabei taten sich die Mitglieder der „Forschungsgruppe Rhodopen“, die schon das „Bulgarentum“ der Pomaken und damit die Namensänderungen bei dieser Bevölkerungsgruppe begründen halfen, besonders hervor.<sup>347</sup>

Die These der ethnisch bulgarischen Herkunft der Türken faßte der damalige ZK-Sekretär für Propaganda und Agitation Stojan Michajlov 1992 noch einmal zusammen. In einem Buch<sup>348</sup> warf er unter anderem den Kritikern dieser These „nationalen Nihilismus“ und „nationalen Verrat“ vor – die ethnische Herkunft bestimme zu sehr das ethnische Bewußtsein der Menschen, als daß man sie mit dem Hinweis, sie sei nicht wichtig, abtun könne. Als Beweise führt er samt und sonders bulgarische Literatur aus den späten siebziger und vor allem den achtzi-

(Die Einbeziehung der bulgarischen Türken in die Errichtung des Sozialismus)], Sofija 1984.

<sup>346</sup> Etwa in der Erklärung einer Gruppe Intellektueller und öffentlichen Vertretern, die ihre Namen geändert hatten, in: Otečestven Front vom 26.7.1985, auch abgedruckt in der Broschüre: Wer macht sich Sorgen um die bulgarischen Mohammedaner und warum? Fakten, Dokumente, Fragen, Antworten, Reportagen, Sofia 1985; Die Wahrheit über die bulgarischen Moslems, Sofia 1986. Die türkische Reaktion ließ im übrigen nicht lange auf sich warten. Vgl. hierzu unter anderem Eminov, A.: There are no Turks in Bulgaria: Rewriting History by Administrative Fiat, in: Karpat, K. (Hg.): The Turks of Bulgaria: The History, Culture and Political Fate of a Minority, Istanbul 1990, S.203-222; dieser Aufsatz erschien schon schon 1986 unter dem Titel Are Turkish-Speakers in Bulgaria of Ethnic Bulgarian Origin, in: Journal of the Institute of Muslim Minority Affairs 7 (1986) 2, S.503-518.

<sup>347</sup> Die Ergebnisse sind zusammengestellt unter anderem in Problemi na razvitiето na bālgarskata narodnost i nacija [Entwicklungsprobleme der bulgarischen Völkerschaft und Nation], Sofija 1988 und Christov, Ch. (Red.): Stranici ot bālgarskata istorija. Očerk za isljamiziranite Bālgari i nacionalvāzroditelnija proces [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Abriß über die islamisierten Bulgaren und den nationalen Wiedergeburtssprozeß], Sofija 1989.

<sup>348</sup> Michajlov: Vāzroždenskijat proces.

ger Jahren an.<sup>349</sup> Die Gründe, die Michajlov für die Behauptung vorbringt, daß fast alle Türken Bulgariens ethnisch bulgarischer Herkunft sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die Zahl der türkischen Einwanderer war sehr gering. 2. Ein Teil der Einwanderer ist schon während der osmanischen Herrschaft wieder abgezogen. 3. Unter den osmanischen Türken war die Sterblichkeit viel höher als bei den Bulgaren. Er versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die mangelnde Hygiene und der ungesunde Lebenswandel der osmanischen Stadtbevölkerung – Vielweiberei, Kinderliebe, Tabak-, Opium- und Kaffeekonsum – mit der Religion zusammenhängen und deshalb ihre Anfälligkeit für die Pest erhöhte. 3. Die osmanischen Beamten und Soldaten sind fast alle unmittelbar nach der staatlichen Unabhängigkeit abgezogen. Die Schlußfolgerung kann nach Michajlov nur sein, daß die noch im Land verbliebenen Türken ursprünglich Bulgaren waren, die durch Islamisierung turkisiert worden waren.<sup>350</sup> Damit hat Michajlov die These der BKP noch einmal aufleben lassen, die auch in den Broschüren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verbreitet wurde.<sup>351</sup>

Mit der Negierung der türkischen Minderheit war gleichsam der Höhepunkt der antitürkischen Propaganda erreicht; diese Konstruktion war unter anderem wegen des internationalen Drucks auf die bulgarische Staatsführung nach den Namensänderungen von 1984/85 nötig geworden.<sup>352</sup> Es soll hier aber nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Identität der türkischen Minderheit Bulgariens während der gesamten hier untersuchten Zeit von staatlicher Einflußnahme unberührt geblieben wäre. Der Kampf der BKP gegen den Einfluß des Islam wurde schon erwähnt. Vor allem aber standen die konservative Lebensweise, das niedrige Bildungsniveau und die Besonderheiten der demographischen und sozialen Struktur als Merkmale dieser Minorität im Blickwinkel der staatlichen Politik seit 1944. Mit der schrittweisen Angleichung dieser soziostrukturellen Merkmale an die der Gesamtbevölkerung bzw. der bulgarischen Bevölkerungsmehrheit sollte auch die ethnische Unterscheidung zwischen Türken und Bulgaren allmählich überwunden werden.<sup>353</sup>

<sup>349</sup> Z. B. Genčev, N.: *Bălgarskoto vāzraždane* [Die bulgarische Wiedergeburt], Sofija 1981; Gandev, Ch.: *Bălgarskata narodnost prez XV vek* [Die bulgarische Völkerschaft im 15. Jahrhundert], Sofija 1989; Petrov, P.: *Sădbonosni vekove za bălgarskata narodnost* [Schicksalschwere Jahrhunderte für die bulgarische Völkerschaft], Sofija 1988 etc.

<sup>350</sup> Michajlov: *Vāzroždenskijat proces*, S.38 ff.

<sup>351</sup> Etwa in Sagorow, O.: *Die Wahrheit*, Sofia 1987, S.43 ff.

<sup>352</sup> Vgl. auch Höpken, W.: *Im Schatten der nationalen Frage: Die bulgarisch-türkischen Beziehungen (II)*, in: SOE 36 (1987) 4, S.178-194.

<sup>353</sup> Diese Argumentation wurde besonders seit Mitte der siebziger Jahre vertreten. Siehe hierzu Bejtullov, M.: *Životăt na naselenieto ot turski proizchod v NRB* [Das Leben der Bevölkerung türkischen Ursprungs in der VRB], Sofija 1975 und Tachirov, Š.: *Bălgarskite turci po pătja na socializma* [Die bulgarischen Türken auf dem Weg des Sozialismus], Sofija 1978. Zusammenfassend Höpken, W.: *Modernisierung und Nationalismus: Sozialgeschichtliche Aspekte der Minderheitenpolitik gegenüber den Tür-*

### 2.5.1. Die demographische und soziale Struktur der türkischen Bevölkerung

Die demographische und soziale Struktur der türkischen Bevölkerung unterlag seit der Entstehung des modernen bulgarischen Staates Ende des 19. Jahrhunderts und besonders auch im untersuchten Zeitraum von 1944 bis 1989 einschneidenden Veränderungen. Die wichtigste Rolle für die Veränderungen vor dem Zweiten Weltkrieg spielten dabei die verschiedenen Auswanderungswellen. Vor dem Berliner Kongreß von 1878 konnte man davon ausgehen, daß etwa ein Drittel der Bevölkerung des heutigen bulgarischen Staatsgebietes von Muslimen, in ihrer überwiegenden Mehrzahl Türken, bevölkert war.<sup>354</sup> Dieses Bild änderte sich nach dem April-Aufstand von 1876 und erst recht nach 1878, als infolge der Kriegshandlungen und der grundlegend veränderten politischen Situation ein nicht genau zu beziffernder Teil der türkischen Bevölkerung den abziehenden osmanischen Truppen folgte. Nach dem Abschluß des Berliner Vertrages, in dem der muslimischen Bevölkerung elementare Minderheitenrechte zugesprochen wurden, kehrten die Flüchtlinge teilweise an ihre alten Wohnorte zurück.<sup>355</sup> Zusammen mit dem Zuzug von Bulgaren aus den früheren Emigrationszentren außerhalb des Osmanischen Reichs führte die Auswanderung von Türken zu einem Absinken ihres Anteils an der Bevölkerung von 26% im Jahr 1878 auf 19% im Jahr 1887 und schließlich etwa 14% im Jahr 1900.<sup>356</sup> Eine weiterer Grund für den Rückgang des

ken, in: SOE 35 (1986) 7/8, S.437-457. Zur parallel verlaufenen ideologischen Entwicklung: Troebst, S.: Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien, in: Schönfeld, R. (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S. 231-253 (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, Bd. 25).

<sup>354</sup> Popovic: L'Islam balkanique, S.71.

<sup>355</sup> Nach bulgarischen Angaben sollen zwischen 1878 und 1912 etwa 350.000 Personen das Land verlassen haben; türkische Quellen gehen dagegen von 1-1,5 Mio. Flüchtlingen aus. Vgl. hierzu Höpken, W.: Türkische Minderheiten in Südosteuropa. Aspekte ihrer politischen und sozialen Entwicklung in Bulgarien und Jugoslawien, in: Majer, H. G. (Hg.): Die Staaten Südosteuropas und die Osmanen, München 1989 (Südosteuropa-Jahrbuch, Bd.19), S.228.

<sup>356</sup> Crampton, R. J.: The Turks in Bulgaria, 1878-1944, in: Karpat, K. H. (Hg.): The Turks of Bulgaria: The History, Culture and Political Fate of a Minority, Istanbul 1990, S.47. Das wachsende Zahl derer, die sich als Bulgaren bezeichneten, könnte auch mit der Tatsache zusammenhängen, daß sich nach der Befreiung der bulgarischen Gebiete eine wachsende Zahl von Menschen dazu bekannten, Bulgaren zu sein – auch wenn sie unter osmanischer Herrschaft dies nicht getan haben, entweder weil sie sich tatsächlich nicht als Bulgaren fühlten oder weil sie es nicht für opportun hielten.

türkischen Bevölkerungsanteils dürfte die Vereinigung des Fürstentums Bulgarien mit der autonomen Provinz Ostrumelien im Jahr 1885 gewesen sein, da die dicht von Türken besiedelten Gebiete um die Stadt Kărdžali und einige in den Zentralrhodopen gelegene Siedlungen nördlich von Devin dem Osmanischen Reich zugesprochen wurden. Diese Gebiete wurden erst 1913 nach dem Frieden von Konstantinopel bulgarisches Staatsgebiet.<sup>357</sup>

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts emigrierten die Türken aus dem heutigen bulgarischen Staatsgebiet vor allem wegen der erneuten Kriegshandlungen während der Balkankriege.<sup>358</sup> Die im Gefolge der Kriege geschlossenen Abkommen und Verträge zwischen Bulgarien und dem Osmanischen Reich bzw. der Republik Türkei regelten fortan die weitere Auswanderung von Türken in das Osmanische Reich bzw. die Türkei.<sup>359</sup> Die vertraglichen Regelungen waren weitere, aber nicht die einzigen Gründe für die anhaltende Abwanderung (vgl. zu den Zahlen türkischer Emigranten Tabelle 26), durch die der türkische Bevölkerungsanteil in der Zeit von 1900 bis 1934 von etwas über 14 auf etwa 10% absank und damit ein Niveau erreichte, das bis heute ungefähr gleichgeblieben ist.<sup>360</sup> Vielmehr sei die anhaltende Emigration, so Höpken, zurückzuführen auf den mit dem Absinken in den Stand einer ethnischen Minderheit verbundenen Statusverlust nach dem Ende der osmanischen Herrschaft; auf die sozialen und kulturellen Veränderungen, die durch die Deosmanisierung der bulgarischen Gesellschaft durch die nach westlichen Vorbildern strebenden bulgarischen Eliten entstanden; auf die Eingriffe in das „soziale Fundament“ der türkischen Bevölkerung durch Land- und Steuerreformen; und schließlich auf den *pull*-Effekt durch bereits emigrierte Verwandte. Zudem hätten in der zweiten Hälfte der dreißiger

---

<sup>357</sup> Crampton: *The Turks*, S.62.

<sup>358</sup> Im Verlauf der Kriege 1912/13 sollen etwa 440.000 Menschen die umkämpften Gebiete in Thrakien und Makedonien verlassen haben. Wie hoch dabei der Anteil aus den nach dem Krieg eingegliederten Gegenden um Kărdžali und Devin gewesen ist, läßt sich schwer beziffern. Höpken: *Türkische Minderheiten*, S.229.

<sup>359</sup> Darunter das Abkommen von Konstantinopel von 1912, das einen Bevölkerungsaustausch aus den Grenzgebieten vorsah, der Friedensvertrag von Neuilly von 1919 und vor allem das bulgarisch-türkische Auswanderungsprotokoll von 1925. Zwischen 1920 und 1940 sollen etwa 230.000 Personen Bulgarien in Richtung Türkei verlassen haben. Dabei kam es zu verschiedenen „Auswanderungsspitzen“, etwa 1927, als das Auswanderungsprotokoll seine Wirkung entfaltete und nach 1934, als sich das politische Klima nach dem autoritären Umsturz für die Minderheiten allgemein verschlechterte. Siehe Höpken: *Türkische Minderheiten*, S.230.

<sup>360</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto, T.1, Demografski charakteristiki, Sofija 1994, S.109, Tab.9: für 1934: 9,7%. Das statistische Jahrbuch des Königreichs Bulgarien 1938 gibt für 1934 jedoch 10,2% an. Statističeski godišnik na Carstvo Bălgarija. God.XXX, Sofija 1938, S.25.

Jahre auch das Aufkommen rechtsnationalistischer Bewegungen und vereinzelte antitürkische Ausschreitungen zu einem erhöhten Emigrationsdruck geführt.<sup>361</sup>

Dabei war es vor allem die Abwanderung der alten städtischen Eliten, die besonders nachhaltig die Sozialstruktur der türkischen Minderheit prägte. Denn mit dem Verlust der „modernisierungsfreundlich“ gesinnten städtischen Eliten, die als Vermittler für die neuen, bürgerlichen – und später kommunistischen – Ideen hätten dienen können, erstarrte die türkische Minderheit in einer konservativ geprägten, ländlichen Sozialstruktur, in der der Islam weiterhin großen Einfluß hatte und die sich noch sehr lange nach der kommunistischen Machtübernahme als resistent gegenüber Wandlungen erwies.<sup>362</sup> Eine der selbst gestellten Aufgaben der BKP war es dann auch, neue Eliten aus den Reihen der bulgarischen Türken heranzuziehen, die als Vermittler der marxistisch-leninistischen Ideen hätten dienen können. Ob unter den neuen Eliten wieder ein Brain-Drain stattgefunden hat durch die verschiedenen Emigrationsbewegungen, die sich auch nach 1944 fortsetzten, muß allerdings offenbleiben. Auf die Aussiedlungsbewegungen von 1950/51, 1969-78 und 1989 soll weiter unten noch näher eingegangen werden.

Während durch die verschiedenen Aussiedlungswellen die Bevölkerungsverhältnisse in den traditionellen ländlichen Siedlungsgebiete der Türken Bulgariens (Ostrhodopen, Ludogorie, Dobrudscha bzw. die *okrāzi* Kărdžali, Chaskovo, Razgrad, Šumen, Silistra und Tolbuchin/Dobrič) weitgehend gleich blieben, ging in der Zeit zwischen 1884 und 1910 in allen überwiegend von Türken bewohnten Städten deren Anteil an der Bevölkerung rapide zurück. In den meisten Fällen folgte dies dem Rückgang der absoluten Bevölkerungszahlen (z. B. in Šumen, Razgrad, Silistra, Varna und Ruse); dagegen war der Rückgang des türkischen Bevölkerungsanteils in Burgas, wo die türkische Bevölkerung absolut gesehen leicht wuchs, und in Pleven, wo sie stark anstieg, vor allem auf die ungewöhnlich hohe Zuwanderung von Bulgaren zurückzuführen.<sup>363</sup> Dieser allgemeine Trend setzte sich während der Zwischenkriegszeit weiter fort, wobei in den relativ spät zum bulgarischen Staatsgebiet gekommenen Landesteilen dieser Prozeß mit einer entsprechenden Verzögerung einsetzte.<sup>364</sup> Im Landesdurchschnitt wuchs der bul-

---

<sup>361</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.228 f. und S. 234 f. Vgl. auch Stojanov, Valeri: Die türkische Minderheit Bulgariens bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, S.279-294 (hier 289 ff.). Stojanov betont den Druck der Regierung auf die sich den kemalistischen Ideen anschließenden Eliten; dieser Druck habe zur Emigration der Eliten geführt.

<sup>362</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.230.

<sup>363</sup> Crampton: The Turks, S.54 ff.

<sup>364</sup> So ging der türkische Bevölkerungsanteil Kărdžalis seit 1913 ständig zurück. Beim Zensus von 1926 hatte sich das Verhältnis zwischen Bulgaren und Türken bereits zugunsten der Bulgaren verändert und lag bei 45,5 resp. 43,6 Prozent. Zu Beginn der sechziger Jahre waren bereits drei Viertel der Bewohner Kărdžalis Bulgaren. Siehe hierzu Božikov, Božidar: Promeni v etničeskija sâstav na naselenieto na Kărdžali

garische Bevölkerungsanteil in den Städten laut den Volkszählungsergebnissen von 1920 von 80,1% auf 81,4% (1926) und 83,3% (1934), während der türkische Anteil in den Städten im gleichen Zeitraum von 7,3% (1920) über 6,2% (1926) auf 5,8% (1934) absank.<sup>365</sup> Betrachtet man das Verhältnis zwischen der städtischen und ländlichen türkischen Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit, so zeigen sich nur geringe Veränderungen.<sup>366</sup> Leider standen mir keine nach ethnischer Zugehörigkeit aufgeschlüsselten Daten zur Berufsstruktur der Bevölkerung Bulgariens in der Zwischenkriegszeit zur Verfügung, doch kann man unter der Annahme, daß sich während der Zwischenkriegszeit keine allzu großen Veränderungen stattgefunden haben (sieht man von der Abwanderung der Eliten einmal ab, die jedoch nur einen geringen Anteil an der gesamten türkischen Bevölkerungsgruppe stellten), davon ausgehen, daß die Daten der ersten Volkszählungen nach dem Krieg zumindest annäherungsweise die Berufsstruktur vor dem Krieg wiedergeben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der Türken in Bulgarien ebenso wie die der Bulgaren stetig zu, wobei das Wachstum der türkischen Minderheit, das keineswegs gleichmäßig verlief, große Unterschiede zu dem der bulgarischen Gesamtbevölkerung zeigte. Da eben diese Unterschiede von verschiedenen Seiten immer wieder als treibende Kraft für die Politik der BKP gegenüber der türkischen Minorität diskutiert worden sind<sup>367</sup>, soll hier etwas ausführlicher darauf eingegangen werden.

Die demographische Entwicklung der türkischen Minderheit nach 1944 war – und ist, wie schon in der Vorkriegszeit, von zwei Faktoren geprägt: dem natürlichen Wachstum und der Emigration. In absoluten Zahlen betrachtet, wuchs die Zahl der Türken (Bulgaren), wie aus Tabelle 5 hervorgeht, im Zeitraum von 1946 bis 1992 von 675.500 (ca. 5,9 Mio.) auf über 800.000 Personen (ca. 7,3 Mio.).

[Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung Kärđzalis], in: *Izvestija na etnografskija institut i muzej*, kn.6, 1963, S.39-47.

<sup>365</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto, T.1, Demografski charakteristiki, Sofija 1994, S.109, Tab.9.

<sup>366</sup> Lebten nach den Angaben der Volkszählung von 1920 noch 86,5% der türkischen Bevölkerung auf dem Land (und entsprechend 13,5% in Städten), so war das Verhältnis im Jahre 1926: 87,8 zu 12,2% und 1934: 87,2 zu 12,8%. Ob sich der Rückgang des städtischen Anteils Mitte der zwanziger Jahre auf die Emigration nach dem Abschluß des türkisch-bulgarischen Vertrages zurückführen läßt, läßt sich nur vermuten, da hierzu noch verlässliche Studien fehlen. Eigene Berechnungen nach Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto, T.1, Demografski charakteristiki, Sofija 1994, S.106, Tab.9.

<sup>367</sup> So z.B. bei Höpken: *Modernisierung, Tradition und sozialer Wandel*, S.617 ff.; ders.: *Modernisierung und Nationalismus*, S.437 ff.

Aus der Tabelle ist auch ersichtlich, daß zwischen den beiden Volkszählungen von 1946 und 1956 die Zahl der Türken um knapp 20.000 zurückging, um danach wieder anzuwachsen. Auch die Zahl für 1992 hätte eigentlich wesentlich höher sein müssen, legt man den Zuwachs zwischen 1956 und 1965 zugrunde. Diese beiden Auffälligkeiten lassen sich durch die verschiedenen Emigrationsschübe der Jahre 1950/51, 1969-78 und seit 1989 erklären. Der Rückgang der absoluten Zahlen zwischen 1946 und 1956 schlug sich auch beim Anteil der Türken an der Gesamtbevölkerung nieder. Dieser sank in den fünfziger Jahren durch die Auswanderung von etwa 155.000 Menschen (siehe Tabelle 27) um knapp einen Prozentpunkt von 9,61% auf 8,62%. Danach stieg der Anteil wieder auf etwa 9,5% im Jahr 1965, um dann bei diesem Wert zu stagnieren.<sup>368</sup> Diese Stagnation wiederum ist auf die Emigrationen zwischen 1968 und 1978 (in diesem Zeitraum verließen ca. 120.000 Menschen das Land in Richtung Türkei, siehe Tabelle 26) und ab 1989 zu erklären, deren Umfang etwa bei 250.000 Personen lag.<sup>369</sup>

Das Wachstum der türkischen Bevölkerung an sich wäre in den Augen der BKP-Spitze wohl noch zu ertragen gewesen, wenn es sich nicht in solchem Maße von dem der gesamten Bevölkerung Bulgariens (und vor allem dem der ethnischen Bulgaren) unterschieden hätte. Aber die Zahlen unterstützten die für den Nationalismus typische „Überfremdungsparanoia“: Das natürliche Wachstum der türkischen Bevölkerung überstieg im gesamten hier untersuchten Zeitraum den Landesdurchschnitt um den Faktor 3-4, und dies vor allem auf dem Lande. Während im Landesdurchschnitt bei der ländlichen Bevölkerung immer geringere Wachstumsraten zu verzeichnen waren (1959-64: 8,2 ‰, 1965-74: 3,0 ‰), die in den siebziger und achtziger Jahren schließlich ins Negative umschlugen (1975-84 waren es -2,4 ‰), blieben sie etwa im Raum Kärđžali, der einen besonders hohen türkischen Bevölkerungsanteil aufweist, mit 16,3 ‰ (1975-84) weit über dem Landesdurchschnitt (Tabelle 22).<sup>370</sup> Die Ursachen für dieses ungewöhnlich hohe Wachstum unter der türkischen Minderheit ist nach Höpken erstens auf die altersspezifische Fertilität der türkischen Frauen zurückzuführen, die bei den Altersgruppen zwischen 20 und 29 Jahren und über 35 Jahren deutlich über dem bulgarischen Durchschnitt liegt, und zweitens auf die gesunkene Sterberate durch die verbesserte medizinische Versorgung. Neben den hohen Kinderzahlen und der größeren Häufigkeit von Familien mit mehr als drei Kindern sorgte auch der große Anteil der Jugendlichen (siehe Tabelle 19) in den überwiegend türkisch besiedelten Gebieten wie dem Raum Kärđžali für hohe Repro-

<sup>368</sup> Bei den Volkszählungsergebnissen von 1992 kommt als Faktor die Zahl und der Anteil der Roma in Frage, die sich früher als Türken erklärt hatten und nun unter die Rubrik Roma fielen.

<sup>369</sup> Es wird davon ausgegangen, daß zunächst 300.000 Personen auswanderten, von denen dann sechs Monate später 50.000 wieder zurückkehrten. Etničeskijat konflikt v Bălgarija 1989 [Der ethnische Konflikt in Bulgarien], Sofija 1990, S.317

<sup>370</sup> Höpken: Modernisierung und Nationalismus, S.446 f.

duktionskoeffizienten.<sup>371</sup> Mitte der siebziger Jahre gingen deshalb bulgarische Prognosen davon aus, daß die Bevölkerung des Raumes Kärđžali im Zeitraum von 1965 bis 2000 verdoppeln würde, während die Gesamtbevölkerung Bulgariens nur um 17% zunehmen würde. Die letzten beiden Volkszählungen zeigten jedoch, daß die Schätzungen, vor allem was die Wachstumsraten der Gesamtbevölkerung anging, viel zu hoch gelegen hatten.<sup>372</sup>

Zu den demographischen Besonderheiten der türkischen Minderheit gehört auch ihre nach wie vor auffällig niedrige Urbanisierungsrate.<sup>373</sup> Hatte sich in der bulgarischen Gesellschaft als Ganzem der Übergang von einer überwiegend ländlichen zu einer mehrheitlich städtischen Bevölkerung um 1970 vollzogen, so leben auch heute noch mehr als zwei Drittel der türkischen Bevölkerung auf dem Land. Bei der Volkszählung von 1992 war das Verhältnis Stadt/Land für Bulgarien insgesamt: 67,2% zu 32,8% (Tabelle 1); für die türkische Minderheit lagen die entsprechenden Zahlen bei 31,6% bzw. 68,4%.<sup>374</sup> Betrachtet man den gesamten Untersuchungszeitraum von 1944 bis 1989, so stellt man fest, daß die Urbanisierungsraten der Gesamtbevölkerung in den vierziger und fünfziger Jahren rapide anstiegen; bei der türkischen Bevölkerung stagnierten diese jedoch bis weit in die fünfziger Jahre hinein, um erst ab den sechziger Jahren langsam anzusteigen.<sup>375</sup>

Der überwiegend ländliche Charakter der türkischen Minderheit spiegelte sich während des Untersuchungszeitraums auch in deren Sozialstruktur wider. Aus Tabelle 19 geht zwar hervor, daß zwischen 1956 und 1975 ein deutlicher Rückgang bei den Bauern zu verzeichnen war – sie machten 1956 noch über 80% der türkischen Bevölkerung aus (gegenüber etwa 60% der Gesamtbevölkerung) und stellten 1975 nur noch knapp 30% (gegenüber 6,7%). Allerdings sind diese Werte wenig aussagekräftig, da der Rückgang in erster Linie auf den veränderten Status der Genossenschaftsbauern zurückzuführen ist.<sup>376</sup> Wesentlich anschaulicher wird die Bedeutung der Landwirtschaft für die Sozialstruktur der türkischen Bevölkerung, wenn man Tabelle 21 betrachtet, in der die Verteilung der Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen dargestellt ist. Zwar hatte der Anteil der in der Industrie Beschäftigten zwischen 1956 und 1975 stark zugenommen (Gesamtbevölkerung:

---

<sup>371</sup> Ebda.

<sup>372</sup> So Mizov: *Isljamät*, S.153. Im Raum Kärđžali lagen laut Höpken: *Modernisierung und Nationalismus*, S.448 die Familiengrößen weiter über dem Landesdurchschnitt.

<sup>373</sup> Bei den Urbanisierungsraten muß jedoch die eingangs in dieser Arbeit erwähnte Praxis der bulgarischen Regierung beachtet werden, Siedlungen in den Stand von Städten zu erheben, die mit dem westlichen Typus „Stadt“ kaum verglichen werden können.

<sup>374</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto. T.1, *Demografski charakteristiki*, Sofija 1994, S.108, Tab.9.

<sup>375</sup> Ebda.

<sup>376</sup> Nach der Gründung der agro-industriellen Komplexe (APK) zu Beginn der siebziger Jahre wurden die Genossenschaftsbauern in den APK bei den Volkszählungen unter der Rubrik „Arbeiter“ geführt. Siehe Memišev: *Zadružno v socailističeskoto stroitelstvo*, S.168; Höpken: *Modernisierung und Nationalismus*, S.445.

von 12,9 auf 33,2%; türkische Bevölkerung: von 6,8 auf 20,9%). Doch während im gleichen Zeitraum der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten im Landesdurchschnitt von 70,1% auf 28,4% sank, ging der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten unter den Türken nur von 84,3 auf 56,1% zurück (für 1965 siehe auch Tabelle 7).

Bis zu einem gewissen Grad dürfte der geringe Bildungsstand mitverantwortlich für die verlangsamte Modernisierung der Sozialstruktur bei den Türken gewesen sein. Tabelle 15 zeigt, daß bei der letzten Volkszählung vor dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1934 die Alphabetisierungsrate im Landesdurchschnitt bei 55,6% lag. Bei der bulgarischsprachigen Bevölkerung<sup>377</sup> lag sie knapp darüber, bei 61,1%, bei der türkischsprachigen Bevölkerung dagegen bei nur 14,5% (18,9% bei den über 7-Jährigen). Dabei war zum einen ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle zu verzeichnen (von den türkischen Stadtbewohnern waren 25,5% des Lesens und Schreibens mächtig, von Landbewohnern aber nur 12,7%); zum anderen war bei der türkischen Bevölkerung über 7 Jahren auch ein deutliches Gefälle zwischen der Lese- und Schreibfähigkeit der Männer und der Frauen zu beobachten. Betrug die Alphabetisierungsrate der Männer im Landesdurchschnitt 32,0% (davon 39,6% bei der Stadt- und 22,9% bei der Landbevölkerung), so lag der entsprechenden Wert für die Frauen bei nur 12,2% (24,2% bzw. 10,2%).<sup>378</sup>

Diese grundsätzliche Situation änderte sich in der Nachkriegszeit zunächst nur langsam. Zwar führte die Regierung auch bei dieser Bevölkerungsgruppe, genau wie bei den Pomaken, ab dem Ende der vierziger Jahre ein umfangreiches Alphabetisierungsprogramm durch die Zahl der Analphabeten sank bis 1949 um 30.000.<sup>379</sup> Gleichwohl blieb die Lese- und Schreibunfähigkeit unter den Türken endemisch. Mitte der fünfziger Jahre waren immer noch 36 Prozent Analphabeten unter der türkischen Bevölkerung zu verzeichnen.<sup>380</sup> Nach offiziellen Angaben wurde der Analphabetismus unter den Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter erst sehr viel später, nämlich in den siebziger Jahren, beseitigt.<sup>381</sup> Betrachtet man jedoch die Volkszählungsergebnisse von 1992, dann wird klar, daß es sich bei diesen offiziellen Zahlen um Wunschdenken handelte – die Analphabetenrate

---

<sup>377</sup> Bei dieser Volkszählung wurde nicht nach ethnischer Zugehörigkeit, sondern nach gesprochener Sprache (*govorim ezik*) und Religionszugehörigkeit gefragt.

<sup>378</sup> Statističeski godišnik na Carstvo Bălgarija, God.XXX, Sofija 1938, S.36.

<sup>379</sup> Leider liegen über die Alphabetisierungsbemühungen unter der türkischen Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine so umfangreichen Arbeiten vor wie über das entsprechende Programm für die Pomaken. So wird nirgends erwähnt, in welcher Sprache der Unterricht durchgeführt wurde. Es ist jedoch anzunehmen, daß bis zur Zusammenlegung der türkischen und bulgarischen Schulen der Unterricht auf türkisch gehalten wurde. Vgl. Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.48 ff.

<sup>380</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.108.

<sup>381</sup> Ebda., S.189.

machte unter den Türken noch immer 7,4% aus (und lag damit über dem Landesdurchschnitt von 2,0%).<sup>382</sup>

Auch bei der Hebung des allgemeinen Bildungsstandes ging die Entwicklung nur sehr langsam voran, wie aus Tabelle 17 hervorgeht. Hier war eine allgemeine Akzentverschiebung hin zu den Mittelschulen zu verzeichnen, aber auch in diesem Bereich blieb die türkische Bevölkerung deutlich hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Bei den höheren Bildungsabschlüssen war und ist der Unterschied weiterhin immens. Die Erfolge bei der Hebung des Bildungsniveaus der türkischen Bevölkerung nahmen sich also eher bescheiden aus. Ob dies mit der Entwicklung des Schulwesens zusammenhing, soll in dem entsprechenden Kapitel noch näher untersucht werden.

Ebenfalls gering waren die Erfolge der BKP in ihrem Bemühen, den als modernisierungsfeindlich angesehenen Einfluß des Islam zurückzudrängen. Seit den späten fünfziger Jahren unternahm die Regierung zwar immer wieder Versuche, diesen Einfluß zurückzudrängen, aber soziologische Untersuchungen in den achtziger Jahren zeigten (Tabellen 23 bis 25), daß die Religiosität unter den Türken Bulgariens doch weiterhin um einiges höher lag als bei den christlichen Bulgaren.<sup>383</sup> Gleichwohl wurden in einigen Teilbereichen für diese islamische Minderheit beachtliche Ergebnisse erzielt, zum Beispiel bei der Erhöhung des Anteils der in der Industrie beschäftigten Türkinnen, der sich Mitte der achtziger Jahre kaum noch von jenem der Bulgarinnen unterschied.<sup>384</sup>

In diesen Veränderungen kommt der Modernisierungswille der kommunistischen Führung zum Ausdruck, aber auch der relativ geringe Erfolg der staatlichen Maßnahmen zur Angleichung der Sozialstruktur der Minderheit an die der Mehrheitsgesellschaft. Dabei muß offen bleiben, welches Gewicht den einzelnen Faktoren wie die weiterhin traditional geprägte Lebensweise, der Einfluß des Islam und das deutlich niedrigere Bildungsniveau (darauf wird im Kapitel über das Bildungssystem noch eingegangen) für dieses Zurückbleiben der türkischen Minderheit hinter der gesamtbulgarischen Entwicklung zugemessen werden kann. Auch muß offen bleiben, ob verschiedene staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Binnenmigration tatsächlich zu einer Veränderung der demographischen Struktur der türkischen Bevölkerung geführt haben.<sup>385</sup> Und es muß offen bleiben, ob die Emigration diese Rückständigkeit, wenn nicht verstärkt, so doch verfestigt hat.

---

<sup>382</sup> Rezultati ot prebrojavaneto na naselenieto. T.1, Demografski charakteristiki, Sofija 1994, S.303 ff., Tab.36.

<sup>383</sup> Höpken: Modernisierung und Nationalismus, S.454 ff.

<sup>384</sup> Die Vergleichswerte lauteten hier: 40% Frauen bei der türkischen Arbeiterschaft, 48,9% bei der bulgarischen. Höpken: Modernisierung und Nationalismus, S.445.

<sup>385</sup> Memišev beispielsweise geht sogar von einer „Zerschlagung der demographischen Besonderheiten“ aus. Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.167.

### 2.5.2. Die staatliche Politik gegenüber der türkischen Minderheit vor 1944

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen hervorgeht, unterlag die soziale und demographische Struktur der türkischen Minderheit seit der staatlichen Unabhängigkeit Bulgariens vor allem in den ersten Jahren einschneidenden Veränderungen, als die Türken den Übergang von einem herrschenden zu einem beherrschten Bevölkerungsteil erlebten. Dabei spielte, wie schon erwähnt, die Emigration eine wichtige Rolle; sie wurde nach Crampton begünstigt von Angriffen auf die Mentalität der Türken – neben der Zerstörung der alten Siedlungsstruktur nennt er auch das Verbot des Reisanbaus, die Schließung und Zerstörung von Moscheen durch die russische Besatzungsarmee und die Entwaffnung der Türken in Nordbulgarien, wodurch ihre Verunsicherung noch erhöht wurde, da sie sich nicht mehr gegen die marodierenden Banden in diesem Gebiet wehren konnten.<sup>386</sup> Gleichwohl wird von Eminov die Existenz von staatlich institutionalisiertem Druck relativiert:

Even though there were periods when Turks and other Muslims came under extreme discriminatory pressure after 1878, and especially during and following various wars in the Balkans, such pressures were not systematic but reflected the anti-Islamic and anti-Muslim sentiments of individual Bulgarian politicians.<sup>387</sup>

Tatsächlich bescheinigten Zeitgenossen wie Kanitz oder Jireček den bulgarischen Regierungen ein recht liberales Verhältnis zu der türkischen Minderheit, das sich auch in den innerstaatlichen und internationalen Rechtssetzungen niederschlug. Unterstützt wurde dieses eher positive Gesamtbild noch durch den Bericht der Carnegie Commission von 1914.<sup>388</sup> In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Geschichte jedoch von bulgarischer Seite uminterpretiert, um die positiven Errungenschaften der kommunistischen Herrschaft herauszustreichen. Nun war von einer „assimilatorischen“, gar „rassistischen und terroristischen“ Politik die Rede.<sup>389</sup> Um einen Mittelweg zwischen diesen Extremen ist wiederum Höpken bemüht. Seine Ausführungen über diese Bevölkerungsgruppe unter dem ancien régime rekapitulierend, schreibt er:

Die türkische Bevölkerung entwickelte sich in der Zeit zwischen Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit und Zweitem Weltkrieg zwar als eine sozial vernachlässigte

<sup>386</sup> Crampton: *The Turks*, S.52 ff.

<sup>387</sup> Eminov, A.: *The Status of Islam and Muslims in Bulgaria*, in: *Journal of the Institute of Muslim Minority Affairs*, 8 (July 1987) 2, S.291.

<sup>388</sup> Höpken: *Türkische Minderheiten*, S.232.

<sup>389</sup> So etwa bei Kurtev, N.: *Balgarskata komunističeska partija i nacionalnite malcinstva (1919-1944)* [Die bulgarische kommunistische Partei und die nationalen Minderheiten], in: *Godišnik na Sofijskija universitet. Ideološki katedri*, Bd.LIX, Sofia 1965, S.139. Hier muß allerdings angefügt werden, daß Kurtevs Arbeit sich zwar ausdrücklich auf die Zwischenkriegszeit bezieht, seine Beispiele von Verfolgungen aber noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind.

und politisch weitgehend einflußlose Teilgesellschaft, deren religiöse und kulturelle Rechte bisweilen beeinträchtigt, nie aber substantiell bedroht wurden. Damit soll weder in Abrede gestellt werden, daß es der türkischen Minderheit an konsequenter staatlicher Fürsorge gefehlt hat, noch sollen einzelne antitürkische Ausschreitungen übergangen werden; im ganzen aber fehlte es doch an einem gezielten Integrationsdruck.<sup>390</sup>

Die von Höpken beschriebene „Teilgesellschaft“ verfügte nach dem Friedensschluß von Neuilly über eine beträchtliche innere Autonomie. Im Folgenden soll diese Autonomie als Maßstab für die verschiedenen Entwicklungsphasen der staatlichen Minderheitenpolitik hergenommen werden. Worin lag nun diese innere Autonomie der türkischen Minderheit in der Zwischenkriegszeit? Sie lag vor allem in einer Reihe von selbstverwalteten Einrichtungen, mit denen wichtige Aspekte des sozialen Lebens der Türken geregelt wurden, darunter das Privatschulwesen, die muslimische Glaubensorganisation, die Vertretungen der türkischen Minderheit gegenüber der Staatsmacht und die Kultur- und Bildungsorganisationen.

Die wichtigste Einrichtung für die Türken in der Zwischenkriegszeit war sicher die islamische Glaubensorganisation mit dem Obermufti an der Spitze. Der Obermufti unterstand rechtlich sowohl dem *şeyhülislam* in Istanbul als auch dem Direktorat für Glaubensfragen beim bulgarischen Außenministerium.<sup>391</sup> Dem Obermufti wiederum unterstanden die für einzelne Gebiete zuständigen Muftis. Die Muftis vereinten in ihrem Amt die Funktionen von Hodschas (Geistliche) und Kadis (Richter). Auf lokaler Ebene bildeten die Gemeinderäte die Vertretungen der muslimischen Gemeinschaft gegenüber der Staatsmacht. Gleichzeitig oblag ihnen die Verwaltung der geistlichen Stiftungen (*vakf*), die Finanzierung und der Unterhalt der Privatschulen. Obwohl die islamische „Kirchenorganisation“ eigentlich für alle Muslime in Bulgarien zuständig war, schälte sich in den zwanziger Jahren ein deutliches Bemühen unter Teilen der türkischen Minderheit heraus, ihr ein türkisch-nationales Gepräge zu geben. Dies drückte sich unter anderem in dem Beschluß des ersten türkischen Nationalkongresses in Bulgarien 1929 aus, mit dem die Aufnahme von muslimischen Roma in die Gemeinderäte unterbunden werden sollte.<sup>392</sup> Die muslimischen Geistlichen verhielten sich in den meisten Fällen staatsloyal – vor allem, als sich der Einfluß des Kemalismus auch unter den Türken Bulgariens bemerkbar machte. Damals entstand eine Koalition aus der konservativen muslimischen Geistlichkeit und der Regierung, die diesen Einfluß zurückzudrängen suchte.<sup>393</sup> So konnte die religiöse Organisation auch unbeschadet den Putsch von 1934 überstehen.

<sup>390</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.237.

<sup>391</sup> Şimşir, B.: The Turks of Bulgaria, London 1988, S.45 ff.

<sup>392</sup> Şimşir: The Turks, S.52 ff. und 90 f. Das Argument lautete damals, die Roma hätten ein „zu niedriges kulturelles Niveau“ gehabt.

<sup>393</sup> Stojanov, Valeri: Die türkische Minderheit Bulgariens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Österreichische Osthefte 36 (1994) 7, S.290.

Dagegen war das Privatschulwesen sehr wohl von diesem Umsturz betroffen. Ursprünglich hatte es in fast allen Siedlungen, in denen Türken lebten, türkische Privatschulen gegeben, deren rechtlicher Status zwar verschiedentlichen staatlichen Eingriffen unterlag, deren wichtigstes Ziel jedoch die Verbesserung des schlechten Unterrichtsniveaus war.<sup>394</sup> Der – ansonsten eher antibulgarische – türkische Autor Bilâl Şimşir hebt vor allem die rechtlichen Reformen in der kurzen Amtszeit des Bauernführers Stambolijski (1919-1923) hervor, durch die das türkische Privatschulwesen rechtlich dem bulgarischen gleichgestellt wurde und die staatliche Unterstützung für die türkischen Schulen gesichert wurde.<sup>395</sup> Verwaltet wurden die Schulen von sogenannten Schulräten, die auch für die Berufung des Lehrpersonals verantwortlich waren; diese Berufungen mußten jedoch mit dem Bildungsministerium abgesprochen werden.<sup>396</sup> In Stambolijskis Amtszeit fällt auch die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt und der *Nüvvab-Medrese* in Şumen. Die Lehrerbildungsanstalt, deren Einweihung ursprünglich für 1912 geplant war, öffnete 1918 ihre Pforten als staatliche Schule. In den zwanziger Jahren wurde darüber nachgedacht, zwei weitere Lehrerbildungsanstalten in Ruse und Plovdiv zu gründen. Obschon die Regierung zunächst zugestimmt hatte, wurde dieser Plan immer wieder verzögert. Doch statt neue Anstalten zu gründen, wurde 1928 das Institut in Şumen geschlossen.<sup>397</sup> Die 1922 gegründete Medrese *Nüvvab* sollte eine Ausbildungsstätte für muslimische Geistliche in Bulgarien werden, doch nach der Schließung der Lehrerbildungsanstalt übernahm die Medrese in erster Linie die Ausbildung von Lehrern.<sup>398</sup>

Hatte sich der finanzielle Status der Privatschulen und die allgemeine Situation der türkischen Bildungseinrichtungen schon nach der gewaltsamen Absetzung Stambolijskis 1923 verschlechtert<sup>399</sup>, so ging nach dem Umsturz von 1934 die Zahl der türkischen Schulen (und Schüler) rapide zurück. Mitte der zwanziger Jahre bestanden noch über 2.400 Grund- und Mittelschulen, doch sank diese Zahl im Schuljahr 1936/37 auf 585, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges sogar bis auf 344 – und das, obwohl durch die Eingliederung der Süddobruška im Jahr

<sup>394</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.233.

<sup>395</sup> Şimşir: The Turks, S.36 ff.

<sup>396</sup> Ebd., S.62 ff.

<sup>397</sup> Ebd., S.38 ff.

<sup>398</sup> Şimşir: The Turks, S.41 ff. Eminov verweist in diesem Zusammenhang auf den Umstand, daß viele der in Şumen ausgebildeten Türken anschließend nach Istanbul gingen, um dort ihre Studien fortzusetzen. Da nur die wenigsten nach Bulgarien zurückkehrten, sei hier eine Art Brain Drain entstanden. Siehe Eminov: The Status, S.291.

<sup>399</sup> Die Regierung Cankov machte die von ihren Vorgängern eingeführte finanzielle Unterstützung wieder rückgängig, so daß die Privatschulen wieder vollständig aus dem Grund- und Stiftungsbesitz finanziert werden mußten. Außerdem griff sie in die Autonomie der Schulen ein, indem sie unbequeme Lehrer entließ. Siehe Stojanov: Türkische Minderheit, S.287.

1940 die türkische Bevölkerung einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs erhalten hatte.<sup>400</sup> Hier machte sich deutlich die nationalistisch orientierte Politik des neuen Regimes bemerkbar, dessen erklärtes Anliegen es nach einem von Stojanov zitierten Dokument von 1935 gewesen ist, die türkische Minderheit aus sicherheitspolitischen Gründen auf einem niedrigen Bildungsniveau zu halten.<sup>401</sup>

Die steigenden Aussiedlerzahlen (siehe Tabelle 26) ab Ende der zwanziger Jahre und erneut ab 1934 zeigen, daß sich die Stimmung unter den bulgarischen Türken durch den autoritären Putsch verschlechtert hatte.<sup>402</sup> Zu dieser Stimmungsveränderung dürften unter anderem die Ortsnamensänderungen gleich nach dem Machtantritt der Zveno-Regierung beigetragen haben, als innerhalb eines halben Jahres im ganzen Land fast 1.900 türkische Ortsnamen bulgarisiert wurden – und das vor allem in den Gebieten mit hohen türkischen Bevölkerungsanteilen (dem *Ludogorie* im Nordosten und dem damaligen *okrąg Kärđžali* im Südosten).<sup>403</sup> Das Verbot der Bildungs- und Kulturorganisation *Turan*<sup>404</sup> bildete einen weiteren Schlag gegen den kemalistisch gesinnten Teil der türkischen Minderheit; der *Turan*-Verband wurde durch die staatlich unterstützte, antikemalistische „Gesellschaft zum Schutz der muslimischen Religion in Bulgarien“ ersetzt.<sup>405</sup>

Schließlich zeigte sich die restaurative Politik des Zveno-Bundes auch an der starken Einschränkung der türkischen Presse. Schon unmittelbar nach ihrer

---

<sup>400</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.253, Tab 3a.

<sup>401</sup> „Das [Bildungs-] Ministerium soll offiziell den Anschein erwecken, seinerseits alles nur Mögliche zu tun, daß die türkische Schule ein entsprechendes Niveau erreicht, ohne jedoch jene Resultate zu erreichen, die in den Volksschulen vorliegen. Andererseits stellt eine untergeordnete nationale Minderheit, die (...) kompakt siedelt, eine ernste Gefahr für unsere Staatssicherheit dar, wenn sie eine bessere Ausbildung erhält.“ Zit. nach Stojanov: Türkische Minderheit, S.293. Entsprechendes berichtet Terziovski über die bulgarische Bildungspolitik gegenüber der türkischen und albanischen Minderheit in Makedonien während des Zweiten Weltkrieges: Terziovski, Rastislav: The Bulgarian Institutions in Occupied Macedonia, 1941-44, in: Macedonian Review 3 (1976) 1, S.72-78, hier S.74.

<sup>402</sup> Stojanov: Türkische Minderheit, S.292; Stojanov weist darauf hin, daß neben der verschlechterten Situation in Bulgarien auch ein neues Ansiedlungsgesetz in der Türkei ausschlaggebend gewesen sein dürfte, daß die Emigrantenzahlen stiegen. Außerdem habe es zwischen Bulgarien und der Türkei ein Zollabkommen gegeben, durch das den Aussiedlern ermöglicht wurde, finanzielle Vorteile durch die Ausfuhr bestimmter Waren zu erreichen.

<sup>403</sup> Krause: Ortsumbenennungen, S.47 ff.

<sup>404</sup> *Turan*, ursprünglich ein Sportverein aus Vidin, hatte sich Mitte der zwanziger Jahre zu einem Verband türkischer Vereine entwickelt. Die Mitglieder trugen eigene Uniformen, brachten eigene Zeitungen heraus. In konservativen türkischen Kreisen traf der Verband auf Widerstand. Kurz vor seinem Verbot trat der Verband für die Bildung einer eigenen Wahlliste der Türken bei den Parlamentswahlen ein. Siehe Şimşir: The Turks, S.75 ff.; Stojanov: Türkische Minderheit, S.289.

<sup>405</sup> Stojanov: Türkische Minderheit, S.291.

Machtübernahme hatten die *zvenari* eine ganze Reihe türkischer Zeitungen verboten. Die Situation der Presse verschärfte sich noch gegen Ende der dreißiger Jahre, bis schließlich 1941 fast alle verbliebenen türkischen Zeitung verboten wurde.<sup>406</sup>

Hält man sich die Veränderungen zuungunsten der türkischen Minderheit ab Ende der zwanziger und verstärkt ab Mitte der dreißiger Jahre vor Augen, so fällt es schwer, sich dem globalisierenden Urteil Höpkins über die staatliche Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit anzuschließen. Vielmehr hat es deutliche Tendenzen gegeben, die Minorität auf dem Status eben der „Teilgesellschaft“ (Höpken) zu halten, die möglichst unpolitisch ihr Schicksal zu tragen habe. Dabei scheint ein Hauptanliegen der bulgarischen Regierungen gewesen zu sein, den Einfluß der kemalistischen Ideen innerhalb Bulgariens zurückzudrängen und die aus damaliger Sicht konservativen Kreise, die weiter für osmanisch-panislamischen Ideen eintraten, zu bevorzugen. Damit hat meiner Meinung nach ab Ende der zwanziger Jahre nicht nur eine De-Osmanisierung der bulgarischen Gesellschaft stattgefunden, sondern gleichzeitig auch eine Re-Osmanisierung des sozialen Lebens der bulgarischen Türken.

Ob sich die Lage der türkischen Minderheit mit dem Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt 1941 noch weiter verschlechtert hat, läßt sich nicht beurteilen, da die meisten Autoren die Zeit des Zweiten Weltkriegs aus ihren Betrachtungen entweder ganz ausklammern (etwa W. Höpken oder B. Şimşir) oder auf recht einseitige Literatur zurückgreifen.<sup>407</sup>

### *2.5.3. Die Politik der BKP gegenüber der türkischen Minderheit nach 1944*

Mit dem Regierungsantritt der Vaterländischen Front im Herbst 1944 entstand für die türkische Minderheit eine ambivalente Situation. Auf der einen Seite bot sich nun dieser bis dahin vernachlässigten und zeitweise sogar benachteiligten Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit, während der vergangenen Jahre verlorene

---

<sup>406</sup> Şimşir, B.: *The Turkish Minority Press in Bulgaria. Its History and Tragedy 1865-1985*, Ankara 1986, S.5 u. 34; Stojanov: *Türkische Minderheit*, S.292. Die Angaben der beiden Autoren unterscheiden sich nicht nur bezüglich der Einstellung der letzten türkischen Zeitung, sondern auch bezüglich den Erscheinungsorten. Während Stojanov davon ausgeht, daß es gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zwei Publikationen gab, nämlich „Medeniyet“ (Plovdiv, 1933-44) als Organ der „Gesellschaft zum Schutz der muslimischen Religion“ und „Hakikat Şahidi“ (Razgrad, 1933-43), findet sich bei Şimşir der Hinweis, daß „Hakikat Şahidi“ in Kazanlak herausgegeben wurde und die Schrift der dortigen protestantischen Missionare war.

<sup>407</sup> Stojanov beruft sich für die Zeit des Zweiten Weltkriegs ausschließlich auf Memişev, Ju.: *Učastieto na bălgarskite turci v borbata protiv kapitalizma i faşizma, 1919-1944* [Die Beteiligung der bulgarischen Türken am Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus], Sofija 1977.

Rechte wiederzuerlangen und durch den prononcierten Modernisierungsanspruch der kommunistisch dominierten Vaterländischen Front Entwicklungsfortschritte zu machen, die ihr bis dahin aus den unterschiedlichsten Gründen verwehrt geblieben waren. Gleichzeitig konnte auch die neue Regierung das schon traditionelle bulgarische Mißtrauen gegenüber der türkischen Bevölkerung als „fünfte Kolonne“ Ankaras nicht überwinden. Außerdem stand die in sich abgekapselte türkische Teilgesellschaft dem Willen zur sozialen Vereinheitlichung der Gesellschaft entgegen. Der Homogenisierungswille barg somit auch die Gefahr, daß die Besonderheiten dieser Minderheit durch staatliche Zwangsmaßnahmen beseitigt werden könnten.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren zeigte sich die neue Regierung durchaus bereit, auf die Forderungen, die von verschiedenen Seiten an sie gestellt wurden, einzugehen. Schließlich mußte sie noch ihre Machtbasis festigen, und das besonders auf dem Land, wo die Hauptklientel der stärksten politischen Gegner der BKP und damit der Vaterländischen Front, nämlich des Bauernbunds (BZNS) lebte. Um die Angehörigen der türkischen Minderheit für sich zu gewinnen, bediente sich die Regierungskoalition dann auch ähnlicher Mittel wie gegenüber den anderen, schon beschriebenen Minderheiten, wozu die Herausgabe von zunächst einer türkischen Zeitung, *Işık* („Licht“), durch die Kommission für die türkische Minderheit bei der VF gehörte.<sup>408</sup> Einschränkend muß hier allerdings erwähnt werden: Die Regierung förderte nicht, wie etwa bei den Roma oder gar den „Makedoniern“ (und bis zu einem gewissen Maße auch bei den Pomaken), aktiv das ethnische Bewußtsein der bulgarischen Türken – jedenfalls finden sich in der Literatur keine Hinweise darauf.<sup>409</sup> Außerdem wurde keine spezielle Kultur- und Bildungsorganisation wie etwa für die Juden, Armenier und Roma gegründet. Da eine genauere Untersuchung über die Inhalte der türkischen Zeitungen Bulgariens nicht vorhanden ist, kann nur vermutet werden, daß den neuen Machthabern die Stärkung des nationalen türkischen Bewußtseins weder opportun noch nötig erschien.

In der Übergangsphase machte die Regierung eine ganze Reihe Zugeständnisse, die darauf zielten, die Türken aktiv an der Politik zu beteiligen und die bis dahin bestehenden rechtlichen Benachteiligungen aufzuheben. Dazu gehörte die Gleichstellung der türkischen mit den bulgarischen Lehrern, die mit dem Schulgesetz vom Mai 1945 (und der entsprechenden Nachbesserung vom September 1946)<sup>410</sup> erreicht werden sollte. Die Gleichstellung der Lehrer war allerdings mit einer

<sup>408</sup> Şimşir: Turkish Minority Press, S.6, 35 f.

<sup>409</sup> Das könnte aber auch daran liegen, daß ein Großteil der hier verwendeten bulgarischen Literatur zu Zeiten erschien, da es längst nicht mehr die Politik der KP war, das eventuell bestehende Nationalbewußtsein von ethnischen Minderheiten zu fördern.

<sup>410</sup> So etwa Memišev, Ju.: Bălgarskite turci v borbata za ukrepvane na narodnata vlast [Die bulgarischen Türken im Kampf um die Unterstützung der Volksmacht], in: Istoričeski pregled 40 (1984) 4, S.61 u. 63.

Säuberung der Lehrerschaft verbunden, auch wenn dies weniger betont wird.<sup>411</sup> Andererseits umfaßte die allgemeine rechtliche Angleichung auch Regelungen wie das Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter, womit „der erste entscheidende Schlag gegen die alten religiösen Ansichten über die türkischen Frauen geführt und neue, breite Perspektiven für deren aktive Teilnahme an allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit dem Mann eröffnet wurde.“<sup>412</sup>

Neben den juristischen Konzessionen, deren Auswirkungen hier nicht beurteilt werden können, war vor allem die Bodenreform von 1946 eine Maßnahme, die geeignet war, die landlosen türkischen Bauern, die nun kleine Ackerstücke zur Bewirtschaftung erhielten, auf die Seite der Regierung zu ziehen. Etwa 45.000 türkische Bauern haben nach bulgarischen Angaben von der Landreform profitiert. Außerdem führte die Regierung ein Tabakmonopol ein; mit ihm sollten der bis dahin in privaten Händen ruhende Tabakhandel verstaatlicht und den Spekulanten der Gewinn entzogen werden.<sup>413</sup> Aber auch bei diesen Maßnahmen verfolgte die Regierung durchaus praktische Zielsetzungen, denn Bulgarien durchlebte in den ersten Nachkriegsjahren eine Nahrungsmittelkrise und litt unter Devisenmangel. Tabak aber war einer der hauptsächlichen Devisenbringer für den Balkanstaat, so daß die Regierung nicht darauf verzichten wollte, sich mit der Verstaatlichung des Tabakhandels eine zusätzliche Einnahmequelle zu verschaffen.<sup>414</sup>

Diese allgemein positive Haltung der BKP gegenüber den Türken dürfte zum Ansteigen der Mitgliederzahlen auch unter dieser Bevölkerungsgruppe beigetragen haben, denn die Zahl der türkischen Parteimitglieder stieg von etwa 21.500 um den Jahreswechsel 1945/46 auf 31.000 Anfang 1947 an.<sup>415</sup> Damit stellten die türkischen Mitglieder zunächst etwas über 6% (was schon unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung lag). Auch danach hinkte der Zuwachs etwas hinterher, 1948 betrug der Organisationsgrad der Gesamtbevölkerung knapp über 6 Prozent, während er bei den Türken unter 5 Prozent zurückblieb.<sup>416</sup> Neben den oben angeführten Gründen dürfte der Mitgliederzuwachs der BKP auch mit dem Aufbau von speziellen Minderheitenkommissionen bei einigen Kreis- und Gebietskomitees

<sup>411</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.57; Die Beschlüsse der Konferenz sind auszugsweise abgedruckt in Şimşir: *The Turks*, S.136 ff. Auf der Konferenz wurden vor allem das Bildungswesen und Fragen der religiösen Organisationen und Institutionen besprochen.

<sup>412</sup> Memišev: *Bälgarskite turci*, S.62.

<sup>413</sup> Ebd., S.63.

<sup>414</sup> Lampe: *The Bulgarian Economy*, S.124 ff.

<sup>415</sup> Memišev: *Bälgarskite turci*, S.65.

<sup>416</sup> Die Gesamtzahl der Parteimitglieder stieg von 15.000 während des Krieges auf 225.000 bis 250.000 (Mitte 1945) und 460.000 (1948). Zahlen nach Bell: *Domestic Politics*, S.58 und Crampton: *A Short History*, S.146. Höhere Zahlen gibt dagegen Troebst an: 254.140 (Januar 1945), 427.714 (Dezember 1945), 490.091 (Dezember 1946) und 493.658 (1948). Die Berechnungen erfolgten auf der Grundlage der höheren Angaben von Troebst: *Der masochistische Musterknabe*, S.658.

zusammenhängen. Solche Minderheitenkomitees und -kommissionen wurden vor allem in den türkischen Siedlungsgebieten gegründet und beschränkten sich nicht nur auf die KP, sondern wurden auch bei den entsprechenden Komitees der Vaterländischen Front gebildet, die damals noch die Funktion der Exekutive ausfüllten.<sup>417</sup> Gleichwohl gab es gerade bei der Parteiarbeit im Raum Kărdžali noch lange Zeit Schwierigkeiten, wie aus den Äußerungen des Delegierten von Krumovgrad auf dem V. Parteikongreß (1948) hervorgeht. Die Probleme bei der Organisation hingen diesem Beitrag zufolge vor allem mit der schlechten Infrastruktur und der verstreuten Siedlungsweise in den Ostrhodopen, aber auch mit dem niedrigen Bildungsstand der Bevölkerung zusammen.<sup>418</sup>

Auf den ersten Blick schien mit den Wahlsiegen der Vaterländischen Front bei den Parlamentswahlen 1946 für die Türken Bulgariens tatsächlich eine neue Zeit angebrochen zu sein. Dafür sprach auch die Verabschiedung der „Dimitrov-Verfassung“ im Jahr 1947. Doch gleichzeitig verstärkte sich die Unruhe unter der türkischen Bevölkerung. Nicht nur, daß die von der Bauernpartei angeführte Opposition aufs Schärfste von der KP bekämpft und in allen öffentlichen Ämtern (darunter auch die türkischen Gemeinde- und Schulräte) Säuberungen durchgeführt worden waren<sup>419</sup>, es war auch die Zeit der Volksgerichtshöfe, denen nach unterschiedlichen Schätzungen bis 1945 nahezu 2.700 Menschen zum Opfer gefallen waren, einige Tausend weitere waren zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden.<sup>420</sup> Der BKP entging diese Unruhe keineswegs. Bereits Anfang Januar 1948 hatte das ZK auf einem Plenum die türkische Minderheit behandelt. Georgi Dimitrov selbst beklagte sich auf diesem Plenum darüber, daß unter der türkischen Minderheit nationalistische Propaganda von einigen muslimischen Geistlichen im Lande betrieben werde. Aber nicht nur diese Befürchtung dürfte ihn zu der Äußerung getrieben haben, daß „(...) wir an der südlichen Landesgrenze eigentlich eine nichtbulgarische Bevölkerung haben, die ein ständiges Geschwür (sic!) für unser Land darstellt.“ Es scheinen auch sicherheitspolitische Bedenken gewesen zu sein, die zu seinem Lösungsvorschlag geführt haben. Er schlug nämlich im gleichen Atemzug vor, die türkische Bevölkerung aus den Grenzgebieten auszusiedeln und, nach seinen Worten, „unsere eigene bulgarische Bevölkerung“

---

<sup>417</sup> Memiřev: Bălgarskite turci, S.66 f.

<sup>418</sup> Peti kongres na bălgarskata komunističeska partija, 18-25 dekemvri 1948 g. Stenografski protokol [Fünfter Kongreß der bulgarischen kommunistischen Partei, 18.-25.12.1948. Stenographisches Protokoll], Sofija 1949, S.592 ff. Die Aussagen der Delegierten aus den nördlichen Siedlungsgebieten bezogen sich in erster Linie auf die Bildungspolitik.

<sup>419</sup> Zur Säuberung der Verwaltung siehe Crampton: A Short History, S. 148; zur Säuberung der Schul- und Gemeinderäte siehe Memiřev: Bălgarskite turci, S.68.

<sup>420</sup> Bell: Domestic Politics, S.60; siehe auch Meřkova, P. / řarlanov, D.: Bălgarskata gilotina. Tajnite mehanizmi na narodnija săd [Die bulgarische Guillotine. Die geheimen Mechanismen des Volksgerichtes], Sofija 1994.

dort anzusiedeln.<sup>421</sup> Ob daraufhin tatsächlich Umsiedlungen aus den Grenzregionen stattgefunden haben, läßt sich aufgrund der verwendeten Literatur kaum rekonstruieren, auch wenn es einige verstreute Hinweise darauf gibt.<sup>422</sup> Dieses ZK-Plenum ist noch in einer zweiten Hinsicht bemerkenswert. Auf dieser Sitzung stand vor allem die Bewertung der bisherigen Parteilinie im Mittelpunkt der Diskussionen. Dabei geriet Dimitrov durch die Angriffe von Červenkov und anderen „Vulgär-Dichotomisten“ (M. Hatschikjan) immer mehr in Bedrängnis.<sup>423</sup> Möglicherweise setzte er auf diese nationalistischen Töne, um seine Machtposition noch einmal zu retten.

Als dann im Frühling 1949 mehr und mehr Türken bei den türkischen Konsulaten Einreisevisa für die Türkei beantragten, wurde das ZK-Mitglied Dobri Terpešev beauftragt, im Land herumzureisen und die wahren Gründe für den steigenden Auswanderungsdruck herauszufinden. Aus Terpeševs Bericht wird deutlich, daß der entscheidende Grund für die wachsende Nervosität der türkischen Bevölkerung, die sich auch in illegalen Grenzübertritten niederschlug, die erste Welle der

---

<sup>421</sup> Trifonov: *Stogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.16 vom 22.4.1991, S.10. Dimitrov hatte auch schon vor diesen Äußerungen gelegentlich öffentlich auf antitürkische Vorurteile unter seinen Zuhörern gebaut, so etwa, als er 1946 vor einer Versammlung des Bulgarischen Nationalen Frauenverbandes den Konservatismus der bulgarischen Männer anklagte: „Die Mehrheit der Männer und nicht wenige auch von denen, die in der Vaterländischen Front sind, leiden an mittelalterlicher, falscher Einstellung zur Frau. Es gibt viele Männer, denen in dieser Hinsicht nur noch der alte türkische Turban fehlt. Sie haben Hochschulbildung genossen, im Ausland studiert, glauben, eine europäische Kultur zu besitzen, stehen jedoch in ihrer Einstellung zur Frau nicht höher als ein verknöchertes Orientale. Dem muß schnellstens ein Ende gemacht werden. (...) Wer der Frau gegenüber eine orientalische Einstellung hat, wer auf dem Niveau jener Türken steht, die Harems besaßen, kann kein Mann von Kultur sein.“ Dimitroff, G.: *Ausgewählte Werke*, Bd. 2, Sofia 1976, S.434.

<sup>422</sup> Şimşir weist darauf hin, daß solche Umsiedlungen stattgefunden haben. Seinen Angaben zufolge sollen im Juli 1948 fünfzig Waggons mit bulgarischen Türken aus den Rhodopen in die Dobrudscha gebracht worden sein, im Oktober 1949 28 Züge aus der Gegend von Zlatograd nach Nordbulgarien, und im September 1950 noch einmal 63 Güterwaggons aus Krumovgrad in die Gegend von Razgrad und Şumen. Siehe Şimşir: *The Turks*, S.9. Das Problem hierbei ist, daß Şimşir keinerlei Quellen für diese Angaben erbringt. Trifonov erwähnt die Umsiedlung in einem Nebensatz. Das Politbüro habe auf seiner Sitzung am 3. August 1950 darauf gedrängt, vor allem die Türken aus den Grenzgebieten der Rhodopen anzusiedeln. Für den Fall des Mißlingens sollten sie nach Nordbulgarien umgesiedelt werden. Trifonov: *Stogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.16 vom 22.4.1991, S.10.

<sup>423</sup> Als „Vulgär-Dichotomisten“ bezeichnete Hatschikjan diejenigen Mitglieder der Parteispitze, die, anders als Dimitrov, der Meinung waren entweder habe eine sozialistische Revolution in Bulgarien stattgefunden oder nicht. Dimitrov dagegen wollte eben diese Dichotomie im Hinblick auf die Koalitionsregierung der Vaterländischen Front relativiert wissen. Hatschikjan: *Tradition und Neuorientierung*, S.335 ff.

Kollektivierung in der Landwirtschaft gewesen ist.<sup>424</sup> Schließlich hat wahrscheinlich der Exodus der Juden von Bulgarien nach Israel den endgültigen Anstoß für gleichlautende Wünsche auch bei den Türken gegeben.<sup>425</sup> Auf diesen Bericht hin faßte das Politbüro am 18.8.1949 einen folgenschweren Beschluß, der die Aussiedlung derjenigen Türken vorsah, die nicht mehr im Land bleiben wollten. Auch für den Fall, daß sich die türkischen Behörden weigerten, die Aussiedler aufzunehmen, wurde in dem Beschluß Vorsorge getroffen. Dann sollte die türkische Bevölkerung nach Nordbulgarien umgesiedelt werden. Aber auch wirtschaftliche Fragen wurden geregelt, denn die Tabakernte schien durch die bevorstehende Aussiedlung gefährdet; um den drohenden finanziellen Ausfall zu verhindern, war vorgesehen, bulgarische Arbeiter zur Tabakernte heranzuziehen. Auf jeden Fall sollten die Aufwiegler unter der türkischen Bevölkerung ausgesiedelt werden – womit die generelle Linie hinter der Politbüro-Entscheidung klar hervortritt: Nachdem die oppositionelle Bauernpartei mit der Hinrichtung Nikola Petkovs im August 1947 nicht nur mundtot gemacht worden war, wollte sich die BKP sowohl der potentiellen Regimegegner unter den Türken als auch des mit ihnen verbundenen Sicherheitsrisikos für die Südgrenze entledigen. Für die Öffentlichkeit sollten einerseits die Errungenschaften des Sozialismus für die nationalen Minderheiten hervorgehoben, andererseits in den Medien die schlechten Lebensbedingungen in der Türkei angeprangert werden.<sup>426</sup> Da man sich zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden hatte, die Emigration zu erlauben, spielte die Verabschiedung einer weiteren minderheitenpolitischen Maßnahme, die zur Erhöhung des Drucks auf die türkische Bevölkerung beitragen konnte, keine allzu große Rolle mehr: Etwa zwei Wochen nach dem Politbüro-Beschluß verabschiedete der Ministerrat das neue Religionsgesetz.<sup>427</sup>

<sup>424</sup> Siehe hierzu Höpken, W.: Emigration und Integration von Bulgarien-Türken seit dem Zweiten Weltkrieg – Ein Vergleich der Auswanderungswellen von 1950/51 und 1989, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa, München 1992, S.363 und Genov, D.: Bratskata družba mezdu bălgarskoto i turskoto naselenie v NR Balgarija, Sofija 1961, S.110.

<sup>425</sup> Trifonov: Stogo poveritelno!, in: Pogled Nr.16 vom 22.4.1991, S.10.

<sup>426</sup> Trifonov: Stogo poveritelno!, in: Pogled Nr.16 vom 22.4.1991, S.10. Die Zeitungen befolgten diesen Beschluß sehr genau. Als Beispiele für die Doppelstrategie seien hier nur das Telegramm von Türken aus Plovdiv an den auch für Religionsangelegenheiten zuständigen bulgarischen Außenminister V. Poptomov genannt, mit dem sich die Türken für die neuerlangte Religionsfreiheit bedankten (Das Religionsgesetz, mit dem die rechtliche Autonomie der islamischen Glaubensgemeinschaft eingeschränkt wurde, war kurz zuvor verabschiedet worden) in: Otečestven front vom 5.10.1949 und den einige Tage später erschienenen Artikel von D. Davut über die verschärfte wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei, mit dem u. a. die „feudalen“ Verhältnisse angeprangert wurden. Otečestven front vom 15.10.1949.

<sup>427</sup> Pundeff: Churches, S.552 f. Gleichwohl soll sich der türkische chargé d'affair in Sofia sehr zurückhaltend über die Einmischung in die Religionsangelegenheiten geäußert haben. Siehe Höpken: Türkische Minderheiten, S.240.

Es sollte jedoch noch etwa ein Jahr dauern, bis die bulgarische Führung sich entschloß, dem gestiegenen Emigrationsdruck freien Lauf zu lassen und der türkischen Regierung mitzuteilen, daß etwa 250.000 Türken Bulgarien verlassen wollten. In der bulgarischen Presse wurde die Überreichung jedoch dargestellt, als handele es sich um eine Protestnote gegen die türkische Regierung, die absichtlich die Aussiedlung verzögere, woraus das Bemühen der bulgarischen Seite hervorgeht, die Verantwortung weiterzureichen.<sup>428</sup> Auf den Verlauf dieser Aussiedlungswelle soll in dem entsprechenden Abschnitt noch näher eingegangen werden. Hier soll es zunächst genügen, darauf hinzuweisen, daß zwischen August 1950 und Ende September 1951 etwa 155.000 Menschen Bulgarien in Richtung Türkei verließen, in ihrer überwiegenden Mehrheit Türken, aber auch Pomaken und Roma.

Noch während die Aussiedlungswelle im vollen Gang war, verabschiedete das Politbüro am 26.4.1951 der Beschluß A No. 103 – wahrscheinlich, um dem durch die Emigration ausgelösten Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft entgegenzuwirken und Anreize für die Türken zu schaffen, im Lande zu bleiben.<sup>429</sup> Mit dieser Entscheidung wurden die Grundzüge der Politik der BKP gegenüber den Türken bis zum Ende dieses Jahrzehnts festgelegt. Im wesentlichen wurden mit dem Beschluß drei Bereiche abgedeckt, von denen die Parteiführung erhoffte, sie würden die Unruhe unter der türkischen Bevölkerung besänftigen, sobald die Emigration beendet sein würde: Erstens sollten einige organisatorische Veränderungen durchgeführt werden, mit denen die Türken besser in der Politik vertreten werden sollten – bei den Zentralkomitees der KP und des kommunistischen Jugendverbandes sowie beim Nationalrat der Vaterländischen Front wurden spezielle Abteilungen bzw. Sektionen für die türkische Minderheit eingerichtet (Unklar ist jedoch, ob mit den beschlossenen organisatorischen Veränderungen nicht offene Türen eingerannt wurden. Schließlich bestanden nach Aussage Memiševs ähnliche Komitees bereits zuvor.). Zweitens sollte die Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich mit der aserbeidschanischen Sowjetrepublik verstärkt werden. Die Koordination dieser Zusammenarbeit wurde dem späteren Parteichef Todor Živkov übertragen. Die Kooperation mit Aserbeidschan war aber nur ein Aspekt der neuen Bildungspolitik. Zum ersten Mal wurden auch Privilegien beim Zugang von Türken in die höheren Bildungsanstalten beschlossen und Stipendien

---

<sup>428</sup> Höpken: Emigration und Integration, S.359. Das KP-Organ *Rabotničesko delo* berichtete interessanterweise erst einige Tage nach der Überreichung der Note, daß die Reaktion der Türkei auf sich warten lasse. *Rabotničesko delo* vom 16.8.1950; das Organ der BZNS berichtete dagegen schon am folgenden Tag auf der ersten Seite; *Zemledsko zname* vom 11.8.1950.

<sup>429</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.241. Ein Auszug aus dem Beschluß ist zitiert in: WDSOE 4 (1956), S.81 f.

für sie ausgeschrieben.<sup>430</sup> Diese Politik der Zugeständnisse brachte aber auch für die Parteispitze unerwünschte Ergebnisse mit sich. Die Gewährung einer Art Kulturautonomie mit einer Vielzahl von Publikationen und der Gründung von türkischen Theatern, dem Ausbau des türkischen Schulwesens und aktiven Förderung des allgemeinen Bildungsstandes der türkischen Minderheit durch die Quotierung scheint deren Nationalbewußtsein in einem unerwünschten Maß gestärkt zu haben. Nach Troebst bestand dann auch das grundsätzliche Dilemma der Partei in den fünfziger Jahren darin, daß sie auf der einen Seite die türkische Identität schwächen wollte, indem sie den Einfluß des Islam zurückdrängen wollte, sich aber zu diesem Zweck der türkischen Sprache bedienen mußte.<sup>431</sup>

Die Veränderungen im Bildungsbereich, auf die weiter unten in dem entsprechenden Abschnitt noch einzugehen sein wird, deuteten die Hauptrichtung dieses Beschlusses an. Denn der dritte und umfangreichste Bereich betraf die Modernisierung der türkischen Siedlungsgebiete. In der bulgarischen Literatur, die sich mit der Geschichte der Türken auseinandersetzt, wird gerade dieser Aspekt des Beschlusses hervorgehoben, weil er angeblich dazu beigetragen hat, die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit der türkischen Bevölkerung zu überwinden. In der Tat zeigten die beauftragten Stellen, vor allem der Ministerrat, in der Folgezeit eine beträchtliche Aktivität. Leider sind die Beschlüsse, die zum Beispiel Memišev erwähnt, und mit denen die Modernisierung der Bezirke Šumen, Chaskovo, Varna und Ruse auf den Weg gebracht werden sollte, nicht veröffentlicht worden, so daß über konkreten Zielsetzungen kaum etwas bekannt ist.<sup>432</sup>

Tatsächlich hinkten die staatlichen Modernisierungsmaßnahmen, besonders die Kollektivierung, in den türkischen Siedlungsgebieten hinter den anderen Regionen her, was zur Folge hatte, daß die Überwindung der sozialen Unterschiede nur langsam voranging. Auch das Tempo der Kollektivierung in den verschiedenen türkischen Siedlungsgebieten wies deutliche regionale Unterschiede auf: Höpken gibt an, daß im Bezirk Chaskovo mit seinem hohen türkischen Be-

---

<sup>430</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.16 vom 22.4.1991, S.10. Živkov selbst bezeichnete später den Beschluß vom 26.4.1951 als Beginn „der Desintegration des bulgarischen Volkes“, weil mit ihm die Absonderung und der Pantürkismus verstärkt worden seien. Živkov: *Sreštu njakoi lăzi*, S.81.

<sup>431</sup> Troebst: *Verhältnis*, S.240.

<sup>432</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.86 ff. Memišev beschreibt die Beschlüsse und deren Umsetzung nur sehr oberflächlich, so daß daraus keine Schlüsse gezogen werden können, welche Bereiche im Zentrum des Modernisierungswillens der KP lagen. Eine Ausnahme bildet das groß angelegte Projekt der Modernisierung der Landwirtschaft in der Dobrudscha, das jedoch schon etwa sechs Wochen vor dem Politbürobeschuß verabschiedet wurde. In dem Ministerratsbeschuß Nr.236 waren vor allem Meliorationsarbeiten und Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenerosion (Aufforstungen), aber auch Verbesserungen der organisatorischen Arbeit und der Versorgung mit Landwirtschaftstechnik sowie der Ausbau der Infrastruktur (Wasserleitungen, Straßen, Elektrifizierung) vorgesehen. IPNS Nr. 31, 17.4.1951, S.1-15.

völkerungsanteil noch 1955/56 erst knapp über die Hälfte aller Wirtschaften in die landwirtschaftlichen Kooperativen eingetreten waren und noch fast 40% des bearbeiteten Bodens privat bebaut wurde.<sup>433</sup> In diesem Gebiet fand die Kollektivierung erst sehr spät ihren Abschluß; die möglichen Gründe hierfür habe ich bereits in dem Kapitel über die Pomaken zusammengefaßt. Dagegen schien der Verlauf der Kollektivierung in den nördlichen Gebieten weit schneller voranzuschreiten. Im Frühling 1956 waren im Kreis Ruse schon 75%, in den Bezirken Tolbuchin über 80% und Tărgovişte über 90% aller Wirtschaften kollektiviert.<sup>434</sup> Allerdings lag in diesen Kreisen auch der Anteil der türkischen Bevölkerung niedriger als im Bezirk Chaskovo (siehe Tabelle 13).

Mit diesen Entwicklungen konnte die Parteispitze nicht zufrieden sein. Zwar hatte sie nach 1951 einige Erfolge vor allem im Bildungssektor vorzuweisen, aber die soziale Entwicklung der türkischen Minderheit tendierte zu einem Sonderweg, der den Vereinheitlichungsbemühungen der BKP entgegenstand – mehr noch, die den Türken zugestandenen Privilegien mußten dazu führen, daß Teile der anderen islamischen Bevölkerungsgruppen, Pomaken und Roma, auch diesen Status der Privilegierten erreichen wollten. Eben dieser Umstand wurde aber nach dem Aprilplenium, und besonders nach dem VII. Parteitag von 1958 entschieden bekämpft, wie oben bereits beschrieben wurde. Aber auch die Türken Bulgariens blieben von diesem minderheitenpolitischen Kurswechsel nicht verschont.

Wann genau die parteiinternen Entscheidungen, die zu den erneuten Veränderungen in der Politik gegenüber den Türken führten, gefällt wurden, bedarf noch der genaueren Klärung. Allem Anschein nach wurden sie bereits, wie Troebst vermutet, auf einem ZK-Plenum im April 1956 auf den Weg gebracht.<sup>435</sup> Die der endgültigen Politik der Partei zu Grunde liegenden „Thesen des ZK der BKP zur Arbeit der Partei unter der türkischen Bevölkerung“ wurden allerdings erst am 21.6.1958 vom Politbüro vorgelegt und von einem ZK-Plenum Anfang Oktober 1958 verabschiedet.<sup>436</sup> Es steht zu vermuten, daß die Parteispitze mit dem nächsten Schritt gegenüber den Türken gewartet hat, bis die Kollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen war. Über den Inhalt dieser Thesen ist relativ wenig bekannt. Einer der wichtigsten Punkte war aber die Sprachenfrage. Der Historiker Bejtullov faßte 1979 die Gründe für die Veränderungen in der staatlichen Sprachpolitik zusammen:

---

<sup>433</sup> Höpken: Türkische Minderheiten, S.240.

<sup>434</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.98.

<sup>435</sup> Troebst: *Verhältnis*, S.236; Trifonovs Aussagen sind in diesem Punkt ziemlich verwirrend, da er die positive Einschätzung der Bildungspolitik durch das Plenum betont und persönlich die damalige Politik kritisiert, ohne eine klare Trennung vorzunehmen. Siehe Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.17 vom 29.4.1991, S.10.

<sup>436</sup> Bejtullov: *Kulturnijat vāzhod*, S.221. Weitere Literaturangaben siehe Troebst: *Verhältnis*, S.236 f., Anm.22.

Den Wünschen der werktätigen Türken entsprechend, hat die Partei [in den Thesen] gezeigt, daß die Verwendung eines allgemeinen Verständigungsmittels im gesellschaftlichen Leben durch alle Mitglieder des einheitlichen Arbeitskollektivs im ganzen Land nicht nur deren Privatangelegenheit ist. Sie war und wird auch in der Zukunft eine immer wichtigere gesellschaftliche und staatliche Angelegenheit bleiben. Beim Fehlen eines einheitlichen Verständigungsmittels für alle Mitglieder der Gesellschaft ist es unmöglich, daß alle Mitglieder der Gesellschaft erfolgreich und beschleunigt voranschreiten zum entwickelten Sozialismus und Kommunismus, ist es unmöglich, daß die Unterschiede zwischen Stadt und Land, die zwischen Arbeiterklasse und Bauernstand, zwischen Menschen der körperlichen und der geistigen Arbeit, zwischen Menschen der unterschiedlichen Volkstumsgruppen [narodnostni grupi] – seien sie Türken oder Zigeuner, seien sie Armenier oder Juden, allmählich überwunden werden.<sup>437</sup>

Damit stellte die Partei nicht mehr die Überwindung der sozialen Unterschiede vor die nationale Vereinheitlichung, sondern erklärte, durch die Vereinheitlichung der Sprache ein Mittel zur Überwindung der sozialen und ökonomischen Unterschiede zu schaffen.<sup>438</sup> Mit diesem ideologischen Schwenk wurde auch die Begründung für die tiefgreifenden Veränderungen im Bildungsbereich möglich: Denn mit den Thesen wurde auch die schrittweise Zusammenlegung der türkischen mit den bulgarischen Schulen beschlossen, infolge dessen das Türkische als hauptsächliche Unterrichtssprache in den türkischen Grundschulen nach und nach auf den Status eines Wahlfaches in den vereinigten Schulen zurückfiel.

Die Einschränkung der türkischen Sprache spiegelte sich auch im Rückgang der türkischen Druckerzeugnisse wider. Die offizielle Begründung lautete damals, die türkischen Leser hätten mehr Interesse an den bulgarischen Zeitungen und Büchern gezeigt, als an den türkischen – und dies sei ein „gesetzmäßiger Prozeß“, der durch die ständige Erhöhung der Kultur der türkischen Bevölkerung bedingt worden sei. Die Herausgabe von nunmehr zweisprachigen Zeitungen habe den Zweck gehabt, sowohl die ältere Generation durch die türkischen Artikel, als auch die jüngere durch die bulgarischen Beiträge zu informieren. Die bessere Beherr-

---

<sup>437</sup> Bejtullov: *Kulturnijat vāzchod*, S.221 f. In älteren Publikationen wurde dies nicht so offen gesagt. Damals war die Begründung, daß die türkischen Schüler besser bulgarisch lernen sollten, um bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten. Diese Argumentation bringt allerdings auch Trifonov vor. Vgl. Genov: *Bratskata družba*, S.49 und Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.17 vom 29.4.1991, S.10. Unklar ist, ob die Aussage Bejtullovs die Parteilinie von 1979 oder diejenige von 1958 wiedergibt, was ebenso gut möglich ist, da bereits nach dem Aprilplenum eine Aufwertung der bulgarischen Nationalgeschichte stattfand. Siehe hierzu Troebst, S.: *Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-82*, München 1983, S.73 ff.

<sup>438</sup> Ob diese ideologische Wende mit den zunehmenden Russifizierungsmaßnahmen in der Sowjetunion unter Chruščev zusammenhängt, bedarf noch der genaueren Untersuchung. Der zeitliche Zusammenhang scheint jedenfalls gegeben, zumal Chruščev kurz vor der Verabschiedung der Thesen auch in Sofia weilte. Vgl. zur sowjetischen Ideologie u. a. Meissner, B.: *Die „nationale Frage“ in marxistischer und leninistischer Sicht*, in: Schönfeld, R. (Hg.): *Nationalitätenprobleme in Südosteuropa*, München 1987, S.20.

schung des Bulgarischen durch die Jüngeren sei auch der Grund, weshalb die Organe der Kinder- und Jugendorganisationen zuerst eingestellt wurden.<sup>439</sup>

Dieser Eingriff in die bis dahin bestehende „Kulturautonomie“ der türkischen Minderheit beschränkte sich nicht nur auf die Schulen und die Presse. Nach dem Beschluß wurde vor allem die antireligiöse Propaganda verstärkt. Ab 1960 wurde die Zahl der muslimischen Geistlichen auf Veranlassung des Politbüros durch die Einführung von neuen „Sprengeln“ empfindlich eingeschränkt, womit eine weitere Identifikationsmöglichkeit der türkischen Minderheit begrenzt wurde (siehe hierzu auch das Kapitel „Religionspolitische Entwicklungen der Nachkriegszeit“).<sup>440</sup> Dieser antireligiöse, bulgarisch-nationale Kurs wurde nach der Festigung der Machtposition Todor Živkovs ab 1962 noch weiter verstärkt.<sup>441</sup> Nach außen hin zeigte der Parteichef zu diesem Zeitpunkt besondere Fürsorge für die türkische Minderheit, indem er die türkischen Siedlungsgebiete bereiste und der türkischen Presse Grußbotschaften schickte.<sup>442</sup>

Wie schon nach den Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Situation in den späten vierziger Jahren, reagierte die türkische Minderheit auf die Eingriffe in ihr kulturelles Leben mit einem verstärkten Andrang auf die diplomatischen Vertretungen der Türkei. Türkischen Angaben zufolge sollen im Zeitraum von September 1963 bis März 1964 über 380.000 Anträge auf Einreisevisa eingegangen sein, bis die bulgarische Regierung die Türken daran hinderte, die Konsulate zu betreten.<sup>443</sup> Möglicherweise sind diese Zahlen überhöht, doch spricht einiges dafür, daß der Wunsch zur Emigration bei vielen Türken gewachsen war. Zum einen dürften die entlassenen türkischen Lehrer und Geistlichen dem Regime nicht gerade freundlich gesinnt gewesen sein. Außerdem hatten die Türken wenig erfreuliche Beispiele vor Augen. Die Pomaken und Roma waren schon betroffen von den ersten institutionalisierten Umbenennungen. Auch weisen die von Şimşir zitierten Artikel aus der bulgarischen Presse<sup>444</sup> darauf hin, daß die Partei dieses Problem durchaus ernst nahm. Daß das Politbüro Ende Januar 1964 die Erhöhung des Lebensstandards der türkischen Bevölkerung beschloß, könnte als weiterer Beleg dafür gelten, daß unter der türkischen Bevölkerung eine nicht

---

<sup>439</sup> Bejtullov, M.: Životät na naselenieto ot turski proizchod v NRB [Das Leben der Bevölkerung türkischer Herkunft in der VRB], Sofija 1975, S.90 ff.

<sup>440</sup> Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr.17 vom 29.4.1991, S.10.

<sup>441</sup> Za sästojanieto i zadačite na ideologičeskata rabota na partijata [Über den Zustand und die Aufgaben der ideologischen Parteiarbeit], Rabotničesko delo Nr.125 vom 5.5.1962, S.1-3.

<sup>442</sup> Troebst: Verhältnis, S.242.

<sup>443</sup> Şimşir: The Turks, S.210 ff. unter Berufung auf türkische Archive. Vgl. auch Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr.18 vom 6.5.1991, S.10 mit den gleichen Zahlen.

<sup>444</sup> Şimşir: The Turks, S.213.

unbeträchtliche soziale Unruhe entstanden war, die sich im Willen zur Ausreise ausdrückte.<sup>445</sup>

Dieser erneute Modernisierungsversuch umfaßte vor allem die *okrāzi* Razgrad und Kārdžali. Im Bezirk Kārdžali wurde, wie aus den wenigen vorhandenen Angaben hervorgeht, neben der Buntmetall verarbeitenden GORUBSO (siehe Kap. 2.4.1.) die chemische und die Tabakindustrie weiter ausgebaut. Hinzu kamen noch die für die Stromerzeugung gedachten Stauseen *Studen Kladenec*, *Kārdžali* und *Ivailovgrad* als Großbaustellen.<sup>446</sup> Im *okrāg* Razgrad wurden vor allem die bestehenden Betriebe der mittleren Industrieproduktion (Textil-, Pharma- und Glasproduktion) ausgebaut. Trotz dieser staatlichen Förderung blieb jedoch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Kreise in den sechziger Jahren hinter dem Landesdurchschnitt zurück.<sup>447</sup> Zwar erhöhte sich der Anteil der Industrieproduktion im Zeitraum von 1960 bis 1970, doch an der Verteilung der Arbeitskräfte änderte sich kaum etwas, denn 1970 waren in diesen Gebieten die große Mehrheit der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt.<sup>448</sup> Auffällig ist hier, daß in den Kreisen mit niedrigerem türkischen Bevölkerungsanteil auch der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten niedriger lag. Das heißt, daß die ehrgeizigen Pläne der Staats- und Parteiführung, die sozialen Unterschiede zwischen der türkischen Bevölkerung und dem Landesdurchschnitt auszugleichen, fehlgeschlagen waren, denn bei der Gesamtbevölkerung hatten die Industriearbeiter bereits Mitte der sechziger Jahre ein leichtes Übergewicht über die in der Landwirtschaft tätigen Personen erreicht, wie aus Tabelle 7 hervorgeht.

Auch die Aussiedlungsfrage konnte die BKP mit diesen Maßnahmen nicht beseitigen. In diesem Punkt führte die BKP einmal mehr eine Doppelstrategie durch. Während sie nach außen hin betonte, daß eine Aussiedlung schon deshalb nicht in Frage kam, weil die bulgarischen Türken ein „untrennbarer Bestandteil des bulgarischen Volkes“<sup>449</sup> seien, verhandelte die bulgarische Staatsführung ab Mitte der sechziger Jahre mit der türkischen Regierung über ein mögliches Aussiedlungsabkommen, wobei die Einstellung der türkischen Regierung zu dieser Frage durchaus umstritten ist.<sup>450</sup> Das entsprechende Abkommen wurde schließlich am 22.

<sup>445</sup> Troebst: Verhältnis, S.242, Anm.37; Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.153.

<sup>446</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.154.

<sup>447</sup> Ebda., S.155 f.

<sup>448</sup> In den Bezirken Kārdžali waren es 82,3%, in Razgrad 75,6%, in Tārgovište 68,6%, in Silistra 71,7% und im *okrāg* Šumen 66,3%, wobei sich die Zahlen immer auf die Gesamtbevölkerung der Kreise beziehen. Tachirov: *Bālgarskite turci*, S.84.

<sup>449</sup> Troebst: Verhältnis, S.237 f. Troebst betont in diesem Zusammenhang den Unterschied zwischen Partei- und Staatsführung, der meines Erachtens zu diesem Zeitpunkt aber schon nicht mehr existierte. Kurz darauf wurde diese Trennung auch formell mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 1971 abgeschafft.

<sup>450</sup> Trifonov behauptet, daß die türkische Regierung aus wirtschaftlichen Gründen nicht bereit gewesen sei, eine neue massenhafte Aussiedlung zuzulassen (Trifonov: *Strogo*

März 1968 während eines Türkei-Aufenthaltes Todor Živkovs von den beiden Außenministern Çaglayangil und Bašev unterzeichnet, am 30. Mai 1968 ratifiziert und trat am 19. August 1969 in Kraft;<sup>451</sup> es sah die Zusammenführung von Familien vor, die während der Aussiedlungswelle von 1950/51 getrennt worden waren und hatte eine Laufzeit bis 1978, die auch tatsächlich eingehalten wurde, wie in dem entsprechenden Abschnitt noch gezeigt wird.

Parallel zu den Verhandlungen über die Emigration liefen parteiinterne Diskussionen über die weitere Politik gegenüber den Türken, wobei sich laut Trifonov der Spitzenfunktionär der Vaterländischen Front und stellvertretende Ministerpräsident Penčo Kubadinski besonders hervortat, indem er forderte, die Türken durch Mischehen zwischen Bulgaren und Türkinnen zu assimilieren und vorschlug, die Mischehen in seiner Organisation, dem Komsomol und der Partei zu propagieren. Außerdem wollte er den Einfluß des Islam dadurch in den Griff bekommen, daß der Staatssicherheitsdienst die muslimischen Geistlichen als Mitarbeiter (*Däržavna sigurnost*) anwirbt. In der Emigrationsfrage vertrat er einen rigorosen Kurs: Er forderte, möglichst viele Türken sollten ausgesiedelt werden. Andere, wie der erste stellvertretende Ministerpräsident Živko Živkov (nicht verwandt mit T. Živkov), gehörten zu den Realisten – diese Gruppe vertrat die Ansicht, daß die Pomaken-Politik gezeigt habe, daß eine „nationale“ Herangehensweise nur den Nationalismus bei den Türken verstärken würde. Auf der Politbüro-Sitzung am 21.11.1967 legte schließlich T. Živkov die weitere, allerdings nicht so neue Parteilinie fest. Nun sollte die Assimilierung durch das Zusammenleben und die gemeinsame Arbeit von Bulgaren und Türken und die Einbeziehung der türkischen Intelligenz in die Verwaltung erreicht werden. Doch gleichzeitig übernahm Živkov auch die Forderung Kubadinskis, die muslimischen Geistlichen zu Mitarbeitern der *Däržavna sigurnost* zu machen.<sup>452</sup> Bezeichnenderweise fällt diese Entscheidung in eine Zeit, als der Parteivorsitzende T. Živkov eine

---

poveritelno!, in Pogled Nr.18 vom 6.5.1991, S.10), während Şimşir gerade den Druck der türkischen auf die bulgarische Regierung, die Aussiedlung zu regeln hervorhebt. Vgl. Şimşir: *The Turks*, S.245 ff. Zur allgemeinen Entwicklung der bulgarisch-türkischen Beziehungen in den sechziger Jahren siehe Höpken, W.: *Im Schatten der nationalen Frage*, S. 82 ff.

<sup>451</sup> Şimşir: *The Turks*, S.255; das Abkommen ist veröffentlicht in DV Nr.82, 21.10.1969 (sic!), S.1-2.

<sup>452</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in Pogled Nr.17 vom 29.4.1991, S.10 und Nr.18 vom 6.5.1991, S.10.

„nationale Rückbesinnung“ in der bulgarischen Historiographie heraufbeschwor.<sup>453</sup>

Noch bevor das Abkommen über die Familienzusammenführung im bulgarischen Amtsblatt veröffentlicht wurde, fanden im Februar und Juni 1969 zwei weitere Politbüro-Sitzungen statt, auf denen das weitere Vorgehen der Partei beraten wurde. Sie brachten aber keine wesentlichen Neuerungen mit sich, sieht man von dem Diktum ab, daß der „*natürliche* historische Prozeß der Überwindung ethnischer Unterschiede“ beschleunigt werden sollte.<sup>454</sup> Dieser Prozeß sollte unter anderem durch den Ausbau des Schulwesens in den türkischen Siedlungsgebieten<sup>455</sup> forciert werden, was wiederum den „kulturellen Aufstieg“ der türkischen Bevölkerung<sup>456</sup> nach sich ziehen sollte. Im Gefolge dieser Politbüro-Sitzungen erschienen dann auch im Organ des Bildungsministeriums eine ganze Reihe von Bestimmungen wie zum Beispiel die „Maßnahmen des Bildungsministeriums zur Erfüllung des Politbürobeschlusses des ZK der BKP über die weitere Verbesserung der Arbeit unter der türkischen Bevölkerung und deren vollständige Annäherung an das bulgarische Volk im Kampf für Sozialismus und Kommunismus“<sup>457</sup> (siehe auch Kapitel 2.5.4.), in denen „Verbesserungen“ im Schulwesen vorgesehen waren. Wiederholt wurde in dieser Zeit die Anweisung gegeben, (auch bereits pensionierte) Lehrer aus dem Landesinnern in die türkischen Siedlungsgebiete zu entsenden.<sup>458</sup> Für die soziale Entwicklung der türkischen Minderheit von ebenso großer Bedeutung dürfte der Ministerratserlaß „zur weiteren sozial-ökonomischen und kulturellen Entwicklung der Kreise Kärđžali, Silistra, Razgrad, Šumen und Tărgovište“ vom 1.7.1970 gewesen sein.<sup>459</sup> Aus der gekürzten Fassung läßt sich die Richtung der vorgesehenen Modernisierungsmaßnahmen ablesen, denn unter anderem wurde das Ministerium für Leichtindustrie angewiesen, dafür zu sorgen, daß in manchen Kreisen Fachschulen für Textilverarbeitung eingerichtet werden sollen.<sup>460</sup>

Aus diesen Beschlüssen geht hervor, daß die Parteiführung durchaus beabsichtigte, ihre Modernisierungs- und Assimilierungspolitik fortzuführen, während ein

---

<sup>453</sup> Siehe dazu Troebst: Kontroverse, S.74 ff. Nach Meinung Troebsts hing diese „nationale Rückbesinnung“ mit Živkovs schwankender Machtposition zusammen, die sich unter anderem in dem Putschversuch von 1965 widerspiegelte.

<sup>454</sup> Zit. nach Troebst: Verhältnis, S.243, Hervorhebung UB.

<sup>455</sup> Nach Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.186 wurde dies auf der Februar-Sitzung des Politbüros beschlossen.

<sup>456</sup> So Bejtullova: *Kulturnijat vāzchod*, S.209.

<sup>457</sup> *Bjuletin MNP* 6 (1969) 8-9, S.42-48.

<sup>458</sup> Dies war aber schon seit 1967 Praxis. Siehe dazu *Zapoved* Nr. 3312, *Bjuletin MNP* 4 (1967) 9, S.16-18, *Zapoved* Nr. 7829, *Bjuletin MNP* 8 (1971) 2, S.20-25 und *Razporeždane* Nr. 445, *Bjuletin MNP* 8 (1971) 9, S.21-23.

<sup>459</sup> *Bjuletin MNP* 7 (1970) 8-9, S.1-5.

<sup>460</sup> Siehe auch Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.157.

weiterer Teil der türkischen Minderheit emigrierte. Da der Umbau der Gesellschaft nicht nur in den türkischen Siedlungsgebieten zurückblieb,<sup>461</sup> versuchte die Staatsführung ab 1972 eine Produktionsverlagerung aus den industriellen Zentren in die „rückständigen“ Regionen durchzuführen.<sup>462</sup> Aufgrund der schlechten Quellenlage sind deren Auswirkungen nicht auszumachen. Abgesehen davon scheint diese Verlagerung auf den ersten Blick dem allgemeinen Trend zur verstärkten Zentralisierung der Wirtschaft zu widersprechen. Eines der Ziele dieser Zentralisierung, die in erster Linie das Management betraf, war es jedoch die Arbeitskraft zu verteilen. Dadurch läßt sich diese Produktionsverlagerung zumindest teilweise erklären.<sup>463</sup>

Die Modernisierungsbemühungen waren nur die eine Seite der Politik gegenüber den Türken. Auf der Basis der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, die man durch die soziale und wirtschaftliche Modernisierung zu erreichen gedachte, sollte nun die „einheitliche sozialistische Nation“ errichtet werden. Gerade dieses Konzept führte zu einer weiteren Verschärfung der Assimilationspolitik gegenüber den bulgarischen Türken.<sup>464</sup> Nachdem die BKP erfolgreich einen Bestandteil der pomakischen Identität, die muslimischen Namen, geändert und durch ein „bulgarisches“ Merkmal ersetzt hatte, wurden nun Anstrengungen unternommen, auch die äußeren Merkmale der türkischen Identität zu bekämpfen. In einem Schlüsseldokument für die bulgarische Minderheitenpolitik forderte 1974 der damalige Chefideologe der BKP, Aleksandăr Lilov, die traditionelle Kleidung, vor allem aber die muslimischen Feiertage und Bräuche, sollten durch ein entsprechendes System sozialistischer Feiertage und Riten ersetzt werden.<sup>465</sup> Mit der Einführung und Propagierung der neuen Feiertage und Bräuche wurde allem Anschein nach die VF beauftragt. Doch diese scheint bei den bulgarischen Türken nicht allzu erfolgreich gewesen zu sein. Auf einer Tagung der Vaterländischen Front zum Thema „Die Rolle der Vaterländischen Front bei der weiteren Festigung des sozialistischen Lebensstils“ berichtete die Sekretärin des Bezirkskomitees der VF in Razgrad 1980, daß etwa der Islam in ihrem Bezirk, der 1973

---

<sup>461</sup> Tachirov: Bălgarskite turci, S.84.

<sup>462</sup> Razporeždane Nr. 208 na bjuroto na ministerkija sävet ot 23 maj 1972 godina za iznasjane na promišleni proizvodstva i dejnosti ot razviti gradove v izostavašti v promišleno otnošenje selišta [Anordnung Nr. 208 des Büros des Ministerrats vom 23. Mai 1972 über die Übertragung von Industrie-Gütern und Produktion aus entwickelten Städten in Siedlungen, die im Produktionsbereich zurückgeblieben sind.], in: DV Nr.53, 7.7.1972, S.2-6.

<sup>463</sup> Lampe: The Bulgarian Economy, S.206 ff.

<sup>464</sup> Nach Troebst ist nicht genau festzulegen, wann das Konzept der „einheitlichen sozialistischen Nation“ ausgearbeitet wurde. Es soll zwischen dem X. Parteitag und 1974 entstanden sein. Siehe Troebst: Verhältnis, S.249.

<sup>465</sup> Troebst: Verhältnis, S.246 ff. Die Erweiterung des Feiertagssystems wurde vor allem von dem damaligen Chefideologen der BKP, Aleksandăr Lilov, propagiert. Siehe hierzu Lilov: Da izdignem ideologičeskata rabota, S.4 f.

noch von 42,1 Prozent praktiziert wurde, weiterhin beachtliche Widerstandsfähigkeit zeige. Das neugeschaffene bürgerliche Begräbnisritual nahmen nur 42 Prozent der Betroffenen in Anspruch. Auch existierten weiterhin einige konservative Bräuche und Traditionen, die mit der Familiengründung, der Geburt von Kindern, den Beerdigungen und Trauerfeiern und der Beschneidung von Kindern bulgarischer Türken zusammenhängen.<sup>466</sup> Bei der Überwindung sollten vor allem die türkischen Frauen behilflich sein, die besondere Aufmerksamkeit als Trägerinnen der häuslichen Traditionen erfuhren. Fortbildungsmaßnahmen, aber auch Kurse wie zum Beispiel „Wie richte ich mein Haus ein“, „Wie feiere ich Geburtstag“ und „Wie benenne ich mein Kind (sic!)“ sollten das Interesse wecken, wobei die Frauen auch durch Verköstigungen oder Modenschauen angelockt werden sollten.<sup>467</sup> Auch im Bezirk Kărdžali wurden solche oder ähnliche Maßnahmen durchgeführt, doch stellte die Delegierte des Kreiskomitees ebenso fest:

Unsere Erfolge sind unbestreitbar. Aber uns beunruhigt das hartnäckige Festhalten an einigen konservativen Traditionen und kleinbürgerlichen Tendenzen. Immer noch wird ein grausamer Brauch beachtet, der von der muslimischen Religion vorgeschrieben wird, die ‚Beschneidung‘ kleiner Jungen. Sie wird sowohl in den Familien der bulgarischen Türken, als auch bei einer Reihe von Nachfahren der in der Vergangenheit gewaltsam mohammedanisierten Bulgaren durchgeführt<sup>468</sup>

In die siebziger Jahre fällt noch eine dritte Entwicklung, die auf den ersten Blick mit den Veränderungen auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene nichts zu tun haben scheint – die Ausarbeitung der These von der „Wiedergeburt“ nicht nur der Pomaken, sondern auch der bulgarischen Türken. Die wesentlichen Züge dieser Theorie wurden im Zusammenhang mit der Ethnizität der bulgarischen Türken schon einmal angerissen: Ebenso wie die Pomaken seien auch die bulgarischen Türken von ihrer Ethnogenese her „eigentlich“ Bulgaren. Troebst hat die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der Ausarbeitung dieser These und der Umbenennungskampagne 1984/85 herausgearbeitet. Hier soll der Hinweis genügen, daß es sich dabei keineswegs um eine neue Theorie handelt, sondern, wie Troebst zeigt, um die Weiterentwicklung von bereits im späten 19. Jahrhundert verbreiteten Behauptungen. Diese stützten sich darauf, bei *einem Teil* der bulgarischen Türken handele es sich um die Nachfahren turkisierter Bulgaren. Ende der siebzi-

---

<sup>466</sup> Coneva, P.: Našijat opit za preodoljavane na konservativnite tradicii v bita [Unsere Erfahrung mit der Überwindung der konservativen Traditionen im Leben], in: Naučno-praktičeska konferencija na tema: Roljata na Otečestvenija front za po-natatašno utvărđdavane na socialističeskija način na život, Sofija 1980, S.653.

<sup>467</sup> Coneva: Našijat opit, S.654 f.

<sup>468</sup> Ruseva, M.: Povišavane na bitovata kultura i utvărđdavane na semejno-bitovata praznično-obredna sistema v kărdžalijski okrăg [Die Anhebung der Lebenskultur und die Festigung des Systems der Familienfeiern und Bräuche im Kreis Kărdžali], in: Naučna-praktičeska konferencija, S.658 f.

ger Jahre sei dieser „alte Hut“ nur dahingehend aufpoliert worden, daß *alle* Türken in Bulgarien ethnisch bulgarischer Herkunft seien.<sup>469</sup>

In der Parteispitze scheint es in den folgenden Jahren keine klare Vorstellung darüber gegeben zu haben, wie die weitere Politik gegenüber den bulgarischen Türken aussehen sollte. Auf der einen Seite hatte sie versucht, die klassische Politik der sozioökonomischen Annäherung der verschiedenen ethnischen Gruppen im Lande durchzuführen – und war damit nur mäßig erfolgreich. Die Emigration eines weiteren Teils der türkischen Minderheit hatte als „Notventil“ auch nicht die erhoffte Entspannung gebracht, und schon gar nicht den demographischen Effekt: Die türkische Minderheit wuchs weiterhin mit weit über dem Landesdurchschnitt liegendem Tempo und näherte sich einem Bevölkerungsanteil von zehn Prozent, einer psychologisch wichtigen Grenze.<sup>470</sup> Auf der anderen Seite hatte die Parteispitze mit dem im Umfeld Ljudmila Živkovas propagierten „Wiedergeburtprozess“ die ideologische Rechtfertigung für eine Politik zur Hand, die bei den Pomaken schon zum „Erfolg“ geführt hatte – die Änderung der türkisch-arabischen in bulgarische Namen.

Offensichtlich dachten die Parteioberen schon darüber nach, Namensänderungen auch bei den bulgarischen Türken durchzuführen. Sonst hätte sich die ZK-Abteilung Propaganda und Agitation nicht so ausdrücklich gegen die Umbenennungen ausgesprochen, wie sie es nach den Ausführungen des damals zuständigen ZK-Sekretärs Stojan Michajlov tat. Er zitiert aus einem internen Papier der Agitprop-Abteilung über die weitere Arbeit mit den Türken von 1980, dessen Inhalt schon seit 1977 immer wieder übernommen wurde. In diesem Bericht, der leider nur in Ausschnitten vorliegt und entsprechend vorsichtig zu bewerten ist, heißt es, daß die Umbenennung zwar zum Erfolg führen kann. Allerdings sei diese Art der Problemlösung nicht realistisch, denn erstens weiche man damit der marxistisch-leninistische Ansatz der Politik ab, und zweitens würde diese Herangehensweise von den Türken (die ohnehin schon befürchteten, daß auch bei ihnen die Namen geändert werden könnten) als Assimilation gewertet, mit der Folge, daß sie sich von Partei und Staat entfremdeten. Außerdem entfachte eine solche Aktion den bürgerlichen Nationalismus in dieser Bevölkerungsgruppe und spiele der türkischen nationalistischen genau so wie der jugoslawischen Propaganda in die Hände. Schließlich wurden in dem Dokument noch andere mögliche internationale Verwicklungen angesprochen, die eine Umbenennungskampagne nach sich ziehen könnte: Die imperialistischen Zentren könnten, besonders nach dem KSZE-Abschlußdokument von Helsinki, die Weltöffentlichkeit dazu mißbrauchen, den Sozialismus in Bulgarien wie den realen Sozialismus überhaupt zu

<sup>469</sup> Troebst: Verhältnis, S.250 ff.

<sup>470</sup> Siehe dazu Baest, Torsten F. (Anagramm Stefan Troebst): Neues von der „einheitlichen sozialistischen Nation“: Die VR Bulgarien und ihre türkische Minderheit (1944-1985), in: Osteuropa-Info (1985) 61, S.97 f. und Eminov: There Are No Turks, S.214 ff.

diskreditieren. Und letztlich würden eine solche Aktion auch die sozialistischen Bruderparteien kaum gutheißen, allen voran die KPdSU, die ohnedies der bulgarischen Herangehensweise schon reserviert gegenüberstehe – sie würde die Namensänderungen als engherzigen Nationalismus auslegen.<sup>471</sup> All dies mag die Parteiführung dazu bewogen haben, zunächst von den Namensänderungen als Assimilationsinstrument abzusehen. Statt dessen setzte zumindest die Agitprop-Abteilung des ZK der BKP auf eine langfristige Politik, die vorsah, daß die Türken auch weiterhin ihr nichtbulgarisches Bewußtsein behalten und dennoch zu bulgarischen Patrioten werden könnten.

In die frühen achtziger Jahre fällt eine Entscheidung, deren minderheitenpolitischer Sinn umstritten ist: der 22. Erlaß des Zentralkomitees der BKP und des Ministerrats vom 22. Mai 1982 „Für die beschleunigte Entwicklung der Siedlungsgebiete des vierten und fünften funktionellen Typs der Grenzgebiete und der Region Strandža-Sakar während des achten Fünfjahresplans und bis 1990“.<sup>472</sup> Mit diesem Erlaß sollten in erster Linie die Abwanderungsprozesse aus den genannten Gebieten gestoppt werden. Dahinter stand die Absicht, die betroffenen Regionen wirtschaftlich und kulturell an den Landesdurchschnitt anzugleichen. Bei der Durchsetzung des Erlasses scheint es zu größeren Problemen gekommen zu sein.<sup>473</sup> Es sieht so aus, als sei es der Partei- und Staatsführung besonders darauf angekommen, das Strandža-Sakar-Gebiet,<sup>474</sup> das an der bulgarisch-türkischen

<sup>471</sup> Michajlov: *Väzroždenskijat proces*, S.265 ff. Auch zitiert bei Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in *Pogled* Nr.19, 13.5.1991, S.10.

<sup>472</sup> *Däržaven vestnik* Nr.42, 28.5.1982, S.545-551. Zu den Zielen dieses Erlasses siehe auch Ruskova: *Vsaimootnošenija selo – grad*, S.40 ff. Dort werden vor allem die erhofften Auswirkungen auf den Urbanisierungsprozeß der Grenzgebiete hervorgehoben. Bereits 1978 war zu den Entwicklungschancen des Strandža-Sakar ein Symposium in Burgas abgehalten worden, dessen Ergebnisse jedoch erst 1984 veröffentlicht wurden. Besonders die Ausführungen des heutigen bulgarischen Staatspräsidenten Žel’o Želev sind interessant. Er beschreibt (und kritisiert) die negativen Auswirkungen, die der Region aus ihrem Status als militärisches Sperrgebiet erwachsen würden. Ders.: *Urbanizacijata na Strandža* [Die Urbanisierung des Strandža], in: *Strandžansko-sakarski sbornik. Dokladi ot Pärviija interdisciplinaren simpozium Strandža, Burgas, 17-19 avgust 1978*, T.1, Malko Tärnovo 1984, S.104-109.

<sup>473</sup> Die Probleme hingen in erster Linie mit dem Mangel an Wohnraum und Arbeitsplätzen zusammen. Gleichzeitig war die Bereitschaft jüngerer Arbeiter (vor allem aus dem Baubereich) und deren Familien, sich zu verpflichten, für zehn Jahre in diesen Gegenden zu wohnen und zu arbeiten, sehr niedrig. Vgl. hierzu RFE/RL Bulgarian SR/14, 28.12.1983, S.12-15 und RFE/RL Bulgarian SR/8, 8.6.1984, S.7-10.

<sup>474</sup> Es handelt sich hierbei um eine geographische Bezeichnung, nicht um eine administrative. Zu dieser Region gehören Teile der ehemaligen okrāzi Burgas (Mičurin/Achtopol, Malko Tärnovo, Grudovo), Jambol (Boljarovo, Elchovo, Topolovgrad), Chaskovo (Svilengrad, Ljubimec, Madžarovo, Charmanli) und Kärđzali (Ivajlovgrad) – allesamt Gebiete mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Abwanderung und daraus folgender Überalterung. Siehe dazu Mičev, N.: *Naselenieto na Bälğarija* [Die Bevölkerung Bulgariens], Sofija 1978, S.109 ff.

Grenze liegt, mit dem Erlaß attraktiver zu machen, obwohl von dem Erlaß insgesamt 45% des bulgarischen Territoriums und 20% der Bevölkerung betroffen gewesen sein sollen.<sup>475</sup> Dieser Umstand mag dazu geführt haben, daß manche Autoren dieser Maßnahme minderheitenpolitischen Charakter zugemessen haben.<sup>476</sup> Er ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, denn es sollten ja vor allem Menschen aus dem Landesinneren dort angesiedelt werden. Darüber hinaus könnte ein Zusammenhang bestehen zwischen dem 22. Erlaß vom Mai 1982 und der Politbürositzung vom 22. Februar des gleichen Jahres, auf der Trifonov zufolge beschlossen wurde, daß bulgarischen Türken den Zuzug in die Grenzgebiete (eben den Kreisen im Strandža-Sakar) zu verbieten sei, und zwar, weil seit Ende der siebziger Jahre eine verstärkte Tendenz unter dieser Bevölkerung zu beobachten gewesen sei, in die Grenzgebiete zu ziehen, in denen zuvor kaum Türken gewohnt hatten.<sup>477</sup> Eine abschließende Einschätzung des Ministerratserlasses wie des Politbürobeschlusses unter dem Aspekt der minderheitenpolitischen Auswirkungen kann hier jedoch nicht vorgenommen werden.

Ordnet man diesen Ministerratserlaß den Modernisierungsmaßnahmen zu, die helfen sollten, die sozialen Unterschiede zwischen den Türken und Bulgaren aufzuheben, so läßt sich eine gewisse Konsequenz in der Politik der BKP bis zum Sommer 1984 nicht verleugnen: Am 8. Mai 1984 beschloß das Politbüro die üblichen Modernisierungsvorhaben, um die türkische Minderheit noch besser in die bulgarische Gesellschaft zu integrieren.<sup>478</sup> Dieser Beschluß enthält eine um-

---

<sup>475</sup> RFE/RL Bulgarian SR/14, 28.12.1983, S.12.

<sup>476</sup> So z. B. Oschlies, Wolf: Mononationales Bulgarien – mit kleinen Schönheitsfehlern, in: Europäische Rundschau 14 (1986) 3, S.127, der in dieser Verordnung gar den Auslöser für die einige Jahre später einsetzende Bulgarisierungskampagne erblickte: „Um in diesem strategisch sensiblen Gebiet kein menschliches Vakuum entstehen zu lassen, war Bulgarien zu seinem ehrgeizigen Programm gezwungen; wäre die bis dahin gültige »Linie« beibehalten worden, dann hätte man die enormen Mittel für Menschen nichtbulgarischer Herkunft vorwiegend auswerfen müssen – und das hätte das Risiko innenpolitischen Unfriedens größeren Ausmaßes in sich getragen. Schon jetzt vertragen sich Autochthone und Neuankömmlinge nicht besonders gut, aber was wäre erst gewesen, hätte nicht zeitgleich zum Förderungsprogramm die »Bulgarisierungskampagne« eingesetzt, die das politisch Unumgängliche mit dem nationalen Appell verzuckert?“ Dabei übersieht Oschlies, daß die Grenzgebiete zur Türkei kaum türkisch besiedelt waren.

<sup>477</sup> Trifonov: Strogo poveritelno!, in Pogled Nr.19 vom 13.5.1991, S.10. Hierzu gibt es allerdings keine Belege in anderen Publikationen.

<sup>478</sup> Rešenje na Politbjuro na CK na BKP za po-natatašno splotjavane na bälgarskite turci kām deloto na socializma, kām politika na bälgarskata komunističeska partija (Utvärdeno ot Politbjuro na CK na BKP s protokol No. 371 ot 8 maj 1984 g.) [Beschluß des Politbüros des ZK der BKP über die weitere Einbeziehung der bulgarischen Türken in die Sache des Sozialismus und die Politik der BKP (bestätigt vom Politbüro d. ZK d. BKP mit dem Protokoll Nr.371 v. 8.5.1984)]. Der Beschluß ist beinahe vollständig veröffentlicht in: Prava i svobodi Nr.5 vom 18.3.1991, S.12; ebda Nr.6 vom 25.3.1991, S.13;

fassende Bestandsaufnahme der bisherigen Politik, die ein Armutszeugnis für die Partei- und Staatsführung gewesen sein muß. Nach der obligatorischen Betonung der historischen Errungenschaften für die bulgarischen Türken geht der Text zu den bestehenden Problemen bei der Arbeit mit dieser Bevölkerung über. Die überwiegende Mehrheit sei immer noch in der Landwirtschaft und dem Bauwesen beschäftigt, wobei die Kollektive nach ethnischen Gesichtspunkten eingeteilt würden. Immer noch lebte die Mehrheit der Türken in Dörfern, wo die Arbeitsbeziehungen in der Landwirtschaft die ethnischen Besonderheiten konservieren würden. Im Bildungsbereich seien sowohl Probleme bei der Erfassung der türkischen Schüler, als auch bei der Durchführung des Bulgarisch-Unterrichtes zu verzeichnen, was zu einem weiterhin niedrigen Ausbildungsniveau beitragen würde. Der Ausbildungsstand der Frauen bleibe weiter hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Bei den Türken mit Hochschulbildung sei zu beobachten, daß sie sich auf wenige Fächer konzentrierten und, schlimmer noch, anfällig seien für den islamischen Fundamentalismus. Auch neigten die Türken Bulgariens immer noch zu einer hohen Anfälligkeit für den türkischen Nationalismus, zumal in internationalen Krisensituationen, was vor allem auf die Propaganda der benachbarten Türkei zurückzuführen sei, die die Angst vor der gewaltsamen Assimilation schüre.<sup>479</sup> Der Beschluß endete mit der Aufforderung an die verschiedenen Parteiorganisationen und Behörden, ihre Bemühungen auf allen Ebenen zu verstärken, die bestehenden Mißstände zu beseitigen.<sup>480</sup>

Da der Beschluß leider nicht vollständig vorliegt, läßt sich nicht abschließend beurteilen, ob sich schon zu diesem Zeitpunkt eine weitere Verschärfung der Assimilationspolitik abzeichnete, oder ob die Partei an ihrem Kurs der Integration durch Erhöhung des Lebens- und Bildungsstandards festhalten wollte. Interessant an diesem Beschluß ist jedoch die Kritik, die an den örtlichen Kadern geübt wurde, die zu wenig unter den bulgarischen Türken arbeiten würden.<sup>481</sup> Gerade das erinnert fatal an die Vorhaltungen der Parteispitze gegenüber den Kadern im Bezirk Blagoevgrad in den sechziger Jahren. Damals interpretierten die örtlichen Funktionären diese Kritik, indem sie im Zeichen der Annäherungspolitik Namensänderungen bei den Pomaken betrieben. Vor diesem Hintergrund erscheint es unverständlich, warum das Politbüro am 19. Juni 1984 noch einen Beschluß „zur weiteren Vereinigung und Einbeziehung der bulgarischen Türken in die Sache des

---

ebda. Nr.7 vom 8.4.1991, S.12; ebda. Nr.8 vom 15.4.1991, S.12; ebda. Nr.9 vom 22.4.1991, S.12; ebda. Nr.10 vom 29.4.1991, S.12.

<sup>479</sup> Prava i svobodi Nr.7 vom 8.4.1991, S.12.

<sup>480</sup> Prava i svobodi Nr.9 vom 22.4.1991, S.12; ebda. Nr.10 vom 29.4.1991, S.12.

<sup>481</sup> Prava i svobodi Nr. 8 vom 15.4.1991, S.12.

Sozialismus und die Politik der BKP“ verabschiedete. Der Erlaß sah wiederum die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen türkischen Siedlungsgebiete vor, wozu auch die Ansiedlung von Spezialisten aus anderen Landesteilen gehörte. Maßnahmen gegen den türkischen Nationalismus, aber auch gegen die negativen Einstellungen von Teilen der bulgarischen Bevölkerung gegenüber ihren türkischen Mitbürgern sollten diese Politik flankieren.<sup>482</sup>

Beide Beschlüsse dürften keine allzu große Bedeutung mehr gehabt haben. Es ist zu bezweifeln, daß sie je in die Tat umgesetzt wurden, denn gleichzeitig wurde der Ministerrat in einem Zusatz zu dem Juni-Beschluß aufgefordert, Maßnahmen auszuarbeiten, die eine wesentlich härtere Gangart gegenüber der türkischen Minderheit einleiteten: Er sollte die Tätigkeit der muslimischen Geistlichkeit weiter eingeschränken und den Bau von neuen Moscheen verbieten.<sup>483</sup> Es war vor allem das Verbot, in der Öffentlichkeit türkisch zu sprechen, das die türkische Minderheit besonders hart traf.<sup>484</sup> Gerade dieses Verbot führte zu einer nicht abzuschätzenden Verschärfung der Situation in den türkischen Siedlungsgebieten, da selbst kleinste Übertretungen Geldstrafen in Höhe eines Monatslohns nach sich zogen.<sup>485</sup>

Schon kurz, nachdem dieser Beschluß gefaßt worden war, sollte die Lage in den südlichen türkischen Siedlungsgebieten, vor allem in den damaligen *okrāzi* Kārdžali, Smoljan, Chaskovo und Plovdiv dramatische Formen annehmen: Die örtlichen Organe hatten begonnen, nun auch die Namen der türkischen Bevölkerung zu ändern. Auf den Verlauf der Namensänderungen wird weiter unten noch ausführlich eingegangen. Nach der offiziellen Version sollen innerhalb von wenigen Monaten 850.000 bulgarische Türken ihre Namen geändert haben, wobei freilich massiver Druck von seiten der staatlichen Organe ausgeübt wurde, wie

---

<sup>482</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in *Pogled* Nr.20 vom 20.5.1991, S.10. Später in der bulgarischen Presse publizierten Berichten, daß zu diesem Zeitpunkt Pläne existierten, die türkische Minderheit offiziell anzuerkennen und ihnen alle damit verbundenen Rechte zuzugestehen, widersprach T. Živkov persönlich entschieden. Siehe hierzu Venkov, V.: *Politbjuro bilo gotovo da priznae turskoto malcinstvo prez 1984 g.* [Das Politbüro wäre bereit gewesen, die türkische Minderheit 1984 anzuerkennen], in: *24 časa* vom 10.1.1995, S.13; die Antwort Živkovs in: *24 časa* vom 11.1.1995. Vgl. auch Krause, S.: *Todor Zhivkov says BCP was not about to recognize ethnic Turks*, in: *OMRI Daily Digest* vom 11.1.1995.

<sup>483</sup> Nikolaev, R.: *Pressure on the Turkish Minority reported*, in: *RFE/RL Bulgarian SR/2*, 30.1.1985, S.1-9, bes. S.3.

<sup>484</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in *Pogled* Nr.20 vom 20.5.1991, S.10. Nach wie vor unklar ist, wann genau der Ministerrat dieses Verbot erlassen hat.

<sup>485</sup> Nikolaev: *Pressure*, S.4; Amnesty International: *Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks*, London 1986, S.7 u. S.17 f.

aus den Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen hervorgeht.<sup>486</sup> Im Nachhinein wurde dann auch der Euphemismus von der „nationalen Wiedergeburt“ der bulgarischen Türken aufgegriffen: Die von den Namensänderungen Betroffenen hätten freiwillig ihre bulgarischen Namen wiederhergestellt und seien damit in den Schoß ihrer „eigentlich“ bulgarischen Ethnizität zurückgekehrt.<sup>487</sup>

Noch während die Namensänderungen im vollen Gang waren, fand am 18.1.1985 ein Treffen des Politbüros mit den Sekretären der Kreiskomitees und anderen Vertretern aus dem Partei- und Staatsapparat statt. Der Bericht des damaligen stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und späteren Ministerpräsidenten Georgi Atanasov<sup>488</sup> ist in dreifacher Hinsicht wichtig: Erstens beschreibt Atanasov in groben Zügen den Verlauf der Namensänderungskampagne, zweitens stellt er die Hintergründe dazu dar, und drittens schlägt er vor, wie die Partei nach den Namensänderungen weiter vorgehen sollte. Am interessantesten sind hier

---

<sup>486</sup> Eine Zusammenfassung dieser Berichte findet sich bei Poulton: *The Balkans*, S.129 ff. und bes. 139 ff., wo es um den Widerstand der Türken und die Repressionsmaßnahmen des Staatsapparates geht.

<sup>487</sup> Zu den Rechtfertigungsbemühungen siehe vor allem die Dokumentationen von Troebst, S.: *Von bulgarischen Türken und „getürkten“ Bulgaren*, in: *SOE* 34 (1985) 6, S.359-367 in der u. a. eine Rede Milko Balevs vom März 1985 zitiert ist. Troebst, S.: *Zur bulgarischen Assimilationspolitik gegenüber der türkischen Minderheit: Geschichten aus Politbüro und 1001 Nacht*, in: *SOE* 34 (1985) 9, S.486-506 und Hoppe, H.-J.: *Bulgarien und seine Türken. Zur Minderheitenpolitik Sofias*, in: *Osteuropa* 37 (1986) 10, S.467-489. Daneben erschienen in den Jahren 1985 bis 1989 in Bulgarien selbst eine Unzahl von Publikationen, darunter auch sehr viele historische Arbeiten, die die ethnisch bulgarische Herkunft der Türken betonen sollen. Als Beispiele seien hier genannt: Der von der bulgarischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene Sammelband *Problemi na razvitiето na bälgarskata narodnost i nacija* [Die Entwicklung der bulgarischen Völkerschaft und Nation], Sofija 1988 und *Stranici ot bälgarskata istorija. Očerk za isljamiziranite bälgari i nacionalvžroditelnija proces* [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Aufsatz über die islamisierten Bulgaren und den nationalen Wiedergeburtspitze], Sofija 1989. Siehe zu den Verwicklungen der bulgarischen Geschichtswissenschaft Troebst: *Verhältnis*, S.250 ff. Hinzu kamen noch eine Reihe Broschüren, die in westliche Sprachen übersetzt wurden, darunter: *Wer macht sich Sorgen um die Mohammedaner in Bulgarien und warum? Fakten, Daten, Antworten, Reportagen*, Sofia 1985 und *Sagorow, Orlin: Die Wahrheit*, Sofia 1987. In bulgarischen Periodika wurde das Thema ebenso ausführlich behandelt, vor allem in Zeitschriften wie *Lekcionna propaganda*, *Ateistična tribuna* und *Istoričeski pregled*, aber auch *Političeska prosveta* und *Narodna armija*.

<sup>488</sup> Der Bericht ist veröffentlicht in *Prava i svobodi* Nr. 4 vom 11.3.1991, S.9; ebda Nr. 5 vom 18.3.1991, S.12; ebda Nr.6 vom 25.3.1991, S.13; ebda Nr.7 vom 8.4.1991, S.12; ebda Nr. 8 vom 15.4.1991, S.12; ebda Nr.9 vom 22.4.1991, S.12 und ebda Nr. 10 vom 29.4.1991, S.12. Am gleichen Tag hielt auch T. Živkov eine kurze Rede, die einige wichtige Details enthält. Sie ist ebenfalls veröffentlicht in den Nummern 4, 8 und 9 der *Prava i svobodi*.

zunächst die Ausführungen des Politbüromitgliedes über die Hintergründe der „Wiederherstellung der bulgarischen Namen“:

(...) Dies ist zu allererst ein historischer Akt, mit dem die letzte Narbe der türkischen Sklaverei auf dem Körper unseres Volkes geheilt wird und qualitativ neue Bedingungen geschaffen werden für seine nationale Einheit, seine politisch-moralische Zusammenführung.

Dies ist ein zutiefst progressiver Prozeß, der die endgültige Festigung des bulgarischen sozialistischen patriotischen Selbstbewußtseins bei jenen Bürgern zur Folge haben wird, die sich in den verschiedenen Etappen der Vergangenheit mit den verschiedensten Mitteln und aus den verschiedensten Beweggründen von den reinen Quellen der bulgarischen Nationalseele entfernt haben.

Dies ist eine revolutionäre Angelegenheit, mit der ein starker Schlag ausgeführt wird gegen den bürgerlichen türkischen Nationalismus und seine ständigen Versuche, das Bewußtsein eines Teils der bulgarischen Bürger zu entzweien und zu vergiften. Der Prozeß ihrer Befreiung von religiösen, konservativen und nationalistischen Überbleibseln wird beschleunigt. Die Voraussetzung einer Übereinstimmung von Religiösem und Nationalem, die zu der Widerstandskraft des türkischen bourgeoisen Nationalismus geführt hatten, wird beseitigt.

Die Annahme von bulgarischen Namen und die Vertiefung des Wiedergeburtprozesses wird tatsächlich den Kampf gegen die negativen Folgen der Kompaktheit dieser Bevölkerung erleichtern.

Dies ist eine Angelegenheit von internationaler Bedeutung. Der Einfluß der reaktionären Türkei, der USA und der NATO auf diese Bevölkerung wird begrenzt, ein Schlag geführt gegen die Versuche, sie zur Destabilisierung unseres Landes zu benutzen. (...) Wie bekannt, werden die türkisch-arabischen Namen eines Teils unserer Bürger von reaktionären Kräften in der benachbarten Türkei benutzt, in deren Namen zu sprechen und willkürlich deren nationale Zugehörigkeit zu bestimmen. (...) Die Vollendung des Prozesses wird diesem Zustand endgültig ein Ende setzen.(...)

Folglich hat dieser Prozeß dauerhafte Folgen, er ist von außergewöhnlich wichtiger, schicksalhafter Bedeutung für unser Volk, für die bulgarische sozialistische Nation.  
(...)<sup>489</sup>

Abgesehen von der beachtlichen rhetorischen Qualität des Textes, die in der Übersetzung nicht so gut zum Vorschein kommt, zeigt sich, daß die Parteispitze einen Sprung gemacht hatte. Waren die theoretischen Begründungen für die Namensänderungen längst geliefert, so wurden hier noch die praktischen, beinahe banal nationalistischen Gründe für die erfolgten Namensänderungen beim Namen genannt: Der Einmischung in die inneren Angelegenheiten durch die Türkei sollte die Grundlage entzogen werden, indem von dem Zeitpunkt der Namensänderung an behauptet werden konnte, daß es sich bei den bulgarischen Türken eben um Bulgaren handelt, indem die äußerlichen Merkmale einer nichtbulgarischen Identität beseitigt wurden. Vor solchem Nationalismus verblasen alle anderen feinfühlig Argumentationslinien. Die Antwort auf die Frage jedoch, warum die bulgari-

---

<sup>489</sup> Zit. nach Prava i svobodi, Nr.6 v. 25.-31.3.1991, S.13.

sche Regierung den Einschnitt ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt vollzog, kann hier nicht gegeben werden – denn weder der Bericht Atanasovs noch die Aussage Živkovs vom gleichen Tag lassen derartige Rückschlüsse zu.

Was die politischen und sozialpsychologischen Folgen dieser Namensänderungen betrifft, so hatte Atanasov insofern recht, als er von der „schicksalhaften Bedeutung“ dieser Assimilationsmaßnahme sprach. Die tatsächlichen Folgen hatte allerdings der oben bereits zitierte Bericht der Agitprop-Abteilung des ZK von 1980 weit besser vorausgesehen als Atanasov. Nicht nur, daß die Türken keineswegs ihr „bulgarisches Nationalbewußtsein“ wiedergefunden haben, wie man erhofft hatte: Diese Aktion führte vielmehr zu einer Verstärkung der türkischen nationalen Identität. Die bulgarischen Behörden reagierten auf den Widerstand unter der türkischen Bevölkerung mit einer Verhaftungswelle und Zwangsumsiedlungen, aber auch mit Hinrichtungen, wobei bis heute die genaue Zahl der Opfer umstritten ist.<sup>490</sup> Vor diesem Hintergrund mußte es den Türken – nun offiziell als „Bulgaren mit wiederhergestellten Namen“ bezeichnet, im Gegensatz zu den „Bulgaren mit traditionellen Namen“ – als blanker Hohn erscheinen, als Milko Balev (damals Politbüromitglied und 1991 wegen der Umbenennungen vor Gericht gestellt) in der Regionalzeitung *Chaskovska tribuna* äußerte:

Ende 1984 und Anfang 1985 hob im ganzen Land mit neuer Kraft, spontan und allumfassend, ein Prozeß der Rekonstruktion der bulgarischen Namen derjenigen unserer Landsleute, die türkisch-arabische Namen trugen, an. Dieser Prozeß war im wahrsten Sinne des Wortes lawinenartig, er war im ganzen Land binnen zweier-dreier Monate beendet, ja, in einzelnen Bezirken und Dörfern gar – binnen weniger Tage. (...) Genossen und Genossinnen, die Volksrepublik Bulgarien ist ein Ein-Nationen-Staat, ihr Territorium schließt keinerlei fremde Gebiete mit ein, und das bulgarische Volk enthält keine Teile anderer Völker und Nationen.<sup>491</sup>

Die heftigen internationalen Reaktionen auf diese Umbenennungsaktion – vor allem die der benachbarten Türkischen Republik – dürften bis zu einem gewissen Maß die Reaktion der bulgarischen Türken auf diese ultima ratio der bulgarischen Minderheitenpolitik mitbestimmt haben. Ohne hier näher darauf einzugehen, sei doch darauf hingewiesen, daß das bulgarisch-türkische Verhältnis zu Beginn der achtziger Jahre relativ entspannt gewesen war, die beiden Länder aber nach dieser Aktion ihre diplomatischen Beziehungen auf den Austausch von Protestnoten reduzierten. Die Haltung der türkischen Regierung prägte dabei das Angebot, zunächst etwa die Hälfte aller bulgarischen Türken in der Türkei aufzunehmen, während die bulgarische Regierung jegliche weitere Auswanderungsmöglichkeit

<sup>490</sup> Amnesty International: Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks, S.12 ff. sprach 1986 von 250 Verhaftungen und über 100 Todesfällen. Naturgemäß widersprach die bulgarische Regierung diesen Zahlen.

<sup>491</sup> Zit. nach: Troebst: Von bulgarischen Türken und „getürkten“ Bulgaren, S.361 Die offizielle Linie hierzu wurde offensichtlich auf einem ZK-Plenum am 12. u. 13. Februar 1985 festgelegt. Siehe Trifonov: Strogo poveritelno!, in Pogled Nr.20 vom 20.5.1991, S.10.

für diese Bevölkerungsgruppe ausschloß, und zwar mit der Begründung, es handle sich bei ihr gar nicht um Türken, sondern um „in der Vergangenheit zwangsweise islamisierte Bulgaren.“<sup>492</sup> Auch international geriet Bulgarien in der Folgezeit immer mehr in die Isolation, nachdem KSZE, NATO und UNO das Land wegen der Menschenrechtsverletzungen verurteilt hatten – in den meisten Fällen auf Veranlassung der Türkei. Deren Vorgehen belastete auch die Beziehungen Bulgariens mit seinen Wirtschaftspartnern in der islamischen Welt, wenn auch nicht in dem Maße, wie sich das die türkische Regierung erhofft hatte.<sup>493</sup>

Nicht zuletzt durch die Bemühungen der Türkei ermutigt, regte sich unter der türkischen Minderheit immer mehr Widerstand. Er wurde jedoch auf das Schärfste unterdrückt, wie aus den Berichten hervorgeht, die bei den Menschenrechtsorganisationen eingegangen waren. Parallel zu den Repressalien und den Verhaftungen wurde vor allem die Möglichkeit zur Religionsausübung immer mehr eingeschränkt; unter der islamischen Geistlichkeit wurden Säuberungen durchgeführt, um den Widerstand auch in deren Reihen zu brechen. Die vorhandenen Informationen legen den Verdacht nahe, daß die Regierung sich in dieser Zeit bemühte, die letzten noch vorhandenen „ethnodifferenzierenden Merkmale“ in Bulgarien zu beseitigen, das heißt im Falle der Türken vor allem der Religion und der Sprache, was nicht zuletzt auch darin seinen Ausdruck fand, daß nach den Namensänderungen die bis dahin zweisprachigen Zeitung *Nova svetlina* („Neues Licht“) nur noch in bulgarischer Sprache erschien.<sup>494</sup>

All diese Zwangsmaßnahmen und Einschränkungen führten zu einer weiteren Erhöhung des Emigrationsdrucks unter der türkischen Bevölkerung, dem die bulgarischen Behörden jedoch nicht nachzugeben gewillt waren. Statt dessen bemühte sich das Politbüro auf seiner Sitzung am 12. März 1988, eine andere Lösung des Problems zu finden. Todor Živkov soll – wie schon Georgi Dimi-

---

<sup>492</sup> Höpken, W.: Im Schatten der nationalen Frage (II), S.178 ff. und ders.: Außenpolitische Aspekte der bulgarischen „Türken-Politik“ (Dokumentation), in: SOE 34 (1985) 9, S.477-485; ders.: Bulgarische Protestnote an die Türkei (Dokumentation), in: SOE 35 (1986) 7/8, S.458-459. Zur Verneinung der türkischen Minderheit siehe u. a. Botschaft der VR Bulgarien, Abteilung „Presse und Information“: Informationen, Meinungen, Standpunkte, Bonn-Bad Godesberg 1986, S.2. Mit der Negierung einer türkischen Minderheit setzte die bulgarische Regierung einen Streit in Gang, der an die seit Ende der sechziger Jahre schwelende Kontroverse um die Makedonier mit dem Nachbarstaat Jugoslawien erinnert. Der Streit zwischen Bulgarien und Jugoslawien wurde aufgearbeitet in Troebst, S.: Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982, München 1983.

<sup>493</sup> Höpken: Im Schatten der „nationalen Frage“ (II), S.182 ff.

<sup>494</sup> Ein – etwas unsystematischer – Überblick über die Assimilationsmaßnahmen und die Unterdrückung des Widerstandes unter den Türken findet sich bei Poulton: The Balkans, S.129 ff. *Nova Svetlina* erschien zum letzten Mal am 29.1.1985 zweisprachig. Şimşir: The Turkish Minority Press, S.45.

trov 40 Jahre zuvor – auf dieser Sitzung die Umsiedlung der Türken ins Landesinnere vorgeschlagen haben:

Es muß klar sein, daß wir ohne eine solche Verschiebung [der türkischen Bevölkerung] und der Ansiedlung von Bulgaren das Problem nicht lösen werden, besonders an der Grenze. (...) Es geht nicht darum, ganze Dörfer zu verschieben, sondern um die Umsiedlung junger Familien, wobei wir an der Grenze anfangen, in den kompakten Gebieten.<sup>495</sup>

Gleichzeitig scheint er aber auch die Auswirkungen der bisherigen Politik der von ihm geführten Partei nur zu gut gekannt zu haben:

Wir haben den Knoten noch nicht durchgeschlagen. Daß wir die Namen geändert haben, bedeutet gar nichts. Sie werden zuhause getauft, jedes neugeborene Kind hat zwei Namen usw. Unter den neuen Bedingungen wird der Nationalismus wiedergeboren. Machen wir uns daher nichts vor.<sup>496</sup>

Diese Erkenntnis des Staatsoberhauptes scheint aber ebensowenig praktische Auswirkungen gehabt zu haben wie sein Vorschlag, das Problem durch Umsiedlungen zu lösen – zumindest sind keine Hinweise auf massenhafte Umsiedlungen zu finden.

Es sieht so aus, als ob die bulgarische Regierung ab einem nicht genau auszumachenden Zeitpunkt Ende der achtziger Jahre die passive Rolle im Minderheitenpolitischen Drama übernehmen mußte. Selbst im Politbüro schien sich im April 1989 eine gewisse Resignation breitgemacht zu haben. Zu diesem Zeitpunkt ging offensichtlich einigen hohen Funktionären auf, daß die Politik der BKP hinsichtlich der „nationalen Frage“ bislang alles andere als konsequent gewesen war. Im Rahmen einer Sitzung des höchsten Parteigremiums blickte etwa Penčo Kubadiniski mit Neid nach Serbien, Griechenland und Rumänien, wo seit den Staatsgründungen im 19. Jahrhundert eine zielgerichtete Politik verfolgt worden sei. Petăr Džulgerov, der für die Umbenennungen der Pomaken im Kreis Blagoevgrad Anfang der sechziger Jahre mitverantwortlich gewesen war, kritisierte den Internationalismus der Partei. Unter dem „Aspekt der nationalen Interessen entschieden zu weit“ sei sie gegangen, wobei er auch auf die Makedonisierungspolitik im Pirin-Gebiet in den vierziger Jahren anspielte. Der Verteidigungsminister Dobri Džurov wollte sich gar schämen, wenn er auf den „Zickzackkurs“ der Partei zurückblickte. Und auch der damalige Ministerpräsident, Georgi Atanasov, machte deutlich, daß die Partei eine nationalbulgarische Richtung einschlagen müßte, auch wenn es in der Partei dagegen Widerstand geben könnte.<sup>497</sup>

Der Grund für die Resignation innerhalb der Führungsriege der BKP dürfte in dem gewachsenen Widerstand der türkischen Bevölkerung zu suchen sein. Schon im März 1989 waren immer wieder Provokationen festgestellt worden, wobei vor

<sup>495</sup> Zit. nach: Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr.20 vom 20.5.1991, S.10.

<sup>496</sup> Zit. nach: ebda.

<sup>497</sup> Trifonov: Strogo poveritelno!, in: Pogled Nr.20 vom 20.5.1991, S.10.

allem die seit 1984 erlassenen Verbote bewußt überschritten wurden: Demonstrativ wurde in einigen türkischen Siedlungsgebieten in der Öffentlichkeit türkisch gesprochen, und mancherorts legten die Frauen wieder ihre Pumphosen, die *šalvari*, an. In offenen Briefen an die Staatsanwaltschaften und das Parteiorgan *Rabotničesko delo* wurde die Rückgabe der türkischen Namen gefordert.<sup>498</sup> Im April 1989 begannen die ersten Hungerstreiks in den Dörfern Taslakovo und Kliment (im Gebiet Plovdiv).<sup>499</sup> Dieser gewaltlose Widerstand, der von einigen illegalen Oppositionsgruppen wie der „Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte“, der Gruppe *Viena '89* und der unabhängigen Gewerkschaft *Podkrepa* organisiert wurde, zielte darauf, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in Bulgarien zu lenken. Die im Juni anstehenden Menschenrechtskonferenzen in Paris und Wien (daher der Name der Gruppe *Viena '89*) sollten als Foren für diesen Widerstand genutzt werden.<sup>500</sup> Ab dem 20. Mai nahmen die Proteste der bulgarischen Türken gegen die Regierungspolitik immer größere Ausmaße an. Es kam zu erneuten, größeren Demonstrationen vor allem im Nordosten Bulgariens (Kaolinovo, Razgrad, Dulovo usw., im Südosten in Džebel in der Nähe von Kärđzali); die Kundgebungen endeten teilweise in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den staatlichen Ordnungsorganen, wobei auch Tote unter den Demonstranten zu beklagen waren.<sup>501</sup>

Am 29. Mai hatte sich die Lage so weit zugespitzt, daß die Parteispitze reagieren mußte. Der Parteichef selbst griff zu einer ungewöhnlichen Maßnahme – einer Rundfunk- und Fernsehansprache. Die Demonstrationen waren aber nicht der einzige Grund für die Ansprache Živkovs.<sup>502</sup> Sie war vor allem deshalb notwen-

---

<sup>498</sup> In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sollen sich auch einige illegale Widerstandsgruppen gebildet haben, darunter eine „türkische nationale Befreiungsbewegung“. Die Quelle für diese Information ist allerdings fragwürdig – ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter. A senov, B.: *Vāzroditelnijat proces i dāržavna sigurnost* [Der Wiedergeburtssprozeß und die Staatssicherheit], Sofija 1996, S.116 ff.

<sup>499</sup> *Etničeskijat konflikt*, S.29.

<sup>500</sup> Dies geht aus Interviews mit Aktivisten hervor, die Helsinki Watch während dieser Konferenzen und später in der Türkei führte. Siehe *Destroying Ethnic Identity: The Expulsion of the Bulgarian Turks*. A Helsinki Watch Report, New York 1989, S.9 ff.; zu den einzelnen beteiligten Organisationen siehe ebda., S.39 ff.

<sup>501</sup> Zum Verlauf der Demonstrationen siehe die Zeugenaussagen in *Destroying Ethnic Identity: The Expulsion*, S.9 ff.; eine abweichende Version zu den Versammlungen in Kaolinovo und Dulovo findet sich bei Sotirov, G.: *Turskite teroristi i az, edin ot šesto* [Die türkischen Terroristen und ich, einer von der Sechsten], Sofija 1991, S.90 ff.; die offizielle Version findet sich unter anderem in dem Informationsbulletin von Sofia-Press: *Das Gebot der Zeit: Gute Nachbarschaft, humane und zivilisierte Beziehungen*. Bulgarien erfüllt seine internationalen Verpflichtungen. Pressekonferenz zu aktuellen Problemen der bulgarisch-türkischen Beziehungen. Sofia, Juni 1989, S.2 f. Zu den rechtlichen Folgen für einige Verhaftete ebda., S.9.

<sup>502</sup> Die Rede Živkovs liegt in unterschiedlichen Übersetzungen vor. Die offizielle: Shiwwow, Todor: *Die Einheit des bulgarischen Volkes ist Anliegen und Schicksal je-*

dig geworden, weil die örtlichen Organe des Innenministeriums begonnen hatten, die „Rädelsführer“ des türkischen Widerstandes mit Reisepässen zu versorgen und zur türkischen Grenze zu bringen, nachdem das Parlament am 9. Mai ein neues Paßgesetz verabschiedet hatte. Das sollte eigentlich erst zum 1. September in Kraft treten. Diese Ausweisungen hatten die türkische Bevölkerung zu der Annahme veranlaßt, daß nun eine größere Ausreisewelle bevorstand – was letztendlich auch ein Grund für die Demonstrationen war, denn die Beteiligten wiesen immer wieder darauf hin, daß sie zwar ihre alten Namen wiederhaben und ihre Religion und traditionellen Bräuche frei ausüben, ansonsten aber in Bulgarien bleiben wollten. Vor allem aber forderten die Demonstranten die Parteiführung zum Dialog auf. Erst die Tatsache, daß dieser Dialog nicht zustande kam, verstärkte das Gefühl unter den Türken, daß der Staat sich nicht mehr um sie kümmern würde.<sup>503</sup> Die Folgerung, die daraus gezogen wurde, war einfach: Es blieb nur die Emigration in die Türkei, deren Regierung so oft das Angebot gemacht hatte, alle bulgarischen Türken aufzunehmen.

Mit seiner Rede goß Živkov noch mehr Öl ins Feuer. Zwar versuchte er einerseits, die Errungenschaften des Sozialismus für die Türken noch einmal herauszustellen, aber andererseits wollte er nun die türkische Regierung in Zugzwang bringen, indem er betonte:

(...) Danach haben die ‚Regisseure‘ der antibulgarischen Kampagne die Frage der Auswanderung aufgebracht und verkündet, daß die Türkei bereit wäre, alle bulgarischen Muslime aufzunehmen, die auszuwandern wünschten. Aus diesem Anlaß möchte ich mich im Namen der bulgarischen Muslime und in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsrates sehr eindringlich an die entsprechenden türkischen Machthaber wenden:

Öffnen sie die Grenzen für jeden bulgarischen Muslim, der zeitweilig in die Türkei gehen möchte oder dort bleiben und leben möchte.

Die Zeit der Spielerei ist vorbei. Die Türkei soll ihre Grenzen öffnen für die Welt, in Einklang mit den internationalen Normen und Verträgen, wie es auch die Volksrepublik Bulgarien macht. (...)<sup>504</sup>

---

den Bürgers. Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Todor Shiwkov, im Bulgarischen Fernsehen und Bulgarischen Rundfunk, Sofia 1989 und eine abweichende von Wolfgang Höpken: Živkov-Erklärung zu Unruhen unter der türkischen Minderheit Bulgariens, in: SOE 38 (1989) 5, S.327-332. Im folgenden wird nach der Höpken-Übersetzung zitiert.

<sup>503</sup> Etničeskijat konflikt, S.30 f.

<sup>504</sup> Zit. nach Höpken: Živkov-Erklärung, S.331.

Was nun folgte, war eine Auswanderungswelle, die von bulgarischen Soziologen als „Massenpsychose“ charakterisiert wurde. Im Verlauf dieser Aussiedlungswelle verließen unter den Augen der Weltöffentlichkeit etwa 300.000 Menschen Bulgarien in Richtung Türkei, bis die Türkei unter der Last des Ansturms im August 1989 die visafreie Einreise aufhob. Gleichzeitig mit der Grenzschießung setzte eine Rückwanderungsbewegung in Richtung Bulgarien ein, was, so Höpken, „die Geschichte der grenzüberschreitenden Migration um eine Kuriosität bereicherte.“<sup>505</sup> Verwunderlich war diese „Kuriosität“ freilich nicht, zeigte sie doch, daß viele Türken Bulgarien keineswegs freiwillig verlassen hatten, wie Živkov in seiner Ansprache glauben machen wollte. Bis Januar 1990 sollen etwa die Hälfte der Emigranten nach Bulgarien zurückgekehrt sein – nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Probleme in der Türkei und der politischen Veränderungen in Bulgarien selbst (Auf den Verlauf und die Folgen der Migrationen in der zweiten Jahreshälfte von 1989 soll unten noch kurz eingegangen werden.).

Die Emigration hatte Bulgarien in eine schwierige ökonomische Situation gebracht. Gerade die ohnehin vorhandenen wirtschaftlichen Probleme und die Minderheitenpolitik dürften aber entschieden dazu beigetragen haben, daß der langjährige Staats- und Parteichef am 9. November 1989 durch eine Palastrevolution aus allen Ämtern entfernt wurde. Die neue Führungsriege um seinen Nachfolger, den früheren Außenminister Petăr Mladenov, machte dann auch sehr schnell deutlich, daß sie mit der Minderheitenpolitik Živkovs brechen und so die Lage im Land stabilisieren wollte. Dabei dürften auch die dramatische Zuspitzung der Ereignisse im Nachbarland Rumänien eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben, wie das Politbüromitglied Aleksandăr Lilov in seinem Bericht vom 29.12.1989 an das höchste Parteigremium unumwunden zugab.<sup>506</sup>

Dieser Bericht ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. In diesem Schlüsseldokument faßte Lilov die Fehler der Minderheitenpolitik Todor Živkovs und deren Folgen für die bulgarische Gesellschaft noch einmal zusammen. Zudem stellte er klar, daß der Hauptschuldige in diesem Falle Todor Živkov sei:

(...) it should be said clearly and frankly that Todor Zhivkov and his immediate entourage are chiefly to blame for this political error. That was one of the big deformations and crimes committed under his regime, on the one hand, and an attempt to divert the attention of the party and society of the serious political, economic and moral crisis in the country which began to grow after 1984 on the other.

Die Politik des alten Parteichefs habe nicht nur zu wirtschaftlichen und sozialen Spannungen und zur außenpolitischen Isolation, sondern auch zu einer Vertrauenskrise in der Bevölkerung gegenüber der BKP und den an der Umbenen-

<sup>505</sup> Höpken: Emigration und Integration, S.370.

<sup>506</sup> Report of Alexander Lilov, Member of Politbüro and Secretary of the CC of the BCP, in: F, S.11.

nung beteiligten Organen geführt.<sup>507</sup> Lilovs Forderungen an das Politbüro waren entsprechend:

First. We have to assess the decision to rename the Bulgarians Turkic speaking and Muslim population and ,to create in broader terms *an ethnic monolith of the Bulgarian nation*‘. We have to assess the means of implementing this decision and the consequences of it.<sup>508</sup>

Damit hatte der frühere Chefideologe die letzte Wende in der Minderheitenpolitik seiner Partei eingeläutet. Die Partei verabschiedete sich nicht nur von der Hybris, eine ethnisch reine bulgarische Nation erschaffen zu können, sie nahm auch den letzten von ihr begangenen Schritt in diese Richtung wieder zurück. Das bedeutete jedoch nicht, daß der Ministerrat in der Entscheidung, mit der die Assimilationsmaßnahmen zurückgenommen wurden, gleichzeitig auch die Wiederherstellung von Minderheitenrechten oder gar Privilegien vorsah, sondern er bedeutete die Wiederherstellung der verfassungsmäßig garantierten Personalrechte. Auch übernahmen weder das folgende ZK-Plenum, noch der Ministerrat die Forderung Lilovs, den früheren Parteichef und den zwischenzeitlich zum Innenminister aufgestiegenen früheren ersten Sekretär des Bezirkskomitees von Kärđzali, Georgi Tanev, namentlich als Schuldige zu benennen und öffentlich zu verurteilen.<sup>509</sup>

Der einsetzende Demokratisierungsprozeß in Bulgarien und die Entstehung eines Mehrparteiensystem brachte auch – obwohl mit einigen Schwierigkeiten und Behinderungen durch die Regierung verbunden – die Herausbildung einer Partei mit sich, die sich die Wahrung der Rechte der Minderheiten zum Programm gesetzt hat und deren Klientel sich überwiegend aus den Reihen der ethnischen Türken Bulgariens rekrutiert: der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS). Im Verlauf der folgenden Jahre sollte ein Großteil der während der Alleinherrschaft der BKP verordneten diskriminierenden Maßnahmen beseitigt werden.<sup>510</sup>

---

<sup>507</sup> Lilov: Report, S.10 f.

<sup>508</sup> Ebda., S.5. Hervorhebungen wie im Original.

<sup>509</sup> Decision of the Plenum of the Central Committee of the Bulgarian Communist Party December 29, 1989, in: To Overcome the Distortions Among the Turkic-Speaking and Muslim Population in Bulgaria. Sofia 1990, S.18 f. und Decision of the State Council and the Council of Ministers of the People’s Republik of Bulgaria, aaO., S.20 ff. Siehe auch die Dokumentation von W. Höpken: Sofias Kurskorrektur in der Türken-Politik, in: SOE 39 (1990) 1, S.76-79.

<sup>510</sup> Die Namensänderungen wurden nach einer Erklärung der Volksversammlung (Däržaven vestnik Nr.6, 19.1.1990, S.3-5: Zakon za imenata na bălgarskite graždani) per Gesetz Anfang März 1990 zurückgenommen (Däržaven vestnik Nr.20, 9.3.1990, S.1-3); der muttersprachliche Unterricht Ende 1991 wieder zugelassen – als vierstündiges Wahlfach (Däržaven vestnik Nr.102, 10.12.1991, S.1: Postanovlenie No.232 za izučavane na majčjin ezik v obštinskite učilišta, geändert durch Normativni aktove, razd.III, T.1, Nr.7: Postanovlenie No.183 na ministerskija sävet ot 5 septemvri 1994 g. za izučavane na majčjin ezik v obštinskite učilišta v Republika Bălgarija.).

Im Folgenden sollen die wesentlichen Elemente der Politik gegenüber der türkischen Minderheit noch einmal anhand des Bildungswesens, der Siedlungspolitik und der Namensänderungen genauer betrachtet werden.

#### 2.5.4. Bildung für die türkische Minderheit

Mit ihrem Regierungsantritt erbt die Vaterländische Front von ihren Vorgängern auch das private türkische Schulwesen, dessen Charakteristika vor 1944 weiter oben schon kurz behandelt wurden. Den neuen Machthabern mußte der niedrige Bildungsstand und das religiös geprägte Schulwesen dieser Minderheit ein Dorn im Auge sein, da beides ihrem Willen zu einem tiefgreifenden Umbau der Gesellschaft entgegenstand – wobei das niedrige Ausbildungsniveau die Modernisierungsbemühungen, der Einfluß der islamischen Geistlichkeit die Durchsetzung einer neuen Ideologie und eines neuen Wertesystems behindern konnten. Darüber hinaus boten Verbesserungen im Bildungsbereich der größten Minderheit der politisch noch nicht gefestigten VF-Regierung die Chance, auf der einen Seite weitere Anhänger im Lande zu finden und andererseits bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen zusätzliche Pluspunkte zu sammeln.

Gerade die Zukunft ihres „eigenen“ Schulwesens stellte aber auch eine wichtige Frage für die Türken Bulgariens dar, wie die aktive Beteiligung von Türken an der Diskussion um die weitere Entwicklung zeigte. Schon Ende Dezember 1944 erhoben türkische VF-Aktivistinnen eine Reihe von Forderungen an die Regierung, in deren Mittelpunkt die staatliche Unterstützung für das weiterhin bestehende, aber durch die Enteignungen während der Königsdiktatur stark eingeschränkte türkische Privatschulwesen standen.<sup>511</sup>

Die Regierung ihrerseits schien durchaus gewillt, den Wünschen der türkischen Minderheit zu entsprechen. Das Minderheitenschulgesetz vom 27.9.1946 (eigentlich ein Zusatz zum allgemeinen Schulgesetz vom 12.2.1945), mit dem die Schulen verstaatlicht wurden, fand schließlich eine eher positive Resonanz.<sup>512</sup> Das

---

<sup>511</sup> Die VF-Aktivistinnen verlangten in ihrem Forderungskatalog neben der Einführung der Schulpflicht für alle türkischen Jungen und Mädchen vor allem die finanzielle Absicherung des Schulwesens durch den Staat, indem dieser die Gehälter der Lehrer, den Unterhalt der bestehenden und den Bau neuer Schulgebäude übernehmen sollte. Die Abschlüsse der türkischen Schulen sollten nun gesetzlich anerkannt und den Abgängern dieser Schulen der Zugang zu weiterführenden bulgarischen Schulen ohne Aufnahmeprüfungen ermöglicht werden, ein Recht, das besonders für Absolventen des geistlichen Gymnasiums *Nüvvab* in Šumen gelten sollte. Ein weiterer zentraler Punkt der Forderungen war die Anerkennung des Türkischen als Unterrichtssprache in den türkischen Schulen, wobei das Türkische in der lateinischen Schrift gelehrt werden sollte. Şimşir: *The Turks*, S.136 f., S.140 und S.145 ff. Vgl. auch Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.50 ff.

<sup>512</sup> So Bachmaier, P.: *Bulgariens Weg zur neuen Schule. Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Vaterländischen Front 1944-1948*, Wien 1984, S.31. Gegenteiligere Meinung ist Şimşir: *The Turks*, S.145 ff., der die Verstaatlichung für den ersten Schritt zur Assimilierung der Türken und die Einmischung in deren Bildungsautonomie ansieht. Bachmaiers Ansicht, die Reform des Minderheitenschulwesens sei von dem Bildungsminister Kosturkov von der Radikalen Partei verhindert worden, kann so nicht hingenommen werden, denn das Minderheitenschulgesetz wurde noch in dessen

Gesetz sah die Einrichtung einer vierjährigen Grundschule in den Orten vor, wo 20 schulpflichtige Kinder der jeweiligen Minderheit zusammenkamen, ab 25 Kindern des entsprechenden Alters sollten auch die Klassen 5 bis 7 abgedeckt werden. In den ersten vier Klassen dieser allgemeinbildenden Schulen war das Verhältnis (sieht man von den musischen Fächern, dem Schulsport, dem Koranunterricht und in den höheren Klassenstufen dem Fremdsprachenunterricht ab) etwa 56 zu 21 Unterrichtsstunden zugunsten des Türkischen; in den Klassen 5 bis 7 der Grundschulen überwog das Bulgarische als Unterrichtssprache mit 32 zu 25 Stunden.<sup>513</sup> Die Schulbücher sollten von staatlichen Verlagen herausgegeben, der Unterhalt der Schulen durch den Staat, ihre Leitung aber durch die örtlichen Behörden übernommen werden. Damit verloren aber die türkischen Schulräte, die bis dahin existierten, ihre Aufgabe – sie wurden aufgelöst.<sup>514</sup>

Auf dieser rechtlichen Grundlage bestand das türkische Schulwesen, dessen Struktur sich fortan in die des gesamtbulgarischen Bildungssystems einfügte, bis zum Schuljahr 1958/59. Zu diesem Zeitpunkt verloren die türkischen Bildungseinrichtungen ihre Selbständigkeit; sie wurden mit den bestehenden bulgarischen Einrichtungen vereinigt. Die Hintergründe dieser Vereinigung sollen weiter unten noch diskutiert werden. Hier soll darauf verzichtet werden, die Entwicklung des türkischen Schulsystems anhand der einzelnen Schularten zu beschreiben, da dies den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen würde und eine eigene Studie wert wäre; auch die Alphabetisierungskampagne unter den Türken soll nur kurz berührt werden, da sie in ihrem Verlauf im wesentlichen der entsprechenden Maßnahme unter den Pomaken gleicht.

Die überaus hohen Analphabetenrate unter der türkischen Bevölkerung von weit über 80% vor dem Krieg (Tabelle 15) stellte für die Regierung den Anlaß dar, eine umfangreiche Alphabetisierungskampagne auch unter dieser Minderheit durchzuführen, wozu die bulgarische Regierung eigens eine Fibel in türkischer Sprache herausgab<sup>515</sup> und den Februar 1950 zum „Monat der Beseitigung des Analphabetismus unter der türkischen Bevölkerung“ erklärte.<sup>516</sup> Nach einem Bericht des Bezirksvolksrates Chaskovo von Ende 1951 soll es jedoch bei der

Amtszeit verabschiedet, und nicht, wie Bachmaier meint, unter dem ersten kommunistischen Bildungsminister Neijčev.

<sup>513</sup> Şimşir: *The Turks*, S.155 f.

<sup>514</sup> Bachmaier: *Bulgariens Weg*, S.31.

<sup>515</sup> Veselinova, L.: *Grižite na narodnata vlast kām turskoto malcinstvo u nas (1944-1954)* [Die Sorgen der Volksmacht für die türkische Minderheit bei uns], in: *Ižvestija na dāržavnite archivi* 9, Sofija 1965, S.144.

<sup>516</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.104.

Alphabetisierung der türkischen Minderheit auch deshalb zu Schwierigkeiten gekommen sein, weil diese zu sehr mit der Aussiedlungsfrage beschäftigt gewesen sei:

(...) die türkische Bevölkerung ist von einem besonderen psychischen Zustand erfaßt und sie ist unfähig, an irgend etwas anderes zu denken als an die Aussiedlung. Sie besucht die Kurse lustlos.<sup>517</sup>

Zwar hatte das Politbüro in seinem Beschluß vom 26.4.1951 noch einmal betont, daß die Beseitigung des Analphabetismus eine der vorrangigen Aufgaben der Partei waren, doch sehr bald hatte sich gezeigt, daß nicht alle Erwachsenen die entsprechenden Kurse besuchen würden. Auf dem VI. Kongreß der BKP wurde 1954 konstatiert, daß landesweit über 800.000 Personen die Alphabetisierungskurse durchlaufen hätten, wovon knapp ein Viertel, also etwa 200.000, Türken gewesen sein sollen.<sup>518</sup> Nach den Volkszählungsergebnissen von 1956 waren immer noch mehr als ein Drittel der türkischen Bevölkerung ohne Lese- und Schreibkenntnisse (Tabelle 16). Die auf dem VI. Kongreß gemachte Aussage: „Eine ungeheure Arbeit wurde bei der Liquidierung des Analphabetismus unter der türkischen Bevölkerung geleistet und in den Grundlinien ist sie liquidiert (sic!).“<sup>519</sup> war gelinde gesagt ein Euphemismus. Wie aus der Tabelle 16 ebenfalls hervorgeht, ist dieses Problem bis heute nicht gelöst, denn die Analphabetenrate liegt bei der türkischen Bevölkerung nach wie vor beträchtlich über dem Landesdurchschnitt.

In den ersten Jahren und besonders nach der Verstaatlichung ging der Aufbau des türkischen Schulwesens rasch voran, auch wenn er zunächst durch eine umfassende Säuberung des Lehrkörpers und den daraus resultierenden Lehrermangel, aber auch wegen der wirtschaftlichen Probleme in den türkischen Siedlungsgebieten gehemmt wurde.<sup>520</sup> Innerhalb weniger Jahre wurde die Zahl der türkischen Schulen und Schüler in etwa verdoppelt: von 424 Schulen mit zusammen über 37.000 Schülern im Schuljahr 1943/44 etwa 1.200 Schulen mit über 100.000 Schülern im Schuljahr 1949/50 (Tabelle 17). An den 6 eigenständigen türkischen Mittelschulen (*gimnazii*) und 9 türkischen Abteilungen an bulgarischen

---

<sup>517</sup> Zit. nach Monov, C.: *Dejnostta na BKP za likvidiraneto na negramotnostta i malogramotnostta v stranata (1944-1953 g.)* [Die Tätigkeit der BKP zur Beseitigung des Analphabetismus und Teilanalphabetismus im Land], in: *Izvestija na instituta po istorija na BKP* 33, Sofija 1975, S.103.

<sup>518</sup> Diese Zahlen weichen von den Angaben bei Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.104 u. 108 ab. Dort heißt es, daß 1948/49 über 20.000 und 1952/53 ca. 33.000 Türken alphabetisiert wurden.

<sup>519</sup> Zit. nach. Bejtullof: *Kulturnijat vāzchod*, S.199.

<sup>520</sup> Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S. 51 u. 56 f.

Mittelschulen wurden knapp 2.700 Schüler unterrichtet.<sup>521</sup> Im Schuljahr 1957/58, dem letzten vor der Vereinigung mit den bulgarischen Schulen, gab es 1.156 türkische Grundschulen<sup>522</sup> mit über 104.000 Schülern (Tabelle 18). Die Zusammenstellung zeigt, daß damit die türkischen Schulen einen höheren Anteil am gesamten Schulwesen hatten, als der türkische Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachte. Dieser Umstand erklärt sich aber durch die „jüngere“ Altersstruktur der türkischen Bevölkerung (Tabelle 19).

Auch bei den türkischen Studenten war ein bedeutendes Ansteigen zu verzeichnen: Immerhin gab es 1958 über 400 türkische Studenten an den bulgarischen Hochschulen. Diese stellten damals nur einen Bruchteil aller Studenten in Bulgarien, und auch der Anteil der Hochschulabgänger unter den Türken war, wie Tabelle 16 zeigt, Mitte der fünfziger Jahre noch verschwindend gering. Laut Trifonov wurden die türkischen Studenten meist ohne Aufnahmeprüfung an den Universitäten aufgenommen.<sup>523</sup> Die Aufnahmeprüfungen scheinen aber nicht vollständig weggefallen zu sein, denn ab 1957 gab es für die Türken, ebenso wie für die Pomaken, Aufnahmequoten an den Hochschulen. In der entsprechenden Verordnung des Bildungsministeriums heißt es:

Es wird eine bestimmte Zahl von Studienplätzen festgelegt (...) in den Fächern Türkische Philologie, Geographie, Biologie, Pädagogik und Chemie an staatlichen Universität Sofia, Agronomie, Tierpflege (*zootechnika*), Tiermedizin und den Fächern an den höheren medizinischen Instituten; um die Studienplätze findet ein Wettbewerb unter den türkischen Kandidaten statt. (...) <sup>524</sup>

Das bedeutet, daß die türkischen Studenten zwar Aufnahmeprüfungen machen mußten, aber durch die Beschränkung des Teilnehmerkreises durchaus Vorteile genossen. Aber ebensowenig wie im Falle der Quotierung von Studienplätzen für Pomaken läßt sich bei den türkischen Studenten ausmachen, wie lange diese Regelung bestanden hat.

Zur Beseitigung des Lehrermangels an den türkischen Grundschulen wurde 1947 zunächst in Stara Zagora ein Pädagogisches Institut für Grundschullehrer gegründet. 1950 erfolgte eine Reorganisation der Lehrerbildung: Nun wurden zwei neue Lehrerbildungsanstalten in Kărdžali und Razgrad eröffnet, die das

<sup>521</sup> Leicht davon abweichende Zahlen finden sich bei Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.17 vom 29.4.1991, S.10: 1950 soll es seinen Angaben zufolge 987 Grundschulen (*načalni / osnovni učilišta*), 2.437 Lehrer und 88.600 Schüler gegeben haben.

<sup>522</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.17 vom 29.4.1991, S.10.

<sup>523</sup> Ebda.

<sup>524</sup> *Naredba za priemanje na novi studenti vāv visšite učebni zavedenija za učebnata 1957/58 godina* [Anordnung über die Aufnahme von neuen Studenten an den höheren Bildungseinrichtungen im Schuljahr 1957/58], in: *IPNS* Nr.37 vom 7.5.1957, S.1. Außerdem wurden mit dieser Verordnung Quotierungen von Studienplätzen in bestimmten *okolii* mit hohem Anteil an Minderheiten in Pirin-Makedonien, den Rhodopen und der Dobrudscha, aber auch in rückständigen Gebieten wie der Region Strandža-Sakar festgelegt.

Pädagogische Institut in Stara Zagora ab dem Schuljahr 1951/52 ersetzen sollten. Ab dem Schuljahr 1952/53 kam noch eine dritte Institution gleichen Typs in Sofia hinzu, in der eine Reihe von Beratern aus der Sowjetunion (besonders aus Aserbeidschan) arbeiteten. Mit dieser Reform wurde die Ausbildungsdauer für Grundschullehrer von ursprünglich vier auf drei Jahre verkürzt. Die türkischen Mittelschul- und Gymnasiallehrer erhielten ihre Vorbereitung am Lehrerinstitut in Šumen und an der Universität Sofia, wo spezielle Abteilungen für die Ausbildung von türkischen Lehrern für Türkisch, Geschichte, Mathematik und Physik eingerichtet wurden. Auch für diese galt die oben beschriebenen Quotenregelung.<sup>525</sup>

Mit diesen Maßnahmen allein konnte der Lehrermangel in den türkischen Schulen aber nicht beseitigt werden. Bis weit in die siebziger Jahre hinein mußten immer wieder Lehrer aus dem Landesinnern, meist Bulgaren, in die türkischen Siedlungsgebiete abkommandiert werden, wozu sie auch finanzielle Anreize erhielten (auf diese Maßnahmen wurde im Kapitel „Bildung für die Pomaken“ schon eingegangen).<sup>526</sup> Der Mangel an türkischen Lehrern machte sich sowohl bei der Alphabetisierungskampagne bemerkbar, als etwa die Hälfte der Lektoren Bulgaren mit Türkischkenntnissen waren, wie auch in den regulären Schulen, wo die Bulgaren ebenfalls knapp die Hälfte des Lehrpersonals stellten.<sup>527</sup> In der Anfangszeit, also in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren kamen gerade den abkommandierten bulgarischen Lehrern in den türkischen Städten und Dörfern neben der Unterrichtstätigkeit auch weitere Aufgaben zu. Der heute in den USA lehrende Soziologe Eminov berichtet dazu über seine eigene Schulzeit in Bulgarien, daß der ab dem Schuljahr 1951/52 hinzugekommene bulgarische Lehrer nicht nur den bis dahin allein lehrenden islamischen Geistlichen „unterstützen“, das heißt kontrollieren sollte, sondern daß der Lehrer auch die Eltern der türkischen Schüler bearbeiten mußte, alle Kinder, vor allem auch die Mädchen, in die Schule zu schicken.<sup>528</sup> Der Grund, warum die Eltern sich gegen den Schulbesuch aussprachen, dürfte unter anderem in der nach 1948 zunehmenden Politisierung des Schulunterrichts zu suchen sein.<sup>529</sup>

---

<sup>525</sup> Markov, Ju.: Razvitie na obrazovaniето sred turskoto naselenie v Bălgarija (1944-1952 g.) [Die Entwicklung der Bildung unter der türkischen Bevölkerung in Bulgarien], in: Istoricheski pregled 26 (1970) 1, S.76.

<sup>526</sup> Eine dieser Maßnahmen war der „800. Ministerratsbeschuß vom 30.9.1952 bezügl. der materiellen Lage der Lehrer in den Dörfern“, veröffentlicht in: IPNS Nr.86 vom 17.10.1952, S.1.

<sup>527</sup> Noch in den siebziger Jahren sollen im Bezirk Kărdžali 74% aller Lehrer aus anderen Landesteilen gekommen sein – überwiegend Bulgaren. Bejtullof: Kulturnijat văzchod, S. 212 f.

<sup>528</sup> Eminov, A.: The Education of Turkish Speakers in Bulgaria, in: Ethnic Groups 5 (1983) 3, S.137 ff.

<sup>529</sup> Bachmaier, P.: Schulsystem, in: Grothusen, K.-D. (Hg.): Bulgarien. (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6), Göttingen 1990, S.492 ff.

Eminov war es auch, der die Hintergründe für die Vereinigung des türkischen mit dem bulgarischen Schulwesen in ein neues Licht rückte. Von offizieller Seite war seit den sechziger Jahren immer wieder betont worden, daß dieser Schritt, der die faktische Auflösung eines eigenen Schulwesens für die türkische Bevölkerung bedeutete, auf Wunsch der türkischen Bevölkerung geschehen sei. Sie habe die Vereinigung vor allem wegen der geringen Weiterbildungs- und Aufstiegschancen gefordert, die wiederum durch die begrenzten Bulgarischkenntnisse der Türken bedingt waren. Darüber hinaus sei durch die mangelhaften Sprachkenntnisse auch die horizontale Mobilität der Türken auf die überwiegend türkisch bewohnten Gebiete beschränkt gewesen. Deshalb habe das Politbüro am 21. Juni 1958 beschlossen, die Schulen zu vereinigen.<sup>530</sup> Der allgemeine minderheitenpolitische Kurswechsel des Jahres 1958 hin zu einer verstärkten Assimilationspolitik sei der wahre Hintergrund für diese Maßnahme gewesen, lautete dagegen die Interpretation westlicher Autoren. Bisweilen wurde auch noch ein Zusammenhang zwischen dem Chruščev-Besuch und der Verschärfung der Politik vermutet. So schrieb etwa S. Troebst, wenngleich nur in einer Anmerkung, es scheine so

(...) als ob N. S. Chruščev der bulgarischen Seite damals als Gegenleistung für die von ihm erzwungene ‚Aussöhnung‘ zwischen Sofija und Belgrad freie Hand in der Nationalitätenpolitik gewährt habe. Dies hatte vor allem einen Kurswechsel in der Makedonischen Frage bzw. gegenüber der möglicherweise rein fiktiven Minderheit der ‚Pirin-Makedonier‘ zur Folge, wirkte sich aber auch für die türkische Minderheit negativ aus.<sup>531</sup>

Eminov dagegen lenkt den Blick auf einen anderen Zusammenhang zwischen dem Besuch des sowjetischen Parteichefs und der Veränderung in der bulgarischen Schulpolitik, die sich in diesen Jahren besonders an der Sowjetunion orientierte, wie sich auch an der beinahe gleichzeitigen Durchführung einer Schulreform in beiden Staaten zeigte.<sup>532</sup> Die 1958 vom Obersten Sowjet der UdSSR

<sup>530</sup> Diese Argumentation findet sich in nahezu allen bulgarischen Publikationen, die sich mit der türkischen Minderheit auseinandersetzen, z. B. bei Genov: *Bratskata družba*, S.49 f.; Markov: *Razvitie na obrazovaniето*, S.78; Memišev: *Zadružno v socialističesko stroitelstvo*, S.179 ff. Auch in neueren Veröffentlichungen wird dies wiederholt, so etwa Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in: *Pogled* Nr.2, 29.4.1991, S.10.

<sup>531</sup> Troebst: *Verhältnis*, S.237, Anm.23. Zum Zusammenhang Chruščev-Besuch und Kurswechsel siehe auch ebda., S.236, Anm.22.

<sup>532</sup> Bachmaier: *Schulwesen*, S.495 f. Das sowjetische Schulgesetz von Ende 1958 wurde in einer bulgarischen Übersetzung unter dem Titel *Zakon za ukrepane vrazkata na učilišteto s života i za po-natatašno razvivane sistemata na narodnoto obrazovanie v SSSR* [Gesetz über die Unterstützung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die weitere Entwicklung des Systems der Volksbildung in der UdSSR] veröffentlicht in: *Narodna prosveta* 15 (1959) 2, S.10-22; das bulgarische Äquivalent hieß *Zakon za po-tjasnata vrazka na učilišteto s života i za po-natatašno razvitie na narodnoto obrazovanie v NR Bălgarija* [Gesetz über die enger Verbindung der Schule mit dem Leben und die weitere Entwicklung der Volksbildung in Bulgarien], in: *IPNS* Nr.54 vom 7.7.1959, S.1-3. Zum Verhältnis der sowjetischen und bulgarischen Bildungspolitik

eingeleitete Reform des Schulwesens sollte nach Ansicht Eminovs zwar die Entstalinisierung im Schulbereich voranbringen. Doch habe das neue sowjetische Schulgesetz auch die Einschränkung des Unterrichts in nicht-russischen Sprachen besonders für die Völker ohne Verwaltungsautonomie und die „Diaspora-Nationen“ in der RSFSR zur Folge gehabt.<sup>533</sup> Eben diese Einschränkung sei wiederum durch die Entstalinisierung zustande gekommen, denn sie sei unter Rückgriff auf Lenin geschehen, der getrennte Schulen auf nationaler Basis deshalb abgelehnt hatte, weil sie die Situation der am meisten zurückgebliebenen Nationen verschlechterten.<sup>534</sup> Auch bulgarische Autoren beriefen sich in der Folgezeit auf Lenin, allerdings auf eine andere Stelle:

Die Notwendigkeiten des Wirtschaftskreislaufes werden immer die in einem Staat lebenden Nationalitäten zwingen, die Sprache der Mehrheit zu erlernen.<sup>535</sup>

Damit ist auch der Hinweis auf einen weiteren Zusammenhang gegeben: Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich nach dem Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft ergeben hatten. Durch die Kollektivierung waren viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft freigesetzt worden, die nun in die Städte gezogen waren. Die verschärfte Industrialisierung der bulgarischen Wirtschaft, „Der große Sprung“, der auf dem April-Plenum beschlossen worden war und nun in Angriff genommen wurde, sollte helfen, die städtische Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Arbeitsplätze in der neu zu schaffenden Industrie verlangten aber auch die höhere Qualifikation der Industriearbeiterschaft.<sup>536</sup> Da vor allem in den

siehe zuletzt auch Čičovska, V.: Prosvetnata politika v Bălgarija 40-te – 50-te godini (Učilišteto ot prosvetnata reforma do săvetizacija) [Die Bildungspolitik in Bulgarien in 40er und 50er Jahren (Die Schule von der Bildungsreform zur Sowjetisierung)], in: Istoričeski pregled 50/51 (1994/95) 2, S.59-107.

<sup>533</sup> Siehe zu den Auswirkungen des sowjetischen Schulgesetzes auf die dortigen Minderheiten Silver, B. D.: The Status of National Minority Languages in Soviet Education: An Assessment of Recent Changes, in: Soviet Studies 26 (1974) 1, S.28-40 und Eminov, A.: Soviet Language Policy: Continuities and Detours, in Folia Slavica 5 (1982) 1/3, S.136-151.

<sup>534</sup> Eminov: The Education of Turkish Speakers, S.143 ff.

<sup>535</sup> Zit. nach Bejtullov: Kulturnijat vāzchod, S.223.

<sup>536</sup> Lampe: The Bulgarian Economy, S.149 ff. Darüber hinaus war gerade die „schwarze Arbeit“ in den Großprojekten der Schwerindustrie, den Stahlwerken „Lenin“ in Pernik und vor allem „Breznev“ in Kremikovei bei Sofia wegen der ungesunden Arbeitsbedingungen und trotz der höheren Löhne wenig attraktiv für bulgarische Arbeitskräfte. Die Betriebsleitungen waren daher gezwungen, auch Arbeitskräfte aus strukturschwächeren Regionen heranzuziehen – eben auch aus den Ostrhodopen und dem Ludogorie. Vgl. Palairet, M.: „Lenin“ and „Breznev“: Steel Making and the Bulgarian Economy,

türkischen Siedlungsgebieten die Kollektivierung sehr spät abgeschlossen war, dürfte ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Arbeitslosen türkischer Herkunft gewesen sein. Der Umbau des Schulwesens und vor allem die Vereinigung der türkischen Schulen mit den bulgarischen dürfte (zusätzlich zu dem sowjetischen Vorbild) also auch den Zweck gehabt haben, die Qualifikation der türkischen Arbeiterschaft zu erhöhen.

Die Vereinheitlichung des Schulwesens in Bulgarien wurde in mehreren Schritten zwischen 1958 und 1960 vollzogen. Für diesen schrittweisen Übergang hat Şimşir drei verschiedene Formen beschrieben, ohne jedoch Quellen anzugeben: In den Regionen mit ausschließlich türkischer Bevölkerung behielten die türkischen Schulen zunächst das Erscheinungsbild von Minderheitenschulen. Die Unterrichtssprache blieb weiterhin Türkisch, auch wenn schrittweise der Anteil der Unterrichtsstunden in Bulgarisch erhöht wurde. In ethnisch gemischten Gegenden mit türkischer Mehrheit wurden gemischte Klassen gebildet, die Unterrichtssprache wurde Bulgarisch und der Türkischunterricht fakultativ.<sup>537</sup> Insgesamt kam Şimşir dem tatsächlichen Verlauf relativ nahe, besonders was die Organisation des Türkischunterrichts betraf, denn der Bildungsminister sah sich noch 1965 genötigt, in einem Hinweis (*ukazanie*) die Unterrichtsorganisation an Schulen mit türkischen Schülern für das Schuljahr 1965/66 klarzustellen. Darin wurde festgelegt, daß der Türkischunterricht dann in eigenen Klassen bzw. Gruppen durchgeführt werden sollte, wenn in einer Klasse oder der gesamten Grund- bzw. Hauptstufe (1.-4. bzw. 5.-8. Klasse) jeweils mindestens 15 Schüler zusammenkamen. Pro jeweils 10 weitere Schüler waren zusätzliche Klassen bzw. Gruppen einzurichten. In den Schulen, die ausschließlich von türkischen Schülern besucht wurden, konnte, soweit Lehrer mit den entsprechenden Sprachkenntnissen vorhanden waren, der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern in den Klassen 4 bis 6 auf Türkisch gehalten werden. Natürlich mußte auch für die bulgarischen Schüler an den gemischten Schulen eine Lösung gefunden werden. Ihnen wurden ab 10 Schülern eigene Klassen zugestanden; waren es weniger, sollten sie gemeinsam mit den Türken unterrichtet, aber vom Türkischunterricht befreit werden. Der Türkischunterricht selbst wurde auf zwei bis vier Wochenstunden reduziert, wie eine dem Hinweis beigefügte Übersicht verdeutlicht.<sup>538</sup>

---

1956-90, in: *Europe Asia Studies* 47 (1995) 3, S.493-505, bes. 501. Neben Türken wurden aber auch Häftlinge und vietnamesische Vertragsarbeiter herangezogen.

<sup>537</sup> Şimşir: *The Turks*, S.200. Vg. auch Bejtullova: *Kulturnijat vāzchod*, S.222.

<sup>538</sup> *Ukazanie za organizirane na učebno-vāzpitatelnata rabota prez učebnata 1965/1955 godina v obštobrazovatelnite trudovo-politehničeski učilišta, v koito se učat turčeta* [Hinweis über die Organisation der Lehr- und Erziehungsarbeit im Schuljahr 1965/66

Durch die Festlegung einer Mindestzahl von türkischen Schülern konnte es in ethnisch gemischten Gebieten jedoch vorkommen, daß überhaupt kein Türkischunterricht mehr angeboten werden mußte. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, daß ab der fünften Klasse noch Russischunterricht hinzukam, „Damit unsere Werktätigen ihr Wissen direkt aus der reichen Schatzkammer der großen sowjetischen Kultur schöpfen können.“<sup>539</sup> Hier stellt sich die Frage, ob nicht gerade die Einführung einer weiteren, dem Bulgarischen sehr ähnlichen Sprache in den Grundschulen dazu beigetragen haben könnte, daß die Bulgarischkenntnisse der türkischen Schüler gering blieben.

Parallel zu der Vereinigung wurde der Aufbau von Wohnheimen und Internaten für die türkischen Schüler weiter vorangetrieben. Begonnen hatte dieses Programm bereits zu Beginn der fünfziger Jahre, als innerhalb von zwei Jahren über zwanzig Schülerwohnheime entstanden waren.<sup>540</sup> Sie waren nach offizieller Lesart dazu gedacht, den geringen Schulbesuch der türkischen Schüler anzuheben. Bis in die siebziger Jahre wurde das System der Internate, Wohnheime und Hausaufgabenräume immer weiter ausgebaut. Ende der siebziger Jahre sollen etwa ein Drittel aller türkischen Schüler in solchen Einrichtungen untergebracht gewesen sein.<sup>541</sup> Zu dieser Zeit wurde bereits unumwunden zugegeben, daß die Wohnheime nicht nur den Zweck hatten, den Schulbesuch zu sichern. Nun wurde offen davon gesprochen, daß die Schüler in den Internaten untergebracht werden sollten, um sie von ihrem sozialen Umfeld, insbesondere ihrer Familie zu trennen, die „in einigen Fällen eine ernste Gefahr für die Erziehung der Heranwachsenden“ darstelle.<sup>542</sup>

An diesen Worten wird schon deutlich, daß die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen im Verlauf der sechziger Jahre immer mehr zu Assimilationsinstrumenten geworden waren. So war es nur ein weiterer kleiner Schritt, daß der muttersprachliche Unterricht für die türkische Minderheit Mitte der siebziger Jahre

an allgemeinbildenden polytechnischen Schulen, in denen Türken ausgebildet werden], in: Buletin MNP 2 (1965) 7, S.8-9.

<sup>539</sup> Genov: Bratskata družba, S.51.

<sup>540</sup> Markov: Razvitie na obrazovaniето, S.71.

<sup>541</sup> Tachirov: Bălgarskite turci, S.161 f. Anderen Angaben zufolge soll der Anteil der Türken in den Internaten und Wohnheimen „doppelt so hoch gelegen haben, wie ihr Bevölkerungsanteil im Landesdurchschnitt“ war. Siehe Bejtullof: Kulturnijat vāzchod, S.213.

<sup>542</sup> Tachirov, Š.: Roljata na učilišteto za priobštavane na turskoto naselenie kām bālgarskija narod v borbata za socializām i komunizām [Die Rolle der Schule für den Anschluß der türkischen Bevölkerung an das bulgarische Volk im Kampf für Sozialismus und Kommunismus], in: Narodna prosveta 30 (1974) 3, S.57-62.

ganz abgeschafft wurde. Wie diese weitere Einschränkung vonstatten ging, läßt sich auf der Basis des verwendeten Materials nicht nachvollziehen, auch wenn es vereinzelte Hinweise darauf gibt, daß wiederum schrittweise vorgegangen wurde.<sup>543</sup> Sicher spielte bei der Abschaffung des Türkischunterrichts die allgemeine Verschärfung der Minderheitenpolitik besonders nach dem Februarplenium des ZK der BKP zu Ideologiefragen von 1974 und die forcierten Anstrengungen, eine „einheitliche sozialistische Nation“ zu schaffen, eine wichtige Rolle.

Zwar hatte die Bildungspolitik einige Erfolge vorzuweisen, was das Ziel betraf, die bulgarischen Türken durch die Überwindung der sozialen und letztlich nationalen Unterschiede zu assimilieren. Dennoch war, wie aus Tabelle 16 hervorgeht, die Zahl der türkischen Schüler, die ihre Ausbildung in einer weiterführenden Schule fortsetzte, nach wie vor gering. Darüber hinaus war 1975 das Türkische als Umgangssprache zugunsten des Bulgarischen noch nicht verdrängt, denn im Bezirk Kardžali gaben nur 46,7% der Türken das Bulgarische als ihre Umgangssprache an. Das war zwar im Vergleich zu 1956, als nur 8,1% der Türken Bulgarisch im Alltag sprachen<sup>544</sup>, ein großer Fortschritt aus der Sicht der BKP. Doch das selbstgesteckte Ziel, eine einheitliche Sprache als Voraussetzung für die Überwindung der sozialen und letztlich nationalen Unterschiede durchzusetzen, war damit noch nicht erreicht.

### *2.5.5. Die Emigration der bulgarischen Türken seit 1944*

Die Emigration der bulgarischen Türken erfolgte nach 1944 in drei Phasen, nämlich 1950/51, 1968-78 und ab 1989. Die drei Emigrationswellen hatten verschiedene Gründe und unterschiedliche Verlaufsformen; deshalb sollen sie getrennt voneinander behandelt werden. Auf die letzte Welle der Emigration ab 1989 wird nur kurz eingegangen, wobei der Hauptakzent auf die demographischen Aspekte dieser Entwicklung gelegt werden soll, da die politischen und sozialen Hintergründe schon ausführlich dargelegt wurden.

#### 2.5.5.1. Die Emigration von 1950/51: Vertreibung oder Flucht?

Etwa ein Jahr, nachdem das Politbüro beschlossen hatte, dem gestiegenen Auswanderungswunsch unter Teilen der türkischen Bevölkerung nachzugeben, wurde am 10.8.1950 der türkischen Geschäftsträger in Sofia in das Außenministerium bestellt. Dort wurde ihm eine Note überreicht, mit der der türkischen Regierung mitgeteilt wurde, daß 250.000 Türken gedachten innerhalb der nächsten drei Monate aus Bulgarien in die Türkei auszuwandern.<sup>545</sup>

<sup>543</sup> So z. B. Bejtullof: *Kulturnijat vāzchod*, S.222.

<sup>544</sup> Höpken: *Modernisierung und Nationalismus*, S.450.

<sup>545</sup> Höpken: *Emigration und Integration*, S.359.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der türkisch-bulgarische Vertrag über die geregelte Emigration von 1925<sup>546</sup> weitgehend eingehalten worden: Die bulgarischen Behörden stellten Pässe aus, die türkischen Vertretungen in Bulgarien besorgten die Einreisevisa unter der Voraussetzung, daß sich ein Verwandter oder Bekannter in der Türkei fand, der die Emigration und Integration finanziell unterstützte; auch die Eigentumsverhältnisse wurden geklärt, auch wenn dies meist ein langwieriger Prozeß war. In der Zeit zwischen 1944 und 1947 oblag die Erteilung der Ausreiseerlaubnis jedoch weitgehend der AKK, wie im Zusammenhang mit der Auswanderung der bulgarischen Juden schon beschrieben wurde. Im ersten Jahr nach der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrages war die Emigration bulgarischer Türken kaum registrierbar – sie umfaßte ganze 35 Personen. Doch schon 1949 hatten über 1.500 Türken das Land verlassen, zumeist in Richtung Türkei (Tabelle 26). In der Note wurde nun den türkischen Behörden die bewußte Verzögerung bzw. die Verweigerung von Visa vorgeworfen. Besonders die Konsulate in Sofia, Burgas, Plovdiv und Stalin (Varna) würden mit Sicherheitsüberprüfungen die Bearbeitung der Visa-Anträge systematisch verzögern.<sup>547</sup> In ihrer Antwortnote warf die türkische Regierung der bulgarischen Seite vor, ein völkerrechtswidriges Ultimatum gestellt zu haben und eine massenhafte Vertreibung vorzubereiten. Gleichzeitig berief sich Ankara auch auf die Konvention von 1925, und daß unter den gegenwärtigen Umständen eine geregelte Emigration aus Bulgarien nicht möglich wäre. Die bulgarische Regierung war jedoch zu keinen Verhandlungen bereit, was das gestellte Ultimatum von drei Monaten betraf und begann verstärkt, Emigranten zur Grenze zu befördern.<sup>548</sup>

Im August 1950 verließen 6.000 Türken Bulgarien in Richtung Türkei, im September waren es bereits 7.500, und während die Zahlen ständig zunahmen, schloß die Türkei am 7.10.1950 den einzigen Grenzübergang in Svilengrad, weil die bulgarischen Behörden – aus türkischer Sicht unberechtigterweise – eine Gruppe von Roma mit Pässen versorgt hatte und sie in die Türkei ausreisen ließen. Die Grenze blieb dann bis zur Rückkehr der Roma nach Bulgarien am 2. Dezember 1950 geschlossen. Die Grenzschießung führte zu wütenden Reaktionen der bulgarischen Presse.<sup>549</sup> Laut Höpken hatte sie vor allem den Hintergrund, daß die

---

<sup>546</sup> Die wichtigsten Passagen des Vertragstextes finden sich u. a. in Şimşir: *The Turks*, S.300 f.

<sup>547</sup> Otečestven front vom 11.8.1950.

<sup>548</sup> Höpken, W.: Die Emigration von Türken aus Bulgarien. Historisches und Gegenwärtiges, in: SOE 38 (1989) 10, S.628.

<sup>549</sup> In der Parteizeitung erschienen mehrere Artikel, in denen die türkische Regierung angeklagt wurde, internationales Recht zu verletzen und unter anderem den internationalen Schienenverkehr zu behindern. Stellvertretend für viele andere Zeitungsberichte seien hier genannt: „Otgovornostta na turskoto pravitelstvo“ [Die Verantwortung der türkischen Regierung], in: Rabotničesko delo vom 18.10.1950, und „Turskoto pravitelstvo grubo narušava meždunarodnite pravila za ž.p. dviženie“ [Die türkische Regie-

türkischen Behörden einfach mehr Zeit brauchten, um die Einwanderer aufzunehmen.<sup>550</sup> Die Schließung der Grenze durch die Türkei indes fruchtete mehr als die Aufforderung an die bulgarische Regierung, über die Erteilung von Ausreisevisa zu verhandeln: Anfang Dezember 1950 erklärte sich die bulgarische Regierung bereit, nur noch Ausreisevisa zu erteilen, wenn bereits türkische Einreisevisa vorlägen, und nur noch solchen Personen den Grenzübertritt zu erlauben, die in Besitz eines gültigen Visums waren.<sup>551</sup>

Aufgrund der unnachgiebigen Haltung der bulgarischen Regierung waren unterdessen in Svilengrad weiter Flüchtlinge angekommen, so daß nach der erneuten Grenzöffnung im Dezember 21.000 Türken in die Türkei ausreisten. Zuvor hatten sich auf bulgarischer Seite eine ungeheure Zahl von Emigranten vor der Grenze gestaut, die in Notunterkünften untergebracht waren und zum Teil unter freiem Himmel schlafen mußten:

In Bulgaria, Svilengrad was used as a concentration point for the Turks who were shipped to Turkey by train. At Svilengrad facilities were even more overcrowded than at Edirne. During the winter 1950-1951 Bulgarian authorities admitted that people were living in the open without even tents, but blamed this on the failure of Turkish authorities to admit them.<sup>552</sup>

Die hohe Zahl von Emigranten, die die Grenze nach der Öffnung passieren konnten, hielt sich in ersten Monaten des Jahres 1951, ging dann aber bis zur erneuten Schließung der Grenze am 8. November 1951 (wieder war ein Gruppe Roma mit angeblich falschen Pässen der offizielle Anlaß) auf 2.000 bis 3.000 zurück. Diesmal war es jedoch die bulgarische Regierung, die eine weitere Emigration unterband, indem sie keine neuen Pässe mehr ausstellte. Bis zur Schließung hatten ca. 155.000 Türken (das heißt beinahe ein Viertel der türkischen Bevölkerungsgruppe des Landes) Bulgarien verlassen. Der Rückgang der Emigrantenzahlen ab Mai 1951 bis zur Schließung der Grenze deutete bereits die geänderte Einstellung der bulgarischen Regierung in dieser Frage an. Nach der Auffassung Höpkins ging die Initiative zum Stop der Emigration auf ökonomische Gründe zurück, da die bulgarische Landwirtschaft und Tabakindustrie plötzlich unter Arbeitskräftemangel litt, war doch ein Großteil der türkischen Emigranten, nämlich etwa

---

rung verletzt grob die internationalen Rechte über den Bahnverkehr], in: *Rabotničesko delo* vom 22.10.1950.

<sup>550</sup> Höpken: *Emigration von Türken*, S.629.

<sup>551</sup> Höpken: *Emigration von Türken*, S.629. Vgl. auch Kostanick, Huey Louis: *Turkish Resettlement of Bulgarian Turks 1950-1953*, in: *University of California Publications in Geography*, Vol.8, No.2, S.107.

<sup>552</sup> Kostanick: *Resettlement*, S.110.

60%, in der Landwirtschaft tätig.<sup>553</sup> Gleichzeitig korreliert der Rückgang der Zahlen aber auch mit einer politischen Entwicklung, die mit dem Beschluß A Nr.103 des Politbüros vom 26.4.1951, eingeleitet wurde. Mit ihm wurde die Wende der Partei in ihrem Verhältnis zu der türkischen Minderheit deutlich, wie in dem allgemeinen Überblick schon dargestellt wurde.

Die monatliche Verteilung der Aussiedlerzahlen geht aus Tabelle 27 hervor, aber auch über die regionale Verteilung der Aussiedler lassen sich einige – wenn auch vage – Aussagen treffen. Tabelle 29 zeigt deutlich, daß die Bevölkerungszahl einiger Kreisen in den Jahren 1951 und 1952 im Vergleich zu 1950 zurückging bzw. stagnierte. Dieses Phänomen ist aber nicht in allen Fällen auf die Emigration von Türken zurückzuführen, wie etwa im Kreis Sofia-Land, wo die Stagnation und der anschließende Rückgang der Bevölkerungszahlen in erster Linie durch die Landflucht in Richtung Hauptstadt zustande kam. Besonders offensichtlich werden aber die demographischen Auswirkungen der Emigrationswelle in den Kreisen mit hohem türkischen Bevölkerungsanteil, zum Beispiel Chaskovo und Šumen. Konnten hier bis 1950 steigende Bevölkerungszahlen beobachtet werden, war vor allem 1951 ein starker Rückgang zu beobachten, der im Kreis Šumen 13.000 Personen ausmachte. Dieser beinahe schlagartige Rückgang der Bevölkerung konnte in den folgenden Jahren auch nicht mehr ausgeglichen werden. Anders im Kreis Chaskovo, wo die Bevölkerung 1951 nur um 5.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr gesunken war. Dort stiegen die Zahlen in den Folgejahren wieder überproportional an, was wahrscheinlich auf das hohe natürliche Wachstum der dortigen Bevölkerung zurückzuführen ist, aber auch mit einer verstärkten Zuwanderung aus dem Landesinneren zusammenhängen könnte. Was die zurückgegangenen Bevölkerungszahlen in den Kreisen Tärnovo, Pleven und Vraca betrifft, so kann es sich hierbei sowohl um die Folgen der Emigration handeln, als auch um die Folgen der Binnenmigration in stärker industrialisierte Regionen. Überschlägt man den Bevölkerungsrückgang zwischen 1950 und 1952 noch einmal nach regionalen Gesichtspunkten, so wird deutlich, daß die Gebiete, in denen die höchsten Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen waren, in der nördlichen Landeshälfte liegen. Dagegen war der im Südosten des Landes gelegene, an die Türkei und Griechenland grenzende Kreis Chaskovo nur vorübergehend betroffen. Vor diesem Hintergrund wird es zumindest fraglich, ob die Staatsführung mit der Aussiedlung der Türken tatsächlich sicherheitspolitische Ziele verfolgte (und erreichte), wie man nach den Forderungen Dimitrovs von 1948 vermuten könnte, oder ob nicht vielmehr Höpken der Realität näher kommt, wenn er schreibt, daß es sich bei der Aussiedlungswelle von 1950/51 sowohl um eine Vertreibung als auch um eine Fluchtbewegung<sup>554</sup> handelte, da in den nördli-

---

<sup>553</sup> Höpken: Emigration von Türken, S.633 f. Vgl. auch: Höpken: Emigration und Integration, S.363 f.

<sup>554</sup> Höpken: Emigration und Integration, S.361.

chen Landesteilen der Emigrationsdruck höher gewesen sein dürfte, weil dort, wie schon gezeigt wurde, die Kollektivierung der Landwirtschaft wesentlich schneller vorangetrieben wurde.

#### 2.5.5.2. Emigration von 1969-78: Familienzusammenführung

Wie oben bereits beschrieben, war der Emigrationsdruck unter der türkischen Bevölkerung in den Jahren nach der ersten Aussiedlungswelle nur teilweise zurückgegangen. Der minderheitenpolitische Kurswechsel der BKP am Ende der fünfziger Jahre hatte zu einem erneuten Aufleben des Auswanderungswunsches ebenso beigetragen wie der Abschluß der Kollektivierung in der Landwirtschaft, der zeitlich mit diesem Kurswechsel zusammenfiel. Darüber hinaus konnten durch die plötzliche Schließung der Grenze 1951 eine nicht genau abzuschätzende Zahl von Ausreisewilligen das Land nicht mehr verlassen. Hatte die bulgarische Regierung zunächst von etwa 250.000 Personen gesprochen, und die türkischen Vertretungen in Bulgarien bis September 212.000 Einreisevisa ausgestellt, so mußten in Bulgarien mindestens 70.000 Menschen zurückgeblieben sein, denen die Ausreise unmöglich geworden war.<sup>555</sup> Zudem wurden durch die plötzliche Grenzschießung sehr viele Familien getrennt, so daß schon seit dem Ende der ersten Ausreisewelle Unzufriedenheit unter der türkischen Bevölkerung geherrscht haben muß.

Bereits 1956 hatte die bulgarische Regierung mit einer Note einen ersten Anlauf unternommen, die Aussiedlungsfrage wieder mit der türkischen Regierung zu diskutieren, und auch die türkische Seite hatte ab den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren wiederholt Verhandlungsangebote gemacht. Diese gegenseitigen Angebote wurden jedoch ohne ersichtlichen Grund nicht wahrgenommen.<sup>556</sup> Zwar hatte sich die Zahl der Personen, die sich bei den türkischen Vertretungen in Bulgarien um Einreisevisa bemühte, bis Januar 1964 auf über 380.000 erhöht (die sich laut Şimşir noch um weitere 400.000 erhöht hätte, wären die bulgarischen Behörden nicht eingeschritten<sup>557</sup>), doch eine Annäherung zwischen den beiden Staaten ergab sich in dieser Frage erst 1966, als der bulgarische Außenminister Ivan Bašev mit seinem türkischen Kollegen Çaglayangil bei einem Treffen in der Türkei übereinkam, in Verhandlungen über ein mögliches Aussiedlungsabkommen zu treten.<sup>558</sup> Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, zumal sich die türkische Seite auch den Forderungen der Immigrantorganisationen von Türken aus Bulgarien gegenüber sah; diese hatten das türkische Außenministerium in ei-

---

<sup>555</sup> Şimşir: *The Turks*, S.246.

<sup>556</sup> Höpken: *Im Schatten der nationalen Frage: Die bulgarisch-türkischen Beziehungen*, in: SOE 36 (1987) 2/3, S.89; die türkischen Bemühungen sind ausführlich beschrieben bei Şimşir: *The Turks*, S.247 ff. Höpken weist zurecht darauf hin, daß sich beide Seiten über die jeweiligen Bemühungen der anderen ausschwiegen.

<sup>557</sup> Şimşir: *The Turks*, S.211.

<sup>558</sup> Höpken: *Im Schatten*, S.90.

nem Memorandum aufgefordert, gegenüber Bulgarien eine kompromißlose Linie zu verfolgen.<sup>559</sup>

Das Abkommen „über die Aussiedlung von bulgarischen Staatsbürgern türkischer Herkunft, deren nahe Verwandte bis 1952 in die Türkei aussiedelten“ wurde am 22.3.1968 anlässlich eines Staatsbesuches Todor Živkovs in der Türkei besiegelt<sup>560</sup> und trat am 19. August 1969 in Kraft.<sup>561</sup> Der Personenkreis war auf den Familienkreis beschränkt – wobei es interessant ist, daß ein westlicher Historiker wie W. Höpken von einer „großzügigen Handhabung“ spricht,<sup>562</sup> während der frühere türkische Diplomat B. N. Şimşir die engherzige Auslegung der „engen Verwandtschaft“ beklagt.<sup>563</sup> Wie immer man darüber denken mag, das Abkommen umfaßte Eheleute, Eltern, Groß- und Urgroßeltern, Kinder und Enkel mit deren Ehepartnern, unverheiratete Brüder und Schwestern, sowie die minder- und volljährigen Kinder verstorbener Geschwister (Artikel 1).<sup>564</sup> Die Aussiedlung sollte in den Monaten April bis November erfolgen und bis 1978 abgeschlossen sein. Zunächst sollten die wöchentlichen Zahlen „300 nicht übersteigen“ (Artikel 3), weshalb die Schätzungen der im Endeffekt zu erreichenden Emigrantenzahlen zunächst bei 25.000 bis 30.000 Personen lagen. Aufgrund der Erfahrungen mit der letzten Auswanderungswelle wurden besonders die Fragen der Liquidierung des Eigentums (Artikel 10 und 11), der Renten und anderer Versicherungen (Artikel 12) und der ausgeführten Güter (Artikel 6, 7 und 8) geregelt. Gleichwohl scheint es im Verlauf der so vertraglich geregelten Aussiedlung immer wieder zu Schwierigkeiten gekommen zu sein. Diese Schwierigkeiten ergaben sich meist aufgrund von Artikel 13, mit dem der Transfer der aus dem Verkauf des Eigentums erlangten Mittel reguliert werden sollte: Den Aussiedlern wurde nämlich nicht erlaubt,

---

<sup>559</sup> Şimşir: *The Turks*, S.252. Die Forderungen der Immigrantensorganisationen in der Türkei betrafen in erster Linie die materielle Seite, da die bulgarische Regierung scheinbar nicht gewillt war, den Emigranten zu erlauben, größere Geldmengen außer Landes zu bringen, die sich aus dem Verkauf von Immobilien ergeben hätten. Ein weiterer wichtiger Punkt der Forderungen war die Offenhaltung der Aussiedlungsfrage für alle bulgarischen Türken. In dem Memorandum hieß es unter anderem: „(...) Because, if these principles are not included in the agreement, it will become clear that Bulgarians want to send, without a penny in their pockets, a very small group of our blood brothers to our country and to extinguish all hopes for emigration in the future in our blood brothers who will remain in Bulgaria...“

<sup>560</sup> Şimşir: *The Turks*, S.255. Şimşir war selbst bei der Unterzeichnung durch die Außenminister in seiner Eigenschaft als Direktor der Abteilung „Immobilien und Minderheiten“ des Außenministeriums zugegen.

<sup>561</sup> Vollständiger Text in *Dăržaven vestnik* Nr. 82 vom 21.10.1969, S.1 f.

<sup>562</sup> Höpken: *Im Schatten*, S.90.

<sup>563</sup> Şimşir: *The Turks*, S.253.

<sup>564</sup> *Dăržaven vestnik* Nr. 82 vom 21.10.1969, S.1 f., Höpken: *Im Schatten*, S.90. Höpken ist bei der Übersetzung des Textes ein offenkundlicher Fehler unterlaufen: statt von minder- und volljährigen Kindern spricht er von legitimen und illegitimen.

Bargeld auszuführen; sie konnten statt dessen Waren mitnehmen, die sie in Bulgarien erstanden hatten und deren Ausfuhr erlaubt war. Hier lag aber genau das Problem, denn es gab scheinbar keine genauen Informationen darüber, welche Waren exportiert werden durften, so daß die bulgarischen Zollbehörden immer wieder Beschlagnahmungen vornahmen.<sup>565</sup>

Die Familienzusammenführung entwickelte sich in den ersten Jahren durchaus zufriedenstellend, wie beide Seiten anlässlich eines Treffens 1973 feststellten und bei dem sie bekräftigten, „alle notwendigen Maßnahmen für die weitere Erfüllung zu unternehmen.“<sup>566</sup> Doch obwohl der türkische Staat keine besonderen Leistungen für die neuen Bürger aufbringen mußte – diese fielen unter die Kategorie der „unabhängigen Immigranten“, für deren Unterhalt die Verwandten in der Türkei aufkommen mußten<sup>567</sup> – schien dessen Aufnahmebereitschaft für die Einwanderer wegen zunehmender wirtschaftlicher Probleme ab Mitte der siebziger Jahre mehr und mehr nachzulassen. Wohl auch deshalb trafen sich die beiden stellvertretenden Außenminister im November 1977, um über die Erfüllung des Abkommens zu beraten, wobei die bulgarische Seite die türkische Seite zu einer zügigeren Abfertigung der angelaufenen Visaanträge mahnte. Zusätzlich erreichte die bulgarische Regierung, daß die wöchentliche Quote von bis dahin 300 auf monatlich 1.300 Personen erhöht wurde.<sup>568</sup> Über die Umstände, wie dieses Abkommen 1978 auslief, herrscht reichliche Verwirrung, wie Höpken zugibt. Dies liege daran, daß die bulgarische Seite nach 1978 mehrfach erklärt hatte, der Vertrag sei erfüllt, weswegen eine weitere Aussiedlung nicht in Frage käme. Die türkische Seite dementierte dies ebenso oft, mit dem Hinweis darauf, daß Bulgarien sehr wohl bereit gewesen sei, auch nach dem Auslaufen des Vertrages die Aussiedlungsfrage in Einzelfällen großzügig zu handhaben. Gleichwohl habe die Türkei dem Auslaufen – möglicherweise aus innenpolitischen Gründen – „mehr oder weniger zugestimmt.“<sup>569</sup>

In den Genuß des Abkommens über die Familienzusammenführung sind in den 10 Jahren seiner Gültigkeit etwa 130.000 Türken gekommen. Der zeitliche Verlauf läßt Rückschlüsse auf die Aufnahmebereitschaft der Türkei zu, denn nach bulgarischen Angaben stieg der jährliche Emigration von etwas mehr als 2.500

---

<sup>565</sup> Şimşir: *The Turks*, S.261 f.

<sup>566</sup> Zit. nach Höpken: *Im Schatten*, S.91.

<sup>567</sup> In der Türkei gibt es mehrere Kategorien von Immigranten: Flüchtlinge, die unter die Genfer Konvention fallen, solche Flüchtlinge, die nicht unter diese Konvention fallen und Immigranten türkischer Herkunft (wofür allerdings keine festgeschriebenen Kriterien existieren). Letztere, die sogenannten „nationalen Immigranten“, sind noch einmal in „unabhängige“ und „staatlich finanzierte“ Immigranten unterteilt. Kirişçi, K.: *Refugees of Turkish Origin: Movement of „coerced immigrants“ to Turkey since 1945* (masch., erscheint demnächst in: *International Migrations*), S.1 ff.

<sup>568</sup> Höpken: *Im Schatten*, S.91.

<sup>569</sup> Ebd., S.92 f., hier: S.93.

(1969) zunächst etwa 10.000 (1970-1972) an, um dann wieder auf etwa 5.300 (1973), 1.350 (1974) und schließlich 344 (1975) abzusinken. Dabei ist allerdings anzumerken, daß die bulgarische Führung seit der Volkszählung von 1975 keine nach ethnischer Zugehörigkeit aufgeschlüsselten Zahlen mehr veröffentlicht hatte. Nach dem Treffen der stellvertretenden Außenminister stieg die Zahl der Auswanderer nach türkischen Angaben wieder sprunghaft an: über 12.000 im Jahr 1977 und im letzten Jahr des Abkommens noch einmal auf fast 61.000.<sup>570</sup> Die Zahl von 130.000 Emigranten – die im Übrigen den türkischen Angaben entspricht – tauchte interessanterweise in bulgarischen Publikationen erst in den achtziger Jahren auf, und zwar im Zusammenhang mit den bulgarisch-türkischen Auseinandersetzungen um die Namensänderungen.<sup>571</sup>

### 2.5.5.3. „Der große Ausflug“

Ebensowenig, wie die Aussiedlungswelle der fünfziger Jahre den Ausreisewunsch großer Teile der zurückbleibenden türkischen Minderheit mindern konnte, verschwand der Emigrationsdruck nach dem Auslaufen des Abkommens über die Familienzusammenführung. Auf die Hintergründe der letzten Aussiedlungswelle, die in den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit fällt und heute in der bulgarischen Publizistik als „Großer Ausflug“ bezeichnet wird, soll hier nicht noch einmal eingegangen werden, da sie bereits ausführlich behandelt wurden. Im Mittelpunkt stehen hier vielmehr der Verlauf der Aussiedlungswelle und ihre demographischen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Wie bereits oben gezeigt wurde, hing die Emigration ursächlich mit den Protesten der türkischen Minderheit gegen die vorangegangenen Namensänderungen und das Verbot der türkischen Sprache zusammen. Bekanntlich hatte der Parteivorsitzende schon ein Jahr zuvor die Umsiedlung einzelner türkischer Familien aus den südlichen Grenzgebieten ins Auge gefaßt. Von diesem Ansatz, der an die Vorschläge Dimitrovs vom Ende der vierziger Jahre erinnerte, war es nur ein kleiner Schritt, auch die Aussiedlung ins Auge zu fassen. Möglicherweise hatte die Parteispitze die massenhafte Aussiedlung von Türken in die Türkei schon zu Beginn der Proteste ins Auge gefaßt. Bereits Anfang Mai, also nur wenige Wochen vor den großen Kundgebungen, soll Todor Živkov auf einer Sitzung des Politbüros geäußert haben, daß das Ziel sei, etwa 200.000 Menschen auszusiedeln.<sup>572</sup> Da für diese Aussage aber keine weiteren Belege existieren, ist sie mit den

---

<sup>570</sup> Ebda., S.95, Tab.3.

<sup>571</sup> Ebda., S.91.

<sup>572</sup> „(...) daß wir eine maximale Anzahl von Menschen aussiedeln können. Das ist unsere ganze Absicht. Wir müssen mindestens 200.000 Leute aussiedeln. Die Zahlen zeigen, daß, wenn wir das nicht machen, sich Bulgarien in einigen Jahren früher oder später in ein Zypern verwandeln wird.“ Zit. nach: Dimitrova, D.: *Turskijat pečat za t. nar.*

entsprechenden Vorbehalten zu betrachten. Möglicherweise ist aber ein Zusammenhang gegeben zwischen dieser Äußerung des Staatschefs und der – für die Öffentlichkeit überraschenden – Verabschiedung des neuen Paßgesetzes vom 10.5.1989.<sup>573</sup>

Die Behörden reagierten zunächst auf die Proteste, indem sie die mutmaßlichen Organisatoren des Widerstandes per Flugzeug nach Belgrad und Wien brachte. Das, so eine soziologische Untersuchung dieser Zeit, war politisch vielleicht richtig. Doch gerade die vorzeitige Ausgabe von neuen Reisedokumenten sei dafür verantwortlich gewesen, daß eine „Massenauswanderungspsychose“ ausbrach. Diese Aktion der Behörden, bei der nach wie vor ungeklärt ist, wie weit sie mit Sofia abgestimmt war, habe nämlich bei der türkischen Bevölkerung das Gefühl der Vertreibung ausgelöst. Als letzten Punkt nennt die Studie noch die Angst der Bevölkerung, die durch die plötzliche Grenzöffnung überrascht wurde, daß es sich bei der Entscheidung zur Reisefreiheit um eine vorübergehende Maßnahme handeln könnte.<sup>574</sup>

Was in der bulgarischen Studie noch vorsichtig als „die vorzeitige Ausgabe von Reisepässen“ beschrieben wurde, entpuppt sich bei näherer Betrachtung oft als Ausweisung. Aus den Zeugenaussagen, die Menschenrechtsorganisationen in den Aufnahmelagern in der Türkei gesammelt haben, geht hervor, daß unmittelbar nach den Protestaktionen Ende Mai viele Betroffene zuhause oder an ihren Arbeitsplätzen von Milizionären aufgesucht wurden. Die Beamten nannten den Familienoberhäuptern dann eine Frist (meist zwischen 24 und 48 Stunden), binnen derer sie auf der Paßstelle zu erscheinen hätten, um ihre Pässe abzuholen. Für den Fall, daß die Betroffenen sich weigerten, daß Land zu verlassen, wurden sie unter Zwang zur Grenze befördert. Unter diesen Umständen konnten viele der unfreiwillig zu Emigranten gewordenen Menschen nur die allernötigste persönliche Habe mitnehmen.<sup>575</sup> Dabei stellt sich die Frage, wieviele der Emigranten auf diese Weise aus dem Land vertrieben wurden, und ob es dabei bestimmte Kriterien gab, nach denen die Behörden vorgingen. Aus den von Helsinki Watch veröffentlichten Berichten wird deutlich, daß die Mehrzahl der Aussiedler auf die

„Väzroditelnija proces“ [Die türkische Presse über den sog. „Wiedergeburtstest“], in *Etničeskata kartina v Bălgarija*, Sofija 1993, S.178.

<sup>573</sup> *Dăržaven vestnik* Nr.38,19.5.1989, S.1-2. Die Neuregelung sah die Ausgabe von Reisepässen ab dem 1. September 1989 vor. Das Gesetz enthielt einen speziellen Passus, der von den Behörden als Vorwand genommen werden konnte, Sondergenehmigungen für die Ausreise auszustellen.

<sup>574</sup> *Etničeskijat konflikt v Bălgarija*, S.23.

<sup>575</sup> *Destroying Ethnic Identity: The Expulsion*, S.27 f.

eine oder andere Weise an den vorausgegangenen Protestaktionen beteiligt waren, oder schon zuvor um die Erlaubnis zur Ausreise bei den Behörden nachgefragt hatten. Der Autor des Berichtes von Helsinki Watch gibt zwar zu, sich auf solche Emigranten konzentriert zu haben, betont aber gleichzeitig:

However, Helsinki Watch believes that the conditions under which they [diejenigen, die weder protestiert, noch die Ausreise beantragt hatten, UB] were – and apparently still are – required to leave Bulgaria raise human rights concerns. In particular, many of these refugees are:

- denied a reasonable amount of time in which to leave the country;
- prohibited from taking a reasonable amount of personal property out of the country;
- divided from family members.

In addition, Helsinki Watch believes that a substantial portion of the hundreds of thousands of ethnic Turks who left Bulgaria under the May 29 ‚Zhivkov policy‘ were essentially forced to leave because they continue to be denied their most basic human rights.<sup>576</sup>

Es war also keineswegs eine „voreilige Ausgabe von Reisepässen“, es war eine regelrechte Vertreibung, die bei der Mehrheit der türkischen Bevölkerung ein Gefühl von Torschlußpanik auslöste. Im Nachhinein wird sich kaum noch feststellen lassen, wie hoch der Prozentsatz der vertriebenen, und wie hoch der Anteil der in Panik geflüchteten bulgarischen Türken war.

Was nun folgte, war das, was in der bulgarischen Untersuchung als „Massenpsychose“ bezeichnet wurde. In einem Aufsatz von D. Dimitrova, der eigentlich eine Zusammenfassung der türkischen Presseberichte zu dem „Wiedergeburtssprozeß“ sein soll<sup>577</sup>, findet sich eine sehr eingehende Schilderung der Zustände in Bulgarien nach der Grenzöffnung: Innerhalb einer Woche nach der Ankunft der ersten Ausgewiesenen in der Türkei am 30. Mai beantragen allein im Gebiet Razgrad ein Drittel aller Türken Reisepässe. Vor den Fotoateliers stehen Menschen um Paßfotos an, und der Ausverkauf der Besitztümer der bulgarischen Türken beginnt, wobei sich gewisse Kreise der bulgarischen Bevölkerung nicht unbeträchtliche Vorteile verschaffen, indem sie nicht nur Spottpreise für Immobilien zahlen, sondern auch Wucherpreise für die in der Nachfrage gestiegenen Autoanhänger und Dachgepäckträger verlangen. An manchen Orten werden verlassene Häuser geplündert und in einigen Kreisen stehen ganze Fabriken leer. Unterdessen zeigt das bulgarische Fernsehen den Film *Vreme razdelno* („Geteilte Zeit“)<sup>578</sup>, und überall in den Medien ist die Rede von der 500-jährigen Sklaverei. Hält man sich diese Umstände noch einmal vor Augen, wird klar, daß nicht nur die türkische Bevölkerung, sondern das ganze Land in eine Psychose verfallen waren.

---

<sup>576</sup> Ebda., S.29.

<sup>577</sup> Dimitrova: *Turskijat pečat*, S.178.

<sup>578</sup> Der Film war eine Darstellung der Osmanischen Herrschaft in Bulgarien – natürlich aus parteitreuem Blickwinkel.

Aus einem Bericht des Innenministeriums vom 8. Juli 1989<sup>579</sup> gehen weitere Details zur Situation in Bulgarien hervor. So hatten diesem Schreiben zufolge bis zu diesem Tag fast 120.000 Menschen das Land verlassen, davon aus den Gebieten Varna 38.607, Razgrad 34.415, Burgas 12.607 und Chaskovo 28.777. Es sei immer wieder zu Protesten vor den Gemeindeverwaltungen gekommen, weil die Behörden die fertigen Pässe nicht herausgeben wollten. Unter den Ausreisewilligen seien auch Pomaken („Menschen, die ihre Namen in den siebziger Jahren wiederhergestellt haben“) gewesen. Sie wollten ausreisen, weil schon Verwandte aus der Gegend von Asenovgrad emigrieren konnten, die in Mischehen lebten. Aber auch über die Verhaftung eines Fahrers aus Šumen wird berichtet, der für eine Wuchersumme von 1.500 Leva pro Person (damals etwa der Lohn für ein halbes Jahr) mit einem Krankenwagen die Menschen zur Grenze gebracht habe.

Unter diesen Umständen verließen zwischen Mitte Juni und der Schließung der Grenzen durch die Türkei am 21. August täglich 2.000 bis 4.000 Menschen das Land, zusammen nach bulgarischen Angaben über 300.000<sup>580</sup>, die türkischen Angaben schwanken zwischen 310.000 und 320.000 Immigranten.<sup>581</sup> Etwa 50.000 dieser Emigranten kehrten nach Ablauf ihres auf drei Monate befristeten Ausreisewisums wieder nach Bulgarien zurück. Eine Befragung der Rückkehrer ergab, daß die meisten von ihnen vor allem wegen Anpassungsschwierigkeiten, aber auch wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht in der Türkei geblieben seien. Viele der Befragten stellten fest, daß sie auch in der Türkei nicht als Türken, sondern als „Fremde“ empfangen worden seien und deshalb ihre eigene ethnische Identität überdacht hätten.<sup>582</sup>

Will man die demographischen Folgen dieses Auswanderungsprozesses beschreiben, so stößt man auf ein Problem. Aus den Bevölkerungszahlen für die einzelnen Gemeinden in den statistischen Jahrbüchern der Jahre 1988 bis 1991 geht nämlich keine wesentliche Veränderung hervor. Dabei sollte man doch meinen, daß sich die Nettoauswanderung des Jahres 1989 von etwa 200.000 Menschen bemerkbar gemacht habe, so wie das auch bei der Emigration von 1950/51 der Fall gewesen war. Dies könnte daran liegen, daß die Angaben in den Jahrbüchern auf der Fortschreibung der Zahlen der vorangegangenen Jahre sowie auf den örtlichen Melderegistern beruhen. Beide Verfahren waren aber nicht geeignet, diese umfangreiche Bevölkerungsverschiebung wiederzugeben, zumal die meisten

---

<sup>579</sup> Die Geschichte dieses Dokuments scheint reichlich abenteuerlich. Der Bericht wurde, bereits zerrissen, im Keller eines Hauses gefunden. Er trägt die Unterschrift des Innenministers, Georgi Tanev und war an Načo Papazov, den Vorsitzenden der zentralen Revisionskommission der BKP, gerichtet: Informacija: otnosno obstanovkata v stranata kām 8 juli 1989 g. [Information: zur Lage im Land am 8. Juli 1989]. Veröffentlicht in: Prava i svobodi Nr.27 vom 20.9.1991, S.8.

<sup>580</sup> Etničeskijat konflikt v Bālgarija, S.296.

<sup>581</sup> Dimitrova: Turskijat pečat, S.181.

<sup>582</sup> Etničeskijat konflikt v Bālgarija, S.143 ff.

Emigranten kaum Zeit gehabt haben dürften, sich ordnungsgemäß abzumelden. Auch die Ergebnisse des letzten Zensus von 1992 geben das Ausmaß und die regionale Verteilung der Emigration nur unzureichend wieder. Tabelle 30 zeigt den Unterschied zwischen den beiden letzten Volkszählungen, die immerhin sieben Jahre auseinander liegen. Dieser Zeitraum ist aber zu groß, um die demographischen Auswirkungen einer Auswanderungswelle, die innerhalb eines halben Jahres stattfand, zu beschreiben. Erschwerend kommt hinzu, daß das Bevölkerungswachstum der bulgarischen und der türkischen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren Unterschiede aufwies. Außerdem hörte die Emigration mit der Grenzschießung durch die Türkei im August 1989 ja nicht auf, sondern ging zwischen 1990 und 1992 noch weiter, wengleich die genauen Ausmaße dieser Bevölkerungsbewegung nicht abzusehen sind. Interessanterweise existieren solche Daten, wurden aber wahrscheinlich aus politischen Gründen nie veröffentlicht. B. Gjuzelew, der Zugang zu den unveröffentlichten Zahlen hatte, schreibt, daß seit 1989 insgesamt etwa 345.000 Türken in die Türkei emigriert seien, davon allein im Jahr 1989 218.000 (siehe Tabelle 28).<sup>583</sup>

Dennoch ist die Tabelle 30 aufschlußreich, zeigt sie doch, daß sich der Bevölkerungsrückgang zwischen den beiden letzten Volkszählungen zwar in fast allen ehemaligen Bezirken bemerkbar machte, aber besonders hoch in den Bezirken mit hohem türkischen Bevölkerungsanteil ausfiel. Hier sticht vor allem der Bezirk Kärđzali hervor, in dem 1992 nur noch knapp 71% der Bevölkerung von 1985 lebte; aber auch die *okrăzi* Šumen und Razgrad hatten einen Bevölkerungsrückgang von jeweils über 13% zu verzeichnen, die im Nordosten gelegenen Bezirke Dobrič, Ruse, Silistra und Tărgovište zwischen 7 und 9%. Allerdings muß hier beachtet werden, daß der Bevölkerungsrückgang in diesen Kreisen auch damit zusammenhängen könnte, daß nach 1989 einige der Fördermaßnahmen für diese Gebiete eingestellt wurden (etwa die erhöhten Löhne), so daß auch ein Gutteil der in diese Landesteile abkommandierten Spezialisten wieder an die alten Wohnorte zurückgekehrt sind.

Eine Abwanderung von Arbeitskräften in einem solchem Umfang mußte ein kleines Land wie Bulgarien hart treffen. Zwar hatten die Behörden versucht, wenigstens die Einfuhr der Ernte dieses Sommers zu sichern, indem vor allem männliche Angehörige der türkischen Minderheit an der Ausreise gehindert und die fehlenden Arbeitskräfte durch Brigaden (auch von Armee-Einheiten) aus dem Landesinnern ersetzt wurden<sup>584</sup>, doch konnten sie die Desintegration der Wirtschaft auf regionaler Ebene nicht mehr aufhalten.<sup>585</sup> Diese wirtschaftlichen

---

<sup>583</sup> Gjuzelew: Minderheiten in Bulgarien, S.366 f.

<sup>584</sup> Nelson, D. N.: Political Dynamics and the Bulgarian Military, Köln 1990 (Berichte des BIOst 43,1990), S.17 f.

<sup>585</sup> Höpken: Emigration und Integration, S.370. Noch im Oktober 1989 hatte die Regierung einen Beschluß erlassen, der den negativen Folgen der Migration durch finanzielle

Schwierigkeiten hatten dem schon erwähnten Bericht des Innenministeriums zufolge auch zu Spannungen zwischen „Bulgaren mit traditionellen Namen“ und Türken geführt; den Türken wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, sie würden den Privilegien und der guten Bezahlung einfach den Rücken kehren. Durch die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsteilen würde es den Türken nicht leicht gemacht, auch wenn sie eigentlich im Land bleiben wollten.<sup>586</sup>

Gleichwohl scheint die Abwanderung von Arbeitskräften manche Betriebe nicht so stark getroffen zu haben, wie die von Höpken zitierten Presseberichte aus *Nova Svetlina* glauben machten. Untersuchungen im früheren Kreis Tărgoviște zeigten, daß durch die Emigrationswelle – so zynisch das klingen mag – sogar ein positiver Effekt für einzelne Industrie-Betriebe erzielt wurde, weil die Betriebsleitungen gezwungen wurden, die Verteilung der Arbeit rationaler zu organisieren. Damit sei ein lange bestehendes Übel beseitigt worden, nämlich der verdeckte Arbeitskräfte-Überschuß. In der Untersuchung, die zwischen September und Dezember 1989 durchgeführt wurde, heißt es unter anderem:

(...) Faßt man zusammen, so erhöhte sich die wirtschaftliche Effektivität. Ein Ökonom, der die erhaltenen Informationen der Betriebe durchsieht, würde, wenn er nicht mit den anderen Umständen vertraut ist, die Situation kaum als ‚extrem‘ bezeichnen. (...) In der Tat zeigt die wirtschaftliche Analyse, daß die Reaktion der Wirtschaftsleitungen auf die rapide Verringerung der Beschäftigten in den Betrieben in einigen Fällen hypertroph, das heißt übertrieben war. Was die Leitungen dabei in erster Linie beeinflusst hatte, war die Zahl der Kündigungen. Aber in den meisten Fällen waren das Leute ohne hohe Qualifikation, und ihre Arbeitsplätze waren gewöhnlich ‚peripher‘ innerhalb des normalen Verlaufs des Produktionsprozesses. Daher hätten diese kaum eine entscheidende Rolle für die gesamte Industrie der Gemeinde spielen können. Dafür spricht auch eine zusätzliche Untersuchung, die durchgeführt wurde. Sie zeigt, daß der versteckte Überschuß an Arbeitskräften ungefähr der Zahl der Kündigungen bis zum letzten Quartal 1989 entsprach.<sup>587</sup>

Dieses Zitat wie auch die gesamten Ergebnisse dieser Untersuchung werfen ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in der regionalen Wirtschaft. Darüber hinaus waren die bulgarischen Türken weiterhin schlechter als die Bevölkerungsmehrheit qualifiziert und konnten deshalb in der Industrie nur „periphere“ Arbeitsplätze einnehmen, deren „Wegrationalisierung“ eine Effektivitätssteigerung nach sich zog. Die hochgesteckten Ziele der vorangegangenen Jahre, die Tür-

Anreize entgegenwirken wirken sollte, doch ist unklar, ob dieser Beschluß noch irgendwelche Bedeutung hatte. *Dăržaven vestnik* Nr.78, 6.10.1989, S.1-3.

<sup>586</sup> *Prava i svobodi* Nr.27 vom 20.9.1991, S.8.

<sup>587</sup> *Etničeskijat konflikt*, S.261.

ken durch verstärkte Bildungsmaßnahmen und Einbeziehung in die industrielle Arbeitssphäre an die Mehrheitsgesellschaft anzunähern und mithin zu assimilieren, waren nur in einem sehr geringen Umfang erfolgreich.

Andererseits verstärkte die Wirtschaftskrise nach 1989 den Auswanderungsdruck auf Türken in Bulgarien. Gjuzelev weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß gerade die frühere bulgarische Politik, die türkischen Siedlungsgebiete aus politischen Gründen zu industrialisieren, mit der Folge, daß wirtschaftlich uneffektive Betriebe entstanden waren. Diese Betriebe seien nach 1990 als erste geschlossen worden, so daß die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Regionen bei einem Landesdurchschnitt von etwa 16 auf 20 bis 40 Prozent angestiegen sei. Dies habe dazu geführt, daß ganze Dörfer zusammen mit den Gemeinderäten und Bürgermeister in die Türkei ausgewandert seien, woraufhin die türkische Regierung Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung ergriffen habe. Insgesamt seien nach – unveröffentlichten – Angaben des Nationalen Statistischen Instituts in Sofia zwischen 1990 und 1992 125.000 Türken in die Türkei ausgewandert. Die Emigration hält weiterhin an, auch wenn die Emigranten heute gezwungen sind, als Touristen in die Türkei einzureisen.<sup>588</sup>

#### 2.5.6. Namensänderungen

Waren die Namensänderungen bei den Roma auf keinen nachweisbaren Widerstand getroffen, so hatten sich die Pomaken heftig gegen diesen Zwangsakt gewehrt, jedoch ohne Wirkung auf die Politik der BKP. Zwar wurde innerhalb der Partei über Sinn und Folgen dieser Maßnahmen diskutiert, aber gewisse, bis heute nicht eindeutig abzugrenzende, Kreise befürworteten sie nach wie vor. Die Umbenennung von 850.000 bulgarischen Türken hatte nicht nur für die KP, sondern auch für den bulgarischen Staat gravierende Folgen. Da weder die Pomaken noch die Roma über eine Schutzmacht verfügten, die die Namensänderungen auf internationaler Ebene hätte angreifen können, blieben diese Assimilationskampagnen lange Zeit der Weltöffentlichkeit verborgen. Erst die Namensänderungen bei der türkischen Minderheit brachten auch die vorangegangenen Aktionen ans Licht, und dies vor allem deshalb, weil die türkische Minderheit Bulgariens mit der benachbarten Türkei über einen Staat verfügte, der sich für die Interessen dieser ethnischen Gruppe einsetzte. Eine nicht unbeträchtliche Rolle bei der Publikation des euphemistisch als „Wiedergeburtprozess“ bezeichneten Vorgangs spielten die Menschenrechtsorganisationen *Amnesty International* und *Helsinki Watch*. Beide Organisationen haben dazu beigetragen, daß der Verlauf der Namensänderungen vor allem durch Zeugenaussagen relativ gut dokumentiert wurde. Gleichwohl scheint es aufgrund verschiedener Ungereimtheiten in diesen Dokumentationen angebracht, den Verlauf dieser Kampagne vor allem im Lichte neuerer Publikatio-

---

<sup>588</sup> Gjuzelev: Minderheiten in Bulgarien, S.366 f.

nen und eigener, wenngleich keineswegs repräsentativer Interviews noch einmal zu rekonstruieren. Dabei soll besonders auf die Verantwortung und die Hintergründe, den zeitlichen Rahmen und die regionalen Unterschiede bei der Durchführung der Namensänderungen eingegangen werden. Am Ende dieses Abschnittes sollen kurz neuere bulgarische Bewertungen dieser Maßnahme erörtert werden.

Bislang wurde davon ausgegangen, daß die eigentliche Kampagne zu den Namensänderungen Ende 1984 einsetzte und im März 1985 für erfolgreich beendet erklärt wurde.<sup>589</sup> Diese Annahme stützte sich vor allem auf die Aussagen von Zeugen, denen die Flucht gelungen war, aber auch auf die Äußerungen von hohen Parteifunktionären in der bulgarischen Presse nach Beendigung der Kampagne, darunter auch auf den schon zitierten Beitrag des Politbüromitglieds Milko Balev in der *Chaskovska tribuna*, in dem von „Ende 1984 und Anfang 1985“ die Rede ist. Gelegentlich wird auch darauf hingewiesen, daß es Umbenennungen von bulgarischen Türken schon vor diesem Zeitpunkt gegeben hatte, und dies vor allem im Verlauf der Umbenennungen bei den Pomaken in den siebziger Jahren und den Roma zu Beginn der achtziger Jahre.<sup>590</sup> Şimşir weist des weiteren darauf hin, daß

In the summer of 1984, the names of small Turkish communities such as Tartars and Alawis were changed by force. These communities were also forced to take Bulgarian names. Finally, Bulgarians attacked directly the large Turkish masses. It was only then that the mask fell and Turkey came to know her Bulgarian neighbor!<sup>591</sup>

Noch etwas weiter vorverlegen wollte H. Memişoğlu den Beginn der Namensänderungen unter der türkischen Minderheit: In seiner Version wurden sie vom Politbüro im Mai 1984 beschlossen, ohne jedoch dafür Beweise zu erbringen.<sup>592</sup> Wenngleich es nach allen bisher bekannt gewordenen Informationen eher unwahrscheinlich erscheint, daß das Politbüro diesen Schritt schon im Mai 1984 vollzogen hat, so gibt es doch einige Indizien dafür, daß die Umbenennungen schon im Sommer 1984 begonnen hatten – was auch von Troebst unter Berufung auf eine

---

<sup>589</sup> Z. B. in Amnesty International: Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks, S.7.

<sup>590</sup> Manche türkische Autoren sprechen von über 200.000 Türken, deren Namen im Verlauf der Umbenennungswelle unter den Pomaken, und über 100.000 Türken während der Kampagne gegen die Roma zwischen 1981 und 1983, geändert wurden. So etwa Şimşir: *The Turks*, S.274 f. Diese Zahlen scheinen jedoch weit übertrieben.

<sup>591</sup> Şimşir: *The Turks*, S.275.

<sup>592</sup> Memişoğlu: *Bulgarian Oppression*, S.26. Memişoğlu dürfte wissen, wovon er spricht, wenn er behauptet, daß nach diesem Beschluß die türkischen Intellektuellen unter Bewachung gestellt wurden, war er doch vor seiner Ausreise in die Türkei Dozent für Geschichte an der Sofioter Universität, wo er unter seinem alten Namen Jusein Memişev eine Reihe von Arbeiten zur Geschichte der Türken in Bulgarien verfaßt hatte.

Emigrantenzeitschrift angenommen wird,<sup>593</sup> und zwar nach den Worten eines Türken aus einem Dorf in der Nähe von Krumovgrad, „zunächst an der griechischen Grenze, wo die Menschen keine Möglichkeit hatten zu entkommen.“<sup>594</sup>

Der gleiche Mann betonte auch, daß in seinem Dorf zunächst die Parteimitglieder und der Bürgermeister ihre Namen geändert hätten, bevor die eigentliche Aktion stattfand, was aber erst später bekannt geworden sei. Die Dorfbewohner hätten jedoch von den Umbenennungen in den Ortschaften an der Grenze gehört und begonnen, abends Wachen aufzustellen, weil die „Rollkommandos“ üblicherweise nachts in die Dörfer eingedrungen seien, wenn davon ausgegangen werden konnte, daß die Menschen zuhause waren. Die Reaktion der Bevölkerung sei gewesen, beim Eintreffen der Kommandos die Häuser zu verlassen und den Rest der Nacht in den umliegenden Wäldern zu verbringen. Diese Taktik sei so lange gut gegangen bis zum einen die herbstlichen Nächte zu kalt geworden waren und zum anderen die Kommandos ihrerseits die Taktik wechselten und tagsüber in die Dörfer kamen. Ähnliche Informationen ergaben sich auch aus einem weiteren Interview mit einem älteren türkischen Tabakbauern aus dem gleichen Dorf.<sup>595</sup>

Ohne diese Informationen überbewerten zu wollen, scheint es – zumindest in dieser Gegend – schon Versuche gegeben zu haben, die Namensänderungen durchzuführen, und bereits vor der großen Welle zu Gewaltanwendungen gekommen zu sein. Nachdem diese ersten vorsichtigen Versuche erfolgreich verlaufen waren und die Behörden ihre Taktik geändert hatten, erfolgte die Umbenennungskampagne im damaligen Kreis Kărdžali im Spätherbst 1984 Schlag auf Schlag. Die Verzögerung könnte unter anderem damit zusammenhängen, daß die Partei die 40-Jahr-Feier der Volksrepublik Bulgarien am 9. September nicht durch „Begleiterscheinungen (wie etwa ausländischen Presseberichten infolge von türkischen Protesten) trüben wollte.“<sup>596</sup> Bereits am 30. August 1984 waren fast zeitgleich zwei Bomben explodiert, eine davon im Bahnhof von Plovdiv, eine auf dem Flughafen von Varna – ausgerechnet an einem Tag, als Todor Živkov beide Städte besuchen sollte. Schon damals kam bei westlichen Beobachtern der Verdacht auf, daß die Bombenattentate mit dem verschärften Assimilationskurs der bulgarischen Regierung gegenüber der türkischen Minderheit zusammenhängen könnten. Augenzeugen hatten auch berichtet, daß die Sicherheitsbestimmungen nach diesen Vorfällen im ganzen Land verschärft wurden, was zu einer beinahe paranoiden Stimmung geführt habe.<sup>597</sup> Nachdem im März 1985 in einem vollbe-

<sup>593</sup> Baest: Neues von der „einheitlichen sozialistischen Nation“, S.104 f.

<sup>594</sup> Eigenes Interview mit einem Elektriker aus Bagrilci, Gemeinde Krumovgrad am 4. April 1995.

<sup>595</sup> Eigenes Interview mit einem Tabakbauern aus Bagrilci am 7. April 1995.

<sup>596</sup> Baest: Neues von „der einheitlichen sozialistischen Nation“, S.105.

<sup>597</sup> Nikolaev, R. u. G. S.: Mysterious Bombings, in: Mastny, V. (Hg.): Soviet / East European Survey 1984-1985. Selected Research and Analysis from Radio Free Europe /

setzten Eisenbahnwaggon in der Nähe von Sofia eine weitere Bombe explodiert war, wobei mehrere Menschen ums Leben kamen, verschärfte die Regierung die Anti-Terror-Gesetzgebung.<sup>598</sup> Aus einem Bericht eines an der Fahndung beteiligten Mitarbeiters des Innenministeriums, der trotz angebrachter Vorbehalte glaubwürdig erscheint, geht hervor, daß nach einer langwierigen Fahndung, die sich nicht zuletzt aufgrund anonymer Briefe von Anfang an auf die türkische Bevölkerung konzentriert hatte, erst im Herbst 1988 eine Gruppe von drei Türken aus dem Raum Burgas wegen dieser Anschläge zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.<sup>599</sup> Die Bedeutung dieser Reihe von Attentaten sollte aber nicht überbewertet werden.

Eine lückenlose Rekonstruktion der eigentlichen Kampagne ist anhand des nach wie vor spärlichen Materials unmöglich. Am besten läßt sich ihr Verlauf an den gegen sie aufgeflamten Protesten festmachen. Die ersten dieser Demonstrationen fanden Ende Dezember 1984 in Benkovski, Kărdžali, Momčilgrad<sup>600</sup>, Džebel, Ardino und Krumovgrad statt und wurden fast ausnahmslos mit Waffengewalt niedergeschlagen, wobei es zu zahlreichen Todesopfern kam.<sup>601</sup> Die Telefonverbindungen in die betroffenen Gebiete wurden unterbrochen, jeglicher Verkehr (auch zwischen den Dörfern) unterbunden. Im weiteren Verlauf wendeten die beteiligten Organe immer die gleiche, schon im Zusammenhang mit den Namensänderungen bei den Pomaken erprobte Taktik an: Dörfer wurden umstellt,

---

Radio Liberty, Durham 1986, S.185-187. Baest: Neues von „der einheitlichen sozialistischen Nation“, S.105 f. nennt noch weitere Anschläge in Burgas, Šumen, Tărgovište und Ruse, für die aber keine Belege gefunden wurden.

<sup>598</sup> Nikolaev, R. u. G. S.: Mysterious Bombings, S.186 f.

<sup>599</sup> Sotirov: Turskite teroristi. Siehe auch die Ausführungen eines weiteren ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Tepešanov, Č.: Otrovata. Dokumentalni zapiski [Das Gift. Dokumentarische Aufzeichnungen], Sofija 1993, S.132 ff. Eine abweichende Interpretation der Hintergründe der Bombenattentate findet sich bei Poulton: The Balkans, S.148 f. Demnach sollen die Bombenattentate in erster Linie antikommunistische Hintergründe gehabt haben, der aus den gleichzeitig verbreiteten Flugblättern hervorgegangen sei: „40 Jahre – 40 Bomben“. Damit sei auf die bevorstehende 40-Jahrfeier der VRB angespielt worden.

<sup>600</sup> Zu den Demonstrationen in Momčilgrad siehe Sait, A.: „Slomicha chorata ot Momčilgrad...“ [„Sie haben die Leute aus Momčilgrad gebrochen...“], in: Prava i svobodi Nr.8 vom 15.4.1991, S.13. Dort hatte die Staatsmacht mit Panzern und Schüssen auf die Demonstrationen reagiert.

<sup>601</sup> Poulton: The Balkans, S.139; Memişoğlu: Bulgarian Oppression, S.27.

Häuser durchsucht, Menschen zur Unterschrift von Anträgen auf Namensänderungen gezwungen.<sup>602</sup>

Aus dem bereits zitierten Bericht Georgi Atanasovs geht hervor, daß die Namensänderungen in dieser Region maßgeblich von dem dortigen ersten Sekretär des Bezirksparteikomitees und späteren Innenministers, Georgi Tanev, vorangetrieben wurden. Atanasov betont dann, daß historische und ethnographische Untersuchungen gezeigt hätten, die Bevölkerung der Gemeinden Džebel, Krumovgrad und Momčilgrad sei bulgarischer Herkunft. Er beschreibt auch die Rolle Tanevs:

Alles dies [die historischen Beweise] führte und mußte dazu führen, daß von jedem Bürger die eigene Vergangenheit überdacht wurde, zu dem frei geäußerten Willen der Werktätigen, ihre türkisch-arabischen Namen durch bulgarische zu ersetzen. Natürlich war das kein spontaner, sondern ein organisierter Prozeß, der von der ständigen und zielgerichteten politischen und organisatorischen Arbeit der Bezirks- und Gemeindekomitees der Partei unter der persönlichen Leitung des ersten Sekretärs des Bezirkskomitees, des Genossen Georgi Tanev, begleitet wurde. (...)

Auch unter dem Einfluß der Umstände im Bezirk Kărdžali ergab sich in einer Reihe anderer Bezirke die Möglichkeit, nicht nur [den Prozeß, UB] zu verbreiten, sondern in der Tat die Ersetzung der türkisch-arabischen Namen durch bulgarische zu beenden.

Bis zum 14. Januar haben über 310.000 Menschen ihre bulgarischen Namen wiederhergestellt – davon in den Bezirken Kărdžali 214.000, Chaskovo 41.000, Plovdiv 22.000, Pazardžik 5.000, Silistra 350.000<sup>603</sup>, Stara Zagora 11.000, Burgas 9.000 und Blagoevgrad 3.000. In all diesen Bezirken (mit Ausnahme von Silistra und Burgas) hat sich in der Tat eine neue Situation ergeben – die Namensänderung der Bürger in Übereinstimmung mit der bulgarischen Familienwurzel ist beendet.

Atanasov nennt neben Tanev auch andere Verantwortliche und Beteiligte, ohne jedoch weitere Namen zu nennen:

(...) Dieser Erfolg erklärt sich auch aus dem Umstand, daß die Ersetzung der Namen auf der Basis einer breiten organisatorischen und politischen Arbeit der Bezirkskomitees der BKP durchgeführt wird, besonders von deren ersten Sekretären. Besonders aktiv und mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein wirkten auch die Organe des Innenministeriums.(...)<sup>604</sup>

Interessanterweise nennt Atanasov in seinem Bericht die Bezirke des Ludogorie (Šumen, Razgrad, Tărgovište) nicht. Der Grund hierfür wird auch aus den Ausführungen Živkovs auf dem gleichen Treffen nicht ersichtlich, wenngleich der Staatschef diese Bezirke erwähnt:

<sup>602</sup> Eindrucksvoll ist die Schilderung eines damaligen türkischen Abgeordneten des bulgarischen Parlaments, abgedruckt in: Poulton: The Balkans, S.144 ff..

<sup>603</sup> Hier handelt es sich wahrscheinlich um einen Druckfehler. Es könnten auf der Grundlage der Gesamtzahl 210.000 3.500 gewesen sein.

<sup>604</sup> Prava i svobodi Nr.5 vom 18. 3.1991, S.12. Zur Rolle G. Tanevs siehe auch Lilov: Report, S.12 f.

Was bleibt? Es bleibt das Deliorman [Ludogorie], der ganze Bezirk Razgrad, der Bezirk Šumen, mit Ausnahme des Teils, über den wir sprachen. Dort sollten wir überhaupt nicht die Namen ersetzen, nur wer will, freiwillig, ohne die geringste Aktion. (...) Natürlich muß unter dieser Bevölkerung weiter gearbeitet werden. Das Haupthindernis in der Zukunft werden die Bulgaren sein. (...) Die Frage ist, wie kriegen wir unsere Kader klein, damit sie verstehen, daß diese [die Bevölkerung, UB] ihre Brüder und Schwester sind. Kărdžali ist eine Lehre. Nach Kărdžali gingen weder Führer aus dem Zentrum, noch das bulgarische Nationalbewußtsein, um die Namen zu ändern, sondern es wurde von den örtlichen Kadern durchgeführt. Eine solche Situation müssen wir überall herstellen.

Was sollen wir mit dem Deliorman machen, der Gegend von Šumen? Wir sollten uns jetzt nicht mit dieser Frage befassen, sie entfällt.<sup>605</sup>

Es könnte also durchaus an dem Widerstand der dortigen Parteikader gelegen haben, daß sich die Namensänderungen im Deliorman/Ludogorie verzögert haben. Der Parteichef warnte im weiteren Verlauf seines Beitrages noch einmal davor, es zu Ausschreitungen kommen zu lassen. Die Namensänderung sollte vielmehr in einen „Feiertag der Befreiung dieser Bevölkerung vom türkischen Joch“ verwandelt werden.<sup>606</sup> Die türkische Bevölkerung scheint allerdings anderer Meinung gewesen zu sein, denn mit der Durchführung der Namensänderungen in den nördlichen Siedlungsgebieten formierte sich auch dort der Widerstand gegen die Behörden. Noch am selben Tag, an dem Živkov und Atanasov sich mit den Bezirkssekretären berieten, kam es zu weiteren Ausschreitungen, diesmal in der Kleinstadt Jablanovo in der östlichen Stara Planina (zwischen Kotel und Šumen). Dort hatten die Bewohner – ähnlich wie in den sechziger Jahren einige Dörfer im Bezirk Blagoevgrad – von den bevorstehenden Umbenennungen erfahren und Blockaden errichtet, die erst nach dreitägigen Verhandlungen durch den Einsatz von Panzern am vierten Tag beendet wurden – wobei es zu über 30 Todesopfern gekommen sein soll.<sup>607</sup>

Aus eigenen Befragungen unter Betroffenen wird deutlich, daß die Namensänderungen nicht immer mit Waffengewalt erzwungen werden mußten. Eine Reihe der Umbenennungen wurde – besonders bei älteren Leuten – auch im Zuge des regulären Austausches der Personalausweise vorgenommen.<sup>608</sup> Die Austauschaktion hatte schon zu Beginn der achtziger Jahre begonnen und sollte bis zum Jahresende 1985 beendet sein. Daher scheint kein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Beginn der Namensänderung bei der türkischen Minderheit und dem Austausch der Personalausweise zu bestehen. Andere Informanten wiederum berichten, daß sie in die Gemeindeverwaltung vorgeladen wurden, um die

<sup>605</sup> Prava i svobodi Nr.9 vom 22.4.1991, S.12.

<sup>606</sup> Ebda.

<sup>607</sup> Poulton: The Balkans, S.140 f.

<sup>608</sup> Interview mit einem Bauingenieur aus Kazanlăk am 29.12.1994, der zum Zeitpunkt der Namensänderung Ende 1984 64 Jahre alt war.

entsprechenden Dokumente zu unterzeichnen. Weil sie schon durch Verwandte oder Bekannte von den Ausschreitungen und den brutalen Auseinandersetzungen gehört hatten, leisteten sie keinen Widerstand.<sup>609</sup>

Über das Ende der im Nachhinein als „Wiedergeburtprozess“ bezeichneten Kampagne scheint Einigkeit zu bestehen. Es wird im Allgemeinen auf März 1985 festgesetzt, also den Zeitpunkt, an dem Milko Balev und andere Parteifunktionäre an die Öffentlichkeit traten und die Namensänderungen in einen freiwilligen Akt umzudeuten suchten. Zu diesem Zeitpunkt muß aber den Parteioberen bereits klar geworden sein, daß die Namensänderungen keineswegs den gewünschten Effekt, die Übernahme eines bulgarischen Nationalbewußtseins durch die Türken, erzielt hatten. Vielmehr hatten sie eine Stärkung der türkischen Ethnizität zur Folge. Diese Verfestigung der Ethnizität durch den erhöhten Assimilationsdruck fand ihren Ausdruck auch in radikaleren Formen des Widerstands gegen die staatliche Politik.

Die Bedeutung der Namensänderungskampagne für die politische Diskussion in der Nachwende-Zeit soll hier anhand einiger neuerer bulgarischer Interpretationen über die Verantwortung und die Ursachen dieser Assimilationsmaßnahme diskutiert werden. Stojan Michajlov, damals ZK-Sekretär für Propaganda und auch für die Minderheitenpolitik zuständig, verbreitet die Version, erst auf einer ZK-Sitzung Ende November, Anfang Dezember 1984 davon erfahren zu haben, daß die Aktion bereits angelaufen sei, weil sie im engsten Kreise Todor Živkovs beschlossen worden sei.<sup>610</sup> Von Trifonov hingegen wird Michajlov unter Berufung auf „informierte Kreise“ zu einem Mitwisser gemacht. Auch Trifonov vertritt die Ansicht, daß es sich um einige wenige Mitglieder der KP-Spitze gehandelt haben muß, darunter neben dem Parteichef selbst der damalige Innenminister Dimităr Stojanov, der spätere Ministerpräsident Georgi Atanasov, das Mitglied des Politbüros Milko Balev, aber auch der damalige Außenminister und spätere Živkov-Nachfolger Petăr Mladenov.<sup>611</sup> Fraglich bleibt bei diesen „Verschwörungstheorien“ vor allem, wie ein so kleiner Kreis eine Aktion anordnen konnte, in deren Verlauf etwa 850.000 Menschen mit einem ganz erheblichen Aufwand bei den Verwaltungs- und Ordnungsorganen dazu gezwungen wurden.

---

<sup>609</sup> So eine Arbeiterin aus dem Dorf Krän in der Nähe von Kazanlāk, die zwar von nächtlichen Besuchen durch die Sicherheitsorgane berichtete, aber aussagte, sie selbst sei einer Vorladung auf die Gemeindeverwaltung gefolgt. Eigenes Interview mit einer Arbeiterin in Kazanlāk am 9.1.1995.

<sup>610</sup> Michajlov: *Văzroždenskijat proces*, S.268.

<sup>611</sup> Trifonov: *Strogo poveritelno!*, in *Pogled* Nr.20 vom 20.5.1991, S.10. Nach 1990, als Živkov u. a. wegen der Assimilationskampagne angeklagt wurde, kam es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen unter den Genannten. Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang auch die Äußerung des damaligen Innenministers, daß das Schweigen der sowjetischen Führung zu den Namensänderungen als Zustimmung gedeutet worden sei. Siehe Poulton: *The Balkans*, S.166.

Zudem wird die Version einer Verschwörung weniger Männer aus der unmittelbaren Umgebung Todor Živkovs auch durch die Hervorhebung der Rolle der Bezirkssekretäre durch Atanasov unglaublich. Interessanterweise wurde die These von der Hauptschuld Todor Živkovs durch die Partei selbst Ende 1989 ausgegeben, wie aus dem schon zitierten Bericht Lilovs hervorgeht. Es könnte sich dabei sehr gut um eine Taktik zum Machterhalt gehandelt haben. Lilov beschuldigte ebenfalls den Bezirkssekretär von Kărdžali, Tanev. Darüber hinaus sprach der frühere Chefideologe die Armee von jeglicher Schuld frei – die Armee war nach den Berichten der Menschenrechtsorganisationen sehr wohl an der Durchführung der Umbenennung beteiligt –, während er dem Innenministerium eine erhebliche Mitschuld bescheinigte.<sup>612</sup> Der Konspirationstheorie gegenüber stehen die Ausführungen eines der „geistigen Wegbereiter“ der Umbenennungskampagne und früheren Mitarbeiters der Živkov-Tochter Ljudmila, Orlin Zagorov. In einer neueren Arbeit verteidigte er noch einmal die Durchführung der Kampagne und wies darauf hin, daß eine langsame Assimilation ebenso unmöglich gewesen sei wie die individuelle Entscheidung einzelner Personen, den Namen zu ändern, weil die ethnische Gemeinschaft dann sofort Druck auf sie ausgeübt hätte. Jedoch habe es auf der anderen Seite in den Jahren 1980 bis 1984 einen starken Druck auf die Behörden im Raum Kărdžali durch diejenigen gegeben, die schon ihre Namen geändert hatten. Die leitenden Kader vor Ort wollten deshalb die Aktion schnell beenden. Dieser Druck „von unten“ sei es auch gewesen, der das Politbüro dazu gebracht habe, die allumfassenden Namensänderungen durchzuführen, um die entstandenen ethnischen Spannungen abzubauen.<sup>613</sup> Diese Version enthält neben der grundsätzlichen Entschuldigung des eigentlichen Vorgehens bei den Namensänderungen zusätzlich noch eine versteckte, aber unglaubwürdige Schuldzuweisung an die Pomaken und Roma.

Eine endgültige Klärung der Entscheidungswege, die zu dieser für die jüngere bulgarische Geschichte überaus bedeutsamen Entwicklung führten, wird wohl auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen, da das Verfahren gegen einige Beteiligte, darunter den Hauptangeklagten, Todor Živkov, immer noch anhängig ist. Sein Ende ist vorläufig nicht abzusehen. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß sich die bulgarischen Behörden eines Tages entschließen, die Gerichtsakten der Forschung zugänglich zu machen.

---

<sup>612</sup> Lilov: Report, S.12.

<sup>613</sup> Zagorov, O.: Văzroditelnijat proces [Der Wiedergeburtsprozess], Sofija 1993, S.48f.

### 3. Zusammenfassung

Am Schluß dieser Arbeit will ich versuchen, noch einmal die wichtigsten Regelmechanismen, die das System der bulgarischen Minderheitenpolitik bestimmten, darzustellen. Ich spreche deshalb von einem System, weil hinsichtlich der verschiedenen Bevölkerungsgruppen keine einheitliche Politik verfolgt wurde, und weil die hier besprochenen Maßnahmen sich – zumindest teilweise – gegenseitig bedingten. Dabei konnten die Maßnahmen, wie etwa die Namensänderungen, an sich durchaus übereinstimmen. Allein die verschiedenen Zeitpunkte der Durchführung identischer Maßnahmen deuten jedoch auf unterschiedliche Hintergründe hin.

Dazu ist es notwendig, die Kurswechsel, die die BKP im untersuchten Zeitraum vollzogen hat, noch einmal kurz zusammenzufassen und die möglichen Gründe zu diskutieren. Der erste Kurswechsel vollzog sich 1948. Zuvor hatte die BKP, bedingt durch ihre unsichere Machtposition innerhalb der Vaterländischen Front, darauf gesetzt, die Minoritäten durch Zugeständnisse für sich zu gewinnen. Diese Zugeständnisse umfaßten vor allem den Bildungsbereich. In manchen Fällen, etwa bei den Roma und bis zu einem gewissen Grad auch bei den Pomaken, gingen die Zugeständnisse so weit, daß sie auf die Förderung der Ethnizität dieser Gruppen hinausliefen. 1947 fand diese Politik, die in einem nicht genau abzuschätzenden Maße auch mit der geplanten Föderation zwischen Jugoslawien und Bulgarien zusammenhing, ihren Niederschlag in der Verfassung, in der den Minderheiten bedeutende Rechte im kulturellen Bereich eingeräumt wurden. Zwar beschloß die BKP auf ihrem V. Parteikongreß im Dezember 1948 die verstärkte Einbeziehung der Minderheiten in den Aufbau des Sozialismus, doch der eigentliche Kurswechsel der Partei hatte schon auf dem XIV. ZK-Plenum am 4. Januar des gleichen Jahres stattgefunden. Auf diesem Plenum, auf dem die Beschlüsse der Kominform-Gründungskonferenz über die Bewertung der bisherigen Politik der BKP kontrovers diskutiert wurde, hatte der in Bedrängnis geratene Georgi Dimitrov offensichtlich die Minderheitenfrage bewußt eingesetzt, um seine Position zu stärken. Die von ihm geforderten Umsiedlungsmaßnahmen betrafen Teile der Pomaken, vor allem aber bereiteten sie die Emigration der bulgarischen Türken in den Jahren 1950/51 vor, und zwar nicht nur aus den Grenzregionen, wie ursprünglich geplant, sondern auch aus den nördlichen Siedlungsgebieten. Die kurz vor der Emigrationswelle erfolgte Registrierung von mehr als 100.000 Pomaken, Tataren und Roma als „Türken“ deutet darauf hin, daß die Aussiedlung in weit größerem Maßstab geplant war, als bislang angenommen.

Die zweite Kursänderung fällt in das Jahr 1951. Ende April beschloß das ZK der BKP wegen der ökonomischen Schwierigkeiten, die im Gefolge der Emigration aufgetreten waren, eine erneute Lockerung der minderheitenpolitischen Linie.

Die Liberalisierung – so man in dieser von Polizeiterror und Säuberungswellen geprägten Zeit davon sprechen kann - umfaßte vor allem die Kulturpolitik gegenüber den Türken. Wie weit auch die anderen Minderheiten profitierten, ist nicht festzustellen. Schon ab August 1951 wurde in der Partei eine andere Linie gegenüber den Pomaken diskutiert, die darauf baute, daß es gelingen würde, die ethnisch bulgarische Herkunft dieser Bevölkerungsgruppe nachzuweisen. Mit diesem Rückgriff auf eine Ideologie, die schon vor 1944 im Umfeld der Organisation *Rodina* entstanden war, wollte die BKP die Annäherung zwischen den Pomaken und Türken unterbinden. Einer der Verfechter dieser neuen Linie scheint Todor Živkov gewesen zu sein, denn sie wurde erst nach seinem Aufstieg an die Spitze in Partei und Staat Anfang der sechziger Jahre zur offiziellen Doktrin. In den frühen fünfziger Jahren zeigte sich zum ersten Mal das Dilemma, in dem sich die BKP befand: Sobald sie die türkische Minderheit, auf welche Art auch immer, privilegierte, hatte dies zur Folge, daß auch die anderen islamischen Minderheiten in den Genuß dieser Privilegien zu kommen versuchten, indem sie sich an die bevorzugte Bevölkerungsgruppe annäherten, und nicht etwa an die bulgarische Bevölkerungsmehrheit, da dies ja keine unmittelbaren Vorteile bot.

Der nächste Einschnitt, der tiefgreifende Veränderungen für die hier behandelten Minderheiten nach sich zog, erfolgte 1958. Das bedeutet nicht, daß diesem Einschnitt keine Diskussionen innerhalb der BKP-Spitze über die weitere Politik vorausgegangen wären. Wirksam wurden diese neuerlichen Reformansätze im Laufe des Jahres 1958, als zunächst die türkische Bevölkerung und später die Roma in das Zentrum des Interesses gerieten: Die kulturelle „Autonomie“ der türkischen Bevölkerung wurde durch die Vereinigung der bis dahin nebeneinander existierenden türkischen und bulgarischen Schulen stark eingeschränkt, und die letzten noch nomadisierenden Roma wurden zur Niederlassung gezwungen. Bei diesem umfassenden Kurswechsel kamen verschiedene Faktoren zusammen. Auf der einen Seite mußte die BKP die Gesellschaft mobilisieren, um ihr schon auf dem April-Plenum von 1956 beschlossenes Industrialisierungsprogramm endlich auf den Weg zu bringen. Dieses Programm war unter anderem deshalb verzögert worden, weil die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Gebieten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil wesentlich langsamer als im Landesdurchschnitt vorangekommen war. Diese Verzögerung spielte sicher eine Rolle, als die geplanten Veränderungen in der Minderheitenpolitik hinausgeschoben wurden. Der Abschluß der Kollektivierung in den muslimischen Siedlungsgebieten markierte dann auch den Wendepunkt in der Minderheitenpolitik. Auf der anderen Seite hatte gerade die Kollektivierung viele Arbeitskräfte freigesetzt, die nun für den Einsatz in der neu entstehenden Industrie zur Verfügung standen. Gerade dieser Umstand zwang aber die Regierung auch in der Bildungspolitik zu Reformen, denn die Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft waren zu schlecht ausgebildet, um sie rasch in die industrielle Produktion integrieren zu können. Hier kommt nun der letzte Faktor zum Tragen, die 1958 in der Sowjetunion verab-

schiedete Bildungsreform. Für die BKP ergab sich die Möglichkeit, die im Zuge der sowjetischen Bildungsreform erfolgte Einschränkung des muttersprachlichen Unterrichts auch in Bulgarien umzusetzen. Betroffen davon war die türkische Minderheit, die als einzige noch in ihrer Muttersprache unterrichtet wurde.

Die Selbsthaftmachung der nomadisierenden Roma-Gruppen läßt sich demgegenüber mit dieser Argumentation nur bedingt erklären. Die Einbeziehung der Roma in die allgemeine soziale Mobilisierung im Rahmen des „Großen Sprungs“ verlangte, daß die nomadisierenden Gruppen ihren als überkommen angesehenen Lebensstil aufgaben und sich den neuen Zeiten anpaßten. Da jedoch das Bildungsniveau dieser Gruppen noch niedriger war als das der Türken, scheint die BKP keine andere Lösung gefunden zu haben, als sie in die Landwirtschaft zu integrieren.

1962 wandte sich die Parteispitze verstärkt den nicht-türkischen islamischen Minderheiten zu, den Roma, Pomaken und Tataren. Es sollte verhindert werden, daß diese Gruppen sich an die türkische Minderheit annähern, mithin von ihr assimiliert wurden. Diese Taktik der BKP muß in Verbindung mit dem gestiegenen Emigrationsdruck unter der türkischen Bevölkerung gesehen werden, der seinen Ausdruck in dem Ansturm auf die diplomatischen Vertretungen der Republik Türkei in Bulgarien fand. Der gewachsene Aussiedlungswunsch unter den bulgarischen Türken seinerseits war die Folge der abrupten Grenzschießung 1951 und der Veränderungen nach 1958. Mit der Taktik *divide et impera* sollte nun verhindert werden, daß auch Pomaken, Roma oder Tataren Einreisevisa für die Türkei beantragten. 1964, als die Flut von Visumsanträgen bei den Konsulaten ihren Höhepunkt erreichte, hatte diese Taktik dramatische Folgen: Nun wurde versucht, die inzwischen „erwiesene“ bulgarische Ethnizität der Pomaken durch erzwungene Namensänderungen auch nach außen hin zu manifestieren. Dadurch, daß den Betroffenen neue Pässe auf nicht-islamische bzw. nicht-türkische Namen ausgestellt wurden, strebte man möglicherweise einen ganz banalen Effekt an: Den so „bulgarisierten“ Pomaken sollte schon der Zugang zu den Vertretungen der Türkei verweigert werden – und zwar von den Konsularbeamten selbst. Weil aber die Betroffenen sich gegen diese Namensänderungen wehrten, mußte die BKP die Umbenennungen zurücknehmen und die Bevölkerung durch Zugeständnisse wieder beruhigen. Diese erneuten Zugeständnissen hatten vor allem den Charakter zusätzlicher Wirtschaftsförderung. Davon profitierten aber nicht nur die Pomaken, sondern auch die türkische Bevölkerung, denn auch der Emigrationsdruck unter dieser Minderheit mußte wieder abgebaut werden. Vor diesem Hintergrund ist die Strategie der BKP zu verstehen, die ihre besondere Fürsorge zur türkischen Bevölkerung demonstrierte, während sie gleichzeitig die Emigration als unmöglich darstellte und Verhandlungen mit der türkischen Regierung über ein mögliches Abkommen zur geregelten Emigration führte.

Als dann 1969 die bulgarische Regierung mit der Türkei ein Abkommen über die Familienzusammenführung schloß, wiederholten sich die Entwicklungen, die

schon zu Beginn der sechziger Jahre zu beobachten waren – auf der einen Seite die Ausreise eines Teils der türkischen Bevölkerung, auf der anderen Seite der Druck auf die Pomaken, ihre Namen zu ändern. Die ohnehin bestehenden Assimilationstendenzen gegenüber allen Minderheiten verstärkten sich nach der Verabschiedung der neuen Verfassung und vor allem des neuen Parteiprogrammes von 1971. Bei der zweiten Namensänderungskampagne unter den Pomaken zu Beginn der siebziger Jahre kam es erneut zu Protesten von seiten der Betroffenen, doch dieses Mal wurden die Umbenennungen nicht rückgängig gemacht. Die muslimischen Roma wurden zwar immer zusammen mit den Pomaken Opfer der Umbenennungsaktionen, denn auch bei ihnen hatte die BKP das verdächtige Bestreben festgestellt, den Status von Türken zu erreichen. Dennoch wird in der Literatur nichts über Widerstand seitens der Roma berichtet. Die protestlose Hinnahme von administrativen Maßnahmen durch diese Bevölkerungsgruppe könnte erstens in dem kaum über einen engen Kreis hinausgehenden Gemeinschaftsgefühl begründet sein. Zudem gehörte die nach außen gezeigte Assimilationsbereitschaft für die Roma schon seit langem zu einer Überlebensstrategie. Dennoch führten die bulgarischen Behörden wegen der sozialen Auffälligkeit der Roma besondere Maßnahmen durch, indem sie beispielsweise spezielle Roma-Schulen einrichteten oder die Roma-Viertel abrisen.

Nach dem Auslaufen des türkisch-bulgarischen Abkommens über die Familienzusammenführung im Jahr 1978 stand die BKP an einem Scheideweg. Weder hatte sie mit der Emigrationserlaubnis für etwa 130.000 Türken den Wunsch zur weiteren Aussiedlung unter dieser Bevölkerung beseitigen können, noch waren die sozialen Probleme der Roma überwunden. Auch die Pomaken hatten durch die Namensänderungen kein bulgarisches Nationalbewußtsein entwickelt. Damals scheint sich die Parteispitze zunächst darauf geeinigt zu haben, die Assimilation durch Modernisierungsmaßnahmen fortzusetzen. Obwohl die Erfolge in manchen Bereichen wie dem Bildungswesen durchaus vielversprechend waren, blieben die Minderheiten doch in vielen anderen Sphären immer noch hinter der Entwicklung der Gesamtbevölkerung zurück. So unterschieden sich die Geburtenraten, die Berufs- und Sozialstruktur ebenso wie die Zahl der Hochschulabsolventen aus den Reihen der Minderheiten nach wie vor beträchtlich von den Vergleichswerten der Bevölkerungsmehrheit.

Wie die letzte Wende in der Minderheitenpolitik zustande kam und welche Entscheidungen zu den tragischen Entwicklungen der Jahreswende 1984/85 geführt haben, wird sich endgültig wohl erst nach der Öffnung der Archive und der Gerichtsakten klären lassen. Offenkundig ist jedoch, daß sich die BKP mit dieser Entscheidung in eine Sackgasse begeben hatte, aus der sie auch die Absetzung ihres Vorsitzenden, Todor Živkov, im Herbst 1989 nicht mehr herausführte. Zu sehr waren die Fronten nicht nur zwischen den Minderheiten und der Partei, sondern auch innerhalb der Bevölkerung verhärtet. Hatten die Proteste der türkischen Minderheit letztendlich dazu geführt, daß die Grenzen im Mai 1989 geöff-

net wurden, wandten sich nun nicht nur die Partei, sondern auch Teile der bulgarischen Bevölkerung gegen diese Bevölkerungsgruppe, die ihre Privilegien jahrelang „mißbraucht“ habe und nun dem Land in Undankbarkeit den Rücken kehre. Erst im Laufe des Demokratisierungsprozesses in den folgenden Jahren konnte dieser brisanten Situation die Schärfe genommen werden.

Die Namensänderungen bei den Angehörigen der Minderheiten Bulgariens haben neben dem oben angesprochenen, pragmatischen Zielen auch einen tieferen Sinn gehabt. Namensänderungen haben im Allgemeinen den Zweck, mit einer Tradition oder einem historischem Erbe zu brechen. Namensänderungen bei Orten und Straßen waren seit der Entstehung des modernen bulgarischen Staates im späten 19. Jahrhundert auch in dem Balkanland eine übliche Praxis, die überdies hochgradig von der jeweiligen herrschenden Ideologie abhängig waren. Mit diesen Umbenennungen sollte bis zum Zweiten Weltkrieg in erster Linie das osmanische Erbe beseitigt werden. Sie waren somit ein Element der umfassenden Deosmanisierung der bulgarischen Gesellschaft, die sich auch auf das äußere Erscheinungsbild vieler Orte auswirkte.

Diese Deosmanisierung bezog sich auch auf die Bevölkerung. Die Praxis von Zwangstaufen unter der islamischen Bevölkerung war in den Balkankriegen 1912/13 aufgekommen. Von diesen Zwangstaufen war besonders die pomakische Bevölkerung im griechisch-bulgarischen Grenzgebiet betroffen. Mit diesen Taufen sollte der bulgarischsprachigen, aber muslimischen Bevölkerung das zweite wesentliche Attribut der bulgarischen Nationalität, der christlich-orthodoxe Glaube zugewiesen werden. Mit der Taufe erhielten die neuen Christen auch christliche Namen, womit ein äußeres Unterscheidungsmerkmal zwischen Christen und Muslimen beseitigt wurde. Die Rücknahme der Taufen gehörte dabei immer zum politischen Kalkül der jeweiligen Machthaber, wenn sie sich die Unterstützung durch die Pomaken sichern wollten – nach den Balkankriegen griff die Regierung Radoslavov darauf zurück, nach dem Zweiten Weltkrieg die Regierung der Vaterländischen Front.

Während der kommunistischen Herrschaft hatten die Namensänderungen bei Personen verschiedene Ziele zu erfüllen. Wie oben schon angesprochen, sollten sie zunächst die Pomaken und die Roma davon abhalten, sich an der türkischen Minderheit zu orientieren. Für die Pomaken war dies mit der Argumentation verbunden, daß mit den Namensänderungen die „historische Wahrheit“ wiederhergestellt wurde, und die Pomaken gleichsam in den Schoß der bulgarischen Nation zurückkehrten, den sie zum Teil Jahrhunderte zuvor mit ihrer Konversion zum Islam – erzwungenermaßen oder freiwillig – verlassen hatten. Daß eine solche Argumentation für die Namensänderungen bei den Roma nie erwogen wurde, macht die nachgeschobene Begründung um so unglaubwürdiger.

Als dann die türkische Minderheit Opfer der Namensänderungen waren, war wieder das Ziel, eine Politik des *divide et impera* durchzuführen. Nun sollte die Verbindung der Türken Bulgariens mit den Türken in der Türkei unterbrochen

werden. Die theoretischen Verrenkungen, die im Anschluß an diese Umbenennungen unternommen wurden, waren unter anderem deshalb so groß, weil die türkische Bevölkerung Bulgariens nicht nur schon vor dem Krieg ein ausgesprochen „türkisches Nationalbewußtsein“ entwickelt hatte, sondern auch, weil dies noch durch verwandtschaftliche Bindungen in der Türkei bestätigt wurde. Darüber hinaus hatte sich die BKP erhofft, daß durch die Umbenennungen auch die türkische Minderheit in der bulgarischen Nation aufgehen würde. Doch die Hoffnungen erwiesen sich als vergebens.

Auf den ersten Blick scheint die BKP mit den Modernisierungsmaßnahmen, die in dieser Arbeit behandelt wurden, eine durchgängige Linie eingehalten zu haben, das heißt die Maßnahmen wurden scheinbar bei allen Minderheiten mit dem gleichen Ziel eingesetzt. Je mehr sich der Lebensstandard der Minderheiten, ihr Bildungsniveau und ihre Sozial- und Berufsstruktur durch die verschiedenen Modernisierungsmaßnahmen dem Landesdurchschnitt annäherte, so erhoffte sich die kommunistische Partei, desto mehr würden die ethnischen und religiösen Unterschiede an Bedeutung verlieren. Bei näherer Betrachtung der einzelnen hier dargestellten Bereiche zeigten sich eine ganze Reihe von Unterschieden sowohl bei der Verteilung als auch bei den Resultaten der zu diesem Zweck durchgeführten Politik. Das gilt auch für das Bildungswesen.

Die kommunistische Partei mußte bei ihrer Bildungspolitik gegenüber jeder Minderheit von Voraussetzungen ausgehen, die sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede aufwiesen. Gemeinsam war den Roma, Pomaken und Türken das niedrige allgemeine Bildungsniveau und die hohen Analphabetenraten. Weitere Übereinstimmungen ergaben sich bei dem geringen Schulbesuch, dem Lehrermangel, der schlechten materiellen Ausstattung und dem Zustand wie der Zahl der Schulgebäude.

Im Lauf der Jahre konnte die BKP zwar die Mißstände nicht beseitigen, doch verzeichnete sie bei der Beseitigung des Analphabetismus und auch beim Schulbesuch einige Fortschritte. Dennoch blieb der Lehrermangel lange Zeit bestehen und auch die Frage der Aufnahme der Lehrkräfte in den Staatsdienst wurde bis in die siebziger Jahre nicht gelöst. Beim Bildungsniveau waren und sind die Unterschiede zwischen den Angehörigen der Minderheiten und der Mehrheitsbevölkerung zum Teil gravierend. Hier stellt sich die Frage, ob nicht das ursprüngliche, bis zum Ende der fünfziger Jahre bestehende türkische Schulwesen zu der Rückständigkeit dieser Bevölkerungsgruppe beigetragen hat. Betrachtet man aber die Unterschiede, die zwischen den türkischen und bulgarischen Schulen vorhanden waren, so fällt auf, daß sie geringer waren, als man zunächst annehmen möchte: Der muttersprachliche Unterricht in türkischer Sprache fand nur in den Grundschulen in größerem Umfang statt. In den weiterführenden Schulen dagegen fiel er kaum noch ins Gewicht. Einen größeren Einfluß auf das Bildungsniveau hatte meiner Meinung nach der Lehrermangel an den türkischen Schulen, der auch durch die Hinzuziehung von bulgarischen Lehrern aus anderen Landesteilen nicht

beseitigt werden konnte. Hinzu kam noch der geringe Schulbesuch, der bei den Roma und den Türken das Hauptproblem darstellte. Doch während bei den Roma vor allem die Frage des Schulalters ausschlaggebend war, spielte bei der türkischen Minderheit – und auch bei der pomakischen – vor allem die geschlechter-spezifische Rollenverteilung in den muslimischen Familien die maßgebliche Rolle bei diesem Problem.

Nach der Eingliederung der Minderheitenschulen in das allgemeine Schulsystem existierten einige der Privilegien wie etwa die Hochschulzugangsquoten und der fakultative Türkischunterricht weiter. Die Vereinigung zog aber nicht die dauerhafte Auflösung aller Minderheitenschulen nach sich, denn schon Mitte der sechziger Jahre entstanden spezielle Schularten, die offiziell zwar nicht ausschließlich für die Roma-Kinder gedacht waren, aber de facto dazu wurden. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Internate und Schülerwohnheime, die ebenfalls ab dem Ende der fünfziger Jahre eingerichtet wurden, nach ethnischen Kriterien betrieben wurden.

Insgesamt kann man konstatieren, daß die Schulen ihrem Modernisierungsauftrag nur in begrenztem Umfang nachgekommen sind, und das vor allem deswegen, weil es der BKP trotz oder gerade wegen aller Bemühungen nicht gelang, die Schulen zu attraktiven Orten zu machen. Dazu hatte die zunehmende Ideologisierung des Schulwesens ab den vierziger Jahren ebenso beigetragen wie die starre Übernahme des sowjetischen Bildungssystems und der sowjetischen Lehrmethoden. Zusätzlich nutzte die BKP die Bildungsfrage ab Mitte der sechziger Jahre immer wieder dazu, aufgetretene Spannungen in einzelnen Minoritäten dadurch abzubauen, indem sie die Hochschulzugangquote erhöhte oder in Aussicht stellte, das Schulwesen weiter auszubauen. Dabei scheint sich die Parteispitze in den meisten Fällen sehr wohl bewußt gewesen zu sein, daß die Spannungen Folgen ihrer eigenen Politik gewesen sind, etwa in dem Fall, als 1964 die Namensänderungen bei den Pomaken rückgängig gemacht wurden und gleichzeitig weitere bildungsfördernde Maßnahmen für die Siedlungsgebiete dieser Bevölkerung beschlossen wurden.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung waren neben der Bildungspolitik die vorrangigen Ziele der BKP, als es darum ging, den ökonomisch rückständigen Balkanstaat zu modernisieren. Beide sollten neben dem Aufholen des Entwicklungsrückstandes auch die soziale und nationale Homogenisierung der Bevölkerung nach sich ziehen. Wie aus den Ausführungen über die demographischen und sozialen Charakteristika zu den Minderheiten hervorgeht, war die BKP auch in diesem Bereich nur mäßig erfolgreich. Ohne hier die einzelnen Ergebnisse erneut zu diskutieren, will ich versuchen, noch einmal die wichtigsten Entwicklungen für die Roma und die Türken zu umreißen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft fand in den muslimisch besiedelten Gebiete vergleichsweise spät ihren Abschluß. Bis zu einem gewissen Maß war diese Verzögerung mitverantwortlich für die relativ spät einsetzende Industriali-

sierung dieser Gebiete. Obwohl in einigen Regionen, etwa im Kreis Kărdzali schon Mitte der fünfziger Jahre versucht wurde, eine den kommunistischen Vorstellungen entsprechende Industrie aufzubauen, ist zu beobachten, daß sich die bulgarische Schwerindustrie vor allem im Raum Sofia konzentrierte. Die räumliche Entfernung, der niedrige Ausbildungsstand und zum Teil auch sprachliche Barrieren behinderten in der Anfangsphase die Einbeziehung der türkischen Arbeiter in diese neuen Industrien. Der späte Einstieg in den Industrialisierungsprozeß bedeutete für die Türken, aber auch für die anderen Minderheiten, daß sie vor allem in schlechter bezahlten Positionen beschäftigt wurden. Dieser Umstand könnte dazu geführt haben, daß Angehörige der Minderheiten länger an ihrer Lebensweise und ihren traditionellen Werten festhielten, was sich beispielsweise in höheren Geburtenraten und niedriger Wertschätzung der Bildung, besonders bei den Frauen niederschlug. Diesen Kreis aus niedriger Bildung, schlechter Bezahlung und Rückzug auf die traditionellen Werte konnte die BKP nur ansatzweise durchbrechen.

Die Vermengung von nationalistischen und leninistischen Elementen in der bulgarischen Minderheitenpolitik von 1944 bis 1989 führte weder zur Überwindung der sozialen, noch der ethnischen Unterschiede innerhalb der bulgarischen Gesellschaft. Im Gegenteil, die ethnischen Spannungen verschärften sich noch durch die Assimilationsmaßnahmen. Möglicherweise hätte die Politik der wirtschaftlichen und sozialen Integration langfristig zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Aber durch das Schwanken zwischen Zwangs- und Beschwichtigungsmaßnahmen, zwischen Namensänderungen und Aussiedlungswellen auf der einen Seite und Privilegien beim Studienzugang und regionaler Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite, konnte die BKP kein Vertrauen bei den Angehörigen der Minderheiten gewinnen.

Es bedarf noch eingehender Analysen, um das Gewicht einzelner Faktoren der bulgarischen Minderheitenpolitik näher zu bestimmen. Zu viele Fragen mußten in dieser Arbeit noch offen bleiben, um ein in sich geschlossenes Bild zu ergeben. Von entscheidender Wichtigkeit für die weitere Bearbeitung dieses Themas wird es sein, ob die betreffenden Archivbestände der BKP der Wissenschaft zugänglich gemacht werden.

#### 4. Literatur

- Ackerley, F.G.: Romano-Esí, in: Journal of the Gypsy Lore Society, Third series, Vol.27 (July-October 1948) No.s 3-4, S.157-158
- Aleksandrov, Emil: Evropejskite konvencii i bǎlgarskata emigracija [Die europäischen Konventionen und die bulgarische Migration], in: Naselenie (N.S.) 1 (1992) 6, S.81-87
- Aleksandrov, Ivan: Za nov podchod po bǎlgarskija nacionalen vǎpros [Über ein neues Herangehen an die bulgarische nationale Frage], in: Bǎlgarskata narodnost i nacija prez vekovete. Materiali ot naučna konferencija. Za službeno polzvana. Čast vtora [Das bulgarische Volkstum und die Nation in den Jahrhunderten. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz. Für den Dienstgebrauch. Zweiter Teil], Sofija 1988, S.253-276
- Aliev, A.: Formiraneto na naučno-ateističen mirogled u bǎlgarskite turci [Die Herausbildung des wissenschaftlich-atheistischen Weltbildes bei den bulgarischen Türken], Sofija 1980
- Alp, Ilker: Bulgarian Atrocities: Documents and Photographs, London 1988
- Amnesty International: Bulgaria. Imprisonment of Ethnic Turks. Human rights abuses during the forced assimilation of the ethnic Turkish Minority, London 1986
- Arkadijev, Dimităr: Izučavane na etničeskija sǎstav pri prebrojavanijata na naselenieto v Bǎlgarija [Die Erforschung der ethnischen Zusammensetzung bei den Volkszählungen in Bulgarien], in: Naselenie (N.S.) 1 (1992) 6, S.47-57
- Arkadijev, Dimităr: Njakoi problemi pri opredeljane na etničeskija sǎstav pri prebrojavanijata na naselenieto v Bǎlgarija [Einige Probleme bei der Bestimmung der ethnischen Zusammensetzung bei den Volkszählungen in Bulgarien], in: Statistika 34 (1992) 4, S.37-48
- Asenov, Bončo: Nacija, Religija, Nacionalizǎm [Nation, Religion, Nationalismus], Sofija 1994
- Asenov, Bončo: Vǎzroditelnijat proces i dǎrŕavna sigurnost [Der Wiedergeburtprozess und die Staatssicherheit], Sofija 1996
- Ashley, Stephen: The Census: A Case for Anxiety and Controversy, in: RFE / RL Bulgarian Situation Report (17.8.1985) 13, S.23-25
- Aspekti na etnokulturnata situacija v Bǎlgarija. Preraboteno i dopǎlneno izdanie [Aspekte der ethnokulturellen Situation in Bulgarien. Überarbeitete und ergänzte Ausgabe], Sofija 1994
- Auburger, Leopold: Sprachminderheiten und die Stabilität plurilingualer Gesellschaften. Systemtheoretische Überlegungen, in: Minderheitenfragen in Südosteuropa. München 1992, S.79-88

- Avramov (Levi), Ruben: Otečestvenijat front i nacionalnite malcinstva [Die vaterländische Front und die nationalen Minderheiten], Sofija 1946
- Bachmaier, Peter: Assimilation und Kulturautonomie. Das Schulwesen der nationalen Minderheiten in Bulgarien nach dem 9.September 1944, in: Österreichische Osthefte 26 (1984), S.391-404
- Baest, Torsten F.: Neues von der „einheitlichen sozialistischen Nation“: Die VR Bulgarien und ihre türkische Minderheit (1944-1985), in: Osteuropa-Info (1985) 61, S.92-118
- Bajčinski, Konstantin: Pătjat za preobrazuvaneto na bălgarskata nacija v socialističeska [Der Weg zur Umformung der bulgarischen Nation in eine sozialistische], in: Bălgarskata narodnost i nacija prez vekovete. Materiali ot naučna konferencija. Za službeno polzване. Čast vtora [Das bulgarische Volkstum und die Nation in den Jahrhunderten. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz. Für den Dienstgebrauch. Zweiter Teil], Sofija 1988, S.230-252
- Bajraktarević, Fehim: Pomaken, in: Enzyklopädie des Islam. Leiden 1936, S.1159-1162
- Balev, Ivan: Petnadeseto prebrojavane na naselenieto i žilištinja fond v Bălgarija [Die fünfzehnte Zählung der Bevölkerung und des Wohnungsbestandes in Bulgarien], in: Naselenie (N.S.) 2 (1993) 1, S.11-19
- Balevski, Dano: Osnovni organizacionni problemi na prebrojavanijata na naselenieto v Bălgarija prez perioda 1900-1985 g. [Die hauptsächlichen Organisationsprobleme bei den Volkszählungen in Bulgarien 1900-1985], in: Naselenie 8 (1990) 3, S.22-43
- Balevski, Dano: Osnovni programni i metodologičeski problemi na prebrojavanijata na naselenieto v Bălgarija 1900-1985 g. [Die hauptsächlichen programmatischen und methodologischen Probleme bei den Volkszählungen in Bulgarien 1900-1985], in: Naselenie 8 (1990) 2, S.3-15
- Baruch, Nir: Otkupăt. Car Boris i sădbata na bălgarskite evrei [Der Loskauf. Zar Boris und das Schicksal der bulgarischen Juden], Sofija 1991
- Bates, Daniel G.: What's in a Name? Minorities, Identity, and Politics in Bulgaria, in: Identities Vol.1 (1994) 2-3, S.201-225
- Bejtullov, Mechmed: Kulturnijat vāzchod na bălgarskite turci pri uslovijata na socializma [Der kulturelle Aufstieg der bulgarischen Türken unter den Bedingungen des Sozialismus], in: Izvestija na instituta po istorija pri CK na BKP 40 (1979), S.197-228
- Bejtullov, Mechmed: Životăt na naselenieto ot turski proizchod v NRB [Das Leben der Bevölkerung türkischer Herkunft in der VRB], Sofija 1975
- Bell, John D.: Domestic Politics, in: Grothusen, K.-D.(Hg.): Bulgarien, Göttingen 1990, (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6), S.56-83

- Boden, Martina: Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa: Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde – Ein Handbuch, München 1993
- Boev, Peter: Die Rassentypen der Balkanhalbinsel und der Ostägäischen Inselwelt und deren Bedeutung für die Herkunft ihrer Bevölkerung, Sofia 1972
- Bojadžiev, Georgi: Njakoi teoretični vāprosi na obštestvenoto sāznanie na bālgarskata nacija [Einige theoretische Fragen zum gesellschaftlichen Bewußtsein der bulgarischen Nation], in: Bālgarskata narodnost i nacija prez vekovete. Materiali ot naučna konferencija. Za službeno polzване. Čast vtora [Das bulgarische Volkstum und die Nation in den Jahrhunderten. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz. Für den Dienstgebrauch. Zweiter Teil], Sofija 1988, S.190-201
- Boll, Michael M. (Hg.): The American Military Mission in the Allied Control Commission for Bulgaria, 1944-47: History and Transcripts, Boulder / New York 1985
- Boll, Michael M.: The Cold War in the Balkans: American Foreign Policy and the Emergence of Communist Bulgaria 1943-47, Lexington, Kent. 1984
- Brown, J.F.: Bulgaria under Communist Rule, London 1970
- Brunner, Georg: Die Rechtsstellung ethnischer Minderheiten in Südosteuropa, in: Schönfeld, Roland (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S.39-72
- Bugajski, Janusz: Ethnic Politics in Eastern Europe. A Guide to Nationality Policies, Organizations, and Parties, Armonk, NY 1994
- Bulgarien-Türkei: Familienzusammenführung, in: WDSOE 18 (1969), S.160-161
- Calic, Marie-Janine: Zur Sozialgeschichte ethnischer Gruppen: Fragestellung und Methoden, in: Hösch, Edgar / Seewann, Gerhard (Hgg.): Aspekte ethnischer Identität, München 1991, S.11-33
- Carnegie Endowment for International Peace: Report of the International Commission to Inquire the Causes and Conduct of the Balkan Wars, o.O. 1914
- Chary, Frederick B.: The Bulgarian Jews and the „Final Solution“, Pittsburgh, PA 1972
- Christov, Christo (Red.): Stranici ot bālgarskata istorija. Očerk za isljamiziranite Bālgari i nacionalnovāzroditelnija proces [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Abriss über die islamisierten Bulgaren und den nationalen Wiedergeburtprozeß], Sofija 1989
- Čičovska, Vesela: Borbata na narodnata vlast za ogramotjavane na naselenieto sled 9.IX.1944 g. [Der Kampf der Volksmacht für die Alphabetisierung der Bevölkerung nach dem 9.9.1944], in: Izvestija na dāržavnite archivi, Bd.9, Sofija 1965, S.134-139

- Čičovska, Vesela: Prosvetnata politika v Bälgarija 40-te – 50-te godini (Učilišteto ot prosvetnata reforma do sävetizacija) [Die Bildungspolitik in Bulgarien in 40er und 50er Jahren (Die Schule von der Bildungsreform zur Sowjetisierung], in: Itsoričeski pregled 50/51 (1994/95) 2, S.59-107
- Crampton, Richard J.: A Short History of Bulgaria, Cambridge 1987
- Crampton, Richard J.: The Turks in Bulgaria, 1878-1994, in: Karpat, K. (Hg.): The Turks of Bulgaria: The History, Culture and Political Fate of a Minority, Istanbul 1990, S.43-78
- Creed, Gerald W.: Between Economy and Ideology: Local-level Perspectives on Political and Economic Reform in Bulgaria, in: Socialism and Democracy 13 (May 1991), S.45-65
- Creed, Gerald: The Politics of Agriculture and Socialist Sentiment in Bulgaria, in Slavic Review 54 (1995) 4, S.843-868
- Creed, Gerald: The Bases of Bulgaria's Ethnic Policies, in: The Anthropology of East Europe Review 9 (1990) 2, S.12-17
- Crowe, David / Kolsti, John (Hgg.): The Gypsies of Eastern Europe, Armonk, N.Y. 1991
- Crowe, David: A History of the Gypsies of Eastern Europe and Russia, New York 1995
- Destroying Ethnic Identity: The Gypsies of Bulgaria. A Helsinki Watch Report, New York 1991
- Destroying Ethnic Identity: The Turks of Bulgaria. A Helsinki Watch Report, New York 1987
- Deutsch, Karl W.: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972
- Dimitrov, Rumen: Sicherheitspolitik und ethnische Konflikte aus bulgarischer Sicht, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel – und Südosteuropa, München 1995, S.174-199
- Directory of officials of the Bulgarian People's Republic: A Reference Aid. United States Central Intelligence Agency, Washington, D.C. 1982
- Djilas, Milovan: Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftespiel. Memoiren 1945-1966, München 1992
- Elwert, G.: Nationalismus und Ethnizität: Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S.440-464.
- Eminov, Ali: Soviet Language Policy: Continuities and Detours, in: Folia Slavica 5 (1982) 1/3, S.136-151
- Eminov, Ali: The Education of Turkish Speakers in Bulgaria, in: Ethnic Groups 5 (1983), S.130-149

- Eminov, Ali: The Status of Islam and Muslims in Bulgaria, in: Journal of the Institute of Muslim Minority Affairs, 8 (July 1987) 2, S.278-301
- Eminov, Ali: There are no Turks in Bulgaria: Rewriting History by Administrative Fiat, in: Karpat, K. (Hg.): The Turks of Bulgaria: The History, Culture and Political Fate of a Minority, Istanbul 1990, S.203-222
- Engelbrekt, Kjell: Bulgaria's Religious Institutions under Fire, in: RFE / RL Research Report Vol.1 (25 September 1992) No.38, S.60-66
- Engelbrekt, Kjell: Bulgaria, in: RFE / RL Research Report Vol.1 (3 July 1992) No.27, , S.4-9
- Etničeskijat konflikt v Bălgarija 1989 [Der ethnische Konflikt in Bulgarien 1989], Sofija 1990
- Farnen, Rusell / Claussen, Bernhard / Oertel, Joachim (Hgg.): Cross-National Perspectives on Nationality, Identity and Ethnicity, Hamburg 1992
- Fotev, Georgi: Drugijat Etnos [Der andere Ethnos], Sofija 1994
- Francis, Emmerich K.: Interethnic Relations. An Essay in Sociological Theory, New York / Oxford / Amsterdam 1976
- Gavazov, S.: Socialno-političeskite i kulturnite izmenenija na turskoto naselenie v Bălgarija [Sozialpolitische und kulturelle Veränderungen der türkischen Bevölkerung in Bulgarien], in: Novo vreme 43 (1967) 11, S.66-78
- Geneški, Mitko: Teritorialnite obštности v NR Bălgarija [Die territorialen Gemeinschaften in der VR Bulgarien], Sofija 1989
- Genov, Dimităr: Bratskata družba meždu bălgarskoto i turskoto naselenie v Bălgarija [Brüderliche Freundschaft zwischen der bulgarischen und der türkischen Bevölkerung in Bulgarien], Sofija 1961
- Genov, Dim. / Marinov, V. / Tairov, T.: Ciganskoto naselenie v Narodna Republika Bălgarija po pătja na socializma [Die Zigeuner-Bevölkerung der VR Bulgarien auf dem Weg des Sozialismus], Sofija 1964
- Georgeoff, Peter: The Social Education of Bulgarian Youth, Minneapolis 1968
- Georgieva, Ivanička: „Văzroditelnjat proces“ i „Goljamata ekskurzija“ (opit za oralna istorija) [Der „Wiedergeburtprozess“ und der „Große Ausflug“ (Versuch zur Oral History)], in: Etničeskata kartina v Bălgarija. Proučvane 1992 g., S.105-109
- Gilliat-Smith, B.: The Gypsies in Bulgaria (1948), in: Journal of the Gypsy Lore Society, Third series, Vol.27 (July-October 1948) No.s 3-4, S.156-157
- Gjuzelev, Bojan: Die Minderheiten in Bulgarien unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung vom Dezember 1992, in: SOE 43 (1994) 6-7, S.361-373
- Gjuzelev, Bojan: Bălgarite mochamedani v Turcija [Die muslimischen Bulgaren in der Türkei], in: Istoričeski pregled 46 (1990) 10, S.17-32

- Gočeva, Paunka: Zagadki ot poslednoto prebrojavane [Rätsel in der letzten (Volks-) Zählung], in: Duma Nr.96 vom 27.4.1993, S.7
- Gradešliev, Ivan: Gagauzite [Die Gagausen], 2. Aufl., Dobrič 1994
- Hall, Raymond (Hg.): Comparative Studies of Group Conflict in Multinational States.
- Hatschikjan, M. A.: Tradition und Neuorientierung in der bulgarischen Außenpolitik 1944-1948. Die „nationale Außenpolitik“ der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), München 1988
- Hechter, Michael: Ethnicity and Industrialisation: On the Proliferation of the Cultural Division of Labor, in: Ethnicity 3 (1976), S.214-224
- Heckmann, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992
- Heckmann, Friedrich: Ethnische Vorurteile, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel – und Südosteuropa, München 1995, S.48-53
- Heine, Peter / Stipek, Reinhold: Ethnizität und Islam. Differenzierung und Integration muslimischer Bevölkerungsgruppen, Gelsenkirchen 1984 (Reihe Islam und Ethnologie, 1)
- Holzer, Willibald (Red.): Zwischen Selbstfindung und Identitätsverlust: Ethnische Minderheiten in Europa. Protokoll des Internationalen Symposiums zu Problemen der ethnischen Mehrheits- / Minderheitssituation (22. bis 23. Oktober 1982, Klagenfurt. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Volksgruppenfrage an der Universität Klagenfurt, Wien 1984
- Höpken, Wolfgang: Außenpolitische Aspekte der bulgarischen „Türken-Politik“ (Dokumentation), in: SOE 34 (1985) 9, S.477-485
- Höpken, Wolfgang: Bulgarische Protestnote an die Türkei (Dokumentation), in: SOE 35 (1986) 7/8, S.458-459
- Höpken, Wolfgang: Demographische Entwicklung und Bevölkerungspolitik in Bulgarien, in: SOE 35 (1986) 2, S.88-99
- Höpken, Wolfgang: Die bulgarisch-sowjetischen Beziehungen seit Gorbačev, in: SOE 35 (1986) 11/12, S.611-630
- Höpken, Wolfgang: Die Emigration von Türken aus Bulgarien. Historisches und Gegenwärtiges. Teil I: Die Emigration 1878 bis 1951, in: SOE 38 (1989) 10, S.608-637
- Höpken, Wolfgang: Emigration und Integration von Bulgarien-Türken seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Vergleich der Auswanderungswellen von 1950/51 und 1989, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa, München 1992, S.359-376

- Höpken, Wolfgang: Modernisierung und Nationalismus: Sozialgeschichtliche Aspekte der bulgarischen Minderheitenpolitik gegenüber den Türken, in: SOE 35 (1986) 7/8, S.437-457
- Höpken, Wolfgang: Modernisierung, Tradition und sozialer Wandel in Bulgarien seit dem zweiten Weltkrieg, in: SOE 37 (1988) 11/12, S.617-633
- Höpken, Wolfgang: Sofias Kurskorrektur in der Türken-Politik. (Dokumentation), in: SOE 39 (1990) 1, S.76-79
- Höpken, W.: Türken und Pomaken in Bulgarien, in: Brunner, G. / Lemberg, H. (Hgg.): Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa, Baden-Baden 1994 (Südosteuropa-Studien, Bd. 52), S.223-234
- Höpken, Wolfgang: Türkische Minderheiten in Südosteuropa. Aspekte ihrer politischen und sozialen Entwicklung in Bulgarien und Jugoslawien, in: H. G. Majer (Hg.): Die Staaten Südosteuropas und die Osmanen, München 1989, S.223-254
- Höpken, Wolfgang: Živkov-Erklärung zu Unruhen unter der türkischen Minderheit Bulgariens (Dokumentation), in: SOE 38 (1989) 5, S.327-332
- Hoppe, Hans-Joachim: Bulgarien und seine Türken (Dokumentation), in: Osteuropa 37 (1986) 10, S.467-489
- Hoppe, Hans-Joachim: Bulgarien, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1991, S.275-310
- Horak, Stephen M. (Hg.): Eastern European National Minorities, 1919-1980: A Handbook, Littleton 1985
- Igla, Brigit / Konstantinov, Y. / Alhaug, Gulbrand: Some Preliminary Comments on the Language and Names of the Gypsies of Zlataritsa (Bulgaria), in: Nordlyd, Tromsø 17 (1991), S.118-135
- Ilchev, Ivan / Perry, Duncan M.: Bulgarian Ethnic Groups: Politics and Perceptions, in: RFE / RL Research Report Vol.2 (19 March 1993) No.12, , S.35-41
- Irwin, Zachari T.: The Fate of Islam in the Balkans. A Comparison of Four State Politics, in: Ramet, Pedro (Hg.): Religion and Nationalism in Soviet and East European Politics. Revised and expanded edition, Durham / London 1989, S.378-407
- Istoricite – za istinata, za nasilijata, za sebe si. Sbornik s intervjuata [Historiker – über die Wahrheit, über die Zwänge, über sich selbst. Interviewsammlung], Sofija 1994
- Iz minaloto na bălgarite mochamedani v Rodopite, Sofija 1958

- Jackson, Marvin R.: Changes in Ethnic Populations of Southeastern Europe: Holocaust, Migration and Assimilation from 1940 to 1970, in: Schönfeld, R. (Hg.): Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S. 74-104
- Jolova, Gergana / Kiskinova, Ljubka: Zakonodatelstvo na narodna republika Bălgarija 1944-1986: Spravočnik [Gesetzgebung der VR Bulgarien 1944-1986: Handbuch], Sofija 1988
- Kalionski, Alexei: The Pomak Dilemma, in: La transmission du savoir dans le monde musulman périphérique. Lettre d'information. No.13, mars 1993. S.122-130
- Kănev, Krasimir: Bălgarskijat păt kăm 1984, in: Prava i svobodi vom 25.2.-3.3.1991, S.5
- Kanev, Krasimir: Die Dekommunisierung und die Menschenrechte an der Schwelle der Gegenwart, in: Bulgarian Quarterly 1 (1991) 2, S.23-32
- Kenrick, Donald S.: Notes on the Gypsies in Bulgaria, in: Journal of the Gypsy Lore Society, Third Series, Vol.45 (July-October 1966) No.3-4, S.77-84
- Kertikov, Kiril: Nacionalnijat problem, etnopopulizmăt i proektăt za nova konstitucija [Das nationale Problem, der Ethnopopulismus und das Projekt für die neue Verfassung], in: Kultura 24 vom 11.6.1991, S.3
- Kertikow, Kiril: Die ethnonationale Frage, in: Bulgarian Quarterly 1 (1991) 3, S.85-95
- Klendić, Anton: The Position of the Turks in Bulgaria, in: Contemporary Review, Vol.247 (1985) No.1438, S.229-232
- Konstantinov, Yulian / Alhaug, Gulbrand / Igla, Brigit: Names of the Bulgarian Pomaks, in: Nordlyd 17 (1991), S.8-118
- Konstantinov, Yulian: 'Nation-State' and 'Minority' Types of Discourse – Problems of Communication between the Majority and Islamic Minorities in Contemporary Bulgaria, in: Innovation in Social Science Research 5 (1992) 3, S.75-89
- Kostanick, Huey Louis: Turkish Resettlement of Bulgarian Turks 1950 – 1953, in: University of California Publications in Geography, Vol.8 (1957) No.2, S.65-164
- Kraft, Ekkehart: Die bulgarische Nomenklatura vor Gericht, in: Neue Zürcher Zeitung v. 18.6.1993, S.5
- Krăstev, Radoj: Kjurдите v Turcija – bezpravie i teror [Die Kurden in der Türkei – Unrecht und Terror], Sofija 1987
- Krause, S.: Ortsumbenennungen in Bulgarien 1878-1987. Betrachtung des ideologischen Hintergrundes von Ortsnamensänderungen am Beispiel Bulgariens. Magisterarbeit, Berlin 1991 (unveröffentlicht)

- Kurtev, N.: Bălgarskata komunističeska partija i nacionalnite malcinstva (1919-1944) [Die bulgarische kommunistische Partei und die nationalen Minderheiten], in: Godišnik na sofijskija universitet. Ideologičeski katedri, Bd.LIX, Sofija 1965, S.130-210
- Lampe, John R.: The Bulgarian Economy in the Twentieth Century, London 1986
- Lee, Michelle: Die Verfolgung der Türken, in: Gegenstimmen 6 (1985) 21, S.23-28
- Lilov, Alexandăr: Da izdignem ideologičeskata rabota na visotata na zadačite, postaveni ot Desetija kongres i novata programa na partijata za izgraždane na razvito socialističesko obštstvo [Bringen wir die ideologische Arbeit auf die Höhe der Aufgaben, die vom zehnten Kongress und dem neuen Programm der Partei für den Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft gestellt wurden], Sofija 1974
- Lilov, Alexander: To Overcome the Distortions Among the Turkic-Speaking and Muslim Population in Bulgaria, Sofia 1990
- Lopasic, Alexander: The Bulgarian Muslims, or Pomaks, in: Proceedings of the Anglo-Bulgarian Symposium, ed. by Leslie Collins. Vol.II. London 1985, S.121-126
- Mango, Andrew: Turkish Exodus from Bulgaria, in: The World Today 45 (1989) 10, S.166-167
- Maksimov, Chr.: Spravočnik po zakonodatelstvo na Narodna Republika Bălgarija [Handbuch der Gesetzgebung der VR Bulgarien], o.A.
- Maleewa, S. T.: Beitrag zur Anthropogeographie des mittleren Rhodopengebirges. Auszug aus der Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde, vorgelegt 1924, Zürich 1928
- Marinov, Vasil: Prinos kăm izučavaneto na bita i kulturata na turcite i gagauzite v severoistočna Bălgarija [Beitrag zur Erforschung des Lebensstils und der Kultur der Türken und Gagausen in Nordostbulgarien], Sofija 1956
- Markov, J.G.: Razvitie na obrazovaniето sred turskoto naselenie v Bălgarija [Die Entwicklung der Bildung unter der türkischen Bevölkerung in Bulgarien] (1944-1952), in: Istoričeski pregled 26 (1970) 1, S.69-79
- Markov, M. / Gavazov, S. / Donev, D.: Problemi na razvitieto na bălgarskata socialističeska nacija [Probleme der Entwicklung der bulgarischen sozialistischen Nation], in: Novo vreme 40 (1964) 5, S.30-44
- Marušiakova, Elena / Popov, Veselin: Ciganite v Bălgarija [Die Zigeuner in Bulgarien], Sofija 1993
- Marušiakova, Elena / Popov, Veselin: Roma in Bulgaria – History and Present Day, in: Roma 38/39 (1993), S.50-67

- McIntosh, Mary E. (et al.): Minority Rights and Majority Rule: Ethnic Tolerance in Romania and Bulgaria, in: *Criminology* 73 (1995) 3, S.939-967
- Meissner, Boris: Die „nationale Frage“ in marxistischer und leninistischer Sicht, in: Schönfeld, R. (Hg.): *Nationalitätenprobleme in Südosteuropa*, München 1987, S.9-31
- Memişoğlu, Hüseyin: *Bulgarian Oppression in Historical Perspective*, Ankara 1989.
- Memišev, Jusein: Bălgarskite turci i borbata za ukrepvane na narodnodemokratičnata vlast (1944-1948), in: *Istoričeski pregled* 40 (1984) 4, S.59-83
- Memišev, Jusein: Učastieto na bălgarskite turci v borbata protiv kapitalizma i fašizma [Die Beteiligung der bulgarischen Türken am Kampf gegen den Kapitalismus und den Faschismus] 1919-1944 g., Sofija 1977
- Memišev, Jusein: Zadružno v socialističeskoto stroitelstvo na rodinata (Priobštavane na bălgarskite turci kăm izgraždaneto na socializma) [Gemeinsam im sozialistischen Aufbau der Heimat (Die Einbeziehung der bulgarischen Türken in den Aufbau des Sozialismus)] Sofija 1984
- Michajlov, Nikolaj: Bălgarskoto zakonodatelstvo i văprosăt za malcinstvata (1944-1984) [Die bulgarische Gesetzgebung und die Frage der Minderheiten 1944-1984], in: *Naselenie (N.S.)* 3 (1994) 1-2, S.64-73
- Michajlov, Nikolaj: Obštstvoto na narodite i malcinstvenija problem [Der Völkerbund und das Minderheitenproblem], in: *Naselenie (N.S.)* 2 (1993) 4, S.72-81
- Michajlov, Stojan: Văzroždenskijat proces v Bălgarija [Der Wiedergeburtprozess in Bulgarien], Sofija 1992
- Mičev, Nikolaj / Mladenov, Čavdar: Geografski osobenosti i tendencii v razvitiето na naselenieto na rodopite [Geographische Besonderheiten und Tendenzen der Entwicklung der Bevölkerung der Rhodopen], in: *Rodopski sbornik*, Bd. 6, Sofija 1987, S.5-41
- Mičev, Nikolaj: Naselenieto na Bălgarija. Ikonomgeografsko izsledvane [Die Bevölkerung Bulgariens. Wirtschaftsgeographische Untersuchung], Sofija 1978
- Mihok, Brigitte: *Ethnostratifikation im Sozialismus, aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien, (Ethnien-Regionen-Konflikte, Bd.3)* Frankfurt / M. u.a. 1990
- Miluševa, Ružka: Prebrojavanijata na žilištnija fond v Bălgarija – tradicii, problemi, osnovni metodologičeski postanovki [Die Zählungen des Wohnungsbestands in Bulgarien – Traditionen, Probleme, hauptsächliche methodologische Prinzipien], in: *Statistika* 35 (1993) 3, S.32-46

- Mizov, Nikolaj: Isljamät v Bälgarija. Säštnost, modernizacija i preodoljavane [Der Islam in Bulgarien. Wesen, Modernisierung und Überwindung], Sofija 1965
- Mizov, Nikolaj: Problemata „religija – ateizäm“ v sävremenna Bälgarija [Das Problem „Religion – Atheismus“ im heutigen Bulgarien], in: Filooffka misäl 30 (1974) 9, S.68-79
- Mizov, Nikolaj: Tajnata na ličnoto ime (razmisli i trevogi) [Das Geheimnis des Vornamens (Überlegungen und Ängste)], Sofija 1975
- Modern Bulgaria in Facts and Figures, Sofia 1984
- Monov, Cvetan: Prosvetnoto delo sred bälgarite s mochamedanska vjara v rodopskija kraj prez godinite na narodnata vlast (1944-1968) [Das Bildungswesen unter den Bulgaren muslimischen Glaubens im Rhodopengebiet in den Jahren der Volksmacht (1944-1968)], in: Rodopski sbornik, Bd. 3, Sofija 1972, S.9-48
- Monov, Cvjatko: Ikonomičeski i socialni izmenenija v rodopskija kraj (1944-1977) [Wirtschaftliche und soziale Veränderungen im Rhodopengebiet (1944-1977)], in: Rodopski sbornik, Bd. 5, Sofija 1983, S.5-38
- Monov, Cvjatko: Razvitie i dejnost na narodnite čitališta, kinata, muzeite i drugite kulturni institucii v rodopskija kraj (1944-1973) [Entwicklung und Wirken der Volksesehallen, Kinos, der Museen und anderer kultureller Einrichtungen im Rhodopengebiet (1944-1973)], in: Rodopski sbornik, Bd. 4, Sofija 1976, S.7-40
- Nacionalen statističeski institut (Hg.): Statističeski spravočnik [Statistisches Handbuch], Sofija 1993
- Naučno-praktičeska konferencija na tema: Roljata na Otečestvenija front za ponatatašnoto utvärždavane na socialističeskija način na život. Naučen räkovoditel Prof. D-r Stefan Angelov. [Wissenschaftlich-praktische Konferenz zum Thema: Die Rolle der Vaterländischen Front bei der weiteren Festigung der sozialistischen Lebensweise. Wissenschaftlicher Leiter Prof. Dr. Stefan Angelov] Sofija 1980
- Nedev, Danton: Bälgaro-turskite otnošenija v perioda sled podpisvaneto na zaključitel'nija akt ot Chelzinki [Die bulgarisch-türkischen Beziehungen nach der Unterzeichnung des Schlußaktes von Helsinki], in: Vtori meždunaroden kongres po Bälgaristika, Sofija 23 maj – 3 juni 1986 g. Dokladi 20. Meždunarodni otnošenija. [Zweiter internationaler Kongreß für Bulgaristik, Sofia 23. Mai bis 3. Juni. Vorträge 20. Internationale Beziehungen], Sofija 1988. S.148-154
- Nelson, Daniel N.: Political Dynamics and the Bulgarian Military, Köln 1990 (Berichte des BIOst 43 - 1990)
- Nikolaev, Rada: Bulgaria's 1992 Census: Results, Problems, and Implications, in: RFE / RL Research Report Vol.2, No.6, 5 February 1993, S.58-62

- Oppression and Discrimination in Bulgaria (The Case of the Muslim Turkish Minority). Facts and Documents, London / Nicosia / Istanbul 1986
- Oren, Nissan: Revolution Administered: Agrarianism and Communism in Bulgaria, Baltimore / London 1973
- Oren, Nissan: The Bulgarian Exception: A Reassessment of the Salvation of the Jewish Community, in: Yad Vashem Studies (1968) 7, S. 83-106
- Oschlies, Wolf: Arbeitskraftprobleme in der bulgarischen Landwirtschaft, in: SOM 18 (1978) 4, S.86-87
- Oschlies, Wolf: Bulgarien: Land ohne Antisemitismus, Erlangen 1976
- Oschlies, Wolf: Bulgariens Bevölkerung Mitte der 80er Jahre. Eine demographische und sozialpolitische Skizze, in: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17 (1986)
- Oschlies, Wolf: Mononationales Bulgarien – mit kleinen Schönheitsfehlern, in: Europäische Rundschau 14 (1986) 3, S.125-128
- Perry, Duncan M.: Bulgarian Nationalism: Permutations on the Past, in: Latawski, Paul (Hg.): Contemporary Nationalism in East Central Europe, Basingstoke 1995, S.41-65
- Perry, Duncan M.: New Directions for Bulgarian Turkish Relations, in: RFE / RL Research Report Vol.1, No.41, 16 October 1992, S.33-39
- Peti kongres na Bălgarskata komunističeska partija. Stenografski protokol [Fünfter Kongress der Bulgarischen Kommunistischen Partei. Stenographisches Protokoll], 18 – 25 dekemvri 1948 g., Sofija 1949
- Petrov, Petăr / Mjusljumov, Mustafa: Družni i edinni prez vekovete [Gemeinsam und einig für Jahrhunderte], Sofija 1966
- Petrov, Petăr: Asimilatorskata politika na turskite zavoevateli: sbornik ot dokumenti za pomochamedančvanija i poturčvanija [Die Assimilationspolitik der türkischen Eroberer: Dokumentensammlung über Mohammedanisierungen und Türkisierungen], Sofija 1962 [17 A 7274]
- Pimpireva, Ženja: Karakačanite v Bălgarija. Ot nomadstvo kăm usednalost [Die Karakatschanen in Bulgarien. Vom Nomadentum zur Seßhaftigkeit], Sofija 1995
- Pimpireva, Ženja: Sedentarization of the Karakachans in Bulgaria, in: Études Balkaniques 28 (1992) 2-3, S.184-196
- Plaschka, Richard Georg: Nationalismus, Staatsgewalt, Widerstand: Aspekte nationaler und sozialer Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1985
- Popovic, Alexandre: L'Islam Balkanique. Les musulmans du sud-est européen dans la periode post-ottomane. Berlin 1986 (Balkanologische Veröffentlichungen, Bd.11)

- Popovic, Alexandre: The Turks of Bulgaria (1878-1985), in: Central Asian Survey 5 (1986) 2, S.1-32
- Poulton, Hugh: Minorities in the Balkans. Minority Rights Group Report No.82, 1989
- Poulton, Hugh: The Balkans. Minorities and States in Conflict, London 1993
- Problemi na razvitiето na bālgarskata narodnost i nacija [Probleme der Entwicklung des bulgarischen Volkstums und der bulg. Nation], Sofija 1988
- Pundeff, Marin V.: Churches and Religious Communities, in: Grothusen, K.-D. (Hg.): Bulgarien, (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6) Göttingen 1990, S.543-566
- Pundeff, Marin V.: Nationalism and Communism in Bulgaria, in: Ders.: Bulgaria in American Perspective, Sofia 1993, S.97-133
- Rada Nikolaev / G.S.: Forced Assimilation of the Turks, in: Mastny, Vojtech (Hg.): Soviet / East European Survey, 1984-1985, Durham, NC 1986, S.187-192
- Ramet, Pedro (Hg.): Religion and Nationalism in Soviet and East European Politics, Durham 1984
- Reemtsma, K.: Sinti und Roma. Geschichte, Kultur, Gegenwart, München 1996
- Reiter, Norbert: Gruppe, Sprache, Nation, Berlin 1984
- Reiter, Norbert: Die Schule zur Nation, in: Reiter, N. / Sundhaussen, H. (Hgg.): Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum Zweiten Weltkrieg. Berlin 1994, S.11-20
- Religijata i pālnoletnoto naselenie (sociologičesko izsledvane) [Die Religion und die erwachsene Bevölkerung (soziologische Untersuchung)]. Zusammengestellt v. Petār Božikov, Sofija 1992
- Religion and Nationalism in Eastern Europe, Boulder 1987
- Reuter, Jens: Die Entnationalisierung der Türken in Bulgarien. Sofias Politik der Zwangsbulgarisierung aus jugoslawischer Sicht, in: SOE 34 (1985) 3/4, S.169-177
- Riedel, Sabine: Das Konzept des bulgarischen Nationalstaats in Vergangenheit und Gegenwart, in: SOE 45 (1996) 1, S.55-62
- Riedel, Sabine: Die türkische Minderheit im parlamentarischen System Bulgariens, in: SOE 42 (1993) 2, S.100-124
- Roth, Juliana und Klaus: Das Erbe der bäuerlichen Kultur und die jüngsten Reformen der bulgarischen Landwirtschaft, in: SOE 38 (1989) 6, S.344-362
- Ruskova, L.: Ustrojstvo na bālgarskoto selo pri socialističeski način na život [Der Aufbau des bulgarischen Dorfes bei der sozialistischen Lebensweise], Sofija 1982

- Sagorow, Orlin: Die Wahrheit, Sofia 1987
- Salambašev, Atanas: Stari i novi familni imena v Smoljan, kv. Rajkovo [Alte und neue Familiennamen in Smoljan, Ortsteil Rajkovo], in: Rodopski sbornik, Bd.4, Sofija 1976, S.237-244
- Sarides, E.: Ethnische Minderheit und zwischenstaatliches Streitobjekt. Die Pomaken in Nordgriechenland, Berlin 1987
- Scheffler, Thomas: Ethnoradikalismus: Zum Verhältnis von Ethnopolitik und Gewalt, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel – und Südosteuropa, München 1995, S.9-47
- Seyppel, Tatjana: Das Interesse an der muslimischen Minderheit in Westthracien (Griechenland) 1945-1990, in: Seewann, G. (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa, München 1992, S.377-392
- Shiwkow, Todor: Die Einheit des bulgarischen Volkes ist Anliegen und Schicksal jeden Bürgers. Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Todor Shiwkow, im Bulgarischen Fernsehen und Bulgarischen Rundfunk, Sofia 1989
- Silver, Brian D.: The Status of National Minority Languages in Soviet Education: An Assessment of Recent Changes, in: Soviet Studies 26 (1974) 1, S.28-40
- Silverman, Carol: Bulgarian Gypsies: Adaptation in a Socialist State, in: Nomadic Peoples 21-22 (1986), S.51-62
- Silverman, Carol: Peasants, Ethnicity, and Ideology in Bulgaria, in: Roth, Klaus (Hg.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne, München 1992, S.295-308
- Silverman, Carol: Pomaks, in: Weeks, R. (Hg.): Moslem Peoples: A World Ethnographic Survey, Westport 1984
- Silverman, Carol: Reconstructing Folklore: Media and Cultural Policy in Eastern Europe, in: Communication (1989) 11, S.141-160
- Şimşir, Bilâl: Glimpses on the Turkish Minority in Bulgaria, Ankara 1986
- Şimşir, Bilâl: The Turkish Minority Press in Bulgaria. Its History and Tragedy 1865-1985, Ankara 1986
- Şimşir, Bilâl: The Turkish Minority in Bulgaria: History and Culture, in: Karpat, K. (Hg.): The Turks of Bulgaria: The History, Culture and Political Fate of a Minority, Istanbul 1990, S.159-178
- Şimşir, Bilâl: The Turks of Bulgaria (1878-1985), London 1988
- Şimşir, Bilâl: The Turks of Bulgaria in International Fora Documents, Vol.1 (1985), Vol.2 (1986). Ankara 1990
- Slavkova, Emilija: Ot konfrontacija kãm mirno delovo sãtrudničestvo (Balgaro-turskite otnošenija ot sredata na 50-te do sredata na 70-te godini na XX vek).

- [Von der Konfrontation sachlich-friedlichen Zusammenarbeit (Die bulgarisch-türkischen Beziehungen von der Mitte der 50er Jahre zur Mitte der 70er Jahre des 20. Jh.s.)], in: Vtori meždunaroden kongres po Bălgaristika, Sofija 23 maj – 3 juni 1986 g. Dokladi 20. Meždunarodni otnošenija. [Zweiter internationaler Kongreß für Bulgaristik, Sofia 23. Mai bis 3. Juni. Vorträge 20. Internationale Beziehungen], Sofija 1988. S.155-161
- Sotirov, Georgi: Turskite teroristi i az, edin ot šesto [Die türkischen Terroristen und ich, einer von der „Sechsten“], Sofija 1991
- Springborn, R.: Die bulgarische Nationalbewegung, in: Reiter, N. (Hg.): Nationalbewegungen auf dem Balkan, Berlin / Wiesbaden 1984, S.281-358
- Spuler, B.: Die Lage der Muslime in Südosteuropa seit 1945, in: Der Islam 30 (1952) 1, S.209-213
- Stojanov, Valeri: Die türkische Minderheit Bulgariens bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Österreichische Osthefte 36 (1994) 7, S.279-294
- Stojanov, Valeri: Bălgarskite turci sled vtorata svetovna vojna. Ot nacionalno malcinstvo kăm etnokulturnata anichilacija. [Die bulgarischen Türken nach dem Zweiten Weltkrieg. Von der nationalen Minderheit zur ethnokulturellen Vernichtung.] (masch.)
- Stojanov, Valeri: Turskoto naselenie na Bălgarija i oficialnata malcinstvena politika (1878-1944) [Die türkische Bevölkerung Bulgariens und die offizielle Minderheitenpolitik (1878-1944)], in: Stranici ot bălgarskata istorija. Săbitija – razmisli – ličnosti [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Ereignisse – Überlegungen – Persönlichkeiten], T.2 , Sofija 1993, S.192-209
- Stojanov, Valeri: Turskoto naselenie v Bălgarija meždju poljusite na etničeskata politika [Die türkische Bevölkerung in Bulgarien zwischen den Polen der ethnischen Politik], Sofija 1998.
- Stojanov, Valeri: Überblick über die Forschungseinrichtungen der Turkologie in Bulgarien, in: Materialia Turcica 12 (1986), S.1-21
- Subaški, V.: Tajnata na ličното ime [Das Geheimnis des Vornamens] (Rezension), in: Filozofska misal 32 (1976) 9, S.122-123
- Sundhaussen, Holm: Alphabetisierung und Wirtschaftswachstum in den Balkanländern in historisch-komparativer Perspektive, in: Reiter, N. / Sundhaussen, H. (Hgg.): Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum Zweiten Weltkrieg. Berlin 1994, S.21-36
- Tachirov, Šukri: Bălgarskite turci po pătja na socializma [Die bulgarischen Türken auf dem Weg des Sozialismus], Sofija 1978
- Tepešanov, Čavdar: Otrovata. Dokumentalni zapiski [Das Gift. Dokumentarische Aufzeichnungen], Sofija 1993

- Terziovski, Rastislav: The Bulgarian Institutions in Occupied Macedonia, 1941-44, in: *Macedonian Review* 3 (1976) 1, S.72-78
- The Tragedy of the Turkish Muslim Minority in Bulgaria, Ankara 1989
- The Turkish Minority in Bulgaria, ed. by Ersin Onulduran, in: *Foreign Policy* (Ankara), vol.12, (1986) no.3-4, S.3-161
- The Turkish Presence in Bulgaria. *Communications* 7, June 1985, Ankara 1986
- Tomova, Ilona / Bogoev, P.: Minorities in Bulgaria: A Report of the 1991 International Conference on Minorities (Rome), in: *The Insider: A Bulgarian Digest Monthly* (1992), S.1-15
- Tomova, Ilona: *The Gypsies in the Transition Period*, Sofia 1995
- Tönnies, Bernhard: Bulgarien/Bevölkerung: Umtausch der Personalausweise, in: *WDSOE* 29 (1980) 12, S.283
- Topp, Horst-Dieter: Die türkische Minderheit in Bulgarien, in: *WDSOE* 27 (1978) 5, S.141-143
- Totok, William: Die Deportation in den Bărăgan. Aus dem archivalischen Nachlaß des rumänischen Stalinismus, in: *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik* 7 (1995) 2, S.11-23
- Trifonov, Stajko: Mjusjulmanite v politika na bălgarskata dăržava [Die Muslime in der Politik des bulgarischen Staates] (1944-1989), in: *Stranici ot bălgarskata istorija. Săbitija – razmisli – ličnosti* [Seiten aus der bulgarischen Geschichte. Ereignisse – Überlegungen – Persönlichkeiten], T.2, Sofija 1993, S.210-223
- Trifonov, Stajko: Strogo poveritelno! [Streng vertraulich!], in *Pogled* Nr.16, 17, 18, 19, 20 (1992), jeweils S.10
- Troebst, Stefan: Antisemitismus im „Land ohne Antisemitismus“: Staat, Titulnation und jüdische Minderheit in Bulgarien 1878-1993, in: *SOM* 34 (1994) 3, S.187-201
- Troebst, Stefan: Aufgaben und Ziele vergleichender historischer Forschung zur ethnischen Struktur und zu den Nationalismen Osteuropas, in: *SOM* 33 (1993) 2, S.146-156
- Troebst, Stefan: Der masochistische Musterknabe: „Säuberungen in der kommunistischen Partei Bulgariens 1936-1953, in: *SOE* 40 (1991) 11-12, S.648-661
- Troebst, Stefan: *Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982*, München 1983
- Troebst, Stefan: *Ethnopolitics in Bulgaria. The Turkish, Macedonian, Pomak and Gypsy Minorities*, in: *Helsinki Monitor* Vol.5 (1994) No.1, S.32-42
- Troebst, Stefan: *Nationale Minderheiten*, in: Grothusen, K.-D. (Hg.): *Bulgarien. (Südosteuropa-Handbuch, Bd.6)*, Göttingen 1990, S.474-489

- Troebst, Stefan: Nationalismus als Demokratisierungshemmnis in Bulgarien, in: SOE 41 (1992) 3-4, S.188-227
- Troebst, Stefan: Partei, Staat und türkische Minderheit in Bulgarien: Kontinuität und Wandel (1956-1986), in: Europäische Rundschau 14 (1986) 2, S.83-97
- Troebst, Stefan: Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien 1956-1986, in: Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, hrsg. v. Roland Schönfeld, München 1987, S. 231-253 (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, Bd. 25)
- Troebst, Stefan: Todor Živkovs nationalitätenpolitisches Vermächtnis (Dokumentation), in: SOE 38 (1989)11-12, S.739-743
- Troebst, Stefan: Von bulgarischen Türken und „getürkten“ Bulgaren (Dokumentation), in: SOE 34 (1985) 6, S.359-367
- Troebst, Stefan: Zur bulgarischen Assimilationspolitik gegenüber der türkischen Minderheit: Geschichten aus Politbüro und 1001 Nacht (Dokumentation), in: SOE 34 (1985) 9, S.486-506
- Vakarelski, Christo: Alttertümliche Elemente in Lebensweise und Kultur der bulgarischen Mohammedaner, in: Zeitschrift für Balkanologie 5 (1966) 4, S.149-172
- Vakarelski, Christo: Starinni elementi v bita i kulturata na rodopskite bălgari mochamedani, Sofija 1965
- Vasilev, Kiril: Rodopskite bălgari mochamedani [Die Bulgaro-Mohammedaner in den Rhodopen], Plovdiv 1961
- Vasileva, Bojka: Evreite v Bălgarija 1944-1952 [Die Juden in Bulgarien 1944-1952], Sofija 1992
- Vasileva, Bojka: Population Migrations between Bulgaria and Czechoslovakia after the Second World War, in: Bulgarian Historical Review 18 (1990) 3, S.3-19
- Veselinova, L.: Grižite na narodnata vlast kăm turskoto malcinstvo u nas [Die Fürsorge der Volksmacht für die türkische Minderheit bei uns] (1944-1954), in: Izvestija na dărzavnite archivi, Bd.9, Sofija 1965, S.140-146
- Vogel, Heinrich: Demographische Entwicklungstendenzen in Bulgarien, in: WDSOE 27 (1978) 10, S.247-254
- Vrančev, Nikolaj: Bălgari mochamedani [Die bulgarischen Mohammedaner], Sofija 1948
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen<sup>5</sup> 1985
- Wer macht sich Sorgen um die Mohammedaner in Bulgarien und warum? Fakten, Daten, Antworten, Reportagen, Sofia 1985

- Werder, Johannes: Die türkische Minderheit in Bulgarien, in: SOM 18 (1978) 2, S.89
- Wolff, R.L.: The Balkans in our Time, Cambridge, Mass. 1956
- Zagorov, Orlin: Bălgarskata nacionalna ideja [Die bulgarische Nationalidee], Sofija 1994
- Zagorov, Orlin: Văzroditelnijat proces. Teza. Antiteza. Otricanie na otricanieto [Der Wiedergeburtssprozeß. These. Antithese. Negation der Negation], Sofija 1993
- Zarčev, Jordan: Njakoi aspekti na partijnata politika po nacionalnija văpros sled aprilskija plenum na CK na BKP ot 1956 godina [Einige Aspekte der Parteipolitik hinsichtlich der nationalen Frage nach dem Aprilplenium des ZK der BKP im Jahr 1956], in: Bălgarskata narodnost i nacija prez vekovete. Materiali ot naučna konferencija. Za službeno polzване. Čast vtora [Das bulgarische Volkstum und die Nation in den Jahrhunderten. Materialien d. wiss. Konferenz. F. d. Dienstgebr. II. Teil], Sofija 1988, S.277-313
- Željaskova, Antonina: Social Aspects of the Process of Izlamization in the Balkan Possessions of the Ottoman Empire, in: Etudes Balkaniques 21 (1985) 3, S.107-122
- Željaskova, Antonina: The Problem of the Authenticity of Some Domestic Sources on the Islamization of the Rhodopes, Deeply Rooted in Bulgarian Historiography, in: Etudes Balkaniques 26 (1990) 4, S.105-111
- Živkov, Todor: Politika na Bălgarskata komunističeska partija kăm narodnostnite grupi v stranata e politika marksistko-leninska. [Die Politik der Bulgarischen Kommunistischen Partei gegenüber den Volksgruppen im Lande ist eine marxistisch-leninistische Politik.], in: Ders.: Izbranii proizvedenija [Ausgewählte Werke.] Bd. 18, Sofija 1976, S.95-110.
- Živkov, Todor: Sreštu njakoi lăži. [Gegen einige Lügen], Burgas 1993
- Zlatkov, Jasen: Podchodi za analis na socialističeskata nacija [Herangehensweisen zur Analyse der sozialistischen Nation], in: Bălgarskata narodnost i nacija prez vekovete. Materiali ot naučna konferencija. Za službeno polzване. Čast vtora [Das bulgarische Volkstum und die Nation in den Jahrhunderten. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz. Für den Dienstgebrauch. Zweiter Teil], Sofija 1988, S.202-229
- VI-ti kongres na Otečestvenija front [VI. Kongress der Vaterländischen Front]. 15. – 17. maj 1967 g., Sofija 1967

## **5. Anhang (siehe buchsenschuetz-tabellen)**

### **5. Anhang**

---

5.1. Übersicht über die rechtlichen Regelungen und Parteibeschlüsse zur Minderheitenpolitik nach 1944

---

5.2. Tabellen

---

### **5.3. Abkürzungen**